



# HESSISCHER LANDTAG

09. 04. 2008

## 2. Sitzung

Wiesbaden, den 9. April 2008

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	21	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	75
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	22	Gernot Grumbach . . . . .	75
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	21	Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	76
<b>1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „In gemeinsamer Verantwortung für Hessen – Mut zu neuen Wegen“</b> . . . . .	22	<b>4. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wille der Schulgemeinden umsetzen – Gesamtschulen genehmigen</b> . . . . .	77
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	61	– Drucks. 17/17 – . . . . .	77
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	22	<i>In geänderter Fassung angenommen</i> . . . . .	87
Andrea Ypsilanti . . . . .	33	hierzu:	
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	42	Änderungsantrag der Fraktion der SPD	
Tarek Al-Wazir . . . . .	49	– Drucks. 17/37 – . . . . .	85
Dr. Ulrich Wilken . . . . .	54	<i>Angenommen</i> . . . . .	87
Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	57	<b>5. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zerstörtes Vertrauen in der Bildungspolitik zurückgewinnen – Durchführung einer Anhörung</b> . . . . .	77
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	61	– Drucks. 17/18 – . . . . .	77
<b>2. Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Sicherstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen</b> . . . . .	61	<i>Angenommen</i> . . . . .	87
– Drucks. 17/15 – . . . . .	61	<b>6. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sofortprogramm Schule</b> . . . . .	77
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend, und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	76	– Drucks. 17/19 – . . . . .	77
<b>3. Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen</b> . . . . .	61	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	88
– Drucks. 17/16 – . . . . .	61	<b>10. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend G 8 verbessern – Schülerinnen und Schüler entlasten – Qualität des Abiturs erhalten</b> . . . . .	77
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend, und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	76	– Drucks. 17/23 – . . . . .	77
<b>13. Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Stärkung der Finanzautonomie der hessischen Hochschulen</b> . . . . .	61	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	88
– Drucks. 17/32 – . . . . .	61	<b>12. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Bildung in Hessen weiter voranbringen – gemeinsam mit Lehrern, Eltern und Schülern</b> . . . . .	77
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend, und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	76	– Drucks. 17/30 – . . . . .	77
Michael Siebel . . . . .	61	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	88
Janine Wissler . . . . .	64	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	77
Nicola Beer . . . . .	65, 76	Heike Habermann . . . . .	79
Eva Kühne-Hörmann . . . . .	68	Dorothea Henzler . . . . .	80
Sarah Sorge . . . . .	70, 72	Hans-Jürgen Irmer . . . . .	82
Leif Blum . . . . .	72	Barbara Cárdenas . . . . .	84
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	72	Minister Jürgen Banzer . . . . .	85
		Reinhard Kahl . . . . .	87
		Axel Wintermeyer . . . . .	87
		Florian Rentsch . . . . .	87
		Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	87

	Seite		Seite
7. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder</b>		Marjana Schott	103, 108
– Drucks. 17/20 –	88	Holger Bellino	104, 107
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	103	Marius Weiß	104
8. Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie die Regelungen gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte</b>		Mürvet Öztürk	105
– Drucks. 17/21 –	88	Florian Rentsch	106
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	103	Minister Volker Bouffier	107
11. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BSfU)</b>		Vizepräsidentin Sarah Sorge	108
– Drucks. 17/29 –	108		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>	108		
<i>Vizepräsidentin Sarah Sorge</i>	108		
16. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst</b>		14. Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend <b>Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BSfU)</b>	
– Drucks. 17/35 –	88	– Drucks. 17/33 –	108
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	103	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>	108
Vizepräsident Dieter Posch	76	<i>Vizepräsidentin Sarah Sorge</i>	108
Günter Rudolph	88, 97		
Peter Beuth	90, 93, 102	15. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Schutz der Bevölkerung in Tibet</b>	
Hermann Schaus	92	– Drucks. 17/34 –	108
Mürvet Öztürk	93	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>	108
Wolfgang Greilich	96	<i>Vizepräsidentin Sarah Sorge</i>	108
Minister Volker Bouffier	98		
Tarek Al-Wazir	101		
Reinhard Kahl	102		
Vizepräsidentin Sarah Sorge	103		
9. Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige</b>			
– Drucks. 17/22 –	103		
<i>Angenommen</i>	108		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Erster Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsident Dieter Posch  
 Vizepräsidentin Sarah Sorge  
 Vizepräsident Hermann Schaus

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
 Staatssekretär Harald Lemke  
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz  
 Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
 Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesender Abgeordneter:

Karlheinz Weimar

(Beginn: 10.05 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 2. Sitzung des Hessischen Landtags in der 17. Wahlperiode. Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße die Mitglieder der Landesregierung, den Ministerpräsidenten und sage auch den Bürgerinnen und Bürgern auf der Besuchertribüne ein herzliches Willkommen zur Premiere einer Arbeitssitzung des Hessischen Landtags.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung herzlich bedanken. Es war in den letzten Tagen etwas stressig. Wir hatten sehr viele Veranstaltungen hintereinander, in einem ganz engen Zeittakt. Es war viel Arbeit zu leisten. Ich möchte dem Direktor und allen seinen Mitarbeitern für das ganze Haus meinen herzlichen Dank sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt haben wir bald alles durchgespielt, was wir durchzuspielen haben. Wer neue Ideen hat, meldet sich dann bei uns. Wir prämiieren das auch. Sie sehen, dass es sich gut anlässt, und die Reaktionen der Gäste waren durchweg positiv.

Meine Damen und Herren, wir üben noch ein bisschen im neuen Plenarsaal. Ich sage noch etwas zur Technik. Es bleibt vieles beim Alten, und was sich neu entwickeln wird, wird man im Laufe der Zeit merken. Wir werden mit einer veränderten Akustikstruktur umzugehen haben. Wir müssen die Frage von Zwischenrufen und Gespräche über Gott und die Welt regeln. Ich habe mit den Vizepräsidenten vereinbart, dass wir den Fraktionen ein paar Ideen über die innere Ordnung dieses Plenarsaals zuleiten. Das wird alles noch auf uns zukommen.

Die Tagesordnung vom 26. März 2008 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 14 Punkten sind Ihnen zugegangen.

Die Beschlussfähigkeit des Hauses muss ich feststellen. Das ist der Fall, sodass wir danach verfahren können.

Ich muss Ihnen jetzt den Nachtrag vorlesen, weil es sich um dringliche Initiativen handelt. Sie sollten auf diese Tagesordnung genommen werden, das war nur über diesen Weg möglich, da offiziell erst am 5. April eingereicht werden konnte.

Eingegangen ist noch ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Sicherstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen, Drucks. 17/15. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Gesetzentwurf Tagesordnungspunkt 2. Die Redezeit wurde auf 15 Minuten festgelegt.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen, Drucks. 17/16. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Gesetzentwurf Tagesordnungspunkt 3 und kann mit Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen werden.

Es ist noch eingegangen ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Stärkung der Finanzautonomie der hessischen Hochschulen, Drucks. 17/32. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall.

Dann wird dieser Dringliche Gesetzentwurf Tagesordnungspunkt 13 und kann mit den Tagesordnungspunkten 2 und 3 aufgerufen werden.

Dann ist noch eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wille der Schulgemeinden umsetzen – Gesamtschulen genehmigen, Drucks. 17/17. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 4. Eine Redezeit von zehn Minuten ist vereinbart.

Eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zerstörtes Vertrauen in der Bildungspolitik zurückgewinnen – Durchführung einer Anhörung, Drucks. 17/18. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 5 und kann mit Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen werden.

Jetzt geht es um den Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sofortprogramm Schule, Drucks. 17/19. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 6, und wir rufen ihn mit den Tagesordnungspunkten 4 und 5 auf.

Dann liegt vor ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Drucks. 17/20. – Die Dringlichkeit wird nicht verneint. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 7. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Es liegt vor ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie die Regelungen gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte, Drucks. 17/21. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 8 und kann mit Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen werden.

Es ist noch eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige, Drucks. 17/22. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 9. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Dann liegt vor ein Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend G 8 verbessern – Schülerinnen und Schüler entlasten – Qualität des Abiturs erhalten, Drucks. 17/23. – Die Dringlichkeit wird nicht verneint. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 10 und kann mit den Tagesordnungspunkten 4, 5 und 6 aufgerufen werden.

Weiterhin ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Drucks. 17/29, eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 11. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Einverstanden? – Okay, dann verfahren wir so.

Eingegangen ist weiterhin ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Bildung in Hessen weiter voranbringen – gemeinsam mit Lehrern, Eltern und Schülern, Drucks. 17/30. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tages-

ordnungspunkt 12 und kann mit den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6 und 10 aufgerufen werden.

Außerdem ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Drucks. 17/33. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 14 und kann mit Tagesordnungspunkt 11 aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass wir den Themenkomplex Studienbeiträge mit einer Redezeit von 15 Minuten, den Themenkomplex Schule mit den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6, 10 und 12 und einer Redezeit von zehn Minuten, das Thema Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder mit den Tagesordnungspunkten 7 und 8 und einer Redezeit von zehn Minuten und das Thema Stasi-Überprüfung mit den Tagesordnungspunkten 11 und 14 mit einer Redezeit von fünf Minuten haben. Widerspricht jemand? – Das ist nicht der Fall, dann ist das so beschlossen.

Wir haben im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, dass wir heute bis zur Erledigung der Tagesordnung, also bis ca. 19 Uhr, tagen.

Gemäß der Tagesordnung beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 1, der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Danach fahren wir mit den Gesetzen zu den Studiengebühren fort.

Entschuldigt fehlt Herr Kollege Weimar. Sie wissen, dass er sich einer Operation unterzogen hat. Wir wünschen ihm von hier aus alles Gute und gute Besserung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich weise darauf hin, dass ich in Abstimmung mit den Fraktionen den Termin für die Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs, der nach § 2 Abs. 2 des Staatsgerichtshofgesetzes möglichst in der zweiten Sitzung des Landtags von dessen Präsidenten zu bestimmen ist, auf Dienstag, den 3. Juni 2008, nach der Fragestunde, festgesetzt habe.

Ich bitte Sie, sich in die Anwesenheitslisten einzutragen, die vor dem Haupteingang zum Plenarsaal ausliegen. Diese Hinweise gelten für alle. Dass wir unsere Namen eintragen müssen, wissen wir; aber nicht alle wissen, wo die Listen ausliegen.

Zu Ihrer Information: Sie haben die überarbeitete Fassung der Sitzplatzordnung vor sich liegen. Sie können sich anschauen, wer wo sitzt. Langsam muss man sich kennenlernen. Das Schreiben vom 5. April 2008 ist damit hinfällig.

Im Anschluss an diese Sitzung tagen der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und der Haushaltsausschuss gemeinsam in Raum 510 W.

Auf Ihren Tischen liegt ein Hinweis zur Benutzung der Mikrofone. Sie können darin lesen, wie das funktioniert. Am Ende ist klar: Wer auf die Taste drückt, hat sich zu Wort gemeldet. Das ist eben so. Aber ich füge hinzu: Wir bleiben bei dem bisherigen Verfahren der Anmeldung der Redebeiträge mit einem Zettel.

Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, verwenden Sie bitte die Drucktaste. Wenn Sie aus Versehen auf die Taste gedrückt haben, drücken Sie noch einmal; dann

können Sie Ihr eigenes Mikrofon ausschalten. Ich kann Ihre Mikrofone immer ausschalten.

Alle anderen Erläuterungen und Hinweise auf das, was zu beachten ist, erfolgen im Laufe der Tage.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „In gemeinsamer Verantwortung für Hessen – Mut zu neuen Wegen“**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 45 Minuten. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Bitte schön.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe am vergangenen Samstag die Gelegenheit wahrgenommen, für die Landesregierung unsere Auffassung über die formelle Art der Zusammenarbeit in dieser besonderen, für uns alle nicht einfachen Situation darzulegen. Ich bin dankbar dafür – das will ich auch ausdrücklich sagen –, wie die Mitglieder der Fraktionen des Hessischen Landtags darauf reagiert haben.

Ich glaube, dass wir für uns eine wichtige Grundlage festgelegt haben: in einem konstruktiven Miteinander und mit dem Respekt vor unterschiedlichen Auffassungen, auch mit Respekt vor den jeweiligen verfassungsrechtlichen Kompetenzen und Grenzen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. Das wird eine Menge Arbeit sein, und das wird von uns allen Mut zu neuen Wegen erfordern, da wir sonst das, was wir in der Debatte am Samstag in den Augen der Öffentlichkeit gewonnen haben, nicht rechtfertigen könnten.

Als Ministerpräsident einer nunmehr geschäftsführenden Landesregierung trage ich die Verantwortung dafür, dass die Regierungsarbeit trotz dieser parlamentarischen Situation dazu führt, dass Hessen gestaltend regiert wird und dass die Interessen der hessischen Bürgerinnen und Bürger auch auf nationaler und europäischer Ebene in vollem Umfang wahrgenommen werden. Das wird auf der Basis einer klaren eigenen Position der Landesregierung geschehen.

Ich habe hier bereits am Samstag gesagt – ich wiederhole das –, das geschieht zugleich im Respekt vor den Entscheidungen des Parlaments.

Dort jedoch – auch das gehört zu der klaren Aufgabenverteilung –, wo die Entscheidungskompetenz der Regierung in eigener Verantwortung gegeben ist, werden wir das machen, was aus der Sicht der Regierung richtig und notwendig ist. Wir gehen davon aus, dass dies selbstverständlich genauso respektiert wird wie die Entscheidungskompetenzen des Parlaments.

Vor uns liegt eine Vielzahl von Aufgaben, die dringend anzupacken und zu bewältigen sind. Einen politischen Stillstand – ich denke, das ist ein Ergebnis der Diskussion vom Samstag und entspricht auch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an uns alle – darf es in Hessen nicht geben. Das können wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht leisten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb glaube ich auch, dass es richtig ist und zu den Selbstverständlichkeiten einer Regierung gehört, die in Verantwortung vor dem Parlament handelt – auch unter den Bedingungen, die wir jetzt haben; denn diese ändern

nichts daran, dass eine Regierung handeln muss und dem Parlament gegenüber Verantwortung trägt –, über die Inhalte der Punkte zu sprechen, die in der nächsten Zeit auf unserer Tagesordnung stehen, aber auch darüber, wie mit diesen Inhalten in Anbetracht der schwierigen Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus umgegangen werden muss und wie sie in Regierungshandeln umgesetzt werden können.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass am Ende dieser Regierungserklärung – mit der alle Schwierigkeiten einer solchen Regierungserklärung verbunden sind, auch die, dass der Ministerpräsident sie vorlesen muss, weil sie sonst von dem abweichen würde, was die Fraktionsvorsitzenden gestern Abend erhalten haben –, in der selbstverständlich viele umfangreiche Themen und Sachbereiche angesprochen werden müssen, in der Öffentlichkeit manche über die vielfältigen Initiativen und Richtungsentscheidungen überrascht sein werden. Ich glaube auch, dass, egal ob man die einzelnen Punkte teilt oder bekämpft, in der nächsten Zeit nicht von Stillstand gesprochen werden kann.

Die besonderen Umstände erfordern es allerdings von einer geschäftsführenden Landesregierung – auch die Erfahrungen aus der Zeit von Ministerpräsident Börner; das haben ich und viele andere nachgelesen –, dass sie sich auf die wesentlichen Herausforderungen und Prioritäten konzentriert und insbesondere auf die eingeht, die jetzt im Fokus stehen werden. Dabei ist klar, dass der Zeithorizont, den unsere Vorhaben erfordern, nur einen Teil der Legislaturperiode ausmachen kann.

Trotz der Tatsache, dass eine geschäftsführende Landesregierung die Aufgabe hat, jetzt zu handeln, Stillstand zu vermeiden und gleichzeitig im Auge zu behalten, dass es zunächst über einen begrenzten Zeitraum innerhalb der Legislaturperiode zu sprechen gilt, dürfen wir zu keinem Zeitpunkt vergessen, dass es hinter der Politik, die in einem Land vertreten wird, ein Gesamtkonzept geben muss – ein Gesamtkonzept, für das jetzt Regierung und Parlament stärker gemeinsam verantwortlich sind. Das muss aber ein Gesamtkonzept bleiben, und die Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik als eine der wesentlichen Fragen darf dabei keinesfalls aus den Augen verloren werden.

Wir haben in den vergangenen Jahren über viele Fragen inhaltlich gestritten, und wir werden auch in den nächsten Wochen und Monaten um die Lösung vieler inhaltlicher Fragen ringen.

Aber die Landesregierung, die nunmehr geschäftsführend tätig ist, hat ein anderes Verhältnis zu der Entscheidungsarbeit des Parlaments mit veränderten und wechselnden Mehrheiten. Ich will aber auch deutlich machen, dass die Landesregierung natürlich nach wie vor das Selbstbewusstsein hat, zu sagen: Wir glauben, dass in den letzten Jahren sehr viele Entscheidungen getroffen worden sind und dass Hessen bei vielen Projekten bundesweit zu einem interessanten und akzeptierten Vorreiter in der Umsetzung neuer Konzepte geworden ist, die uns auch in den kommenden Wochen und Monaten beschäftigen werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Land Hessen hat mit 3,1 Millionen Arbeitsplätzen zurzeit Gott sei Dank eine Rekordbeschäftigung aufzuweisen. Die Zahl der Arbeitslosen ist allein in den letzten zwei Jahren um fast 100.000 – jeder Mensch mit seiner eigenen Biografie – oder, statistisch gesehen, um 30 % zurückgegangen.

Hessen hat heute eine verlässliche Schule. Der zuvor herrschende Unterrichtsausfall von 100.000 Fehlstunden pro Woche ist vollständig beseitigt.

Hessen hat landesweit einheitliche Bildungsanforderungen und vergleichbare, zentrale Abschlussprüfungen. Beim Ausbau der Ganztagsangebote an allgemeinbildenden Schulen ist unser Land die Nummer eins unter allen westdeutschen Flächenländern.

(Beifall bei der CDU)

Hessen ist wieder ein führender Standort der universitären Forschung und Lehre. Mit dem Autonomiegesetz für die Technische Universität Darmstadt, der Neugründung der Universität Frankfurt als Stiftungsuniversität und der Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg ist unser Land nicht nur Vorreiter, sondern hat auch bundesweit Standards gesetzt.

Hessen hat eines der ambitioniertesten Hochschulbauprogramme Deutschlands aufgelegt. Der begonnene zweite Bauabschnitt des Frankfurter Innovationszentrums für Biotechnologie oder die bevorstehende Einweihung des House of Finance belegen, dass Hessen durchaus wieder einen Platz in der Spitzenforschung beansprucht und dass dieser Platz zunehmend international anerkannt wird.

Meine Damen und Herren, in Hessen sind die Weichen für außerordentlich wichtige Infrastrukturmaßnahmen gestellt, die uns auch in den kommenden Monaten beschäftigen werden. Ich nenne hier an erster Stelle den Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau des Frankfurter Flughafens, dessen Tragweite die nationale Bedeutung und Verantwortung, aber auch die Chance unseres Bundeslandes unterstreicht. Mit derselben Entschlossenheit wurde der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden sowie der Autobahnen A 44, A 49 und A 66 in den jeweiligen Phasen ermöglicht und vorangetrieben.

Hessen zählt inzwischen zu den sichersten Ländern in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner ist im Bundesvergleich eine der niedrigsten, die Aufklärungsquote die höchste, die jemals in Hessen gemessen wurde.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zuletzt dank der Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen ist Hessen das bestausgestattete westdeutsche Flächenland bei den Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder – eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur mit wenigen Beispielen die Ausgangssituation beschrieben haben, sozusagen auch ein Stück der – in Anführungszeichen – Eröffnungsbilanz, die die geschäftsführende Landesregierung bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen hat und die durchaus in einer Kontinuität mit der Arbeit steht, die wir auch in der Zukunft haben werden.

Meine Damen und Herren, es ist aber nicht nur eine Frage von nüchternen Fakten. Ich denke, wenn man manches in den Diskussionen in der Öffentlichkeit und den Parteien sieht, fällt auf, dass in unserem Bundesland, aber auch in ganz Deutschland, immer mehr mit allgemeinen Begriffen – zwischen der Angst um die eigene persönliche Situation, um die Zukunft, um die Frage, was man mit seiner persönlichen Biografie, mit seinem eigenen Leben und dem seiner Kinder in Zukunft gestalten kann, auf der einen

Seite und der Suche nach Gerechtigkeit auf der anderen Seite – gearbeitet wird.

Ich will deshalb bei allem Stolz auf diese Zahlen und auf die Ergebnisse ebenso klar sagen: Wir wissen als Landesregierung sehr wohl, dass es in immer größerer Zahl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, deren Einkommen seit Jahren nicht gestiegen sind, und Rentner, deren Rente seit Jahren kaum messbar angehoben wurde. Die werden nicht allein durch statistische Betrachtungen von der Richtigkeit unserer Politik überzeugt werden, zumal gleichzeitig Steuern, Krankenversicherungsbeiträge und Lebensmittelpreise spürbar steigen. Trotzdem werden gerade den Bürgern, die jeden Euro und jeden Cent so dringend brauchen, romantische Vorstellungen über einen alles regelnden Staat nicht wirklich helfen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die aufgezeigten Fakten belegen, dass es den Menschen in Hessen im Durchschnitt schon heute besser geht als dem Durchschnitt der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Nichts davon darf durch ideologische Pläne – so schön sie auch klingen mögen – gefährdet werden. Im Gegenteil, Hessen muss auch in Zukunft alles tun, um bei Wirtschaft und Wachstum Spitze zu sein; denn nur so helfen wir den Menschen wirklich, ihre persönliche, auch ökonomische Situation so zu gestalten, wie sie es selbst erhoffen und aus meiner Sicht auch erhoffen sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben eine Chance, diese 17. Legislaturperiode für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land mit Selbstbewusstsein zu beginnen.

Natürlich beobachten uns jetzt viele Bürgerinnen und Bürger und viele uns kritisch hinterfragende Journalisten, die sich fragen, ob es gelingen kann, die schlichte Notwendigkeit von Entscheidungen in diesem Land – statt Stillstand und Lähmung – in politisches Handeln umzusetzen.

Ich möchte mit der heutigen Regierungserklärung aus den etwas abstrakten und deshalb unverbindlichen Diskussionen, die wir in den letzten Wochen manchmal in gegenseitigem Respekt, manchmal in gegenseitigem Streit geführt haben, herauskommen, indem ich Ihnen unterschiedliche Ebenen unserer Arbeit und der damit verbundenen Entscheidungen präsentiere und die jeweiligen Konsequenzen erläutere. Ich gehe dabei von insgesamt vier uns gemeinsam interessierenden Arbeitsebenen für die nächsten Monate aus.

Das ist erstens die Ebene der reinen Regierungsentscheidungen in der Verantwortung der Landesregierung. Das ist zum Zweiten die Ebene, die ich die Routinegesetzgebung nenne. Das ist zum Dritten die Ebene der Zukunftsprojekte, die im Land angestoßen werden müssen, aber keinen Gesetzgebungsbedarf haben, und trotzdem einer Diskussion zwischen Regierung und Parlament bedürfen. Das ist zum Vierten die Ebene grundsätzlicher landespolitischer Entscheidungen, bei denen auch nicht an allen Stellen ein Aufschub möglich ist.

Die Gestaltungsebene Nummer eins – die Ebene der Regierungsentscheidungen – umfasst all diejenigen Kompetenzen, die in den klassischen Aufgabenbereich einer Landesregierung fallen. Wir werden dort alles das umsetzen und entscheiden, wofür wir durch Gesetz ohnehin schon beauftragt oder durch die Verfassung bevollmächtigt sind.

Ich nenne eine Reihe aus meiner Sicht wichtige Punkte für die nächsten vor uns liegenden Wochen und Monate.

In diesem Jahr werden wir nicht nur die ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer ersetzen, sondern 1.000 zusätzliche, zum Ausgleich bisheriger Mehrarbeitsstunden notwendige Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Das sind mehr als zweieinhalbtausend Lehrerinnen und Lehrer, die zum Schuljahreswechsel neu in die hessischen Schulen kommen. Es wird einer bundesweiten sehr konzentrierten Anstrengung bedürfen, alle diese damit zur Verfügung gestellten Planstellen tatsächlich und auch fachlich qualifiziert zu besetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden die Zahl der Ganztagsangebote an Hessens Schulen im Rahmen dessen, was der Haushalt bereits vorgibt, auf insgesamt 530 im kommenden Schuljahr erweitern. Das sind dann mehr als 25 % aller hessischen Schulen. Wenn man die weiterführenden Schulen rechnet, ist es ein noch höherer Anteil.

Wir werden nach der Entscheidung der Fachkommission in der nächsten Woche die ersten, bundesweit schon heute sehr beachteten LOEWE-Forschungsprojekte an die hessischen Hochschulen vergeben. Dafür stehen allein im Jahr 2008 zusätzlich jetzt neu zu vergebende Fördermittel von insgesamt 20 Millionen € zur Verfügung.

Wir werden die nächsten Projekte für die Museumslandschaft Kassel umsetzen. Dazu zählen der Umbau und die Sanierung der Neuen Galerie und die Sanierung des Stationsgebäudes als erster Teil eines Besucherzentrums am Schloss Wilhelmshöhe.

Wir werden im sozialen Bereich weitere Projekte auf den Weg bringen, beispielsweise bei der Förderung zusätzlicher Kinderbetreuungs- und Tagespflegeeinrichtungen durch Erlass entsprechender Richtlinien und Setzen von Standards.

Meine Damen und Herren, jenseits einzelner Projekte wird es natürlich weiterhin die notwendigen Richtlinien und Erlasse der Landesregierung geben. Wir werden wie gehabt Planfeststellungsverfahren und Genehmigungsverfahren durchführen. Das heißt ganz klar: Die Infrastrukturprojekte in diesem Land werden mit der gleichen Entschlossenheit und der gleichen Nachhaltigkeit vorangetrieben wie bisher.

Das betrifft unter anderem die gradlinige Umsetzung des Planfeststellungsverfahrens zum Frankfurter Flughafen ohne Änderungen und mit dem Ziel eines schnellstmöglichen Baubeginns.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das betrifft die entschlossene Weiterführung des Projekts Flughafen Kassel-Calden. Es betrifft auch die nach der positiven Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts beschleunigte Realisierung der Autobahn A 44, wo Kollege Rhiel und ich schon morgen gemeinsam mit dem Bundesverkehrsminister den Baubeginn des lang ersehnten nächsten Abschnitts starten werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Hoffnung, dass die nunmehr gefällte positive Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts für die A 44, um die wir so lange gerungen haben, im Prinzip auch dazu führt, dass die weiteren Klageverfahren, an die wir uns gewöhnen müssen und die es in jedem

einzelnen Bereich weiterhin selbstverständlich geben wird, schneller abgewickelt werden können.

Meine Damen und Herren, wir werden unser zentrales Projekt „Staufreies Hessen 2015“ weiterführen, und Herr Kollege Rhiel wird so wie bisher in der Verantwortung der Landesregierung den erfolgreichen Weg der Verbraucherschutzpolitik gerade im Bereich der Strom- und Wasserpreise, die so viele Menschen in diesem Land betreffen, weitergehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Der Abbau der Bürokratie und die gleichzeitige Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes werden ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung sein. Es ist das Ziel der Hessischen Landesregierung, erstmals in Deutschland, aber durchaus auch in einem ausgewählten Bereich erstmals bei uns in Hessen – denn das ist eine Aufgabe, die viel schwieriger ist, als wir gedacht haben – eine Unternehmensgründung binnen sieben Tagen möglich zu machen. Wir haben im Raum Fulda sehr viele Vorarbeiten geleistet. Man stößt auf Probleme, die man nie für möglich gehalten hätte. In anderen Ländern Europas ist das eine Selbstverständlichkeit. Bei uns ist es eine Herkulesarbeit. Aber ich denke, dass wir es schaffen werden, die Unternehmensgründung in sieben Tagen zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden die Entwicklung des ländlichen Raums weiterhin zu einem zentralen Diskussionsthema mit Ihnen allen machen. Darauf komme ich noch zu sprechen. Aber dazu gehören neben den klassischen Instrumenten der Entwicklung des ländlichen Raums auch die weitere Umstellung auf Biokraftstoffe und Biorohstoffe und die Entwicklung der hessischen Land- und Forstwirtschaft. Ich sage das ganz unabhängig von den aktuellen bundespolitischen Entscheidungen der letzten Tage. Man darf nicht in zu große Jubelrufe ausbrechen, aber man darf jetzt eben auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Energiegewinnung durch unsere Landwirtschaft ist ein zusätzliches Element für die Bauern in Deutschland, um ein Einkommen auf stabiler Basis zu haben. Diese Entwicklung war richtig. Sie wurde auch nicht durch die letzten Tage kaputt gemacht. Sie muss sich weiter stabil in die richtige Richtung entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden den Tourismus im ländlichen Raum weiter fördern. Die Landesregierung wird die einzigartigen Buchenwälder des Nationalparks Kellerwald-Edersee als UNESCO-Weltnaturerbe nominieren.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Darüber hinaus werden wir auch die in den letzten Wochen angekündigten Nachbesserungen bei der verkürzten Gymnasialzeit und im Bereich der verlässlichen Schule vornehmen. Das heißt konkret: Wir werden bei G 8 das Ausmaß an Hausaufgaben per Verordnung klar regeln und insgesamt reduzieren. Wir werden den Unterrichtsstoff besser auf die gymnasiale Schulzeitverkürzung ausrichten und dazu unter Beteiligung der Mitbestimmungsgremien wie des Landeselternbeirats eine Novellierung des Lehrplans vornehmen. Dies kann dann zu Beginn des neuen Schuljahres, wenn die Mitbestimmungsgremien das akzeptieren, in Kraft treten.

Ziel ist es, die Unterrichtsinhalte stärker zu konzentrieren, zu vereinfachen, einzelne Inhalte des bisherigen Lehrplans aus der Verbindlichkeit herauszunehmen. Damit werden wir längerfristig durch kompetenzorientierte Standards und Kerncurricula, die entstehen werden, dafür sorgen, dass die eigenverantwortlichen Schulen eine größere Möglichkeit zur eigenen Gestaltung spätestens ab dem Schuljahr 2010/2011 haben werden.

Meine Damen und Herren, der zuständige Fachminister Jürgen Banzer ist außerdem dabei, eine neue Studententafel auszuarbeiten, die ab August gültig sein soll. Damit werden wir den Wünschen vieler Eltern, Lehrer und Schüler nachkommen. Diese Studententafel soll die Gesamtbelastung in der Sekundarstufe I reduzieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer gesamten Bildungspolitik. Die Hessische Landesregierung wird deshalb für den schulischen Bereich in den kommenden Monaten einen Sozialindex erstellen, um pädagogische Anstrengungen und Ressourcen noch zielgerichteter einsetzen und an sozialen Brennpunkten besonders verstärken zu können.

Der Sozialindex berücksichtigt beispielsweise den Anteil der Arbeitslosen oder der Sozialhilfeempfänger in einem Stadtquartier, den Ausländeranteil und die Höhe des zu versteuernden Einkommens im Einzugsbereich einer Schule. Mit Hilfe dieser Daten wollen wir besondere Belastungen für einzelne Schulen sehr präzise ermitteln, was dann in der Konsequenz zu mehr Lehrern, Sozialpädagogen oder einer besseren finanziellen Ausstattung der betreffenden Schule führen kann. Darüber hinaus erhoffen wir uns bei den Versuchen, die man damit machen muss – denn so etwas kann man nicht am ersten Tag flächendeckend an jeder Stelle einführen –, dass dieser Sozialindex dazu beitragen kann, dass man Leistungen von Schulen fairer miteinander vergleichen kann. Dazu werden wir in zwei oder drei Schulamtsbezirken sehr schnell die entsprechenden Modellversuche einleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der inneren Sicherheit werden wir unsere Arbeit weiterentwickeln. Wir wollen den Personalausbau der hessischen Polizei so, wie das im Haushaltsplan bereits beschlossen ist, konsequent fortsetzen. Wir werden die Präsenz der hessischen Polizei im öffentlichen Raum weiter verstärken und damit auch zu einer effektiven Vorbeugung von Straftaten und zu einer Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Wir werden dabei das Konzept, vermehrt Fußstreifen zu entsenden, und den Einsatz von Polizeivollzugsbeamten als „Schutzmann vor Ort“ nach den bisher gemachten Versuchen flächendeckend ausweiten. Ich will auch Folgendes hinzufügen: Weil Internetkriminalität ebenso eine zunehmende reale Bedrohung darstellt wie die Bedrohung auf der Straße in traditioneller Weise, wird die hessische Polizei in Zukunft auch verstärkt in der virtuellen Welt „auf Streife“ gehen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Zu einer bürgernahen Polizei gehört, dass sie von allen Bevölkerungsteilen wahrgenommen und als Ansprechpartner akzeptiert wird. Das gilt auch und insbesondere für unsere ausländischen Mitbürger. Wir werden deshalb verstärkt Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst werben, um die interkulturelle Kompetenz der hessischen Polizei weiter zu erhöhen, die derzeit zu einem bestimmten Teil, etwa in Großstädten wie Frankfurt, mithilfe des freiwilligen Polizeidienstes und anderer Kräfte

ergänzt wird, die aber auch im hauptberuflichen Bereich die Kompetenz erlangen muss, die wir brauchen, um unsere Aufgaben zu lösen.

Unsere konkreten Vorhaben zur Senkung der Jugendkriminalität werden entschlossen umgesetzt. Dabei sehen wir bei der Kriminalitätsbekämpfung die Prävention neben den fortentwickelnden Instrumenten des Strafrechts als gleichberechtigt an. Mit Wirkung vom 1. April haben wir die Justizvollzugsanstalt in Friedberg in eine Jugendarrestanstalt umgewandelt und dadurch 60 neue Arrestplätze für jugendliche Straftäter geschaffen. Zu unseren weiteren Maßnahmen zählen der hessenweite Ausbau des für den Bereich der Prävention beispielhaften und sehr anerkannten „Netzwerks gegen Gewalt“ und der Aufbau von regionalen Geschäftsstellen. Wie Herr Kollege Banzer bereits dargestellt hat, gehört dazu die Zusammenführung von Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Jugendämtern in einem Haus des Jugendrechts, was wir modellhaft jetzt sehr schnell in Frankfurt mit dem klaren Ziel einführen werden, auch die Verfahrensdauer zu verkürzen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das ist Ihnen sehr früh eingefallen!)

Sicherheit – auch das will ich in meiner Regierungserklärung hinzufügen – ist aber nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch Schutz und qualifizierte Hilfe bei Gefahren und Not. Deshalb werden wir – auch auf der Basis der entsprechenden Schutzgesetzgebung – weiterhin gemeinsam mit den Feuerwehren sowie den Hilfs- und Rettungsorganisationen sprechen. Sie leisten unverzichtbare Beiträge. Sie verdienen deshalb nicht nur unseren Dank, sondern wir werden – etwa bei der Gesetzgebung des Katastrophenschutzrechts, die wieder ansteht und auf die ich noch zu sprechen kommen werde – dafür sorgen, dass diese Organisationen auch in Zukunft zu den tragenden Säulen unseres Sicherheitskonzepts für die Bürgerinnen und Bürger im Land Hessen gehören.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen alleine an der Aufzählung dessen, was im Rahmen der Kabinettsverantwortung die Landesregierung in den nächsten Wochen und Monaten entscheiden wird, dass es eine Menge zu tun gibt, dass aber auch eine Menge getan wird.

Die zweite Gestaltungsebene neben diesem Regierungshandeln bezieht sich auf die Gesetzgebung, dabei insbesondere auf den Bereich der routinemäßig anfallenden Gesetzgebung. Denn gemäß den Befugnissen der hessischen Landesverfassung sind wir gehalten – und werden es natürlich tun –, für all diese Bereiche Gesetzesvorschläge auszuarbeiten und in den Landtag einzubringen sowie in den Ausschüssen zu den Gesetzen Stellung zu nehmen.

Jetzt sind wir in einer Phase, und das sehen wir heute Mittag, in der einige – ich sage das in Anführungszeichen – wahlkampfnahe Gesetzesvorhaben sofort den Hessischen Landtag beschäftigen und auch sofort eine öffentliche Auseinandersetzung und Reaktion hervorrufen. Ich glaube aber, es gehört zur Fairness der gemeinsamen Arbeitsgrundlage, zu sagen, dass wir aus den langjährigen Erfahrungen miteinander wissen, dass die überwiegende parlamentarische Arbeit mit den Ausschusssitzungen und den zweiten und dritten Lesungen und auch den Themen, die dahinter stehen, nicht immer ganz so spektakulär dreispaltig über die Zeitungsseiten kommt, sondern sehr viel in der Tiefe dieses Raums und der Ebene der politischen

Arbeit zu beraten sein wird.

Meine Damen und Herren, ich will Sie deshalb darauf hinweisen, dass allein bis zum Ende des Jahres 2009 mehr als 50 Landesgesetze anstehen, über deren Verlängerung wir in diesem Haus beraten müssen. Es handelt sich dabei keinesfalls um geringfügige Gesetzesvorhaben, sondern die Frage, ob der Hessische Landtag darüber entscheidet oder nicht, führt zu der Frage, ob sie nach dem 1. Januar des Jahres 2010 fortgelten oder nicht. Es handelt sich z. B. um das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr, das Hessische Ausführungsgesetz zum SGB XII, also die Ausgestaltung der Sozialhilfe für die nicht erwerbsfähigen und die erwerbsgeminderten Personen, oder das Hessische Brand- und Katastrophenschutzgesetz, das ich schon erwähnt habe, oder das Hessische Hochschulgesetz mit allen Elementen der Autonomie, die wir darin geschaffen haben – um nur ein paar Beispiele zu nennen, die zu den 50 Gesetzen gehören, die hier angesprochen sind.

Ich glaube, es besteht eine gemeinsame Verantwortung – das jedenfalls ist das Bestreben der Landesregierung –, nicht im letzten Halbjahr des Jahres 2009 den Hessischen Landtag in Rund-um-die-Uhr-Sitzungen und Sonderplenarien mit der schnellen Abhandlung von 50 Gesetzen zu befassen. Vielmehr wird die Landesregierung in Kenntnis der Tatsache, dass zum 31.12.2008 nur wenige, zum 31.12.2009 aber sehr viele Gesetze auslaufen, dafür sorgen, dass wir dies in einen gemeinsam zu besprechenden Arbeitsplan bringen, wie der Hessische Landtag dieser Verantwortung gerecht wird.

Machen wir uns keine Illusionen: Darüber hinaus leben wir längst nicht mehr alleine auf dieser Welt. Eine ganze Reihe von landespolitischen Gesetzgebungsvorhaben wird bestimmt von Vorgaben des Bundes- und Europarechts. Ich denke etwa daran, dass viele abstrakt über die EU-Bilanzierungsrichtlinie sprechen und der festen Überzeugung sind, dass das mit uns eigentlich nichts zu tun hat. Aber wir werden das Hessische Sparkassengesetz auf der Basis dieses Bilanzierungsrechts in Kürze ändern müssen.

Das heißt, zu der Veränderung von Gesetzen aufgrund des Zeitablaufs kommt zum Zweiten bei dem, was ich – ich glaube, Sie verstehen inzwischen, warum ich das gesagt habe – Routinegesetzgebung nenne, eine Menge Gesetzgebungsarbeit, die sich aus den Umständen auf anderen Ebenen und Handlungszwängen, die von anderen Ebenen geschaffen worden sind, ergibt.

Meine Damen und Herren, die Projekte, die sich in dieser Fragestellung finden, werden uns beschäftigen. Es ist aber nicht nur die zweite Ebene, die den Landtag und die Regierung dabei zusammenführt. Jenseits dieser konkreten Gesetzesvorhaben werden wir als Landesregierung dem Landtag des Weiteren Projekte vorlegen, die nach unserer Auffassung besonders bedeutsam für das Land sind und sich in einem frühen oder möglicherweise bereits fortgeschrittenen Planungsstadium befinden. Der Landtag muss mit uns gemeinsam darüber beraten und am Ende entscheiden, ob wir diese Projekte durchführen sollen, planen sollen oder ob es dafür keine Mehrheit im Hessischen Landtag gibt. Diese Fragestellung sehe ich als die dritte Gestaltungsebene an.

Ich will es an drei Beispielen deutlich machen, die ein bisschen mit dem Paragraphen der Geschäftsordnung zusammenkommen, den wir in den letzten 20 Jahren außerhalb des Haushaltsausschusses eher weniger benutzt ha-



ben. In § 33 der Geschäftsordnung ist geregelt, dass die Landesregierung solche Projekte dem Landtag als Fragestellung vorlegen kann und vorlegen sollte.

Wir werden z. B. dem Landtag in den kommenden Wochen einen Masterplan zur Entwicklung und baulichen Neuordnung des Universitätsklinikums Frankfurt vorlegen. Wir wollen damit das Uniklinikum deutlich modernisieren und es mit besten Rahmenbedingungen ausstatten, damit es langfristig wettbewerbs- und zukunftsfähig bleibt. Die Finanzierung dieses Projekts ist Bestandteil der mittelfristigen Finanzpläne bis zu den Jahren 2011 und 2012 und wird sich wahrscheinlich auch in die Jahre 2013 und 2014 weiterentwickeln. Aber die Frage, ob wir in den nächsten Monaten einige bis zu Dutzenden von Millionen Euro ausgeben, um die Planungsmöglichkeiten zu schaffen, damit dieses Projekt verwirklicht wird, macht intellektuell und finanzpolitisch verantwortlich nur Sinn, wenn das Parlament im Prinzip den vorgelegten Masterplan für richtig und weiterverfolgbar hält.

Das Parlament könnte der Meinung sein, dass dieses Projekt so nicht weiterentwickelt werden soll. Wir haben gerade bei den Universitätskliniken ein gutes Beispiel. Wir haben in der letzten Legislaturperiode auf Vorschlag der Landesregierung entschieden, dass wir die Finanzmittel für kurzfristige Investitionen in Gießen und Marburg nicht selbst haben. Unter anderem deshalb haben wir eine Privatisierung vorgenommen und gleichzeitig entschieden, dass wir die Verantwortung staatlicherseits für das Universitätsklinikum Frankfurt weiter selbst tragen.

Jetzt werden wir in der Frage stehen, ob wir die Wettbewerbsfähigkeit im Gestalten dieser beiden Zentren dadurch aufrechterhalten, dass wir in Frankfurt unseren Teil der Verpflichtung, der mit den notwendigen Investitionen verbunden ist, wahrzunehmen bereit sind. Dies ist eine Entscheidung, die keine Regierung, allzumal keine geschäftsführende Regierung, alleine treffen kann. Es ist aber eine Entscheidung, die getroffen werden muss, weil sie sonst zu Veränderungen von Strukturen zulasten der Universitätsklinik in Frankfurt führen würde. Also werden wir damit in den Landtag gehen und brauchen dafür zunächst eine konzeptionelle Antwort, die uns sicherlich in ihren Konsequenzen viele Jahre beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren, ich will zum Zweiten nennen: Wir werden dem Landtag ein „House of Logistics and Mobility“ vorschlagen. Wir müssen darüber diskutieren, ob wir das irgendwann einmal auf Deutsch benennen können, aber das würde mich jetzt beim Manuskript in Schwierigkeiten bringen, weil ich Ihnen sage, dass das Projekt ähnlich dem „House of Finance“ gestaltet werden soll. Das bedeutet natürlich, dass unabhängig davon, wie wir es in der Landtagsdrucksache nennen werden, in Zukunft erreicht werden soll, dass ebenso wie die Finanzfrage die Logistikfrage, die für uns in Hessen so große Bedeutung hat, mit Wirtschaft und Wissenschaft zusammen in einen internationalen Kontext gestellt wird, in dem mehrere Universitäten, große Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsverbände und Forschungseinrichtungen gemeinsam einen Schwerpunkt entwickeln.

Das ist ein Projekt für viele Jahre. Das kann man anfangen. Man muss mit privaten Partnern sprechen, um die Voraussetzungen für ein solches Konzept überhaupt zu schaffen. Aber wenn es im Landtag keine Mehrheit gäbe, es prinzipiell anzustreben, wird die Landesregierung nicht mit privaten Partnern über den Beginn solcher Kontakte sprechen können. Also muss die Grundsatzentscheidung

für ein Projekt gemeinsam in den Gremien des Hessischen Landtags gefunden werden.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Landtag darüber hinaus nach vieler Arbeit und mancher Diskussion auch in den Parlamentsgremien der letzten Jahre ein Konzept für ein Haus der Geschichte Hessens vorschlagen, welches ähnlich dem Haus der deutschen Geschichte in Bonn die Entwicklung unseres Landes seit der Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg mit sehr eindrucksvollen Exponaten und Dokumenten erlebbar machen könnte. Der Ausgangspunkt dieser Diskussion ist durchaus die 60-Jahr-Feier und die 60-Jahr-Ausstellung, die wir gehabt haben.

Ob Hessen ein solches Haus der Geschichte in absehbarer Zeit erhalten soll oder nicht, ist eine politische Entscheidung, die im Grundsatz getroffen werden muss. Wir werden dem Hessischen Landtag dafür eine Vorlage unterbreiten, die ihm die Alternative aufzeigt: zum einen die Gründung eines klassischen Museums mit hohen Einmalkosten am Beginn und dauernden Verwaltungskosten, zum anderen erstmalig ein Landesmuseum auf virtueller Basis mit einem Konzept, das kontinuierlich über sehr viele Jahre Geld kostet, aber weniger Geld am Anfang. Es muss entschieden werden, ob wir das überhaupt wollen; denn wenn wir es in absehbarer Zeit nicht machen, werden die Exponate und vieles andere nicht mehr gesichert werden können. Wollen wir es real in Wiesbaden oder an einem anderen Ort, oder wollen wir es virtuell in einer modernen Zukunft?

Das ist eine Frage, die wir auch angesichts der Tatsache, dass Haushaltsberatungen noch eine lange Zeit vor uns liegen und wir konzeptionelle Grundentscheidungen treffen müssen, gemeinsam mit dem Landtag erörtern und für die wir eine Grundlagenentscheidung einer Landtagsmehrheit in den zuständigen Fachausschüssen erlangen müssen.

Ich belasse es bei diesen drei Beispielen, aber ich glaube, auch an dieser Stelle erkennen Sie: Wir müssen auf einer neuen Perspektive der Zusammenarbeit mit einer höheren Verantwortung des Landtags, wie wir es am Samstag alles besprochen haben, dafür sorgen, dass wir dennoch Entscheidungen treffen. Ob diese Entscheidungen in die eine oder andere Richtung gehen, wer wem folgt, wird auch daran liegen, wie gut wir in der Lage sind, Alternativen zu präsentieren und darüber zu diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den kommenden Monaten wird es allerdings eine ganz Reihe von Themen und Gesetzesinitiativen geben, bei denen wir es auf den ersten Blick schwer haben werden, Mehrheiten zu finden und gemeinsame Positionen zu formulieren. Das liegt zum einen an den möglicherweise unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen, es liegt aber auch daran, dass wir Themen vor uns haben, die auch in den jeweiligen politischen Gruppen zwischen den Vertretern unterschiedlicher Interessen, die dort repräsentiert sind, zu erheblichen Diskussionen führen und es deshalb außerordentlich schwer machen, zu einem Konsens zu kommen.

Die Behandlung dieser Fragen, auf die ich gleich zu sprechen komme, auf lange Zeit zurückzustellen, nur weil die Wahrscheinlichkeit, dass wir sie schnell mit Antworten versehen können, nicht sehr hoch ist, wäre nach der Überzeugung der Landesregierung ein unverantwortlicher Umgang mit diesen Themen. Deshalb müssen wir prüfen, ob wir in der Lage sind, Diskussionsprozesse in Gang zu setzen und Wege zu finden, die die Voraussetzungen dafür

schaffen, in absehbarer Zeit Entscheidungen zu treffen. Der Zeithorizont ist bei vielen dieser Aufgaben aus meiner Sicht mit mindestens zwölf Monaten zu beschreiben – eine Zeitspanne, in der jeder, egal in welcher politischen Konstellation stehend, einen Konsens mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu bilden versuchen muss. Wir müssen diese Zeit nicht verlieren, selbst wenn wir heute nicht sicher sind, mit welchem politischen Ergebnis in den einzelnen Fragen zu rechnen ist. Vielleicht spricht manches dafür, dass man an einigen Stellen zu Ergebnissen kommt, von denen man, wenn man nicht in diesen Prozess gegangen wäre, nie erwartet hätte, sie überhaupt erreichen zu können.

Wir wollen auf diesem Weg zu mehrheitsfähigen Konzepten kommen. Wir wollen dies mit Arbeitsgruppen und Facharbeitskreisen erreichen, an denen auch die Fraktionen beteiligt sind. Ich habe bereits am Samstag darauf hingewiesen, aus meiner Sicht ist es klug, über die parteilichen Grenzen hinweg für die Arbeit in den jeweiligen Fachgebieten ausgewiesene Experten und Fachleute, die uns aus der Vergangenheit vertraut sind, als Berater oder möglicherweise sogar als Moderatoren zu gewinnen.

Ich nenne jetzt insgesamt vier Aufgabenstellungen. In diesem Zusammenhang sehen wir als eine zentrale Aufgabe die Konzentration auf eine nachhaltige Entwicklung an. In erster Linie sprechen wir dabei über die Energiepolitik, einerseits also über den effizienten Umgang mit Energie und andererseits über eine nachhaltige Energiegewinnung. Als Industriestandort ist Hessen darauf angewiesen, jederzeit an jedem Ort mit einer ausreichenden Energiemenge versorgt zu werden. Und das alles muss für die Bürger bezahlbar sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge in Kenntnis und in der Präzision des ersten Satzes folgenden zweiten Satz an. Die Landesregierung will Hessen in einer gemeinsamen Anstrengung zu einem Musterland der regenerativen Energien machen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie werden Satz für Satz Spaß haben, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir brauchen dafür eine pragmatische Grundeinstellung und ein gemeinsames Verständnis dafür, was geht und was nicht geht. Das ist unter den Parlamentsfraktionen sehr unterschiedlich. Als ein Mittelgebirgsland im Herzen Europas weht uns weder eine ständige Meeresbrise um die Nase, noch scheint an 300 Tagen im Jahr die Sonne. Deshalb brauchen wir ein unter den Bedingungen Hessens umsetzbares Programm für erneuerbare Energien.

Wir haben uns bereits in der Vergangenheit dem Ziel verpflichtet, den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2015 auf 15 % zu erhöhen. Als waldreichstes Bundesland haben wir dabei insbesondere der Biomassenutzung eine wichtige Rolle zukommen lassen. Wir wollen jetzt gemeinsam den Versuch machen, eine zusätzliche Anstrengung zum Ausbau erneuerbarer Energien zu unternehmen, auch weitere Quellen hinzuzufügen, etwa das bisher in unserem Bundesland nicht ausreichend intensiv diskutierte Potenzial der Geothermienutzung genauso einzubeziehen wie andere Projekte und Entwicklungen, die wir uns dabei vorstellen können.

Um das zu organisieren, werden wir kurzfristig das schon seit längerer Zeit geplante Fachzentrum für Klimawandel einrichten, das die Klimafolgen für Hessen erforscht. Wir werden Anpassungsstrategien sowie innovative Projekte und Maßnahmen zur Verminderung von CO<sub>2</sub> entwickeln. Das im letzten Jahr vorgestellte hessische Klimaschutzkonzept wird auf dieser Basis weiterentwickelt.

Ich will ein Beispiel anführen. Einer der konkreten Vorschläge für die Gestaltung der Vorbildrolle des Landes lautet, dass wir bei der Umsetzung unseres Hochschulinvestitionsprogramms HEUREKA bei allen zu modernisierenden Bauten – was faktisch den Neubau eines Großteils unserer Universitätsgebäude bedeutet – den Gesichtspunkt der Klimateffizienz ganz präzise berücksichtigen werden.

Wir wollen über die Frage der Energiepolitik hinaus einen Schritt weitergehen. Ich schlage Ihnen namens der Landesregierung einen gemeinsamen Pakt für eine „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ vor. Dabei geht es nicht einfach um Umweltthemen, sondern wir verstehen unter „Nachhaltigkeit“ eine Querschnittsaufgabe, die die bisherigen Aufgabenstellungen, z. B. im Rahmen der Umweltallianz und der Bioregionen, zusammenführt und darüber hinausgehende Fragen der Nachhaltigkeit im Bereich der Wirtschaft und soziale Aspekte einschließt.

Meine Damen und Herren, eine geschäftsführende Landesregierung ist nach meiner Ansicht gut beraten, nicht zu versuchen, in wenigen Wochen bei solchen Projekten das Rad neu zu erfinden. Deshalb beabsichtigen wir, das Projekt der baden-württembergischen Landesregierung betreffend nachhaltige Entwicklung, das vor einem Jahr ins Leben gerufen wurde, in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften auch hier in Hessen einzuführen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wir wollen dabei alle Akteure aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Umwelt- und Naturschutz, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden, Vereinen und Kommunen zur aktiven Mitarbeit aufrufen. Die Nachhaltigkeitsstrategie wird Teil einer lebendigen Bürgergesellschaft. Mit einer klar definierten Dialogstruktur, klar umrissenen, zeitlich begrenzten Projekten und einer entsprechenden Organisation wollen wir mit einem solchen Dialog zu Ergebnissen kommen.

In Baden-Württemberg befasst man sich mit Fragen der zukünftigen Energieversorgung und -nutzung, beispielsweise auch mit der sinnvollen Nutzung von Abfällen als Rohstoffquelle, mit der Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs, mit der Steigerung der Lebensqualität und der Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Bildung aller Generationen.

Meine Damen und Herren, es geht nicht einfach darum, das zu übernehmen, was andere haben. Wir können uns als Hessische Landesregierung zusätzliche und hessen-spezifische Aspekte einer solchen Strategie vorstellen. Ich nenne zwei Stichworte.

Erstens. Die CO<sub>2</sub>-Vermeidung wird uns sicherlich auch im Zusammenhang mit aktuellen Genehmigungsverfahren und Diskussionen beschäftigen. Wie soll der künftige Energiemix aussehen? Welche modernste Technologie hilft hier weiter? Nur wenn man das ganzheitlich betrachtet, wird man bei einzelnen Projekten zu vernünftigen Antworten kommen.

Zweitens. Wie können wir Landschaftsnutzung und Naturerhalt in der modernen Industriegesellschaft vereinen? Auch Themen zukünftigen Arbeitens und Zusammenlebens sollen eine Rolle spielen. Wichtig ist – und nur dann hat es einen Sinn –, dass es eine Strategie des ganzen Landes werden kann. Die hessische Nachhaltigkeitsstrategie soll ein Ausdruck dafür sein, dass in diesem Land, das eine beträchtliche Innovationsfreude versprüht und viele Erfolge erzielt hat, eine weitere gemeinsame Kraftanstrengung auch unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen möglich ist.

Ich möchte Sie sehr auffordern, es jenseits aller Gräben und jenseits aller Freuden – ob der eine das so oder so formuliert – als eine gemeinsame Chance für das ganze Land zu betrachten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Redezeit der Fraktionen erreicht.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, ich danke Ihnen. Ich bedauere, Sie noch einige Minuten länger damit strapazieren zu müssen.

Einen vergleichbaren Prozess werden wir in der Schulpolitik in Gang setzen. Es wird hier um eine öffentliche Diskussion gehen, die aus unserer Sicht insbesondere um die Organisation der Mittelstufe unter bestimmten Bedingungen geht. Wir werden diese Vorschläge auf der Basis eines vielfältigen Schulsystems bei Wahlfreiheit der Eltern mit dem Ziel der Profilierung einzelner Bereiche unter Fortentwicklung der Eigenverantwortlichkeit und Verlässlichkeit der Schule mit dem flächendeckenden Ausbau von Praxisschulen nach dem Vorbild der bisherigen SchuB-Klassen und auch der Möglichkeit, G 8 und G 9 an kooperativen Gesamtschulen wählen zu können, machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, darüber wollen wir mit den Fraktionen, aber auch mit Eltern, Lehrern und Schülern intensiv diskutieren. Wir hoffen, dass es dafür einen breiten Konsens geben kann, damit wir an dieser Stelle auch in dem Bereich der Organisation der Mittelstufe der Schulpolitik in Zukunft ein Stück weniger Streit und ein Stück mehr Gesamtheit und Gemeinsamkeit haben können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich nenne als drittes Thema den Kommunalen Finanzausgleich – allenthalben ein Gegenstand unserer Diskussion. Wir wissen, dass die gegenwärtigen Voraussetzungen nicht ausreichen, um den Finanzausgleich der Zukunft zu gestalten. Wir wissen aber, dass diesen Satz alle unterschreiben, ohne jemals bisher zu einem gemeinsamen Ergebnis für die Lösung gekommen zu sein. Aber ich glaube, wir haben in den letzten Jahren auch verabredet, dass dort die Zeit des Zuwartens vorbei sein muss. Deshalb werden wir nicht abwarten können, alle Beteiligten an den Tisch zu holen.

Wir werden uns alle mit einer Entscheidung schwertun. Aber sie ist nach dem An-den-Tisch-Holen leichter als vorher. Sie ist nämlich, bevor wir mit allen Beteiligten dar-

über diskutiert haben, unmöglich. Deshalb ist es richtig, die kommenden Monate zu nutzen.

Das gilt auch für den vierten Bereich und den letzten, den ich in diesen gesellschaftlichen Grundsatzaufgaben nennen werde. Das ist die Reform des Beamtenrechts.

Wir haben uns gemeinsam – alle Fraktionen – als Land ein Recht erstritten, dass wir das Beamtenrecht in eigener Verantwortung unabhängig vom Bund gestalten können. Ein Bundesland wie Hessen kann es sich nicht leisten, jahrelang darauf zu verzichten, darüber zu reden, was das bedeutet. Trotzdem wird es eine schwierige Aufgabenstellung sein, in der sich am Ende jede Partei durchaus jenseits dessen, was sie bisher gesagt hat, weil sie nicht viel dazu gesagt hat, darüber Gedanken machen muss, wie ein leistungsorientiertes Beamtenrecht in Zukunft aussieht, das flexible Laufbahnstrukturen und leistungsgerechte Besoldung miteinander verbindet und z. B. solche Fragen wie die löst, dass wir aufhören müssen, dass, wer einmal Beamter war, nie mehr in die Wirtschaft darf und, wer zu spät aus der Wirtschaft kommt, nie mehr vernünftig Beamter werden kann, sondern dass wir eine vernünftige Verbindung der Bereiche haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir in diesen gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen einen solchen Dialog beginnen können, und stelle mir vor, dass sich keiner leisten kann, sich einem solchen Dialog wirklich zu entziehen, aber dass wir, damit es sich keiner leisten kann, auch eine solche Diskussion in den nächsten Wochen unter Führung der Fraktionen oder der Landesregierung darüber haben müssen, wie wir ihn konkret organisieren. Dabei wird jeder ein Stück über seinen Schatten springen müssen. Ich glaube, das ist einer der Teile der Leistung, die wir gemeinsam hier erbringen müssen, wenn wir auch in den Grundsatzfragen keinen Stillstand in der Landespolitik zulassen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man das alles macht, wenn man über so viele Projekte redet, dann ist es notwendig, dass wir dafür sorgen, dass die Konzeption insgesamt konsistent und schlüssig bleibt, mit der Landespolitik gemacht wird. Und das ist nicht einfach, weil jede Fraktion gerade in einer Situation mit wechselnden Mehrheiten im Ringen mit einer Regierung natürlich zunächst einmal auf jeden einzelnen Punkt konzentriert ist. Wir brauchen deshalb eine Diskussion darüber, und die Landesregierung muss einen eigenen Maßstab darüber haben, wie wir sowohl im Bereich des Haushalts, auf den ich gleich zu sprechen komme, als auch in den übrigen gesellschaftspolitischen Fragen Übereinstimmung erlangen können.

Ich habe in der Regierungserklärung 2003 – und die Regierung hat nun eine Verantwortung der Fortsetzung ihrer Arbeit als geschäftsführende Regierung auch auf dieser Basis – als die beiden wichtigsten Herausforderungen, die uns insgesamt betreffen, sowohl die Globalisierung als auch den demografischen Wandel genannt. Nach wie vor spricht vieles dafür, dass diese Analyse richtig ist. Gerade die Globalisierung hat in unserem Bundesland zu besonders schneller und besonders nachhaltiger Veränderung geführt.

Wir profitieren davon. Ja, wir sind mit den Absatzmärkten, die wir von hier mit Frankfurt, dem Flughafen und der ganzen Region erschließen, mit den Großaufträgen, die unsere Unternehmen bekommen, und mit den vielen Ar-

beitsplätzen, die daran liegen, mit dem Finanzplatz, mit dem Platz für Handel und Logistik, wie ich es beschrieben habe, aber auch mit der chemischen und pharmazeutischen Industrie nach wie vor ein von der Globalisierung nicht nur betroffener, sondern auch in erheblichem Maße profitierender Bereich.

Allerdings wissen wir auch, dass das keine Einbahnstraße ist. Wir wissen, dass es bei sehr vielen Menschen sehr viele Sorgen gibt, ob diese Entwicklung für sie tatsächlich diejenige ist, die für sie persönlich eine positive Zukunftsentwicklung hat. Ich denke, dass das natürlich auch in den Parteien manchmal genutzt und diese Sorge manchmal ausgenutzt wird.

Ich glaube, viele von uns wissen bei dieser Frage, wovon sie sprechen. Ich erinnere mich dabei immer an die Situation meines eigenen Wahlkreises, der über lange, lange Zeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hoechst AG geprägt war. Die Mehrheit der Menschen in der Region war von einem Unternehmen geprägt. Sie haben auf die Sicherheit der Arbeitsplätze vertraut. Sie wussten, dass es nicht nur ihre eigenen Arbeitsplätze sind, sondern sie auch darauf vertrauen können, dass ihre Kinder eine gute Chance haben, dort wieder zu arbeiten – egal, welche Qualifikation sie auf den unterschiedlichen Ebenen mitbringen. Oft wohnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den firmeneigenen Wohnungen, und sie profitierten vom sozialen Engagement des Unternehmens.

Das alles gibt es heute nicht mehr. Ich glaube, manchmal ist es leicht, Stimmen damit zu fangen, indem man dem nachtrauert. Meine Damen und Herren, aber wahr ist auch: Es wird nicht wiederkommen. Nach meiner Überzeugung sind Politiker etwas feige oder wecken falsche Hoffnungen, wenn sie den Eindruck erwecken, es käme wieder. Denn es hilft den Betroffenen nicht, sondern es zerstört Hoffnung und Vertrauen in die Politik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist konkretes Erlebnis des Wahlkreises. Wahr ist auch: Im Industriepark Höchst der ehemaligen Hoechst AG arbeiten heute in über 300 Firmen statt in einer mehr Menschen als zum Ende der Zeit, die uns so gut in Erinnerung geblieben ist. Heute arbeiten 22.000 Menschen in einer neuen Dimension für zukünftige Arbeitsplätze und haben eine Chance, damit auch für ihre Kinder wiederum Möglichkeiten zu schaffen, in dieser Region zu bleiben, zu leben und zu arbeiten.

Das geht nicht überall auf der Welt. Das geht nicht einmal überall in Deutschland. Aber in Hessen geht es in einer besonderen Weise. Es ist im letzten Jahrzehnt besonders erfolgreich gegangen, weil wir mit offenen Armen etwa für die chemische und pharmazeutische Industrie gekämpft haben, auch für ihre Arbeitsbedingungen in Deutschland gekämpft haben, und weil wir damit heute wieder mehr pharmazeutische Industrie und mehr Wertschöpfung haben, als wir sie vor einigen Jahren hatten. Das kann man in der globalisierten Welt erreichen. Und wir werden von dem Optimismus geprägt sein, dass unser Bundesland das schaffen kann.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen mit diesem Selbstbewusstsein auf einem fest verankerten Wertefundament ein investitionsfreundliches Klima schaffen, neue Arbeitsplätze begünstigen, die Verkehrsinfrastruktur dafür bereitstellen. Das alles sind

die Aufgaben, die aus der Globalisierung für uns Chancen machen können.

Ich will hinzufügen, dass uns die zweite Herausforderung, der demografische Wandel, weiter beschäftigt – und nach wie vor nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftspolitisch in der Frage, wie stark wir unsere Landkreise, Städte und Gemeinden darauf ausrichten müssen, älter zu werden, weniger Kinder zu haben, als einen Teil, und gleichzeitig so modern und jugendlich zu werden, dass wieder mehr Kinder da sind.

Wir haben in Modellprojekte wie in Darmstadt-Dieburg, in Marburg-Biedenkopf, im Werra-Meißner-Kreis oder wie hier in der Landeshauptstadt Wiesbaden dafür gute Beispiele. Wir wollen die fortsetzen, und der massive Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen wird dabei eine wichtige Aufgabenstellung sein.

Meine Damen und Herren, diese beiden Themen – Globalisierung und demografische Entwicklung – bleiben auf der Tagesordnung. Sie haben nichts eingebüßt. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir zwei weitere Themenstichworte in diese grundsätzlich übergreifenden Positionen einbeziehen, zum einen das Stichwort der nachhaltigen Entwicklung, zu dem ich das Notwendige bereits gesagt habe, und zum anderen die Frage des Umgangs mit Migration.

Es ist nicht zu bestreiten, dass wir alle wichtigen Aufgabenstellungen der Zukunft in einer immer stärkeren Dimension auch damit in Zusammenhang werden bringen müssen, dass ein immer größerer Teil unserer Gesellschaft einen sogenannten Migrationshintergrund hat.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, mit teilweise traumatischen Erfahrungen, kommt in immer wieder unterschiedlichen Gestalten auf uns zu. Unter ganz anderen Bedingungen hat die Integration der Heimatvertriebenen eine große Integrationsleistung dieses Landes erfordert. In den Wirtschaftswunderjahren haben wir sehr viele Menschen, insbesondere aus allen Teilen Europas, zu uns eingeladen. Sie sind bei uns Mitbürgerinnen und Mitbürger geworden. Dies hat uns schon in den letzten 20 Jahren immer wieder vor solche Herausforderungen gestellt.

Meine Damen und Herren, aber auch die Versäumnisse und Fehler der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass eine große Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund – und zwar überall in Deutschland – in sozial schwächeren Gruppen verhaftet ist. Viele Migrantenkinder stammen heute aus bildungsfernen Schichten und verfügen von Haus aus nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um dem Schulunterricht folgen zu können. Defizite in der Schulausbildung führen zu geringeren Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Zur Wahrheit gehört dann auch: Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund laufen mehr von ihnen Gefahr, straffällig zu werden.

Meine Damen und Herren, das sind keine zwangsläufigen Entwicklungen. Die von mir geführte Landesregierung hat seit 1999 die Notwendigkeit einer verantwortlichen und erfolgreichen Integrationspolitik nicht nur erkannt, sondern wir haben in vielen politischen Initiativen durchaus viel Geld dafür ausgegeben, um ein Vorbild für die Integrationsarbeit für die anderen deutschen Bundesländer zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Missstände angesprochen und dadurch verhindert, dass sie unter einer falsch verstandenen Konsensrhe-

torik schöngeredet werden und Konflikte gleichzeitig fortbestehen. Das werden wir – und ich ganz persönlich – auch in Zukunft tun. Ohne die präzise und manchmal auch undiplomatische Formulierung der gegenseitigen Erwartungen von Mehrheitsgesellschaft und Migranten leben wir in einer vermeintlich schönen Scheinwelt, die eines Tages an der Mutlosigkeit beim Ringen um gegenseitige Anpassung scheitern wird. Aber dieses Ringen um gegenseitige Anpassung ist die zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die wir haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb werden wir den Integrationsbeirat in seiner Arbeitsweise fortentwickeln. Wir werden auch in Zukunft diese Integrationspolitik zu einer zentralen Aufgabe unserer Regierungsarbeit machen – über das Thema Deutschkurse, die wichtige Arbeit der Sportvereine bis zu den Engagement-Lotsen, die wir haben.

Meine Damen und Herren, all diese Themen werden am Ende wieder an einem Punkt im Hessischen Landtag zusammenkommen, und der heißt Geld. Nichts von dem, was unter den Themen Globalisierung, Nachhaltigkeit, Demografie und Migration angesprochen wird, kann verstanden werden, wenn es neben der gesellschaftspolitischen Klammer nicht auch eine zweite Leitplanke für unser Handeln gibt: die Haushaltspolitik.

Auch für ein Parlament ohne stabile Mehrheit gilt, dass es einen Haushalt zu verabschieden hat, der den Vorgaben der Verfassung und der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gerecht wird, insbesondere was das Ausmaß der Verschuldung anbelangt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Hessen befindet sich in einer finanzpolitisch durchaus paradoxen Situation. Gemessen an der Bevölkerungszahl sind wir das mit Abstand wirtschaftsstärkste Land der Bundesrepublik Deutschland. Allein schultern wir fast 40 % des Länderfinanzausgleichs. Hessen hat im Jahr 2007 rund 2,9 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, inklusive einer Nachzahlung sogar mehr als 3,1 Milliarden €. Nimmt man diese Zahl, so übertreffen wir damit die gesamten Länderfinanzausgleichs-Einnahmen des Landes Berlin mit 2,9 Milliarden €. Das heißt, das Land Hessen bezahlt alleine die gesamten Finanzausgleichsmaßnahmen für das Hauptnehmerland Berlin. Jeder Landtagsabgeordnete muss diese Dimension leider Gottes immer im Kopf haben, ob es gefällt oder nicht: Jeder Einwohner in Hessen hat im vergangenen Jahr 474 € Steuergelder an den Länderfinanzausgleich überwiesen; hätte er oder sie in Baden-Württemberg gewohnt, wären es nur 214 € gewesen, hätte er gar in Bayern gelebt, wären es nur 184 € gewesen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, wir haben ein System, in dem unsere Länderfinanzausgleichszahlungen so hoch sind und das nicht schnell zu verändern ist. Deswegen müssen wir aufpassen, welches die Herausforderungen an unsere Finanzpolitik sind, wenn es um die Finanzierung unserer Leistungskraft geht, nämlich um das Bruttoinlandsprodukt. Das ist die eigentliche Herausforderung. Die genannten Summen von 214 oder 184 € sind schlimm und mögen drücken, aber die sind nicht das Kernproblem.

Das Kernproblem, das uns von Jahr zu Jahr mehr beschäftigt und den Länderfinanzausgleich in Schwierigkeiten bringen wird, liegt in Folgendem: Wenn wir einen Euro des Bruttoinlandsprodukts betrachten, den wir hier

in Hessen erarbeiten, dann hat der natürlich Aufwendungen in Bildung, in Wissenschaft und Forschung, in Infrastruktur und Sicherheit zur Voraussetzung. Ein Land wie das unsere ist international. Kollege Bouffier schützt mit seinen Einrichtungen zur inneren Sicherheit öffentliche Einrichtungen in der Größenordnung von einigen Hundert. In Mecklenburg-Vorpommern sind das keine zwei Dutzend. Das bedeutet beträchtliche finanzielle Aufwendungen, die dort zur Verfügung zu stellen sind.

(Reinhard Kahl (SPD): Und Berlin? – Gegenruf des Ministers Volker Bouffier: Das ist Bund!)

Festzustellen ist, dass Ihnen als Landesgesetzgeber pro Euro des Bruttoinlandsprodukts, das hier erarbeitet wird, am Ende 8 Cent zur Verfügung stehen, die Sie im Haushalt für Bildung, Infrastruktur und anderes ausgeben können; Ihren Landeskollegen in Mecklenburg-Vorpommern jedoch stehen davon 25 Cent zur Verfügung.

Das bedeutet: Wenn uns jetzt die Bundesregierung im Hochschulpakt vorgibt, dass wir die Hochschulausgaben nicht mehr nach Einwohnern oder nach Steueraufkommen erbringen, sondern als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts, dann haben wir eine andere Ausgangsposition im Vergleich der Bundesländer, die unserem Haushalt große Anstrengungen abverlangt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das konkret sehen, sind wir sehr nahe an den Debatten dieses Nachmittags. Mit 27 Studierenden pro 1.000 Einwohner hat Hessen die höchste Studierendenquote aller Flächenländer. Das ist ein beachtliches Bild. Das ist eine notwendige Voraussetzung für unser hohes Bruttoinlandsprodukt. Aber man muss auf der anderen Seite auch sehen, dass wir damit überproportional viele Studienplätze finanzieren – obwohl wir dann in der Logik dieses Bruttoinlandsprodukts pro Studienplatz deutlich weniger Geld zur Verfügung haben als manche der von uns finanzierten Nachbarn.

Verehrter Herr Kollege Kahl, das war immer so.

(Zustimmung des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Es wird aber schlimmer, denn diese Aufwertung der Bedeutung des Bruttoinlandsprodukts führt dazu, dass wir in den letzten Jahren immer größere Anteile zur wirtschaftlichen Entwicklung ganz Deutschlands beitragen. Die Bedeutung dessen, was in Hessen erarbeitet wird, für die Bundesrepublik Deutschland steigt von Jahr zu Jahr an. Die Finanzierung der öffentlichen Lasten dafür bleibt jedoch gleich – weil wir die Gewinne, die wir daraus erzielen, zu 80 % an die anderen Bundesländer überweisen. Das ist die Struktur, unter der der Hessische Landtag in den nächsten Monaten arbeiten muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir können eine lange Diskussion darüber führen, ob das gut oder schlecht ist. Wir können darüber reden, ob das im Jahr 2018 oder früher anders wird. Aber für die Ausgaben dieses Jahres und für den Haushalt des kommenden Jahres wird das die entscheidende Frage sein. Deshalb rate ich, gut zu überlegen, wo wir für was Geld ausgeben oder auf Einnahmen verzichten.

Das gilt dann auch für die Bereitstellung von jährlich zusätzlich bis zu 110 Millionen € aus dem Landshaushalt für die Universitäten zum Ersatz der Studienbeiträge aufgrund unausweichlich begrenzter Mittel.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die müssen dann im Gegenzug irgendwo anders geopfert werden. Ich sehe die GRÜNEN an, ich sehe uns an – keiner schreibt in sein Programm: zusätzliche Schulden. Das bedeutet, für jeden Euro, den man woanders ausgibt, insbesondere aber für jeden Euro an Einnahmen, auf den man verzichtet, muss irgendjemand ein Opfer bringen.

Es ist wichtig, dass man nicht nur die Begünstigten benennt, sondern auch die Opfer. Meine Damen und Herren, dazu müssen wir in der parlamentarischen Diskussion gemeinsam kommen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu muss ich sagen: Derzeit reden wir über einen Haushaltsplan, der für das Jahr 2008 noch eine Nettoneuverschuldung von 548 Millionen € aufweist.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Im kommenden Jahr haben wir nach den Ihnen bekanntesten Planungen für eine fortgesetzte Reduzierung der Nettoneuverschuldung einen zusätzlichen Einsparbedarf von mehr als 250 Millionen € – wobei das auch inzwischen – –

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist Ihr Plan! – Norbert Schmitt (SPD): Den Sie nie belegt haben!)

– Das ist mein Plan. Ich trage meinen Plan vor.

(Reinhard Kahl (SPD): Es geht um 500 Millionen €!)

– Herr Kollege Kahl, ganz ruhig.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, das ist ganz interessant, das haben Sie nie belegt!)

Wir müssen im nächsten Jahr 250 Millionen € einsparen, und wir müssen das 250-Millionen-€-Ziel kritisch betrachten unter dem Gesichtspunkt, wie die wirtschaftliche Entwicklung weitergeht, ob die vom Finanzplanungsrat und uns gemeinsam erwarteten 500 Millionen € Mehreinnahmen durch Steuern zustande kommen oder nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir sind auf Ihren Haushaltsentwurf gespannt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Ausgangsposition, unter der die Landesregierung einen Haushaltsplanentwurf vorlegen wird, und das ist die Ausgangsposition, unter der jeder einzelne Einsparvorschlag und jeder einzelne Mehrausgabenvorschlag aus dem Parlament zu sehen ist. Wir sind – das sieht man dem Kollegen Schmitt im Gesicht noch nicht so ganz an – in dieser Frage eine Schicksalsgemeinschaft.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, wir sicherlich nicht!)

– Herr Kollege Schmitt, Sie werden sich nicht mehr so einfach daraus herausziehen können.

Herr Kollege Schmitt, deshalb ist es einfach, schnell einmal in den letzten drei Monaten für die Finanzierung der Studienbeiträge 28,7 Millionen € zu finden, indem man über Zinskosten redet, und es kann sein, dass Sie einen Konsens über diese Definition finden. Aber man darf niemandem verschweigen, dass Sie in Anerkennung der Tatsache – wenn Sie es auch akzeptieren –, im nächsten Jahr noch 250 Millionen € strukturell einsparen zu müssen, diese mit zusätzlichen 70 Millionen € belastet haben. So einfach ist die Rechnung am Ende.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, da darf es keine windigen Wege geben. Es geht nicht darum, für den November und

den Dezember eines Jahres per Gesetz noch schnell eine Deckung zu finden, wenn man weiß, dass diese Ausgabe das ganze kommende Jahr auftritt. Kollege Wagner hat nicht nur die Krawatte von Herrn Al-Wazir übernommen, sondern er vertritt im Augenblick die Fraktionsführung.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Er wird den Satz kennen, den ich jetzt vorlese. Ich sage auch als Credo der Landesregierung: Wir sind dem Ziel der Nachhaltigkeit auch in der Haushalts- und Finanzpolitik verpflichtet. Zukünftige Generationen verlangen zu Recht, dass wir sie nicht mit Schulden überlasten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Ach du liebe Zeit! Das sagen Sie! – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Thomas Spies (SPD): Eine ganz neue Erkenntnis!)

Meine Damen und Herren, diese Frage wird uns in den nächsten Tagen und Wochen beschäftigen, mich z. B. in der Föderalismuskommission. In der Föderalismusdebatte ist die Sache nicht ganz so einfach. Denn entgegen den fröhlichen Gesichtern der sozialdemokratischen Kollegen hier werden wir dort als eines der vorbildlichen Länder angesehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Was haben Sie in den letzten Jahren gemacht?)

Wir sind das Land mit der viertgeringsten Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind das Land, das in den letzten Jahren eine Verschuldungsentwicklung genommen hat, um die sich andere gerne bewerben würden. Wir stehen nur im Wettbewerb mit den beiden süddeutschen Ländern; das ist in Ordnung. Dort haben wir die Probleme, die ich beschrieben habe. Aber diese anderen Bundesländer werden mich und damit Sie in den nächsten Monaten fragen, ob wir bereit sind, eine Verfassungsänderung zu beschließen – übrigens am Ende auch eine Verfassungsänderung in den Länderverfassungen –, die eine Nettoneuverschuldung Null oder eine jedenfalls an sehr viel strengere Kriterien als in der Vergangenheit angepasste Verschuldung vorgibt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Steinbrück will das mit dem Grundgesetz machen!)

– Steinbrück will das im Grundgesetz für den Bund machen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und für die Länder!)

Aber natürlich wird das auch eine Frage der Länder sein. Wir werden in der Frage abstimmen müssen. Das heißt, wir als Hessen, auch wir als Hessischer Landtag, müssen uns entscheiden, ob wir uns an diesen Maßstab halten wollen. Dann geht es aber nicht mehr um 250 Millionen € strukturelle Mindereinnahmen und um 70 Millionen € mehr, sondern dann geht es um signifikant weitere Hunderte von Millionen €, die dazukommen. Wenn der Hessische Landtag das in Deutschland mitträgt, werden wir nicht gemeinsam eine andere Politik hier machen können.

Deshalb müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass eine der zentralen Aufgaben der Landespolitik sein wird, ob wir es schaffen, tatsächlich mit einer schwarzen Null in das Haushaltsjahr 2011 zu kommen. Das wird für alle bedeuten, dass es weniger Zeit für Mehrausgaben und mehr Zeit für die Diskussion über die Konsolidierung des Haushalts geben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Bei der schwarzen Null denke ich immer an Weimar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geschieht nicht nur auf der Basis der letzten Jahre. Das muss auch unter Betrachtung der aktuellen Situation geschehen, in der die im Haushalt veranschlagten Steuereinnahmen nach Finanzkrise und ähnlichen Entwicklungen für ein Land wie den Finanzplatz Hessen nicht ganz selbstverständlich sind.

Verehrter Herr Kollege Kahl, nur damit keiner glaubt, dass wir das in den nächsten Jahren diskutieren: Es wird den Hessischen Landtag auf Initiative der Landesregierung wiederum in den nächsten Wochen beschäftigen. Sie werden bereits in den nächsten Tagen die entsprechende Entscheidungsvorlage der Landesregierung bekommen, indem wir den zuständigen Ausschuss des Hessischen Landtags fragen werden, ob Sie die im Haushaltsplan 2008 eingeplante Privatisierung von Landesimmobilien des Leo-III-Portfolios unterstützen oder ablehnen. Weil potenzielle Investoren Berechenbarkeit brauchen, ein wirtschaftlich vernünftiger Verkauf die Teilnahme einer großen Zahl möglicher Investoren voraussetzt und allein die Einleitung des Bieterverfahrens einen zweistelligen Millionenbetrag erfordert,

(Reinhard Kahl (SPD): Was hat denn das mit Nachhaltigkeit zu tun?)

halte ich es für vernünftig, dass die Landesregierung den Haushaltsausschuss fragt, ob an dieser Stelle eine Bereitschaft besteht, das im Haushaltsplan beschlossene Verfahren, das am Ende der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags bedarf, prinzipiell durchzuführen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war knapp an der Wahrheit vorbei! Es gibt gar keinen Markt, das wissen Sie auch!)

Wenn Sie prinzipiell der Auffassung sind, dass es durchgeführt werden kann, werden wir es tun. Aber wir werden am Ende nicht 10 Millionen € Steuergelder für ein Verfahren ausgeben, das eine Landtagsmehrheit prinzipiell nicht haben will. Nur an dieser Frage hängen 400 Millionen € des Ausgleichs im Haushalt, und der Landtag muss sagen, wie er es in Zukunft haben will.

Wir werden auch, heute Nachmittag beginnend, über die Frage der Tarifgemeinschaft der Länder sprechen. Wenn der Hessische Landtag durchsetzen will – dazu braucht es einen Haushaltsplan –, dass die Tarifgemeinschaft der Länder als Standard der Finanzierung gilt, unabhängig von der Mitgliedschaft, und wenn Sie sehen, was inzwischen im Bund und in den Kommunen für das nächste Jahr verabredet worden ist, reden Sie über zusätzliche strukturelle Mehrausgaben in diesem Land, die die halbe Milliarde deutlich übersteigen. Es sind mehr als 500 Millionen €; mit dem, was jetzt im Bund und in den Kommunen vereinbart worden ist, ist es deutlich mehr, dann sind wir bei einer Dreiviertelmilliarde. Wenn Sie das zur Kenntnis nehmen, ist es unmöglich, das über einen Landtagsbeschluss durchzuführen, der nicht zu einem Nachtragshaushalt oder einem Haushalt des Jahres 2009 in angemessenem Verhältnis steht – unter dem Gesichtspunkt der Verschuldung, wie er beschrieben worden ist.

Meine Damen und Herren, das zeigt bei allen politischen Grundsatzfragen, die ich angesprochen habe: Diese Landesregierung wird darauf achten, dass der mittelfristige

Finanzplan, den der Hessische Landtag bisher beschlossen hat, die Grundlage auch der künftigen Finanzpolitik ist, weil er ermöglicht, dass wir im Jahr 2011 zu einem ausgeglichenen Haushaltsplan kommen – bei Fortführung der jetzigen Annahmen, aber nur unter Anstrengungen und bei Realisierung der globalen Minderausgaben und aller Elemente, die in dem Vorschlag drin sind, für die die Landesregierung Verantwortung trägt.

(Reinhard Kahl (SPD): 750 Millionen € Defizit!)

Wer glaubt, das Land könne mehr bezahlen, muss entweder über mehr Schulden sprechen oder bereit sein, zu benennen, an welcher Stelle er signifikante Einsparungen vornehmen will. Das gehört dazu.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam mit Ihnen einen Weg suchen, wie wir diese Situation, die wir in unserem Bundesland jetzt miteinander zu betrachten haben, gemeinsam zu einem Guten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gestalten können. Das wird keine einfache Herausforderung werden. Das ist eine Aufgabe, bei der wir sehen müssen, dass wir nur dann die Chance haben, den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen, wenn jeder in seiner Perspektive – das ist das Parlament, das ist der Landtag – verantwortlich mit seinem Handlungsspielraum umgeht.

Wir betrachten uns dabei, wie am Samstag gesagt, als Partner des Parlaments. Wir werden den Stil der offenen Tür pflegen. Aber wir werden natürlich auch eine Regierung bleiben, die nicht beliebig ist, sondern die ihre Prinzipien und Vorstellungen hat, wie ich sie Ihnen in dieser Regierungserklärung dargestellt habe. Diese Regierung hat dabei – das mag dem einen gefallen und dem anderen nicht – durchaus den Mut zu neuen Wegen. Ich werbe darum, dass Regierung und Landtag gemeinsam diese neuen Wege suchen, finden und auch gehen; denn sie stehen in einer gemeinsamen Verantwortung für Hessen. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war die Regierungserklärung.

Ich darf zunächst noch auf der Tribüne den ehemaligen Vizepräsidenten Herrn Schoppe und den ehemaligen Abgeordneten Dieter Fischer begrüßen. Ich habe auch Frau Kollegin Wagner, unsere ehemalige Vizepräsidentin, gesehen. Herzlich willkommen bei dieser Sitzung.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit hat sich um sieben Minuten erweitert, sodass den Fraktionen jetzt 52 Minuten zur Verfügung stehen, der CDU-Fraktion 50 Minuten, gemäß unserer Regelung. Ich erteile Frau Kollegin Ypsilanti für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In ihrer Eröffnungsrede am Samstag haben sich alle Fraktionen zu

ihrer Verantwortung bekannt, die wir anlässlich der politischen Sondersituation vor unseren Bürgerinnen und Bürgern und vor unserer Verfassung wahrzunehmen haben. Auch der amtierende Ministerpräsident hat sich dazu bekannt, dass er die Mehrheitsentscheidungen des Landtags respektieren werde, dass er den Fraktionen den Sachverstand der Ministerien zur Verfügung stellen wolle. Herr Ministerpräsident, ich gehe davon aus, dass das für alle fünf Fraktionen im Hessischen Landtag gilt. Sie sagen, dass die Landesregierung dafür eine Politik der offenen Türen anbiete. Wir hören diese Ankündigung gerne und werden das Verhalten der geschäftsführenden Landesregierung jetzt im parlamentarischen Verfahren natürlich daran messen. Aber, Herr Koch, was hätten Sie denn in Ihrer neuen Rolle sonst sagen sollen?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beschrieben, was der verfassungsmäßige Auftrag einer geschäftsführenden Landesregierung ist und wo Ihre Kompetenzen gegenüber Mehrheitsbeschlüssen im Landtag liegen. Alles andere hätte auch dem Geist der Hessischen Verfassung widersprochen. Wir werden ab jetzt immer wieder Gelegenheiten haben, im parlamentarischen Vollzug Ihre Versprechen zu prüfen. Herr Koch, Sie werden verstehen, dass bei dem einen oder bei der anderen noch eine gewisse Skepsis vorliegt, insbesondere bei den Abgeordneten, die die letzten Jahre hier im Plenum verbracht haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Eines ist klar, das werden Sie selber auch gar nicht bestreiten. Herr Koch, ein politisches Neutrum sind Sie sicherlich nicht, aber auch gar kein parteipolitisches. Das gilt übrigens auch für alle anderen Parteien. Die politische Welt ist seit dem 27. Januar für uns alle anders geworden, sie hat sich verändert, aber die politischen Aussagen und Inhalte, für die wir in den letzten Jahren gestanden haben, haben sich nicht verändert.

Nachdem es in der Eröffnungssitzung des neuen Landtags um die formale Aufgabenverteilung und die neue Rollenverantwortung von uns allen gegangen ist, geht es heute um die politische Bewertung der entstandenen Lage. Das kann nicht von den unterschiedlichen Zielen, den Wähleraufträgen, die jede Partei, einschließlich der CDU unter ihrem Landesvorsitzenden Roland Koch, hat, getrennt betrachtet werden. Weder der CDU-Vorsitzende Koch ist ziel- oder wertneutral geworden, noch sind wir es.

(Beifall bei der SPD)

Das kann bei aller Auseinandersetzung um politische Inhalte auch nicht ignoriert werden. Sie haben in Ihrer Erklärung und auch am Samstag auf die Regierungszeit unter Holger Börner hingewiesen. Die haben wir uns alle angeschaut, um das eine oder andere daraus zu lernen. Die Regierungszeit unter Holger Börner unterscheidet sich gravierend von dem, was wir heute im Parlament mit der geschäftsführenden Landesregierung haben. Die Lage in Hessen ist eine Ausnahmesituation, und zwar noch mehr, als sie es unter der geschäftsführenden Landesregierung unter Holger Börner war. Holger Börner hatte seinerzeit keine Mehrheit im Parlament und hinter sich. Er hatte aber im Parlament auch keine Mehrheit gegen sich.

(Beifall bei der SPD)

Er stand, unterstützt von der SPD, in der Mitte zwischen den unvereinbaren Positionen von CDU und den damals neu in den Landtag gewählten GRÜNEN. Herr Koch,

wenn Sie heute ohne Erinnerung an die letzten neun Jahre oder an die Zeiten im Wahlkampf – ich sage es einmal vorsichtig – hemmungslos um die GRÜNEN werben, dann können Sie das vor allen Dingen deshalb, weil es die große und über Hessen hinausgehende bleibende politische Leistung von Holger Börner war, die basisdemokratisch orientierten GRÜNEN mit der parlamentarischen Mehrheit zu versöhnen und sie konstruktiv zu integrieren.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Was haben Sie vor? – Florian Rentsch (FDP): Mit der Dachlatte!)

– Sie wissen alle, Holger Börner hat die Dachlatte nie ausgepackt, sondern er hat es mit guten Worten probiert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, nein!)

Es war manchmal nicht so einfach. Ich habe in der Zwischenzeit auch einmal in das Tagebuch von Joschka Fischer hineingeguckt, es war eine ganz spannende Zeit. Da haben wir es heute sehr gut, würde ich einmal sagen.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im Gegensatz zu Holger Börner hat die geschäftsführende Regierung Koch eine Wählermehrheit und dementsprechend Parlamentsmehrheit gegen sich, wenn es sein muss.

Der zweite gravierende Unterschied zu Holger Börner als geschäftsführender Ministerpräsident ist: Er wurde 1982 nicht von den Wählern abgewählt. Die SPD hatte damals zwar leicht verloren, die GRÜNEN kamen zum ersten Mal in den Landtag, und die FDP ist damals aus dem Landtag herausgefallen. Wir haben heute aber die Situation, wenn sich drei Fraktionen zusammenschließen, können Sie in der Tat eine Mehrheit gegen sich haben. Das müssen Sie bei allem Mut für neue Wege immer wieder berücksichtigen.

(Zurufe der Abg. Frank Gotthardt und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Koch hat in seiner Regierungserklärung auf seine Bilanz hingewiesen. Ich habe mich an dieser Stelle gefragt: Warum haben Sie, wenn Sie so gerne auf Ihre Bilanz hinweisen, mit dieser Bilanz eigentlich keinen Wahlkampf gemacht?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum war es denn notwendig, dass Sie von Ihrer Bilanz auf andere Themen ausgewichen sind? – Ich sage Ihnen, warum Sie es getan haben: Die Bilanz war nämlich nicht so gut, dass man damit eine Wahl hätte gewinnen können. Sie haben im Wahlkampf 25 % Ihrer Wähler verloren.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Welchen Punkt bezweifeln Sie denn?)

Deshalb besteht der Landtag heute aus Mandatsträgern, die nicht zuletzt für die Ablösung dieser Regierung gewählt worden sind. Daraus ergibt sich klipp und klar die politische Bewertung. Die geschäftsführende Landesregierung Koch hat zwar ein von der Verfassung vorgegebenes beschränktes Mandat. Wir respektieren das – damit das ganz klar ist. Sie haben jedoch kein erneutes politisches Mandat.

(Beifall bei der SPD)

Sie unterliegen damit einer zweifachen Beschränkung. Faktisch können Sie sich nur auf 42 Mandatsträger stüt-



zen, solange die FDP, Ihr Wunschpartner, als selbstständige Partei agiert, was ich unterstelle und erwarte.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Hinzu kommt, dass diese Landesregierung auch nach dem Ausscheiden – –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein Aprilscherz!)

– Sagen Sie etwas anderes, Herr Hahn.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Das kann man nicht wirklich vertreten. – Meine Damen und Herren, man sollte auch nicht unterschätzen, dass in Ihrem Kabinett jetzt zwei Ressortchefs fehlen, die Sie ersetzen müssen. Das wird als geschäftsführende Regierung sicherlich nicht einfach.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns damit in Hessen in einer doppelten politischen Ausnahmesituation. Nach der Hessischen Verfassung ist die Konstruktion einer geschäftsführenden Landesregierung nicht als Dauerzustand für eine ganze Legislaturperiode geeignet. Dieser Zustand sollte so bald wie möglich überwunden werden. Es ist eigentlich nur ein vorübergehender Zustand, der nicht als Dauerzustand gewertet werden kann. Deshalb darf das mittelfristige Ziel nicht aus den Augen verloren werden, eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden und zu wählen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle auch noch einmal auf das eingehen, was Sie vorgeschlagen haben, nämlich mit unabhängigen Moderatoren und mit externem Sachverstand zu arbeiten. Wissen Sie, das Versprechen der geschäftsführenden Landesregierung, dass den Landtagsfraktionen der Sachverstand der Ministerien helfend zur Verfügung gestellt werde, macht das Problem in Wirklichkeit nicht kleiner. Herr Koch, das gilt auch für Ihre Ankündigung, dass Sie mit unabhängigen Moderatoren arbeiten wollen. Hier sollten wir uns nicht in die Tasche lügen. Wir alle wissen, es gibt in Wahrheit keinen wert- und interessenneutralen und somit auch keinen politikneutralen Sachverstand. Das würde Menschen ohne Werte und Interessen voraussetzen, die es aber nicht gibt. Deshalb unterscheiden sich auch die Parteien in ihren Wertvorstellungen, Interessen und Prioritäten.

An dieser Stelle sollte man auch noch einmal darauf hinweisen, dass Sie in der Vergangenheit externen Sachverstand hatten. Sie haben sich Herrn Borchert in die Staatskanzlei geholt. Herr Borchert hat seinen externen Sachverstand dort sehr lange eingebracht. Nachdem er ihn eingebracht hatte, haben Sie ihn ignoriert, sodass Herr Borchert hinterher gesagt hat: Ich war Hofnarr der Landesregierung. – So weit zum externen Sachverstand.

(Beifall bei der SPD)

Oder reden wir über die Mediation; Sie wollen schließlich auch Moderatoren haben. Reden wir über die Mediation im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens. Sie erfolgte überparteilich und hat lange gewährt. Sehen Sie sich einmal an, was Sie aus diesem Mediationsergebnis hinterher gemacht haben.

Deshalb sind wir an dieser Stelle wirklich skeptisch. Ich möchte den Mitarbeitern in den Ministerien nicht zu nahe treten. Aber auch deren Sachverstand kann eine politische Entscheidung über die strittigen politischen Fragen nicht ersetzen.

Jedenfalls kann ich hier schon einmal sagen, dass wir nicht auf Moderatoren warten, sondern unsere politischen Initiativen im direkten Dialog mit den Fraktionen vorantreiben werden, mit denen es an diesen Punkten inhaltliche Schnittmengen und Übereinstimmungen gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es muss auch in dieser Sondersituation darum gehen, dass wir die unterschiedlichen Ziele darstellen und Meinungsverschiedenheiten offen austragen, sodass die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, für welche politischen Inhalte die jeweiligen Fraktionen und Parteien stehen, um sich dann ihr eigenes Urteil zu bilden.

Es wäre schon viel gewonnen – das ist der versöhnliche Teil –, wenn dabei auf Zerrbilder, Entstellungen und persönliche Verunglimpfungen verzichtet würde. Die haben hier die politische Atmosphäre in der Vergangenheit in der Tat des Öfteren vergiftet. Ich glaube, wir alle können uns ins Stammbuch schreiben, dass wir in Zukunft etwas vorsichtiger miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Koch, ich will mir an dieser Stelle trotzdem nicht den kleinen Seitenhieb versagen,

(Zurufe von der CDU)

Sie darauf hinzuweisen, dass schon viel gewonnen wäre, wenn der Landtag im Sinne der angebotenen offenen Türen künftig die Informationen bekäme, die er für seine Arbeit wirklich braucht. Ich denke an Informationen, die in der Vergangenheit selbst den Untersuchungsausschüssen nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich erinnere auch an die periodischen Sicherheitsüberprüfungen der Atomkraftwerke in Biblis, deren Ergebnisse der Öffentlichkeit bis heute vorenthalten werden. Ich denke, ein Vorgehen im Sinne einer Politik der offenen Türen könnte auch dazu beitragen, die Bevölkerung an dieser Stelle besser zu informieren. Auch da können wir die Probe aufs Exempel machen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Koch, auch angesichts der schwierigen Situation lassen wir Ihnen nicht ohne Weiteres durchgehen – Sie haben gemerkt, dass das an einigen Punkten, die Sie genannt haben, bei manchen unserer Kollegen doch zu erheblichem Kopfschütteln geführt hat –, dass Sie jetzt die Rolle des Kreide fressenden Wolfs im Schafspelz angenommen haben. Das war zu heftig. Der Sprung war zu groß.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Neue Agentur!)

– „Neue Agentur“.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Boddenberg, an Ihrer Stelle hätte ich die alte Agentur auch gefeuert. Nach diesem Wahlkampf hätte ich die alte Agentur auch entlassen. Schauen wir einmal.

Wissen Sie, es kam so unvermittelt: gestern noch haltlose Unterstellungen, heute ein differenzierter Gesprächspartner; gestern Ausgrenzungskampagne, heute staatsmännische Gesten; gestern Grünenverleumder, heute Brautwerber. All das ging heute Morgen ein bisschen schnell.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Koch, meine Damen und Herren von der CDU, ich glaube, dass Sie, wenn Sie auch nur eine Stimme mehr hätten und die parlamentarische Mehrheit stellen könnten, genau die gleiche Politik machen würden wie vor neun Jahren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie, wir und auch die Bürgerinnen und Bürger Hessens wissen: Sie wollen den Machterhalt für sich selbst und für die CDU.

(Michael Boddenberg (CDU): Was wollen Sie denn?)

– Dieser Versuch ist legitim, natürlich. – Aber nach außen eine Charmeoﬀensive zu starten und nach innen den beinhalten Konservativen zu geben, dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit doch eher fremd ist:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist schon fast Wortbruch!)

Ich denke, dass Politikerinnen und Politiker lernfähig sein müssen. Das glaube ich, und ich spreche es auch dem Herrn Ministerpräsidenten nicht ab. Aber die Wandlung kam zu schnell.

Ich will an einem Punkt klarmachen, warum wir dem Brauten noch nicht trauen. Ich finde, es ist kein Zufall, dass Sie Ihre aktuelle Werbung um die GRÜNEN damit begründet haben, dass deren Wähler in der Regel finanziell bessergestellt und überdurchschnittlich gut gebildet seien und dass die GRÜNEN angesichts der gutbürgerlichen Herkunft ihrer Klientel eigentlich ein natürlicher Partner von CDU und FDP seien.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war in einem Interview im „Focus“ zu lesen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zeigt, dass er uns nicht gut kennt!)

Sie sind quasi mit einem Regierungsauftrag geboren, wie Sie ihn eigentlich für die bürgerlichen Parteien beanspruchen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie es selbst gemerkt haben: Sie haben wieder eine Ausgrenzungsstrategie gefahren. Die zweite Ausgrenzungsstrategie fahren Sie, indem Sie sagen, die LINKE sei für Sie kein Gesprächspartner; sie komme für Kooperationsgespräche in diesem Parlament nicht infrage. Das ist eine Ausgrenzungsstrategie, und deshalb glaube ich, dass Sie nach wie vor jemand bleiben, der gern an einer Spaltung arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wollen Sie über das Zwischenstadium einer geschäftsführenden Regierung Ihre Regierungsmacht wieder dauerhaft sichern: entweder über Neuwahlen zu einem für Sie günstigen Zeitpunkt – daran arbeiten Sie – oder auch über eine Jamaikakoaalition, was dann, nach Ihrem Buch, sozusagen ein legitimer Wortbruch wäre. Ein solcher Wortbruch unterscheidet sich offenbar von anderen Wortbrüchen.

(Beifall bei der SPD)

Ich plädiere dafür, die tatsächlich vorhandenen politischen Differenzen in der Sache nicht zu verschleiern, son-

dern auszutragen. Wir werden die politisch-inhaltlichen Ziele, für die wir gewählt worden sind, unverwässert in Landtagsinitiativen umsetzen und uns um Mehrheiten dafür bemühen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die Inhalte, für die wir gewählt worden sind, auch nach der Wahl noch gelten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da bin ich nicht so sicher! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Zu den Inhalten meiner Politik, die ich im Wahlkampf vertreten habe, stehe ich heute nach wie vor. Genauso ist es bei meiner Partei und meiner gesamten Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger verstehen, dass auch Kompromisse gemacht werden müssen, wenn die jeweils erforderliche Mehrheit nicht ausreicht – solange, inhaltlich gesehen, nicht das Gegenteil dessen herauskommt, was sie gewählt haben. Die Mehrheit in Hessen hat den Politikwechsel gewählt, und dafür steht meine Fraktion nach wie vor.

(Beifall bei der SPD)

Da das immer wieder im Gespräch war und wir alle uns um Mehrheiten bemühen: Ich kann mit Sicherheit sagen, dass wir – und auch Sie, meine Damen und Herren von der Union – unsere politischen Inhalte in einer Großen Koalition nicht wiederfinden würden. Es gibt manchmal Situationen, in denen das die Ultima Ratio sein kann. Große Koalitionen verfügen meistens über satte Mehrheiten, dafür aber über geringe Schnittmengen.

Sie lähmen sich oft wechselseitig und unterdrücken die parlamentarische Willensbildung mehr als alles andere. Ich bin davon überzeugt, dass sie zu Wahl- und Demokratiemüdigkeit führen.

(Beifall bei der SPD)

Wählen heißt, unterscheiden zu können zwischen verschiedenen politischen Inhalten und Zielen. Ich bin davon überzeugt, nur das motiviert die Menschen zur politischen Teilhabe und im Endeffekt auch dazu, zur Wahl zu gehen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ausgrenzen einer Großen Koalition!)

Meine Damen und Herren, wir werden also unsere zentralen Vorhaben für einen Politikwechsel in Hessen als Landtagsinitiativen einbringen und dafür um Mehrheiten ringen. Wir werden begründen, warum diese für die soziale, für die wirtschaftliche und für die ökologische Zukunft Hessens geboten sind. Selbst erteilte Freisprüche der Landesregierung für vorhandene Missstände und Fehlentwicklungen werden wir nicht zulassen. Ich freue mich darauf, jetzt im parlamentarischen Rahmen den inhaltlichen Dialog mit Ihnen aufzunehmen.

Wir werden auch Anträge stellen – ich sage das auch –, die die Ordnungspraxis der Landesregierung und deren Abstimmungsverhalten im Bundesrat betreffen. Eine geschäftsführende Landesregierung hat meiner Meinung nach auch dafür nur ein eingeschränktes Mandat, das sie nicht gegen eine festgestellte Landtagsmehrheit in Anspruch nehmen kann.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass eine bloße Parlamentsmehrheit für politische Willenserklärungen und Gesetze kein vollwertiger Ersatz für ein Regierungs-

mandat sind. Trotzdem haben für uns die Realisierung unseres politischen Programms durch Landtagsmehrheiten und das Ziel einer Regierungsbildung unter sozialdemokratischer Führung Vorrang vor dem Ruf nach Neuwahlen – um auch das klar zu sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) – Günter Rudolph (SPD): Herr Wagner, Hochmut kommt vor dem Fall! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Wählerinnen und Wähler haben uns einen Auftrag erteilt, und keine Partei sollte sich auf Brechts Satire vom 17. Juni zurückziehen, wonach es einfacher wäre, die Regierung löse das Volk auf und wähle ein anderes. So einfach sollten wir es uns nicht machen. So einfach wollen wir nicht vorgehen. Deshalb steht für uns die inhaltliche Arbeit im Vordergrund.

(Frank Gotthardt (CDU): Wenn bei Ihnen Fraktionsmitglieder widersprechen, fordern Sie den Rücktritt! – Weitere Zurufe)

Ich sage es ganz klar: Natürlich haben sich die Umfragezahlen anders entwickelt. Niemand sollte im Moment Neuwahlen anstreben. Wir tun das nicht, und wir wollen das auch nicht, weil wir glauben, dass wir unsere Inhalte hier einbringen können. Ich sage an dieser Stelle aber auch klipp und klar: Wir haben auch keine Angst davor, weil unsere Themen nach wie vor richtig sind.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Mehrheit in diesem Land, in diesem Landtag, die wieder ein tolerantes und weltoffenes Hessen will und die weiß, dass unser Land seine menschliche Lebensqualität nur so erhalten und globalisierungsfähig bleiben kann. Es gibt eine Mehrheit, die nicht die gesamte Wirtschaft einem weiteren Konzentrationsprozess ausliefern will und die weiß, dass es deshalb bei der Stärkung regionaler Wirtschaftskraft und des Mittelstandes einen neuen landespolitischen Schwerpunkt geben muss. Es gibt eine Mehrheit, die tatsächlich gleiche Bildungschancen ohne willkürliche Frühauslese will und die weiß, dass dafür die Studiengebühren aufgehoben werden müssen, eine G-8-Reform durchgesetzt werden muss und Ganztagschulen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingeführt werden müssen. Es gibt eine Mehrheit, die mehr soziale Gerechtigkeit nicht nur für sich selbst will und die will, dass sich Hessen für gesetzliche Mindestlöhne einsetzt und die weiß, dass das soziale Netz neu geknüpft werden muss und neue Initiativen für die Gleichberechtigung der Geschlechter ergriffen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Mehrheit, die dauerhaft gesicherte und umweltfreundliche Energieversorgung will und die weiß, dass dafür ein schneller und umfassender Wechsel zu erneuerbaren Energien vollzogen werden muss. Wir haben uns sehr gefreut, dass Sie in diese Richtung denken.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist nicht nur heute, Frau Kollegin!)

Das und anderes mehr ist der Politikwechsel zu einer sozialen Moderne. Meine Damen und Herren, das ist unser Wählerauftrag, und das ist die Zukunft Hessens.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Notwendigkeit, sich der Zukunft zuzuwenden, dürfen die Versäumnisse der letzten Jahre nicht unter den Teppich gekehrt werden, zumal sich aus diesen Versäum-

nissen zu einem Teil die Notwendigkeit für einen Politikwechsel begründet.

Herr Koch, Sie haben gesagt, wir würden die Landesregierung piesacken wollen. Ich sage Ihnen: Das haben Sie uns fälschlicherweise in den Mund gelegt.

(Michael Boddenberg (CDU): Prima!)

Sie haben gleich noch nachgelegt, dass wir Ihnen nur den Rasen zertrampeln wollen, wenn wir schon nicht mitspielen wollen.

(Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass selbst Herr Rüssmann sich von Ihnen falsch verstanden gefühlt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen weiteren Exkurs. Meine Damen und Herren, zum Spiel: Nicht meine Mannschaft hat Spieler vom Feld gestellt bekommen, sondern es war Ihre Mannschaft, die Spieler vom Feld gestellt bekommen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Herr Koch, zweitens sollten Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass Sie hier keine Heimspiele mehr haben, sondern das werden Auswärts-spiele werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie einmal etwas zur Zukunft des Landes!)

Drittens. Bei Rüssmann hat etwas geklingelt.

(Michael Boddenberg (CDU): Kennen Sie den?)

Herr Metz, ich gehe davon aus, dass das Beispiel eher von Ihnen kam, weil Herr Rüssmann Schalke-04-Spieler war.

(Ministerpräsident Koch: Richtig gut!)

Er war ein guter Spieler. Man hat zu ihm auch „Knochenbrecher“ gesagt.

(Heiterkeit – Michael Boddenberg (CDU): Filigraner Verteidiger war er nicht!)

Was noch viel spannender ist – Herr Metz, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, ob Sie sich das Beispiel dann ausgesucht hätten –: Rolf Rüssmann war einer der Hauptangeklagten im Bundesliga-Bestechungsskandal und wurde 1973 rechtskräftig verurteilt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was noch interessanter ist: Herr Koch, eben dieser Rüssmann war beim entscheidenden verschobenen Spiel Schalke gegen Bielefeld – 0 : 1 – mit von der Partie. Wegen diesem Geschiebe sind die Offenbacher Kickers abgestiegen. Lieber Tarek, das solltest du nicht vergessen.

(Zurufe von der SPD: Ui! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Minister Stefan Grüttner: Und Waldemar Klein gibt den Koffer nach Berlin!)

Ein bisschen Spaß muss auch sein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sagen Sie einmal etwas zur Zukunft! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein bisschen Ernst jetzt! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir das Werben von Herrn Koch zu Jamaika anschau, fällt mir ein ganz anderes Zitat ein, nämlich das von Andi Möller. Andi Möller wurde gefragt, wo er demnächst spielt. Da hat er gesagt: „Madrid, Mailand – egal, Hauptsache Italien.“ – So viel zu Jamaika.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Hauptsache Jamaika!)

Meine Damen und Herren, ich kann festhalten: Anhand des Fußballs lassen sich die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse manchmal gut aufklären.

Meine Damen und Herren, nein, keine Nadelstiche, sondern wir werden die politische Nagelprobe für diese Inhalte im Landtag machen und in konkrete Gesetze, Anträge und andere Initiativen leiten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie einmal etwas zum Inhalt!)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung von vier verschiedenen Ebenen gesprochen. Die erste Ebene war die des gesetzgebenden Handelns. Da sind Sie auf 50 Gesetze gekommen. Herr Koch, das sind meistens die Gesetze, die turnusgemäß anstehen, weil Sie ihre Geltungsdauer begrenzt haben. Ich kann Ihnen versprechen: Vieles davon wird Routine sein. Trotzdem werden wir uns jedes Gesetz daraufhin anschauen, ob es noch einmal neu so verabschiedet werden kann. Das ist klar.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Ebene war die der Zukunftsprojekte ohne Gesetzgebungsbedarf. Da habe ich bei Ihnen eigentlich nur drei konkrete Vorschläge herausgehört. Dazu sage ich das, was ich bereits am Samstag gesagt habe: Wir werden alle Initiativen der Landesregierung mit großer Offenheit prüfen und werden dann sehen, ob es an manchen Stellen Verbesserungen oder Änderungsvorschläge geben kann.

Die dritte Ebene ist allerdings die Ebene, bei der es spannend wird: Das sind die Entscheidungen von grundsätzlicher landespolitischer Bedeutung. Ich gehe davon aus, dass wir an dieser Stelle den größten Diskussionsbedarf im Parlament haben werden.

Bei uns gehört zu der Ebene der Gesetze und Initiativen, die unmittelbar anstehen und weitreichende Bedeutung haben, dazu, dass wir heute einen Antrag einbringen, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehrt. Die Bezahlung der Landesbediensteten nach Gutsherrenart, Klüngel für Parteigänger und Drohgebärden gegenüber Andersdenkenden müssen ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir das Personalvertretungsrecht wieder demokratisieren. Der öffentliche Dienst muss auch wieder Schrittmacher in der Frauenförderung werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir teilen auch nicht die konservative und von Ihnen in Hessen leider praktizierte Auffassung, dass eine Marktwirtschaft sich unbeschadet ihres sozialen Netzes entledi-

gen kann. Wir glauben, dass sozialer Ausgleich, soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden Grundlagen für eine erfolgreiche Wirtschaft und für eine erfolgreiche Gesellschaft sind. Um das soziale Netz neu zu knüpfen, werden wir im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen auf ein verlässliches Sozialbudget hinwirken, das den Trägern wieder mehr Gestaltungsfreiheit und Planungssicherheit gibt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Um gezielte Maßnahmen gegen Armut und insbesondere Kinderarmut zu ergreifen, brauchen wir eine Datengrundlage. Diese brauchen nicht nur wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter, sondern diese brauchen alle, die mit dem Thema Armutsbekämpfung befasst sind. Deshalb werden wir einen umfassenden Armuts- und Reichtumsbericht von der geschäftsführenden Landesregierung einfordern, um daraus ein Programm zur Armutsbekämpfung zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Den Frauenbeauftragten – dazu haben Sie in Ihrer Regierungserklärung nichts gesagt – werden wir wieder die Wirkungsmöglichkeiten geben, die sie für ihr Vorgehen gegen praktische Diskriminierung brauchen. Wir wollen damit die lila Pause der letzten neun Jahre beenden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir werden den Beschluss Ihrer Regierung wieder rückgängig machen, die Zuständigkeit für das betreute Wohnen behinderter Menschen den örtlichen Sozialhilfeträgern zu übertragen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): „Wir wollen“ oder „wir werden“?)

– Wir wollen um Mehrheiten werben, damit wir können.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aha!)

Wir werden die Erziehungsberatung besser ausstatten und das im neuen Haushalt unterbringen. – Herr Wagner, gehen Sie davon aus, dass ich an diesen Stellen nicht daran zweifle, dass wir dafür eine Mehrheit in diesem Hause finden werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Spannender wird es, ob Sie die Mehrheit für die Finanzierung der Kosten finden!)

– Auch dazu komme ich noch, Herr Boddenberg. Das wird auch spannend, das sehe ich auch so.

Wir wollen schnellstens erreichen, dass die Härtefallkommission mit Vertretern aus der sozialen Praxis, den Kirchen und den Flüchtlingsorganisationen besetzt wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Natürlich wird ein Hauptaugenmerk auf der Bildungspolitik liegen. Da hat diese Landesregierung in den letzten Jahren ihrer Regierung gravierende Fehler gemacht. Wenn ich heute lese, was Herr Banzer dazu sagt, dann kann ich nur sagen: Herr Banzer, Sie bestätigen im Nachhinein, wie schlecht die Bildungspolitik dieser CDU-Landesregierung war.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Nicht anders kann man das, was Sie jetzt ankündigen, bewerten. Aber es ist eine gute Grundlage, um in die Diskussion zu kommen – auch mit uns. Für die Bildungspolitik werden wir heute den Dringlichen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren einbringen. Und natürlich besteht bei G 8 klar dringender Handlungsbedarf. Wir sehen da bei Ihnen sehr viel Bewegung. Aber wir werden grundsätzlich diskutieren müssen, ob das System G 8 überhaupt reparabel ist. Ich erinnere daran, dass Herr Dittmann vom Philologenverband, aber auch die GEW sagt, dass man dieses System eigentlich nicht reparieren kann. Deshalb glaube ich, dass wir an dieser Stelle eine Grundsatzdebatte führen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Für die nächste Haushaltsberatung werden wir ein unmittelbar zu realisierendes Konzept zur Erweiterung der Zahl der Ganztagschulen und der Kindertagesstätten vorlegen. Wir werden Vorschläge zur Gestaltung der Bildungsinhalte einbringen, mit denen auf die Entfaltung aller Talente, die Beseitigung der Frühauslese und die Entwicklung der Sozial- und Demokratiefähigkeit der Jugend gesetzt wird. Frühe Bildung und gleiche Bildung – das sind für uns die Leitlinien. Bildung entscheidet nämlich nicht nur über die Zukunft jedes einzelnen Kindes, sondern gute Bildung entscheidet auch über die Zukunft dieses Bundeslandes Hessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN der LINKEN)

Deshalb geht unsere Aufforderung auch an alle Fraktionen, mitzuhelfen, die Ressourcen im Haushalt für eine bessere Bildung zur Verfügung zu stellen. Wir beauftragen heute in einem ersten Schritt die geschäftsführende Landesregierung – hoffentlich mit der Mehrheit in diesem Parlament, Herr Wagner –, die vorliegenden Anträge auf Umwandlung in integrierte Gesamtschulen zu genehmigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Es wird nicht nur unserer Überzeugung gerecht, dem Willen der Schulen Folge zu leisten, sondern es ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Haus der Bildung.

Weitere Schritte werden folgen. Wir wollen die sogenannte Unterrichtsgarantie plus gesetzlich so verändern, dass die Schulen zur Sicherung verlässlicher Schulzeiten die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Wir wollen die Querversetzung abschaffen. Sie fördert unseres Erachtens sowie auch von Wissenschaftlern erwiesen die Selektion im Bildungswesen und beschämt die Kinder. Andere Länder machen das besser.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen kleine Klassen und ein breites Schulangebot vor Ort. Immer noch sind Schulen in ihrer Existenz bedroht. Wir wollen die Regelungen zu den Richtwerten, Herr Banzer, zu Klassenbildung und Mindestzügigkeit aus dem Schulgesetz streichen – genauso wie die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten.

Hessen ist ein wirtschaftlich starkes Land – auch dann, wenn viele Dynamikfaktoren in den letzten Jahren gelitten haben, was wir von verschiedenen Untersuchungen wissen. Wir wollen die wirtschaftliche Stärke erhalten und fortentwickeln – insbesondere der Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen erwarten, dass die

Landespolitik ihre Interessen wahrnimmt. Dazu gehört, dass die monetäre und nicht monetäre Förderung wieder in einen Hand kommen. Dazu gehört, dass die Sparkassen als wichtiger Partner des Mittelstandes nicht gefährdet werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung auch über die Globalisierung, über Ängste vor Globalisierung und über den demografischen Wandel gesprochen. Ich finde aber, dass Sie an dieser Stelle sehr unkonkret geblieben sind. Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass Sie sich uns bei unserem Werben für eine Mehrheit im Hessischen Landtag für eine Internationale Bauausstellung – nachhaltige Metropolita 2020 anschließen. Denn wir wollen den internationalen Standortwettbewerb um Unternehmen, Einwohnerzuwachs, Arbeitsplätze bei Forschung und Wissenschaft für uns entscheiden, indem wir ökonomische Nachhaltigkeit mit sozialer, kultureller und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Gerade vor dem Hintergrund des Flughafenausbaus muss es uns allen ein besonderes Anliegen sein, diese Verbindung von wirtschaftlicher Prosperität und Lebensqualität in den Mittelpunkt unserer Politik zu rücken und damit auch ein Stück weit die Region und die Menschen, die in der Region leben wollen und dort arbeiten, mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens zu versöhnen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles wird Geld kosten. Ich habe mich an dieser Stelle auch Folgendes gefragt. Herr Koch, Sie reden eigentlich immer auch sehr gern vom Finanzplatz Frankfurt. Ich hätte an dieser Stelle auch einmal einen kleinen Ausflug zu dem Thema Finanzmarktkrise erwartet, die vielleicht auch Auswirkungen auf unseren Haushalt haben wird. Ich halte es einfach für einen Skandal, dass hoch dotierte junge Banker nicht nur in den USA Milliarden in den Sand setzen, sondern da werden auch in den Landesbanken in Bayern, in Sachsen und in Nordrhein-Westfalen Millionen von Steuergeldern versenkt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Matthäus-Maier!)

Und die Politik schweigt viel zu sehr.

(Zuruf von der FDP)

– Ich stelle fest, dass wir das nicht einfach so durchrutschen lassen können, sondern dass Politik dazu eine Aussage zu machen hat. Wenn Herr Ackermann schon sagt, dass die Selbstheilungskräfte der Märkte nicht mehr ausreichen und dann in der Phase, in der ganz lange Gewinne gemacht wurden

(Michael Boddenberg (CDU): Den fand ich bemerkenswert!)

und in der trotz der Gewinne Menschen entlassen wurden und, wenn es schiefgeht, nach dem Staat gerufen wird, dann hat Politik zu handeln.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn 20 Jahre erzählt wird, dass der Markt das alles alleine regelt,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wenn Ackermann ruft, kommt Ypsilanti!)

und wenn wir dann feststellen müssen, dass die Steuergelder wieder dafür erhalten müssen, wenn es der Markt nicht regelt, dann haben die Bürgerinnen und Bürger ein

Anrecht darauf, dass es kontrolliert wird, dass es transparent wird und dass Rahmenbedingungen gesetzt werden, wo so etwas nicht mehr vorkommen kann.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Seit wann regiert ihr denn in Berlin? Wer ist denn Finanzminister? Steinbrück!)

Ich kann mir vorstellen, dass wir mit dieser Finanzkrise auch in Hessen noch das eine oder andere zu bewältigen haben, dass das Auswirkungen auf zukünftige Entscheidungen haben wird.

Aber lassen Sie mich zum hessischen Haushalt zurückkommen. Alles das, was einerseits der Ministerpräsident, aber auch wir in unserem Programm angekündigt haben, wird Geld kosten. Um das bereitzustellen, ist eine Durchforstung des Landeshaushalts nach seinen bisherigen Prioritäten erforderlich. Es wird nötig sein, die Einnahmesituation des Landes zu verbessern. Ein Weg dahin, den Sie in der Vergangenheit nicht mitgegangen sind, wäre, die Steuerprüfpraxis der Finanzämter zu verbessern, besonders in Bezug auf das großzügige „Augen zu und durch“ gegenüber hessischen Millionären, um das klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Da kriegen Sie von der LINKEN viel Applaus!)

Dafür werden wir mehr Personal brauchen. Aber Sie wissen auch, dass sich dieses Personal im Endeffekt selbst bezahlen wird. Wir brauchen mehr Transparenz gegenüber der Steuererhebungspraxis der Landesregierung. Da können wir gespannt sein, wie offen die Türen sind.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die großen Gemeinsamkeiten in der Haushaltspolitik zwischen denen, die solide sind, und denen, die nicht solide sind, gefunden, sprich: die Gemeinsamkeiten mit FDP und GRÜNEN im Hinblick auf ihre finanzpolitische Solidität. Das kann einen eigentlich nur zum Schmunzeln verlocken. Das tut Tarek auch schon. Die Gemeinsamkeiten sind wirklich herausragend. Zum Etat 2008 hat die FDP schließlich keine Änderungsanträge gestellt, weil sie das Zahlenwerk – Ihr Zahlenwerk – nicht für beratungsfähig gehalten hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr habt es nur teurer gemacht!)

Die GRÜNEN haben hingegen beträchtliche Änderungen gefordert und zur Kompensation die Mittel für den Flughafen Kassel-Calden,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was sagt Udo Schlitzberger dazu?)

die Mittel für den Landesstraßenbau und ebenso wie wir die Grundwasserabgabe benannt. Ich wundere mich über diese große Übereinstimmung. Ich glaube, das ist ein bischen erklärungsbedürftig.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schäumender Applaus von den Genossen!)

Ich kann den gemeinsamen Nenner bei der Haushaltspolitik zwischen diesen drei Fraktionen nicht erkennen. Aber Sie haben noch Redezeit. Sicherlich können Sie es uns erklären.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie suchen ihn auch nicht! – Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie einmal, was Sie vorhaben!)

Noch schwieriger wird es, wenn man die finanzpolitische Bilanz dieser Landesregierung betrachtet. Auch darüber sollten wir ein Wörtchen verlieren. Sie haben gerade so getan, als ob Sie die soliden Financer wären und alle anderen das Geld mit den Händen aus dem Fenster schmeißen wollten.

(Michael Boddenberg (CDU): Bei Ihnen ist das auch so!)

Es waren Sie, die in den letzten Jahren eine ganz unsolide Finanzpolitik betrieben haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ihren Versuch, den Rollenwechsel zu einem soliden Finanzpolitiker zu schaffen, hat schon Reinhard Kahl als fernab jeglicher Erfahrung mit Herrn Koch bezeichnet. Es stimmt, Herr Koch, Sie waren in den letzten Jahren wahrlich kein solider Finanzpolitiker.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in Ihrer Rede übrigens an überhaupt keiner Stelle Verantwortung für das übernommen, was Sie in den letzten Jahren mit Ihrer Haushaltspolitik angerichtet haben. Sie haben in den letzten neun Jahren fünfmal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Sie haben in Ihrer Amtszeit 10 Milliarden € neue Schulden gemacht. Ein Drittel aller Schulden dieses Landes ist unter Ihrer Verantwortung gemacht worden.

(Michael Boddenberg (CDU): Und 19 Milliarden € haben wir nach Berlin überwiesen!)

Landesbesitz im Wert von 2 Milliarden € wurde verkauft, um durch Einmaleffekte das strukturelle Defizit zu kaschieren. Dadurch, dass Sie die Landesimmobilien verkauft haben, haben wir in Zukunft mit großen Belastungen bei den Mietausgaben zu rechnen. Das alles gehört auch zur Wahrheit, wenn wir heute über Finanzpolitik reden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Norbert Schmitt (SPD): Damit könnten wir die Studiengebühren dreimal finanzieren!)

Dann reden Sie über den Länderfinanzausgleich. Auch das – das haben wir nie bestritten – sehen wir als Problem. Aber Sie waren doch derjenige, der den Länderfinanzausgleich ausgehandelt hat, und Sie haben sich seinerzeit auch dafür feiern lassen. Heute sagen Sie, damit hätten Sie nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Bouffier, Sie haben gesagt, es sei goldig, wenn ich die geschäftsführende Landesregierung an ihre Pflicht erinnere, fristgerecht einen Haushaltsentwurf vorzulegen. Herr Bouffier, das ist nicht goldig, sondern das folgt aus der Landeshaushaltsordnung

(Michael Boddenberg (CDU): Deshalb meint er ja, dass es goldig ist!)

und im Übrigen aus dem Anspruch dieser Regierung, voll geschäftsfähig zu handeln. Also haben wir auch diesen Anspruch. Dann tun Sie Ihre Pflicht und legen den Haushaltsentwurf vor. Wir rechnen damit im September. Wenn Sie vorher mit uns über die Eckpunkte sprechen wollen, dann finde ich das richtig, damit Sie sich nicht gleich auf den Holzweg begeben. Wir sind zu Gesprächen über die

Eckpunkte anhand unserer politischen Inhalte jederzeit bereit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Übrigens zum Thema Studiengebühren: Ja, wir werden heute den Gesetzentwurf zur Abschaffung von Studiengebühren mit Mehrheit, nehme ich an, beschließen. Aber wir haben es gegenfinanziert. Sogar Ihr Finanzminister Weimar hat uns bescheinigt, dass die Gegenfinanzierung wirklich solide war.

(Michael Boddenberg (CDU): Das muss man noch ein bisschen erläutern!)

Worum geht es hier eigentlich? Eine relevante neue Einkommensquelle für die öffentliche Hand lässt sich durch neue Investitionen und damit verbundene neue Arbeitsplätze für die Zukunftstechnologie der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienzsteigerung erschließen.

Meine Damen und Herren, da mussten wir doch wirklich intensiv lachen, als Sie gesagt haben, Sie wollten Hessen zum Vorzeigeland für erneuerbare Energien machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist der Knüller!)

Wissen Sie, bei einer Landesregierung, die die letzten Jahre darauf hingearbeitet hat, dass Hessen zum Schlusslicht bei erneuerbaren Energien wird, ist das ein Wandel – den glauben wir einfach nicht, der macht uns sprachlos.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich bin gespannt, wie Sie von Ihrer Negativkampagne gegen die Windkraftträder herunterkommen wollen. Da werden wir noch hinkommen. Aber Herr Boddenberg kann dann wiederum sagen: Wir haben eine neue Agentur.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur sagen: Dann mal los, dann können wir das alle gemeinsam machen. Wir fangen sehr beherzt an. Wir werden heute einen Antrag gegen das Kohlekraftwerk Staudinger einbringen, um E.ON beim jüngst ausgesprochenen Wort zu nehmen, dass sie gegen den Willen der hessischen Bürger – und den bringt eine Landtagsmehrheit heute zum Ausdruck – nicht bauen werden.

Wir werden beantragen, dass die Landesregierung die Tür öffnet zur Veröffentlichung der Ergebnisse der periodischen Sicherheitsprüfung bei den Biblisreaktoren. Wir werden ein neues Landesplanungsgesetz einbringen, das erneuerbare Energien zum vorrangigen öffentlichen Belang macht und den Rechtsrahmen dafür schafft, dass die Verhinderungsplanung in Hessen aufhört und die konkreten Standortentscheidungen den Kommunen überlassen werden. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit Ihrer Energiewende, dann müssen Sie uns hier zustimmen. Sonst ist das, was Sie wollen, überhaupt nicht möglich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir sind davon überzeugt, dass wir damit Investitionen in Höhe vieler Millionen Euro in allen Kommunen und allen Regionen auslösen. Damit mobilisieren wir die Anlagenindustrie, stärken Stadtwerke, Landwirtschaft und Mittelstand. Damit geben wir auch der jungen Generation eine neue Zukunftshoffnung.

Wir wollen die Hessische Gemeindeordnung wieder auf den früheren Stand zurückführen, der Gemeinden die Spielräume zur wirtschaftlichen Betätigung gibt, die sie brauchen und die ihnen die Koch-Regierung genommen hat. Das werden wir machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie beim Landesplanungsrecht! – Michael Boddenberg (CDU): Staatswirtschaft!)

Wir werden die Möglichkeit haben – das habe ich gesagt –, die neuen Aussagen, die wir heute an manchen Stellen mit Erstaunen zur Kenntnis genommen haben, im parlamentarischen Geschäft abzuprüfen. Erneuerbare Energien werden dabei mit Sicherheit ein Spaß sein.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die hessische SPD steht nach wie vor für den Politikwechsel, für die Gestaltung der globalisierten Gesellschaft und nicht für eine Erduldung vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge.

Wir wollen in Hessen einen Aufbruch in eine soziale Moderne, und das ist kein Einstieg in eine „andere Großideologie“ wie es einige Medienmenschen behauptet haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Nicht schon wieder Medienschelke, Frau Kollegin!)

Im Gegenteil, wir wissen, dass Ideologien geschichtlich an der gesellschaftlichen Realität gescheitert sind. Nicht gescheitert sind aber die großen Ideen und die Forderungen der europäischen Aufklärung. Freiheit und Gerechtigkeit bleiben für uns Auftrag an die Politik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Daran werden wir Sie messen!)

Vielleicht sollten Sie die eine oder andere Schlussfolgerung an dem Wahlergebnis ablesen. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit treibt alle Menschen um. Wenn Sie sich anschauen, wie die Frage der Gerechtigkeit in der Bevölkerung im Moment bewertet wird, dann müssten Sie doch stark zum Nachdenken kommen, gerade in einer Zeit, in der Gerechtigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft von den Bürgerinnen und Bürger schmerzlich vermisst werden.

(Zurufe von der CDU)

Mit der sozialen Moderne wollen wir dazu einen Beitrag leisten. Was dies in der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Praxis der politischen Arbeit bedeutet, habe ich in meinem Beitrag angesprochen. Für die Schulen, für das soziale Netz, für eine sichere und ökologisch sinnvolle Energieversorgung brauchen wir in Hessen eine andere Politik. Besser wäre: eine andere Regierung. Deshalb ist es wünschenswert und notwendig, wenn der Politikwechsel, den wir zunächst über parlamentarische Initiativen vorantreiben, auch zu einem Regierungswechsel führt. Daran arbeiten wir, daran arbeiten Sie. Wir werden sehen, wie sich in den nächsten Monaten die unterschiedlichen Vorstellungen über politische Inhalte gemeinsam einrütteln.

Ich möchte an dieser Stelle mit einem Zitat an Heiner Müller, einen großen Dramaturgen und Brecht-Schüler, erinnern, der, als in der DDR die Krise ausbrach, gesagt hat: „Meine Damen und Herren, so, wie es bleibt, ist es nicht.“ Diese kluge Dialektik gilt auch für den Hessischen Landtag. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Hahn für die Fraktion der FDP.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als dieses Haus vor fünf Jahren über die Regierungserklärung des damals mit absoluter Mehrheit gewählten Ministerpräsidenten Roland Koch debattiert hat, habe ich für die Fraktion der FDP erklärt, dass wir die Rolle der „Wächterin der Mitte“ übernehmen wollen. Wir haben sie als eine Art des parlamentarischen Umgangs definiert, deren Fundament nicht darin liegt, dass auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen Seite die Opposition steht.

Wir haben diese Rolle so definiert, dass wir es für falsch halten, in Fundamentalopposition gegen die Regierung zu gehen, sondern dass es parlamentarischer Brauch werden muss, dass sich jeder in diesem Hause mit Initiativen wie folgt auseinandersetzt: Man schaut sich die Initiativen an und kommt entweder zu dem Ergebnis, dass die Initiative gut ist – dann wird sie unterstützt –, oder man kommt zu dem Ergebnis, dass die Initiative verbesserungswürdig und -fähig ist. Dann versucht man, die Initiative zu verbessern, und hofft, eine Mehrheit im Hause zu bekommen. Nur dann, wenn man der Auffassung ist, dass eine Initiative so schlecht ist, dass sie nicht mehr verbesserungswürdig und verbesserungsfähig ist, geht man argumentativ voll gegen diese Initiative vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag vor fünf Jahren angekündigt und fünf Jahre lang im Parlament durchgehalten hat, sollte jetzt für alle Fraktionen Grundlage der Arbeit in diesem Hause werden: sich zu überlegen, ob eine Initiative gut oder schlecht ist, egal von wem sie kommt. Das muss der neue Stil im Hessischen Landtag sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden als FDP-Fraktion strikt darauf achten, dass dieser Stil nicht nur bei Inhalten, sondern generell beachtet wird. Ich habe in der Debatte am vergangenen Samstag für die FDP-Fraktion schon gesagt: Wir werden das auch am Umgang mit der neuen Fraktion in diesem Hause sehr deutlich machen. Die LINKEN sind gewählt, ob wir es gut finden oder nicht. Das war eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die LINKEN Teil dieses Parlamentes sind, dann sind sie so zu behandeln wie alle anderen. Als ich aber die Worte des Kollegen van Ooyen am Samstag hörte, die er nach meinem Voltaire-Zitat von diesem Pult aus gesagt hat, war eines klar: Wir wollen keinen Politikwechsel und insbesondere keinen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturwechsel in Hessen. Wir möchten das, was wir in Hessen haben, pflegen und positiv nach vorne bringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir wollen keine Form von Staatsgläubigkeit untermauern. Wir Liberalen sind keine Etatisten, die meinen, dass der Staat es besser kann, sondern wir Liberalen sind Menschen, die Vertrauen in den Bürger, die Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen haben, zu bestimmen, was für ihn selbst und die Gesellschaft richtig ist. Das ist der Unterschied in den Auffassungen der FDP und der LINKEN in diesem Hause. Ich denke, es wird hier keine inhaltliche Debatte bestritten werden, ohne dass wir diesen Dissens deutlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass wir – egal, wann Neuwahlen stattfinden, Frau Kolle-

gin Ypsilanti, irgendwann werden sie kommen – den Hessinnen und Hessen deutlich machen, dass sie weiterhin die Alternative haben zwischen dem Weg in den Sozialismus, wo der Staat meint, zu wissen, was richtig ist, und dem Weg in die Freiheit, wo der Einzelne das machen kann, was er gesellschaftlich für richtig hält.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das muss aber im Stil korrekt geschehen. Deshalb bin ich nicht dafür, deshalb ist die FDP-Fraktion in diesem Haus nicht dafür, dass wir zwischen den Fraktionen in diesem Hause differenzieren. Wenn Gespräche stattfinden, dann mit allen. Wenn man sich Mehrheiten sucht, ist es natürlich so: Ich glaube, ich muss selten zum Kollegen van Ooyen gehen, weil ich sehr sicher bin, dass er mir die Zustimmung nicht gibt. Trotzdem kann ich mit ihm kurz darüber reden, ob etwas geht oder nicht geht.

Aber der Stil in diesem Hause ist viel, viel mehr als der Umgang, den wir mit der neuen Fraktion in diesem Hause pflegen. Wenn wir mit Journalisten und mit anderen darüber reden, welches Bild der Hessische Landtag in den letzten 20 bis 25 Jahren abgegeben hat, so sagen alle – ich sage das jetzt sehr wertfrei –: auf alle Fälle ein anderes Bild als die übrigen Landtage. Da ich in den letzten Wochen häufig mit Journalisten auf Bundesebene unterwegs gewesen bin und die mich gefragt haben, wie es eigentlich so kommen konnte, wie es ist, habe ich versucht, das ein bisschen an der Sozialisation von Roland Koch, Jörg-Uwe Hahn und Tarek Al-Wazir deutlich zu machen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Roland Koch und Jörg-Uwe Hahn sind 1987 in den Hessischen Landtag gekommen. Wie sich das gehört, habe sie als junge Abgeordnete relativ weit hinten gesessen. Sie haben in der Regierungszeit von Dr. Walter Wallmann und Dr. Wolfgang Gerhardt erlebt, dass insbesondere der damalige Oppositionsführer Joseph Martin Fischer mit häufig unter die Gürtellinie treffenden Äußerungen versucht hat, den Ministerpräsidenten zu diskreditieren.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur an die sogenannte Blumenzwiebelaktion erinnern.

(Staatssekretär Dirk Metz: Tulpenzwiebel!)

– Vielen Dank, Herr Sprecher der Landesregierung. – Für die, die es nicht wissen: ein ganz einfacher Hergang.

(Zurufe von der Landesregierung)

– Herr Präsident, bei Ihnen bedanke ich mich freundlich natürlich noch mehr.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war eigentlich ein ganz normaler Vorgang, weil nur zu besorgen war, dass aus Sicherheitsgründen – vom LKA angewiesen – Umbauarbeiten an dem Privathaus, dem Wohnsitz des Ministerpräsidenten, auch weiterhin in Frankfurt am Main, gemacht werden mussten. Dann musste in dem Zusammenhang der Garten wieder renoviert werden.

(Zuruf: Unglaublich!)

Es gab tatsächlich dann auf Staatskosten eine Reihe von Tulpenzwiebeln, woran sich der Herr Präsident erinnert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war meine erste Erfahrung mit Politik in diesem Hause. Diese Tulpenzwiebeln versuchte der damalige Oppositionsführer Joseph Martin Fischer zu missbrauchen, um den Minister-



präsidenten des Landes Hessen zu diskreditieren, dass er sich Privates vom Staat finanzieren lässt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so etwas macht man nicht. Das ist aber der Stil in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit es jeder weiß, was ich am Samstag damit gemeint habe, dass wir alle ohne Stollen – zu dem Spiel komme ich nachher noch – zu dem Fußballspiel sollen, sage ich: Tarek Al-Wazir ist in dieses Parlament gekommen, als es eine rot-grüne Landesregierung gab. Da gab es Oppositions-abgeordnete – ich bleibe jetzt einfach bei den beiden, die ich eben genannt habe, bei Roland Koch und Jörg-Uwe Hahn –, die sich noch in relativ intensiver Art und Weise z. B. mit seinem Parteifreund, dem damaligen Justizminister Rupert von Plottnitz, auseinandergesetzt haben.

Wir haben es tatsächlich geschafft – das ist jetzt eine etwas euphemistische Umschreibung –, dass wir jedes Zuspätkommen eines im offenen Vollzug Befindlichen genutzt haben, eine Rücktrittsforderung gegenüber dem Justizminister auszusprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beides ist falsch. Von beidem sollte man sich verabschieden. Wir sollten im Hessischen Landtag nunmehr einen Stil pflegen, wo wir nicht nur das als gut empfinden, was dem anderen schadet, sondern das als gut empfinden, wo wir inhaltlich in diesem Hause zusammen weiterkommen können. Das hat sich jedenfalls die FDP-Fraktion in diesem Hause vorgenommen, in dieser Legislaturperiode zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Unklare Mehrheitsverhältnisse haben eine Chance, eine neue demokratische Streitkultur zu entwickeln. Es ist vorhin schon davon gesprochen worden, dass es in den letzten Jahren hier sehr eigenartige persönliche Beziehungen gegeben hat. Ich will jetzt gar nicht das Bild, das eine Vielzahl von Journalisten immer wieder abgefragt hat, noch einmal in Erinnerung rufen, als Anfang Januar während einer Veranstaltung ganz in der Nähe einer der Spitzenkandidaten dem anderen Spitzenkandidaten die Hand nicht gereicht hat. Wir müssen es schaffen, uns selbst als Person nicht so wichtig zu nehmen.

(Lachen der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Schulz-Asche, ich glaube, das gilt für uns alle. Das gilt für die Landesvorsitzenden genauso wie für die Fraktionsvorsitzenden. Nur dann schaffen wir es, inhaltliche Brücken über die vermeintlichen Gräben, die offensichtlich in den letzten Jahrzehnten hier gezogen worden sind, zu legen. Dazu ist die FDP-Fraktion in diesem Hause bereit.

(Beifall bei der FDP)

Es wird sicherlich ein langer Prozess sein. Aber ein Blick in andere Landtage, z. B. ganz nah nach Mainz, wird uns deutlich machen, dass wir in Hessen Nachholbedarf haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es im Wahlkampf ja alle gemerkt: Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land finden es nicht gut, wenn wir uns aus Prinzip behaken. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wollen die verschiedenen inhaltlichen Positionen der Parteien und der Fraktionen zur Kenntnis bekommen, aber bitte nicht mit einem Instrument, das dem anderen wehtut, sondern mit Worten, die den Inhalt dar-

stellen und nicht die Person auf der Gegenseite diskreditieren. Dazu ist die FDP-Fraktion bereit.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder muss sich bewegen. Liebe, wertere Kollegin Ypsilanti, Ihren Beitrag, die Replik, die Sie auf den Ministerpräsidenten des Landes Hessen bezogen haben, verstehen wir Liberale nicht. Sie haben ihm auf der einen Seite vorgeworfen, dass er eine neunjährige schlechte Politik für Hessen gemacht haben soll. Das ist objektiv falsch.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das wissen auch die Bürgerinnen und Bürger, auch die, die Ihnen und mir jetzt über den Bildschirm zuhören. Viele von Ihnen wissen, dass Sie es sich ganz besonders einfach machen, wenn Sie von neun Jahren sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Ypsilanti, es gab in diesen neun Jahren schon einmal ein Zwischenzeugnis des Bürgers, nämlich vor fünf Jahren. Da hat der Bürger ein Zwischenzeugnis ausgesprochen, das für meine Partei, die FDP, schon hervorragend war – eine Steigerung von 5,1 % auf 7,9 %. Der Bürger hat ein Zwischenzeugnis abgegeben, das für die Union – ich gebe zu, das finde ich heute noch ärgerlich – die absolute Mehrheit gebracht hat. So schlecht kann in den Augen der Bürgerinnen und Bürger die Politik jedenfalls von 1999 bis 2003 wahrlich nicht gewesen sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie wissen doch genauso gut wie ich – ich unterstelle, dass wir teilweise mit denselben Politikberatern telefonieren und sprechen –, dass das Wahlergebnis der Union vom 27. Januar unheimlich viel mit dem Thema Schulpolitik, G 8 und U+, und wie das schlechtgemacht worden ist, zusammenhängt hat. Frau Ypsilanti, deshalb bitte ich ganz herzlich, dass Sie das auch in Ihrer Argumentation zur Kenntnis nehmen, möglicherweise auch in Ihrem Stil, wo Sie meinen, dass Sie die Wahl gewonnen haben.

Nein, meine Analyse des Wahlergebnisses vom 27. Januar heißt, dass es sich wieder einmal bestätigt hat, dass nicht eine neue Mehrheit und eine neue Regierung gewählt worden sind, sondern dass die Regierung Koch wegen der Schulthemen abgewählt werden sollte. Frau Kollegin Ypsilanti, wenn das so richtig ist, ist Ihre Replik zum Thema Schulpolitik umso falscher. Da hat doch die Regierung Koch, die CDU, in ihrer Bad Wildunger Erklärung das gemacht, was wir als FDP schon vor der Wahl gesagt haben, was zu machen ist und was Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in der Zukunft machen wollen.

Da ist doch nun wirklich erkannt worden, dass es Fehlentwicklungen in der Umsetzung von G 9 auf G 8 und in der Einführung und Durchführung von U+ gegeben hat. Wir als Liberale begrüßen es, dass die CDU jetzt in diesen Punkten auf die Position der FDP zugegangen ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale begrüßen es ausdrücklich. Wir finden es ein bisschen ärgerlich, dass das erst am 15. oder 17. Februar passiert ist. Es wäre vielleicht ganz nett gewesen, wenn Sie das schon am 20. Dezember gemacht hätten, liebe Kollegen von der Union. Frau Ypsilanti, aber das jetzt dem Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden als nicht nachvollziehbare Beweglichkeit vorzuwerfen, das ist schlicht grotesk.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Union beweist im Bereich der Schule – ich komme gleich noch zur Hochschulpolitik – genau das, was die Wählerinnen und Wähler den Unionschristen am 27. Januar ins Stammbuch geschrieben haben: Macht es anders. – Die Vorschläge, die die Union übernommen hat, sind – das freut uns sehr – die Vorschläge, die die FDP in den letzten eineinhalb, zwei, drei Jahren gemacht hat. Doris Henzler hat so viele Reden zu diesem Thema gehalten, dass jeder in diesem Raum weiß, wie oft die FDP dies besprochen hat.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich freuen wir uns, und es ist vernünftig, dass das so gemacht wird, dass wir uns in der öffentlichen Diskussion von dem Titel Unterrichtsgarantie plus verabschieden. Ich habe das einmal in einer Debatte – ich glaube, in der letzten Haushaltsdebatte – gesagt: Beerdigen wir doch endlich diesen Namen, weil er einfach falsch ist.

Jetzt hat der CDU-Fraktionsvorsitzende – der CDU-Landesvorsitzende, ich muss das korrekt sagen, nein, von beiden ist die Wildunger Erklärung beschlossen worden, sowohl von der Fraktion als auch vom Landesvorstand – Abstand genommen und spricht nunmehr von verlässlicher Schule oder von Schulbetreuung, oder wie auch immer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genauso ist es vernünftig und führt in der richtige Richtung – Frau Kollegin Ypsilanti, das kann man als Opposition oder andere Fraktionen nicht einfach zur Seite wischen und karikieren –, dass bei der Umsetzung von G 8 nunmehr der amtierende Kultusminister einen anderen Weg als seine Vorgängerin geht. Wir Liberale haben schon immer gesagt, dass es vernünftig ist, dass bei G 8 nachgebessert werden muss. Wir haben von diesem Pult aus in den Diskussionen und im Landtagswahlkampf, übrigens in großen Teilen gleichlautend wie die Kollegen von den GRÜNEN, gesagt: Es muss Veränderungen im Lehrplan, in den Curricula geben.

Wenn man eine Schulzeit von neun auf acht Jahre reduziert – dazu steht die FDP –, dann muss man auch den Lerninhalt von neun auf acht Jahre reduzieren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eigentlich eine Binsenweisheit, aber es hat ein bisschen gedauert, bis das in die Diskussion hineinkam.

Darüber hinaus haben wir von Anbeginn an gesagt, es muss möglich sein, dass die kooperativen Gesamtschulen von der verpflichtenden Verkürzung freigestellt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat auch etwas mit der Bildungsgerechtigkeit insbesondere im ländlichen Bereich zu tun. Wie wir inzwischen hören, stößt das auf offene Ohren.

Als FDP haben wir gesagt, wir wollen, dass die Gymnasien auf Antrag in das Ganztagschulprogramm des Landes aufgenommen werden müssen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch das hat etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun, aber da nicht nur im ländlichen, sondern auch im städtischen Bereich, und auch mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das soll jetzt übernommen werden. Das ist doch eine gute Entwicklung.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale verstehen deshalb nicht, dass die Sozialdemokraten weiterhin versuchen, mit Schaum vor dem Mund eine Fundamentalopposition gegen die Schulpolitik dieser Regierung zu machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen Sie doch auch den Weg, den Sie behaupten gehen zu wollen, und lesen Sie das, was die anderen vorlegen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, offensichtlich aber wollen Sie das nicht zur Kenntnis nehmen – weil das sonst Ihre Argumentation kaputt macht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Schulpolitik wird das zentrale Thema der Auseinandersetzung in diesem Hause werden – sie ist bereits Gegenstand der zentralen Auseinandersetzung in diesem Hause während der letzten eineinhalb, zwei Jahre. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss auch darum gehen, dass wir diese Gängelbänder endlich wegnehmen.

Vor einigen Tagen hatten wir den 1. April. Damit will ich jetzt nicht die Abteilung Aprilscherze ansprechen, sondern die ganz dringend notwendige Verfahrensweise der Beförderungen, die zum 1. April im Schulbereich angestanden haben. Ich habe kein Verständnis dafür, dass alles dort aus dem Ministerium in Wiesbaden heraus gelenkt, gesteuert und entschieden wird.

Wir stellen uns eine eigenverantwortliche Schule vor, der eine viel größere Selbstverwaltung zugestanden wird, die vor Ort viel mehr organisieren darf.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört auf der einen Seite, dass eine eigenständige Rechtsfähigkeit geschaffen wird. Auf der anderen Seite gehört dazu, dass diese Schulen ein eigenständiges Budget bekommen und im Rahmen dieses Budgets eigenständige Personalentscheidungen treffen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es darf nicht dabei bleiben, dass – wie im März dieses Jahres – eine Vielzahl von Personalakten, teilweise mit Kurier, aus den Schulen und den Schulämtern geholt und nach Wiesbaden gebracht wird, damit dort die Beförderungsentscheidungen getroffen oder versagt werden. Diese Entscheidungen müssen nach unten verlagert werden, dorthin, wo das Personal auch tatsächlich beurteilt werden kann: an die Schulen und die Schulämter vor Ort.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie merken, wir Liberale sehen unsere Ideen in der Schulpolitik nunmehr in verstärktem Maße durch die geschäftsführende Landesregierung und durch die CDU-Fraktion unterstützt. Natürlich werden wir Liberale in diesem Haus auch andere Verbündete suchen, damit es an dieser Stelle Mehrheitsentscheidungen gibt.

An dieser Stelle bin ich ganz gespannt darauf, wie sich die Kollegen letztlich verhalten werden, die jetzt mit uns gemeinsam auf der Mittelbank sitzen, die GRÜNEN nämlich. Bekanntlich haben sie zu G 8 dieselbe Grundsatzzposition wie wir gehabt, im Gegensatz zu der Position der Sozialdemokraten, die sich für eine Rückführung von G 8 auf G 9 ausgesprochen haben. Ich lade die GRÜNEN ein, mit uns konstruktiv darüber zu reden.

(Beifall bei der FDP)

Das artverwandte Thema der Hochschulpolitik ist von meinen Kollegen Roland Koch und Andrea Ypsilanti ebenfalls bereits angesprochen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von Ihnen in diesem Raum und viele Hessinnen und Hessen wissen, dass gerade für die FDP die Hochschulausbildung ein ganz besonders wichtiger Bestandteil der Landespolitik war, ist und bleiben wird.

Mit Dr. Wolfgang Gerhardt und Ruth Wagner haben wir Liberale in Hessen in diesem Verantwortungsbereich Minister gestellt, die zu ihrer jeweiligen Zeit wichtige Marksteine zur Entwicklung der Hochschulen – der Universitäten und der Fachhochschulen – in Hessen gesetzt haben. Das konnten sie niemals alleine machen.

Frau Kollegin Ypsilanti, ich sehe derzeit von Ihnen nicht mehr so gute Umfrageergebnisse. Dass man innerhalb von zehn Wochen auf 30 % absacken kann,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): 28 %!)

auch das ist eine Leistung. Unsere Umfrageergebnisse im Hessenlande liegen derzeit zwischen 10 und 12 %. Trotzdem waren wir bisher immer auf Koalitionspartner angewiesen, und mit Wolfgang Gerhardt und Ruth Wagner haben wir in einer jeweiligen Koalition mit der Union die Hochschulen nach vorn bringen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir arbeiten darauf hin, dass wir letztlich vollkommen selbstständige staatliche Hochschulen in Hessen haben.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Eva Kühne-Hörmann (CDU))

Wir arbeiten darauf hin, dass sich die staatliche Hochschule letztlich ihre Studenten und jeder Student sich seine staatliche Hochschule selbst aussuchen kann.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Eva Kühne-Hörmann und Axel Wintermeyer (CDU))

Das erreicht man nur durch zwei Rahmenbedingungen. Die eine ist eine verlässliche, auf Jahre hinaus festgeschriebene finanzielle staatliche Alimentierung der Hochschulen.

(Beifall bei der FDP)

Der Hochschulhaushalt darf kein Steinbruch für irgendetwas werden. Das sage ich für alle, die noch nicht so lange hier im Hause sind wie ich: In den Neunzigerjahren, in der rot-grünen Regierungszeit von Hans Eichel war der Hochschulhaushalt der Steinbruch für die finanzielle Befriedigung anderer Ressorts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben wir gemeinsam beendet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben ein besonderes System – Ruth Wagner hat es zusammen mit vielen anderen entwickelt – der leistungsorientierten Mittelzuweisung, LOMZ, als Grundlage dieses stabilen Finanztransfers des Staates zu den Hochschulen entworfen. Wir wollen, dass wieder derartige an Leistungen und an Qualität gemessene Kriterien in den Finanztransfer des Staates an die Hochschulen zum Tragen kommen. Das nennen wir den Hochschulpakt. Das ist die erste Rahmenbedingung.

Die zweite Rahmenbedingung besteht darin, einen Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, damit die Hochschulen, die es wollen, sich tatsächlich beweisen können und die Studentinnen und Studenten am Bench-

marking sehen können, welche Universität für sie gut und welche für sie nicht so gut geeignet ist.

(Beifall bei der FDP)

Beide Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Letzteres erreicht man nur, wenn man auch die Hochschulen in die Freiheit entlässt und ihnen die Hoheit über das Personal, über die Grundstücke sowie die Bauherreneigenschaft, und was es da sonst noch alles gibt, überträgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Liberale werden die Weiterentwicklung des Hochschulrechts in Hessen in den nächsten Wochen und Monaten auf die Tagesordnung dieses Hauses setzen. Denn es reicht nicht aus, sich beim Thema Hochschulen ausschließlich mit den Studienentgelten auseinanderzusetzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der linken Front in diesem Hause, da springen Sie nun wahrlich, wahrlich viel zu kurz.

(Beifall bei der FDP)

Es kann doch nicht wahr sein, dass die einzige hochschulpolitische Initiative, die Sie in den letzten zehn bis zwölf Wochen verkünden und die Sie jetzt wieder mit vielen Begleitartikeln und Interviews gebracht haben, die Abschaffung der Studiengebühren betrifft. Wer so handelt, der versündigt sich an den Studentinnen und Studenten in diesem Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Als ob die Frage von 500 € im Semester eine entscheidende Frage für die Weiterentwicklung des Hochschulsystems in Hessen sei – darüber kann man tatsächlich nur noch traurig sein.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Herr Kollege, ich sage Ihnen dazu: Es gibt nichts Ungerechteres, als dass man einen Angestellten, eine Auszubildende oder einen Meister dafür mit seinen Steuergeldern bezahlen lässt, dass ein Akademiker für null eigenes Geld eine qualifizierte akademische Ausbildung bekommt. Das ist soziale Ungerechtigkeit pur.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn Sie tatsächlich Gerechtigkeit wollen, dann müssen Sie sich natürlich für die Einführung von Studiengebühren aussprechen. Denn wer zahlt die Universitäten? Die zahlen alle diejenigen, die keinen Vorteil von dieser Ausbildung haben. Die zahlen diejenigen, die für ihre Ausbildung teilweise eigenes Geld in die Hand nehmen müssen – wir haben doch Meister im Raum, die können das bestätigen – und das noch nicht einmal steuerlich angemessen absetzen können. Das ist soziale Ungerechtigkeit pur, und dafür steht offensichtlich die linke parlamentarische Mehrheit im Hessischen Landtag.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir machen da nicht mit. Wenn Sie das durchsetzen, dann verhalten Sie sich sozial ungerecht, und das werden wir auch demonstrativ – ich sage ganz bewusst: plakativ – den Menschen in diesem Land deutlich machen. Da werden wir die vielen Millionen Hessen, die keinen Vorteil von der akademischen Ausbildung haben, darauf hinweisen, dass ihr Geld teilweise dafür genommen wird, um es anderen zur Verfügung zu stellen, die nachher in aller Regel – das sagt sogar die Statistik – höhere Einkommensmöglichkeiten haben. Diese Debatte hat mir schon im Wahl-

kampf unheimlich Spaß gemacht. Diese Debatte wird, wenn Sie es wollen, auch im Hessischen Landtag unheimlich Spaß machen. Ich sage Ihnen eines: Es wird uns dann unheimlich Spaß machen, im nächsten Wahlkampf – und der kommt bestimmt – wiederum den Hessinnen und Hessen Ihren falschen Weg zur Abstimmung vorzulegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber neben den Themen, die eben von Kollegen Koch und Kollegin Ypsilanti angesprochen worden sind, noch zwei, drei andere ein bisschen anders ansprechen.

Wir Liberale werden uns mit der Ausstattung der Kräfte der inneren Sicherheit beschäftigen. Da hat der Ministerpräsident zunächst einmal recht, das unterstützen wir. Das ist, wie wir alle wissen, nicht nur die Polizei. Wir verkürzen das häufig auf die Polizei, aber es ist Gott sei Dank viel mehr. Die Ausstattung muss immer wieder verbessert und erneuert werden. Wir haben im Wahlkampf alle gemeinsam festgestellt, es ist notwendig, die Personalausstattung der Polizei auszubauen. Nur, Herr Ministerpräsident, in der inneren Sicherheit gibt es noch mehr zu tun. Auch da werden wir Liberale mit entsprechenden Gesetzesinitiativen vorstellig werden und um Ihrer aller Unterstützung bitten. Ich sage es einmal sehr deutlich. Die Überschrift über diesem Antrag wird lauten: Zurückführung des hessischen Polizeigesetzes auf den Weg der Verfassungsgemäßheit.

(Nancy Faeser (SPD): Sehr schön! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da sind wir dabei!)

Wir akzeptieren es nicht, dass wir in mindestens drei Bereichen Entscheidungen entweder des Staatsgerichtshofs oder des Bundesverfassungsgerichts – teilweise nicht zu unseren eigenen Gesetzen, sondern zu Gesetzen von Nachbarländern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen – haben,

(Minister Volker Bouffier: Bund!)

die sagen, dass die entsprechenden Normen verfassungswidrig sind. Wenn man nachschaut, stellt man fest, sie sind teilweise wortgleich, jedenfalls inhaltsgleich mit den Worten, die bei uns im Polizeigesetz stehen. Das werden wir zur Abstimmung stellen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Da geht es, wie Sie wissen, um Rasterfahndung, da geht es um akustische Wohnraumüberwachung, und da geht es um Telekommunikation. Da haben wir Liberale schon seit Jahren einen Sachverständigen an unserer Seite, der uns immer wieder bestätigt, nämlich den Datenschutzbeauftragten des Landes Hessen, Herrn Prof. Ronellenfitsch.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Silke Tesch (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen – in der Hoffnung, dass ich nichts Falsches sage –: Ich würde mich freuen, wenn Prof. Ronellenfitsch bereit wäre, auch in der nächsten Legislaturperiode Datenschutzbeauftragter des Landes Hessen zu bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme

auf unser Landesrecht übertragen. Herr Ministerpräsident, das ist sozusagen die gesetzliche Seite der Innenpolitik gegenüber der praktischen Seite, die Sie in Ihrer Regierungserklärung bereits angesprochen haben.

Wir wollen – das wird Sie nicht überraschen – auch unter dem Titel „Beachtung der Rechtsprechung“ diesem Hause einen Novellierungsentwurf des Nichtraucherschutzgesetzes vorlegen.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Ja, ich weiß, eben haben Sie alle noch geklatscht, als ich gesagt habe, es muss verfassungsgemäß und rechtmäßig sein. Jetzt sagen so manche: Ach, das muss wohl doch nicht so sein. – Wir sind da ganz und gar Bürgerrechtler und Rechtsstaatspartei.

(Beifall bei der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ein bisschen gesund auch!)

Wenn in Rheinland-Pfalz wie auch in Nordrhein-Westfalen und Bayern entsprechende Entscheidungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit vorliegen, dass diese Regelung, wie sie auch im Hessischen Nichtraucherschutzgesetz steht – wieder fast wörtlich, jedenfalls vom Inhalt her identisch –, nicht rechtmäßig ist, so muss das natürlich auch in Hessen geändert werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen mit dieser Debatte auch noch einmal fragen, wie denn das Gefühl und die Stimmung in diesem Hause zu der Frage sind: Muss der Staat wirklich alles regeln? Ist es sinnvoll, dass wir als Gesetzgeber bis ins kleinste Essgefäß hinein mit Gesetzen und mit Sanktionsmöglichkeiten aus diesen Gesetzen heraus unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern vorschreiben, wie sie sich zu benehmen haben?

Wir Liberale haben darauf eine eindeutige Antwort. Ich habe sie vorhin schon einmal in Abgrenzung zur Ideologie der Postkommunisten der LINKEN gesagt. Wir möchten so wenig Staat wie möglich. Wir möchten so wenig Regulierung wie möglich. Wir möchten, dass die Verbote verboten werden, wenn sie nicht sinnvoll sind. Wenn auch noch rechtswidrig ist, dass etwas verboten wird, umso eher muss es auf die Tagesordnung des Hessischen Landtags. Da freue ich mich auf die Debatte und hoffe auf eine Mehrheit.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die Landesregierung unterstützen bei dem Thema „schnelle und konsequente Durchführung der Genehmigungsverfahren“. Wir hoffen darauf, und ich appelliere auch von diesem Platz aus an die dritte Gewalt in diesem Land oder in der Bundesrepublik Deutschland – ich meine jetzt entweder in Kassel oder in Leipzig –, die Verfahren zügig durchzuführen.

(Zuruf)

Wir werden hier nicht sagen – dazu sind wir wiederum Rechtsstaatler durch und durch; da haben Sie recht, wer immer gerade dazwischengerufen hat –, das und das hat das Gericht zu machen. Es gibt auch manchmal Äußerungen in diesem Parlament, dass Gerichte das und das machen sollen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wünsche!)

Aber natürlich habe ich die Hoffnung und habe juristische Glaubwürdigkeit in den Argumenten des Planfeststellungsbeschlusses für die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens gefunden, dass dieser rechtmäßig ist. Auch dort konnte nicht jeder gewinnen. Frau Kollegin Ypsilanti, man kann dazu stehen, wie man will. Aber man kann auf alle Fälle nicht sagen, der Planfeststellungsbeschluss habe nicht das Ergebnis der Mediation umgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Das Ergebnis der Mediation beinhaltet keine Nullzahl. Sie wissen, dass wir als hessische Liberale den Willen hatten, dass es nachts eine Nullzahl gibt. Die Mediation hat es aber nicht vorgeschlagen. Das weiß jeder von uns, der sich mit dem Ergebnis der Mediation beschäftigt hat und auch die Chance hatte, sich mit den drei Mediatoren darüber zu unterhalten.

(Beifall bei der FDP)

Wir möchten – und Dieter Posch wird das für uns in den nächsten Wochen und Monaten auch tun – uns nicht nur mit der Frage auseinandersetzen, welche Lärmwerte auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt aus besonderer Situation zu gelten haben. Wir werden uns grundsätzlich mit der Lärmbelastung von Anwohnern durch große Infrastrukturmaßnahmen auseinandersetzen. Es macht keinen Sinn, dass es einen Lärmwert für Frankfurt gibt, der bei x liegt, in München bei x plus 1 und in Heathrow bei x minus 1. Wenn wir uns in einer europäischen Welt befinden, werden wir gemeinsam versuchen, dies unter ein Regelwerk zu bringen. Das hängt letztlich mit einer Verkürzung der Verfahren zusammen. Das ist die Idee, die dahintersteht, und nicht eine weitere Verlängerung.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich als letzten inhaltlichen Punkt – da habe ich in den Redebeiträgen von Frau Ypsilanti und von Herrn Koch versucht, etwas Positives herauszuhören, und meine, es auch gefunden zu haben – die Themen Integration und demografische Entwicklung ansprechen. Wenn wir es wirklich ernst meinen – ich unterstelle es allen meinen 109 Kolleginnen und Kollegen – und unser Hessenland positiv weiterbringen wollen, so müssen wir uns verstärkt um diesen Themenblock Integration und demografische Entwicklung kümmern. Es reicht nicht aus, in der letzten Legislaturperiode eine Enquetekommission eingerichtet zu haben. Es reicht nicht aus, einen umfassenden und, ich finde, guten Abschlussbericht einer Enquetekommission zu haben und nunmehr zu sagen, wir nehmen die Hände, legen sie in den Schoß und warten, wie es weitergeht. Das ist bei dem Thema demografische Entwicklung falsch, und das ist bei dem Thema Integration nicht nur falsch, sondern höchstwahrscheinlich auch noch gefährlich. Wir müssen an dieses Thema herangehen.

(Beifall bei der FDP)

Unser Alterspräsident hat in seiner Eröffnungsrede am Samstag schon einiges dazu gesagt. Uns Liberalen schwebt vor, dass wir diese Themenbereiche noch um das Thema Globalisierung und Auswirkungen der Globalisierung ergänzen. Wir kommen nicht darum herum, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Themen Integration und demografische Entwicklung etwas mit Globalisierung zu tun haben. Gerade in einem Bundesland wie Hessen, das Tor zur Welt ist – wir haben den Rhein-Main-Flughafen –

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Und Kassel-Calden!)

– Der nordhessische Kollege hat mich gerade daran erinnert, es gebe in der Nähe von Kassel noch einen Flughafen. Aber das ist bisher eher ein Verkehrslandeplatz, Herr Kollege.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben mit dem Flughafen Frankfurt/Rhein-Main das Tor zur Welt, mit der Öffnung für die Menschen, die hierherkommen, aber auch für die Güter, die von hier weggehen. Wir sind das Tor zur Welt mit den zu organisierenden Dienstleistungen. Ich habe das in diesem Haus schon in der letzten Legislaturperiode mit der immer stärkeren Verknüpfung mittelständischer Unternehmen in der globalisierten Welt deutlich gemacht.

Wenn Sie sich umschauchen, wenn Sie hessische Mittelständler besuchen, so werden Sie eine Vielzahl von Produkten finden, die aus hessischen Firmen entstammen und weltweit unterwegs sind. Ich will jetzt keinen Namen nennen. In der Nähe von Marburg gibt es eine Firma, die Flakons für hochwertige Parfüme produziert. Wir alle kaufen sie, mit schlechtem Gewissen behaftet, kurz vor dem Einchecken an den Flughäfen dieser Welt. 80 % dieser Flakons kommen aus der Nähe von Marburg. Was ist denn das Schöne an diesem Beispiel? Diese Flakons sind, damit wir sie alle kaufen, auch gut eingepackt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo kommt denn das schlechte Gewisse her?)

– Das schlechte Gewissen kommt jedenfalls bei mir daher, dass ich mir sage: Jetzt warst du so lange unterwegs, du musst etwas mit nach Hause bringen. Herr Kollege Al-Wazir, ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist, aber bei mir ist das das schlechte Gewissen.

(Beifall bei der FDP)

– Ich merke an dem Lachen einiger Kollegen, dass Sie dabei relativ ähnlich funktionieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Flakons sind in eine Kartonage eingepackt. Damit wir sie kaufen, ist diese Kartonage besonders hochwertig. Diese Kartonagen werden von einem Unternehmen produziert, Marktanteil 60 %, das im Main-Kinzig-Kreis sitzt. Nur anhand dieses Beispiels, ich könnte jetzt 15 bis 20 nennen, sehen wir, dass wir auch in unserer mittelständischen Industrie – das sind Unternehmen mit jeweils 500 bis 1.000 Mitarbeitern – einen globalen Bezug haben. Als Staat müssen wir uns damit so beschäftigen, dass wir breite Leitplanken einziehen. Wir müssen diese Unternehmen auf der anderen Seite aber auch von unserer Regulierungswut, die uns teilweise treibt, entlasten, damit sie diese Geschäfte weltweit betreiben können.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegin Ypsilanti, in diesem Zusammenhang möchte ich nur ganz kurz zum Finanzplatz Frankfurt und zu dem, was Sie dazu gesagt haben, Stellung nehmen. Ich bin überrascht, dass die Landesvorsitzende der SPD es wagt, sich zu dem Thema Subprime-Krise, und was damit zusammenhängt, scheinbar argumentativ und mit Angriff auf andere zu äußern.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ich habe nur festgestellt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Ackermann komme ich gleich, ich komme erst einmal zu dem anderen

Thema. Wenn es denn nicht die Ideologie der Sozialdemokraten wäre, dann hätten wir nicht so viele staatliche Kreditinstitute, und dann hätten wir nicht diese Patzer im öffentlich-rechtlichen Bereich.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind es doch, die in Hessen auch wieder versuchen, eine noch stärker am Staat orientierte Institution der Sparkassen hinzubekommen. Das ist doch gerade falsch.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Hauptzeche zahlt der Steuerzahler, weil offensichtlich nicht zu 100 % fähige Manager in staatlich organisierten bzw. staatlich überwachten Kreditinstituten Fehler gemacht haben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das sind Hunderte von Millionen Euro, die letztlich der Steuerzahler zahlen muss. Da passt das Thema WestLB, da passt das Thema Sachsen Bank, da passt das Thema BayernLB, da passt das Thema der Landesbank in Baden-Württemberg, da passt natürlich auch das Beispiel der KfW mit der IKB in Düsseldorf.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Da ist doch das Geld versenkt worden. Das ist doch nicht von den Massen im privaten Bereich versenkt worden. Wenn wir im privaten Bereich Geld versenkt haben, so kann das den Anteilseigner, den Aktionär ärgern, und manche haben sich auch schon darüber geärgert. Das kostet den Staat aber keinen Pfennig, jedenfalls nicht dann, wenn er nicht in denselben Fehler verfällt, den Frau Ypsilanti aufgrund eines Zwischenrufs von Herrn Ackermann nunmehr machen will.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich lache mich kaputt!)

– Was hat denn gerade deine Parteifreundin Ingrid Matthäus-Maier beschließen lassen müssen? Es müssen zusätzliche Steuergelder in Höhe von 1,8 Milliarden € in die IKB nach Düsseldorf gebracht werden, weil dort staatlich überwachte Banker ganz groben Mist gemacht haben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Schmitt, wir haben uns schon vor 25 oder 30 Jahren an der Uni zum Thema Justizvollzug gestritten. Jetzt streiten wir uns eben zum Thema Finanzplatz Frankfurt am Main.

Frau Kollegin Ypsilanti, Sie haben es nicht gesagt, ich unterstelle es Ihnen aber, weil Sie es wohl so haben ausdrücken wollen, und dabei bin ich mit Ihnen: Wir müssen natürlich Regelwerke haben, die es möglich machen, eine Transparenz in Finanzprodukten zu bringen. Da hat Ackermann recht: Wir müssen ein Regelwerk finden, das es nicht mehr möglich macht, Dinge vollkommen umzupolen, in ein anderes Finanzprodukt umwandelt, wie es beim Subprime passiert ist, was anschließend in keiner Weise mehr überprüfbar ist. Frau Kollegin Ypsilanti, das wird Sie bestimmt überraschen, das fordert der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Rainer Brüderle, seit drei Jahren. Er fordert, dass derartige Regeln für Hedgefonds, aber auch für die Finanzprodukte gemacht werden.

(Beifall bei der FDP)

Seien Sie doch bitte einmal ehrlich. Rainer Brüderle forderte das nämlich schon, als der Bundesfinanzminister – ein Sozialdemokrat aus Hessen – Hans Eichel hieß, und Rainer Brüderle fordert es jetzt, da es einen Finanzminister mit dem Namen Peer Steinbrück gibt. Beide sind Genossen.

Sie stellen sich so etwas vor. Machen Sie das doch. Setzen Sie sich in Ihrer Partei durch, Frau Ypsilanti. Anderswo versuchen Sie es doch auch.

(Beifall bei der FDP)

Der Finanzplatz Frankfurt am Main ist neben dem Flughafen und neben der mittelständischen Industrie ein ganz wichtiger Standortfaktor in unserem Bundesland. Ich halte es für relativ provinziell, wenn es einen Streit zwischen der Oberbürgermeisterin von Frankfurt und dem Bürgermeister von Eschborn darüber gibt, wo der Sitz der Börse ist; denn – so habe ich es in Erinnerung – sowohl Frankfurt als auch Eschborn liegen in Hessen. Läge die Börse in Aschaffenburg, würde ich einen Streit für genauso provinziell halten; denn auch dann befände sich der Sitz der Börse immer noch in unserem Land.

Meine Damen und Herren, wir müssen den Menschen, die im Finanzsektor tätig sind, die Möglichkeit geben, dass sie in unserem Land ordentlich arbeiten. Es muss zu einer Deregulierung und zu einer Senkung der Steuerbelastung kommen. Die Gewerbesteuer in Frankfurt lässt grüßen. Kollege Koch als Eschborner oder ich als Bad Vilbeler, wir freuen uns immer darüber; denn es gibt nicht nur Banken, die in Eschborn sind, sondern auch große Versicherungsunternehmen, die in Bad Vilbel sitzen. Das sehen wir mit Freude.

Also muss die Stadt Frankfurt etwas machen, nicht aber das Land. Das Land muss aber die Rahmenbedingungen dafür herstellen, dass hier weiter Produkte gehandelt werden können, die die Menschen auch kaufen. Dafür müssen diese Produkte erkennbar sein, und dafür muss es – wenn auch weit gefasst – Regeln geben.

Mir reicht es nicht aus, wenn ein Studienabgänger, der an irgendeinem Institut tätig ist, einmal kurz irgendwelche Bewertungen vornimmt. Ich glaube schon, dass die BaFin und andere Institutionen notwendige Bestandteile sind. Deshalb hat die BaFin auch in Hessen ihren Sitz einzunehmen. Das ist eine Position, die die FDP zur Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt vertritt.

(Beifall bei der FDP)

Sie merken, dass wir Liberale die Situation der nicht vorhandenen koalitionsmäßigen Unterstützung der amtierenden Landesregierung als Chance ansehen. Ja, wenn wir uns nicht benehmen, wird es eine Krise geben. Aber ich glaube, meine 109 Kollegen in diesem Hause sind mit mir der Auffassung, dass wir im Interesse unseres Bundeslandes Hessen die Aufgabe haben, uns verantwortlich zu benehmen.

Wir Liberale gehen davon aus – ich glaube, dass ich unsere Überzeugung und unsere Grundstrukturen noch einmal habe deutlich machen können –, dass der Einzelne zunächst für sich selbst entscheiden soll, dass der Einzelne dazu eine Vielzahl von Informationen braucht und dass er das Gefühl bekommt, es ist sinnvoll, sich nicht nur für sich, sondern auch für seine Nachbarn, für sein Umfeld und für seine Gesellschaft einzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir wollen deshalb weniger Staat und weniger Regulierung. Aber wir sehen auf der

anderen Seite auch, dass es in einer Gesellschaft Rahmen geben muss. Diese sind nicht besser zu umschreiben, als es Ludwig Erhard gemacht hat, als er für Deutschland die soziale Marktwirtschaft erfunden und umgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist unser Raster. Innerhalb dieses Rasters bewegen wir uns. Aber – das sage ich zum Abschluss dieses Beitrags – wir verstehen uns, bereits mit der letzten Legislaturperiode damit beginnend, als Brückenbauer zwischen den verhärteten Fronten in diesem Hause. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir alle in unserem Stil abrüsten müssen, ohne Aufgabe unserer Inhalte, und dass wir dann darauf zu schauen haben – ich bleibe bei den drei Beispielen der FDP –: Welche Aussage hat der Antrag der Kollegen? Ist er gut? Das ist unabhängig davon, wer der Antragsteller ist.

Mit Verlaub, das, was wir heute produziert haben, nämlich dass wir zwei verschiedene, aber offensichtlich gleichlautende Anträge einbringen, halte ich nicht gerade für ein besonders intelligentes Zeichen des Brückenbauens – wenn ich das einmal so flapsig formulieren darf.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn der Antrag okay ist, dann gehen wir auf ihn ein oder stimmen zu. Ist der Antrag immerhin so beschaffen, dass man die Hoffnung hat, man könne ihn in Richtung eines Okays ändern, stellt man Änderungsanträge.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Hahn, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, vielen Dank. – Wenn man das Gefühl hat, ein Antrag ist noch verbesserungsfähig und -würdig, setzt man sich hin, schreibt Änderungsanträge und wirbt dafür, diese Änderungen hier durchzusetzen. Anders ist es, wenn man das Gefühl hat, das, was in einem Antrag steht, läuft der eigenen Überzeugung zuwider.

Frau Kollegin Ypsilanti, vieles von dem, was Sie mir in den letzten Wochen in Schreiben zur Verfügung gestellt haben, ging inhaltlich so gegen meine Überzeugung, dass ich nur sagen konnte bzw. dass wir als FDP nur sagen konnten: Dabei machen wir nicht mit.

Wenn wir uns entsprechend diesen drei Kriterien verhalten, helfen wir dabei, die Situation in diesem Haus zu entspannen, und wir zeigen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, für die wir hier arbeiten und von denen wir bezahlt werden, dass wir alle das Wahlergebnis verstanden haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Hahn. – Als Nächster hat Herr Al-Wazir für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute die Regierungserklärung eines geschäftsführenden Ministerpräsidenten gehört. Es ist kein Geheimnis, dass wir GRÜNE zu der Landtagswahl, die die Zusammensetzung des 17. Hessischen Landtags bestimmt hat, angetreten sind, um einen Politikwechsel zu erreichen. Zu einem Politikwechsel gehört logischerweise eigentlich auch ein Regierungswechsel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, dass wir aus der Situation, in der sich der 17. Hessische Landtag jetzt befindet, nämlich dass es eine geschäftsführende Regierung gibt, die auf keine Mehrheit, die von einer Koalition oder einer Fraktion getragen wird, setzen kann, das Beste machen müssen.

Es ist natürlich völlig richtig, dass wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler ernst nehmen, für das zu kämpfen, wofür wir in der Sache angetreten sind. Aber es ist auch kein Geheimnis, dass ein Politikwechsel einfacher ist, wenn er mit einem Regierungswechsel einhergeht.

Ich habe in den letzten Stunden aufmerksam zugehört; denn es ging um die Frage, wie der neue Ton in der Sache ist und ob sich in der neuen Situation, mit der wir alle noch nicht umzugehen gewohnt sind, wirklich etwas verändert hat. Ich glaube, dass wir alle noch ein wenig üben müssen – jedenfalls diejenigen, die bereits in der letzten oder auch schon in den vorigen Wahlperioden dem Landtag angehört haben –, um zu wissen, was wirkliche Offenheit in der Sache bedeutet.

Ich glaube aber auch, dass wir wissen müssen, dass neue Töne alleine noch keine andere Politik bedeuten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mein bisheriges Fazit ist: Der Saal ist neu, der Ton ist es teilweise auch. Auch der Ton des Herrn Ministerpräsidenten war anders, als wir es in den letzten Jahren gewohnt waren.

Herr Koch, in der Sache war vieles in Ihrer Rede allerdings schon irgendwie bekannt und eigentlich alt. Ich begrüße es, wenn bestimmte Worte Eingang finden, wie „ganzheitlich“ und „nachhaltig“. Aber das Wort allein macht noch keine neue Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich will gerne zwei ehemalige Bundespolitiker zitieren. Der eine gehört der CDU an. Das ist Helmut Kohl. Er hat einmal so schön gesagt: „Wichtig ist, was hinten herauskommt.“ Dem können wir als GRÜNE nur zustimmen.

(Michael Boddenberg (CDU): Da gibt es noch mehr bei den GRÜNEN!)

Der andere ist Joschka Fischer – inzwischen ebenfalls ein Elderstatesman; er wird am Samstag 60 –, der irgendwann einmal sagte: „I'm not convinced.“ Werter Herr Ministerpräsident, insofern finden wir es gut, wenn auch die CDU in bestimmten Bereichen feststellt, dass sie in der Vergangenheit Fehler gemacht hat. Wenn ich mir aber die ganze Rede und vor allem den Anfang Ihrer Rede betrachte, in der Sie sagen, wie gut Hessen angeblich nach neun Jahren Regierungszeit von Roland Koch dasteht, dann stelle ich

Ihnen die Frage: Warum haben Sie eigentlich die Wahl verloren, wenn alles in Ordnung war?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wie war es denn bei Ihnen?)

Herr Kollege Boddenberg, insofern erlaube ich mir eine Rückschau. Der letzte Hessische Landtag hat im Dezember und im November letzten Jahres über den Haushalt des jetzt laufenden Jahres debattiert. Wir waren in der Generalaussprache in heftiger Auseinandersetzung miteinander, wie die zukünftige Politik des Landes Hessen aussehen soll. Uns GRÜNEN schien es damals schon so zu sein, dass die mit absoluter Mehrheit regierende Union aufgrund ihrer absoluten Macht der letzten fünf Jahre irgendwie vergessen hat, dass man auch Perspektiven für die Zukunft entwickeln muss, wenn man wiedergewählt werden möchte. Herr Ministerpräsident, in wichtigen Politikbereichen war die Bilanz Ihrer jetzt geschäftsführend amtierenden Landesregierung schlecht. Die Bildungspolitik ist heute schon von vielen benannt worden. Die Bilanz der Landesregierung der letzten Jahre in der Bildungspolitik war schlecht. Das muss man schlicht feststellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Zweitens hat die Sozialpolitik in aller Regel keine Rolle gespielt, auch heute bisher nicht. Ich glaube allerdings, dass auch in der Sozialpolitik die Bilanz der jetzt geschäftsführend amtierenden Landesregierung in der Sache schlecht war.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gleiches gilt für die Arbeitsmarktpolitik, wenn man sich die Entwicklung in anderen Bundesländern betrachtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn ich auf das Vorfeld des 27. Januar zurückblicke, stelle ich fest, dass das Ergebnis der Wahl auch ein bisschen was mit Stil zu tun hat. Insofern sind die neuen Töne, wenn auch in der Sache noch nicht viel Neues zu hören ist, doch sehr interessant. Der Regierungsstil der letzten Jahre war immer mit dem Wort „durchziehen“ gekennzeichnet.

(Norbert Schmitt (SPD): „Wir haben die Mehrheit“! – Petra Fuhrmann (SPD): „Mehrheit ist Wahrheit“!)

Ich kann mich sehr genau an den Herbst 2003 erinnern, an Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten, die damals gegen die „Operation düstere Zukunft“ protestiert haben. Es war damals übrigens die größte Demonstration seit der Übergabe der Unterlagen zum Volksbegehren Startbahn West, die in der Landeshauptstadt stattgefunden hat. Ich weiß, dass ich damals mit einigen Abgeordneten der CDU sprach und diese sagten: „Na ja, wenn so viele Leute gegen uns protestieren, dann müssen wir es richtig gemacht haben; denn dann haben wir alle gleichmäßig getroffen.“ Herr Koch, dieser Stil ist am 27. Januar abgewählt worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ihnen ist klar gewesen, dass es schwierig sein wird, mit Ihrer Bilanz in der Sache und mit Ihren fehlenden Zu-

kunftsprojekten Wahlkampf zu machen. Deswegen war Ihre Wahlkampagne von Anfang an nicht darauf angelegt, zu sagen: „Wählt uns, weil wir A, B, C machen wollen“, sondern Ihre Wahlkampagne war von Anfang an darauf angelegt: „Wählt uns, die anderen sind schlimm.“ Exemplarisch macht sich dies vielleicht an den Begriffen Windkraftmonster und Zwangseinheitsschule fest.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich glaube, dass die Tatsache, dass Sie dann zwischen Weihnachten und Neujahr der Meinung waren, noch etwas drauflegen zu müssen, eine Radikalisierung dieser Strategie war. Ich muss sagen, dass wir in unseren internen Runden immer vorausgesagt haben: Wenn es eng wird, dann gibt es die CDU-Option, wieder eine Ausländerkampagne aus der Kiste zu ziehen. – Ich bedauere ausdrücklich, dass Sie leider zu diesem Mittel gegriffen haben.

Es war nicht etwa so, dass dieses Thema vom Himmel fiel. Wenn ich mich an die Generalaussprache zum Haushalt 2008 erinnere: Da war so etwas angelegt, was nicht gezündet hat. – Wenn ich mich an Ihren Vorschlag für ein Burkaverbot erinnere – obwohl es gar keine Burka in hessischen Schulen gibt –: Das war der zweite Versuch, etwas zu zünden, was nicht gezündet hat. – Über das, was zwischen Weihnachten und Neujahr losging, haben Sie gedacht: An diesem Punkt wird es jetzt auf jeden Fall funktionieren. – Herr Ministerpräsident, es hat nicht funktioniert, weil die Menschen in Hessen schlauer waren, als Ihrer Wahlkampagne recht war. Das kann ich nur ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Menschen haben sehr genau gemerkt, ob es da jemandem um Lösungen geht, ob es jemandem um Sicherheit geht, ob es jemandem um Integration geht oder ob da jemand nur versucht hat, Wahlkampf zu machen. Ich habe schon gesagt: Es hat nicht funktioniert, sondern es ist sogar nach hinten losgegangen. Trotz aller unbefriedigenden Situationen, die wir jetzt im 17. Hessischen Landtag haben, ist das die eigentlich positive Nachricht des 27. Januar, weil sie für die Zukunft gilt, und sie gilt parteiübergreifend. Ich glaube, auf absehbare Zeit wird keine Partei in Deutschland mehr den Versuch machen, Wahlkampf auf Kosten gesellschaftlicher Minderheiten zu machen. Das ist gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Nicola Beer (FDP))

Auch da gilt, dass dieser Lerneffekt auch bei anderen Parteien nötig war. Wenn ich mich an den Wahlkampf der SPD in Baden-Württemberg 1996 zurückerinnere – Stichwort: Anti-Aussiedler-Wahlkampf –, damals organisiert von Oskar Lafontaine, dann kann ich nur wünschen, dass auch in Bezug auf die Europawahl, die jetzt ansteht, manches, was vom jetzigen Parteivorsitzenden der Linkspartei angedeutet wurde, bei der Europawahlkampagne nicht stattfindet, sondern dass wirklich alle diese Lektion jetzt gelernt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)



Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier die Verantwortung – wir alle miteinander – in dieser Situation einer geschäftsführenden Regierung und eines neu gewählten Landtags, in dem sich bisher keine Koalitionen gefunden haben, jetzt für eine Übergangszeit, von der wir heute nicht sagen können, wie lange sie dauern wird, das zu machen, wofür wir alle gewählt sind, nämlich politische Inhalte hier einzubringen und reale Handlungen in der Sache anzustoßen, und zwar jeweils in die Richtung, für die sich Mehrheiten in diesem Parlament finden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): In die richtige Richtung!)

– Das mit der richtigen Richtung ist in einem runden Saal halt immer schwierig, Herr Kollege Hahn.

(Allgemeine Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Saal hat schon eine Form!)

Das wird man dann sehen.

Wir als GRÜNE machen auch keinen Hehl daraus – das habe ich schon gesagt –, dass der Politikwechsel ohne Regierungswechsel zumindest ein schwierigeres Unterfangen wird, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Aber wir haben jetzt aus unserer Sicht wirklich die Pflicht und wir als GRÜNE laden alle, aber auch wirklich alle dazu ein, sich strikt an der Sache zu orientieren. Sich strikt an der Sache zu orientieren kann auch einmal bedeuten, dass man hier unterliegt. Aber wenn ich mir so die Debatten und die Blöcke hier anschau, werden wir GRÜNE in der komischen Situation sein, dass wir nie unterliegen, weil wir immer entscheiden, was passiert. Das ist auch etwas, an das wir uns noch gewöhnen müssen. Das gilt jedenfalls für die jetzt anstehende Übergangszeit.

(Allgemeine Heiterkeit – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Aber ich glaube, wenn wir hier über die Frage reden, was jetzt ansteht, und wenn das hier eine Regierungserklärung zu Beginn einer Wahlperiode ist, wo wir nicht wissen, ob das eine Regierungserklärung für drei, sechs, zwölf oder achtzehn Monate ist, dann sind wir alle in der Pflicht, zu sagen, in welche Richtung es denn aus Sicht der einzelnen Fraktionen gehen soll und in welche Richtungen sich Mehrheiten finden.

Insofern würde ich gern für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschreiben, was aus unserer Sicht jetzt auf der Tagesordnung steht.

Wir brauchen eine verantwortliche Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik in diesem Bundesland. Ich begrüße es außerordentlich, wenn inzwischen auch die CDU erkannt hat, dass die erneuerbaren Energien nicht des Teufels sind. Aber Sie werden es mir nachsehen: Manchmal geht es mir ein bisschen zu schnell vom Windkraftmonster zum Musterland.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insofern gilt auch da, Herr Ministerpräsident, die Weisheit von Helmut Kohl: „Wichtig ist, was hinten rauskommt.“ Das, was hinten herauskommen müsste, wäre, dass wir den dramatischen Rückstand, den Hessen inzwischen bei dem Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung hat, endlich wieder aufholen, dass wir nach vorne kommen und meinetwegen auch Musterland werden. Aber wenn ich mir ansehe, dass Sachsen-Anhalt inzwischen bei einem Anteil von 38 % erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung ist und wir bei etwas über 5 % liegen,

dann glaube ich, dass es noch ein bisschen dauern wird, bis wir die Versäumnisse der Vergangenheit aufgeholt haben.

Deswegen sage ich: Lasst uns jetzt endlich damit beginnen. Dazu gehört dann auch, dass man wirklich die ideologischen Vorbehalte, die es gibt, über Bord wirft und nicht nur von Biomasse spricht und mehr als die Geothermie entdeckt. Denn es ist so, dass wir ein Mittelgebirgsland ohne Zugang zum Meer sind. Aber der Vogelsberg, Herr Ministerpräsident, ist ein erloschener Vulkan. Deswegen ist es mit der Geothermie auch nicht immer so, dass man überall diese Möglichkeiten hat. Das bedeutet, um es konkret zu sagen: Man muss die Verteufelung der Windkraft beenden und endlich zu einer sachgerechten Politik auch in diesem Bereich kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da werden wir auch am Ende die Dinge bewerten, die sich real bewegen. Ich glaube, dass da noch einiges zu besorgen ist. Dass Hessen zum Musterland der erneuerbaren Energien gemacht wird, ist noch nicht bei allen angekommen, Herr Landesvorsitzender der CDU. Es ist keine zehn Tage her, dass der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main die Vorrangflächen für die Windkraft noch einmal drastisch reduziert hat.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das ist mit absoluter CDU-Mehrheit und mit einem neuen zuständigen Beigeordneten namens Kasseckert geschehen. Ich glaube, der ehrenamtliche Beigeordnete in der dortigen Leitungsversammlung ist ein Ihnen wohlbekannter Herr Herkströter. Insofern gilt auch da: „Wichtig ist, was hinten rauskommt.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Insofern glaube ich, dass zu einer Energiewende in diesem Land nicht nur dazugehört, dass wir endlich wieder Anschluss an andere Bundesländer bei den erneuerbaren Energien finden, sondern dass man sich auch entscheiden muss, ob man die Wege der Vergangenheit auf Jahrzehnte für die Zukunft festzementiert. Dazu gehört auch, dass dieses Parlament sich eine Meinung dazu bilden muss, ob wir wirklich im Jahr 2008 neue ineffiziente Kohlekraftwerke, die 40 Jahre laufen, in die Landschaft stellen wollen oder nicht. Wir glauben, dass das ein Weg ist, der in die Vergangenheit führt und der ein Irrweg ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dazu gehört natürlich auch, dass man sich bei der Frage, wie die Energieversorgung der Zukunft passieren soll, nicht mehr auf die alten zentralen Großkraftwerke stützt. Und dazu gehört auch, dass man sich überlegen muss, ob man wirklich weiter dafür eintritt – das geht jetzt an die Kolleginnen und Kollegen der Union –, Laufzeiten von sehr alten Atomkraftwerken zu verlängern, oder ob man einfach einsieht, dass dies kein Weg ist, der zukunftsfähige Energiepolitik bedeutet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gehört auch dazu, dass wir uns über die Frage Gedanken machen, was denn eine verantwortliche Verkehrspolitik bedeutet. Ich glaube, in der Rückschau wird auch die Union feststellen, dass ihr nicht eingelöstes Versprechen eines Nachtflugverbotes am Frankfurter Flughafen ihr geschadet hat.

Wir sind der Meinung, dass wir alles dafür tun müssen, um die Belastung der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet durch Fluglärm nicht ins Unermessliche wachsen zu lassen, sondern vielleicht auch einmal in bestimmten Bereichen zu einer Entlastung zu kommen. Wenn wir hier in die sachliche Debatte einsteigen, dann glaube ich, dass es spannend werden wird. An diesem Punkt gilt ganz besonders, dass der Politikwechsel ohne Regierungswechsel, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ein sehr viel schwierigerer Weg sein wird, als wenn der Regierungswechsel mit dem Politikwechsel verbunden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir glauben, dass wir uns über die Frage Gedanken machen müssen, wie wir das staufreie Hessen wirklich hinbekommen, nämlich durch eine bessere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, dass der Naturschutz wieder einen Stellenwert bekommt. Wenn Sie einmal hineinhören, wie inzwischen auf europäischer Ebene über hessische Naturschutzpolitik geredet wird, dann werden Sie erkennen, dass es nicht reichen wird, den Nationalpark Kellerwald zum UNESCO-Weltnaturerbe zu erklären, sondern dann muss man sich auch irgendwann die Frage stellen, was denn eigentlich Naturschutzgebiet noch bedeutet. Auch dies ist ein Punkt, der uns sehr, sehr wichtig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einen Punkt, an dem die Union sehr klar gemacht hat, dass ihr klar geworden ist, wo die Fehler lagen. Ich begrüße es außerordentlich, dass wir in der Bildungspolitik jetzt zumindest den Anschein haben, als könnte man einmal über die Sache reden. Das war, solange ich im Landtag bin, in der Bildungspolitik immer nur schwer möglich, um es vorsichtig auszudrücken. Denn immer wurde irgendwer von irgendwelcher Vergangenheit irgendwo hingetrieben.

Ich begrüße es, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dass Sie offensichtlich gemerkt haben, dass die Bildungspolitik der letzten Jahre deutlich verbesserungsbedürftig ist. Wir glauben auch, dass wir gerade in dieser Übergangsphase und gerade in einer Situation, in der es keine Koalition gibt, die ein Fünfjahresprogramm auf die Periode bezogen auflegen könnte, in der Pflicht sind, jetzt schnell z. B. beim verkürzten Gymnasium, bei G 8, zu Lösungen zu kommen. Das ist unter anderem deshalb so, weil das Schuljahr am 4. August beginnt, weil die Eltern der Kinder, die jetzt in der 5. Klasse im Gymnasium sind, schon vor einigen Wochen erklären mussten, welche zweite Fremdsprache denn für die 6. Klasse jetzt gewählt werden soll, und weil jetzt auch Entscheidungen anstehen, welcher weiterführende Weg gewählt werden soll. Ich glaube deshalb, dass wir alle miteinander in der Pflicht sind, jetzt hier zu liefern, wie man so schön sagt.

Wir als GRÜNE sind gern bereit, mit allen Fraktionen im Hause darüber zu reden, was jetzt an Sofortprogrammen nottut. Ich bin sehr froh darüber, dass sich ein Konsens abzuzeichnen scheint, den Weg zu gehen, den wir vorgeschlagen haben, nämlich zu schnellen Veränderungen bei G 8 zu kommen und gleichzeitig auch eine Anhörung zu machen, in der die bildungspolitischen Akteure in Hessen an einen Tisch geholt werden, damit man wieder eine Kommunikationsebene in der Bildungspolitik herstellen kann. An ihr hat es nämlich in den letzten Jahren gefehlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns gehört aber, wenn wir über Bildungspolitik reden – deswegen heißt der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren auch Gesetz zur Sicherstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen –, zur Sicherstellung von Chancengleichheit auch, dass wir keine Studiengebühren haben, die dazu führen, dass bestimmte Schichten es sich zwei- oder dreimal überlegen, ob sie ein Studium aufnehmen, und es für andere kein Problem ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen wird dies einer der Punkte sein, über die wir hier debattieren werden und die nicht nur aus dem Grund, dass es ein großes Thema im Wahlkampf war, sondern aus dem Grund, dass es viele Menschen im Land Hessen bewegt, heute auf der Tagesordnung der ersten Arbeitssitzung des Hessischen Landtags stehen.

In diesem Zusammenhang will ich sagen: Herr Ministerpräsident, natürlich haben wir als GRÜNE sehr darauf gedrängt, dass es eine Gegenfinanzierung gibt. Denn wir wissen natürlich auch, dass Geld nicht vom Himmel fällt und dass Geld auch keine politische Farbe hat, sondern dass Geld entweder da ist oder nicht da ist, jedenfalls in einem Landeshaushalt. Denn das, was man sich bundespolitisch wünscht, tritt in einem Landeshaushalt nicht unbedingt sofort ein.

Es ist uns aber auch wichtig, zu sagen, dass unsere Priorität in diesem Bereich liegt und dass wir für das Haushaltsjahr 2008, obwohl wir nicht an der Regierung sind, Vorschläge gemacht haben, die, wenn ich einen Strich darunter ziehe, Herr Finanzstaatssekretär, vom Finanzministerium zumindest nicht widerlegt werden konnten, um es einmal vorsichtig auszudrücken.

Insofern glaube ich, dass das ein Weg ist, wo wir uns unserer Verantwortung bewusst sind, dass man nicht sagen kann: „Im Himmel ist Jahrmarkt“, sondern dass man an jedem einzelnen Punkt natürlich sagen muss: Das sind unsere Prioritäten, und auf der anderen Seite wollen wir dort und dort einsparen.

In diesem Zusammenhang geht auch ein Wort an die Linkspartei, die neue Fraktion hier im Hause. Es ist nicht mehr so, dass man hier sozusagen ein grelles Plakat zur Abstimmung stellen kann, sondern man muss sich immer auch die Frage stellen: Was würde passieren, wenn es so beschlossen würde? Ich habe den Gesetzentwurf der LINKEN zur Rückzahlung der bereits erhobenen Studiengebühren genau gelesen und habe keinerlei Finanzierungsvorschlag gefunden, nur den Verweis darauf, dass der noch kommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr gespannt darauf. Ich sage nur: Jetzt ist wirklich der Zeitpunkt gekommen ist, bei dem man nicht mehr sagen kann, wenn das Glas halb voll ist, dass einem das nicht gefällt. Denn wenn Sie sagen, dass Glas ist nur halb voll, und deswegen ablehnen, dann gibt es gar nichts zu trinken. Jetzt ist wirklich der Zeitpunkt gekommen, an dem alle in diesem Hause Verantwortung übernehmen müssen.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CDU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind beim Stichwort Sozialpolitik der Meinung, dass das, was die abgewählte Mehrheit auf Druck der Opposition in der letzten Wahlperiode angelegt hat – Kindergarten- und Schulspeisung, wobei Schulspeisung bisher der Hauptpunkt ist –, ausgeweitet werden sollte. Wir glauben,

dass wir es uns in diesem Bundesland nicht leisten sollten und nicht leisten können, dass irgendein Kind aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel der Eltern nicht am Mittagessen in Schule oder Kita teilnimmt. Wir glauben, dass ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot auf der Tagesordnung steht und wir uns gemeinsam überlegen müssen, wie wir die Kommunen dabei unterstützen, das jetzt bereitzustellen. Wir glauben auch, dass wir ein verlässliches soziales Netz wiederherstellen müssen, das im Herbst 2003 sehr arg in Mitleidenschaft gezogen worden ist, um es vorsichtig zu sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen – auch dies gehört dazu – zu einem fairen Umgang mit den Landesbediensteten zurückkehren. Wenn ich die Äußerungen aus der Unionsfraktion richtig interpretiert habe, die seit dem 27. Januar kamen, ist auch Ihnen klar geworden, dass in den letzten Jahren manches übertrieben wurde. Deswegen bin ich gespannt darauf, ob auch Sie inzwischen der Meinung sind, dass der Austritt aus der TdL ein Fehler war, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union.

Aber auch hier gilt: Wir haben versprochen, in die TdL zurückzukehren. Wir haben versprochen, dass wir auch die Beamtinnen und Beamten gleich behandeln werden. Wir haben aber nicht versprochen, dass das alles am ersten Tag passieren wird, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion. Denn man muss sich immer überlegen, wenn man alles gleich und sofort will, dass das am Ende Konsequenzen hat. Wenn ich mir nur betrachte, was eine sofortige Rückgabe der Deputatstunde im Schulbereich bedeuten würde angesichts der Tatsache, wie der Arbeitsmarkt für Lehrerinnen und Lehrer aussieht, dann ist allen klar, dass wir zu dem stehen, was wir gesagt haben, was wir auch schon vor der Wahl gesagt haben: Wir werden am Ende alle gleich behandeln, aber wir werden es nur schrittweise tun können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, bei einem Punkt könnte die jetzige Situation auch eine Chance sein. Die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ist eine Mammutaufgabe. Man sagt normalerweise, dort braucht man einen langen Atem. Man sagt normalerweise auch, das ist etwas für eine Koalition, die eine Situation heraufbeschwört, in der ein Spiel von Geben und Nehmen ist und man am Ende die Kommunalen Spitzenverbände und eine Mehrheit des Landtags auf eine Seite bekommt.

Wir sind der Meinung, dass die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs überfällig ist. Ich füge hinzu: Aus unserer Sicht ist die Neuregelung der Verfasstheit des Rhein-Main-Gebiets ebenfalls dringlich auf der Tagesordnung. Es ist angesprochen worden: Wenn eine Börse, die das Wort Frankfurt im Namen trägt, am Ende die Mehrzahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Eschborn beschäftigt, dann stimmt etwas nicht – muss man einfach parteiübergreifend feststellen – mit der Verfasstheit und den kommunalen Strukturen und den Finanzausgleichsstrukturen, die wir im Land haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sind wir zunächst gespannt darauf, welche Vorschläge aus der Regierung kommen werden. Was den Kommunalen Finanzausgleich angeht, müssen Sie, wie wir

ja wissen, nicht unbedingt das Rad neu erfinden. Denn in der Schublade des Finanzministeriums liegt schon ein sehr ausführlicher Vorschlag. Wir sind bereit, uns mit allen Fraktionen konstruktiv in die Debatte einzubringen. Ich bin gespannt, ob wir die Kraft haben, auch in diesem Bereich zu Änderungen zu kommen, die die Ungleichgewichte, die mit Händen zu greifen sind, endlich angehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zu einem weiteren Punkt kommen, der im Wahlkampf eine unrühmliche Rolle gespielt hat, die ich schon angesprochen habe. Ich glaube, um ein Papier von 17 oder 18 Unionspolitikerinnen und Unionspolitikern zu zitieren, dass Integrationspolitik so fundamental für die Zukunft unseres Landes ist, dass sie nicht zum kurzfristigen Wahlkampfthema degradiert werden darf. Wir glauben, dass wir uns alle miteinander Gedanken machen müssen, wie wir die Schul- und Ausbildungssituation von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund schnell verbessern können. Auch da laden wir zu einem Wettstreit der Ideen ein. Wir laden am Ende dazu ein, dass man zu Entscheidungen kommt. Wir erwarten dann auch von der Regierung, dass sie die Entscheidungen dieses Parlaments akzeptiert und sie umsetzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann ist es ein bisschen mehr nötig, dass die jetzt geschäftsführende Regierung ein wenig selbstkritischer mit ihrer Bilanz umgeht. Wenn ich mir betrachte, wie die Stellen bei der Polizei sich so entwickelt haben, und wenn ich mir betrachte, wie viele PVS-Vermerke im jetzt gültigen Landeshaushalt 2008 noch ausgebracht sind, dann, glaube ich, ist es an der Zeit, sich zu überlegen, ob das Nachhinken-Losgehen in dieser Wahlkampagne etwas mit realen Versäumnissen im Lande Hessen in den letzten Jahren zu tun hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns auch an der Stelle dazu kommen, in der Sache nach vorne zu gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich bin natürlich nicht naiv. Wir alle wissen nicht, wie lange dieser Zustand dauert, Ihre geschäftsführende Regierung im Amt ist. Wir alle wissen auch nicht, ob die nächsten Landtagswahlen im Jahr 2013 oder früher stattfinden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber sie finden auf jeden Fall statt!)

– Sie finden auf jeden Fall statt. Wir wissen aber nicht genau, ob sie nicht früher stattfinden, als sie normalerweise stattfinden würden.

Natürlich geht es hier manchem darum, Bilder zu stellen – um es vorsichtig auszudrücken –, weil man nicht genau weiß, ob wir nicht schneller wieder in einer Wahlkampfauseinandersetzung stehen, als wir alle denken. Deswegen kann ich für die GRÜNEN sagen: Wir sind jederzeit bereit, über eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik zu reden. Herr Ministerpräsident, wenn Sie aber niemanden finden, der Ihnen Leo III abkauft, weil wir eine Immobilienkrise haben, dann sind wir nicht bereit, Ihnen eine negative Entscheidung abzunehmen. Sie müssen schon sagen, wie die Lage jetzt ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gehört zu einer Politik der offenen Türen, dass man nicht darauf hofft, dass einem eine Mehrheit im Landtag, die einem eigentlich nicht genehm ist, die Entscheidung abnimmt, indem sie sagt: Wir hätten so oder so nicht verkauft. – Wenn Sie die Entscheidung getroffen haben, Einnahmen im Haushalt einzuplanen, die sich so oder so nicht realisieren lassen, müssen Sie uns alle Fakten auf den Tisch legen. Dann sehen wir, wie wir weitermachen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich bin froh, dass wir nach der Stillstandsphase der letzten Monate heute in die Arbeit einsteigen, dass wir heute die inhaltliche Auseinandersetzung um die Frage führen, ob es an hessischen Hochschulen Studiengebühren geben soll oder nicht, dass wir über die Frage reden, welche dringenden Veränderungsmöglichkeiten wir in der Bildungspolitik haben, dass wir über die Frage reden, ob wir das Land Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückführen können, und dass wir über die Frage reden, wie die Abschiebungspraxis der Ausländerbehörden in Hessen sind. Das sind die Punkte, die nach dieser Generalaussprache auf der Tagesordnung stehen.

Wir werden bei diesen Punkten unterschiedliche Mehrheiten bekommen. Ich appelliere noch einmal an alle, aus dieser Situation, die sich wahrscheinlich niemand gewünscht hat, das Beste zu machen – in einer Phase, von der wir nicht wissen, wie lange sie dauert.

Es war viel von „Jamaika“ die Rede. Ich will noch ein paar andere Farben ins Spiel bringen. Es gäbe z. B. auch die Bolivien-Variante: rot, gelb, grün. Es gibt die Albanien-Variante: schwarz und rot. Es gibt außerdem die Weißrussland-Variante: rot-grün und ein etwas andersfarbiges Rot.

(Florian Rentsch (FDP): Blutrot!)

Uns GRÜNEN wäre natürlich die Libyen-Variante am liebsten.

(Heiterkeit – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Träume weiter!)

Das geben die Mehrheitsverhältnisse aber nicht her.

(Florian Rentsch (FDP): Mit Libyen wäre ich zurzeit vorsichtig! – Weitere Zurufe)

Auch für ein Bangladesch-Bündnis hat es leider nicht gereicht.

(Heiterkeit – Florian Rentsch (FDP): Auch das ist ein Entwicklungsland!)

Für die Mazedonien-Allianz, die es in Hessen einmal gab, gibt es ebenfalls keine Mehrheit. Insofern kann ich nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es wäre der Sache wirklich nicht angemessen, wenn wir um 14.30 Uhr melden: „Jetzt hat es die Weißrussland-Variante gegeben“, und um 16 Uhr melden: „Jetzt deutet sich Jamaika an.“ Es wäre gut, wenn wir um 14.30 Uhr über die Studiengebühren und um 16 Uhr über G 8 reden würden und am Ende die Sache im Vordergrund stünde. Ich habe es am Samstag schon gesagt: Wir sind wild entschlossen, das Beste daraus zu machen – im Interesse des Landes Hessen und im Sinne der Inhalte, für die wir in dieses Parlament gewählt worden sind. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Al-Wazir, für diesen Beitrag. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Dr. Wilken zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

### **Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihnen allen ist bekannt, dass das meine erste Rede vor diesem Haus ist. Daher kann ich Ihnen schon jetzt mitteilen, sie wird nicht so staatsmännisch ausfallen wie die meines Vorredners. Ich bedanke mich aber für die vielen Hinweise. Ob ich dem Rat folge, deutlich kürzer zu reden als meine Vorredner, wird sich noch zeigen.

Meine Damen und Herren, ich bin die ganze Zeit davon ausgegangen, dass wir Volksvertreter sind, muss aber lernen, dass manche meinen, wir seien Landeshaushaltsvertreter. Ich schließe mich dem so nicht an, sondern will mich grundsätzlich mit der Regierungserklärung von heute Morgen auseinandersetzen.

Herr Koch, Ihr Regierungsprogramm trifft die Bedürfnisse der Mehrzahl der hessischen Bürgerinnen und Bürger nicht, nein, viel schlimmer, es läuft ihren Bedürfnissen zuwider, es gefährdet sie sogar. Konsistenz und Schlüssigkeit – beides haben Sie angemahnt – reichen nicht aus, wenn es in die falsche Richtung geht, auch wenn es mit etwas moderateren Tönen geschieht, als wir von Ihnen gewohnt sind, hier im Hause und überall im Lande.

Sie haben betont, dass wir eine Rekordbeschäftigung in Hessen haben, dass die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, und das ist gut so. Was sind das aber für Arbeitsplätze? In Hessen waren im Jahr 2007 weit über eine halbe Million Menschen im Niedriglohnsektor beschäftigt. Das ist über ein Viertel der gut 2,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Lande. Es reicht nicht aus, dass diese Menschen Arbeit haben. Es ist zynisch, dies als eine Auswirkung der Globalisierung zu beschreiben, wenn die einen zu Löhnen wie in China bezahlt werden, während sich ihre Vorgesetzten in den Chefetagen an Managergehältern in den USA orientieren.

Wir treten dafür ein – und wir haben dafür eine Mehrheit –, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 € in Hessen im Vergabegesetz zu verankern.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Forderung ist nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der letzten Woche noch wichtiger geworden. Der Handlungsbedarf hat sich erhöht, weil ortsübliche Tariflöhne nicht mehr gezahlt werden sollen.

Wir treten selbstverständlich auch dafür ein, dass wir von Hessen aus eine Bundesratsinitiative zu diesem Thema starten, um einen gesetzlichen Mindestlohn in dieser Höhe bundesweit gesetzlich zu verankern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist für uns zentraler Bestandteil unseres Gesamtkonzepts, um die Armut in diesem Land, auch hier in Hessen, zu bekämpfen. Selbstverständlich muss das mit Investitionsprogrammen gekoppelt werden, mit einer offensiven Wirtschafts- und Finanzpolitik, um die Arbeitslosigkeit weiter zu senken.

Ein Mindestlohn bringt außerdem mehr Geld in Umlauf, auch hier in Hessen, und stärkt damit die kränkelnde

Binnennachfrage und damit vor allem die mittelständische Wirtschaft.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist lafontaine-sche Logik!)

Herr Koch, Sie haben in einem sehr allgemeinen Begriff von Angst besprochen, dass einige Mandatsträger in diesem Hause die Sorge von hessischen Bürgerinnen und Bürgern ausnutzten. Das ist eine sehr merkwürdige Sichtweise. Ich stimme Ihnen noch zu, dass es richtig ist, dass wir die Industriegesellschaft des 20. Jahrhundert sicher nicht wiederbekommen werden. Aber das erübrigt für uns doch nicht, nach Perspektiven und Möglichkeiten zu suchen, wie wir Arbeit und Leben im 21. Jahrhundert gestalten wollen.

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass wir in Hessen mehr als 600.000 Menschen haben, die arm sind. Das sind über 130.000 ALG-II-Bezieher. Das sind über 300.000 Sozialgeldbezieher. Das sind 50.000, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen, und, und, und. Um diese Situation endlich einmal ordentlich erfassen zu können, stimmen wir auch zu, dass wir dringend einen Armuts- und Reichtumsbericht für Hessen brauchen, damit wir die entsprechenden Maßnahmen ergreifen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine wichtige Maßnahme – das ist unsere feste Überzeugung – ist selbstverständlich, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, aber Arbeits- und Ausbildungsplätze, von denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann auch leben können. Diejenigen, die von ihrer Arbeit oder von ihrer Arbeitslosigkeit nicht leben können, müssen schnelle und direkte Hilfe bekommen. Wir treten dafür ein, dass wir für diese Gruppen eine Hessencard einrichten, mit der öffentliche Verkehrsangebote, Kultureinrichtungen, Kitas, Schulspeisung, Lernmittel usw. kostenlos nutzbar sind. Wir wissen selbstverständlich, dass das alles Geld kostet. Wir haben auch rechnen gelernt, selbst wenn wir angeblich nicht so den hohen Bildungsgrad wie GRÜNE oder grüne Wähler haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Das mit dem Rechnen würde ich bestreiten!)

Wir wissen aber auch, dass die öffentlichen Kassen gezielt geleert worden sind. Sehr geehrter Herr Hahn, wenn Sie jetzt im Raum wären, würde ich Ihnen das direkt sagen.

(Florian Rentsch (FDP): Er kommt noch!)

Wenn Sie einer Senkung der Gewerbesteuer das Wort reden, dann führt das zu einem weiteren Ausbluten der öffentlichen Kassen. Frankfurt am Main hat eine Gewerbesteuererinnahme durch den Wegzug der Börse verloren. In Eschborn zahlt sie deutlich weniger Gewerbesteuer.

(Florian Rentsch (FDP): Woran liegt das?)

Das ist ein unmittelbarer Gewinn, den in Höhe von 47 Millionen € die Aktionäre der Deutschen Börse einheimen, und die sind dem öffentlichen Haushalt verloren gegangen. So können wir keine Steuerpolitik machen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): So viel zur Theorie!)

Meine Damen und Herren, wir haben ein Gutachten vorliegen, das wir Ihnen gern zur Verfügung stellen, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung – IMK –, das immerhin auch die offiziellen Wirtschaftsgutachten in Deutschland mit erstellt. Hiernach liegt das

mögliche Aufkommen einer bundesweit wieder zu erhebenden Vermögensteuer allein für Hessen nach Länderfinanzanzausgleich bei 1,6 Milliarden € jährlich.

Das sind ca. 10 % des hessischen Steueraufkommens – bei einer Bedingung, wenn wir, wie bei unseren westlichen Nachbarn üblich, von einem Freibetrag von einer halben Million Euro ausgehen und alle Beträge darüber mit 1 % besteuern. Wir müssen, um mit der öffentlichen Hand wieder gerechte Politik machen zu können, zu einem gerechten Steuersystem in Deutschland zurückkehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage es ganz deutlich: Wir als LINKE schrecken nicht davor zurück, zumindest befristet und kurzfristig, so lange, bis wir wieder ein gerechtes Steuersystem haben, auch die Verschuldung zu erhöhen, damit wir gerechte Politik machen können.

(Beifall der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Michael Boddenberg (CDU): Bei Ihnen gibt es nichts anderes, außer Schulden zu machen!)

Damit sind die notwendigen Programme zu finanzieren. So kostet z. B. die Umwandlung aller 1-€-Jobs – das sind nach Angaben der Bundesagentur in Hessen ca. 10.000 – in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige tariflich entlohnte Stellen 35 Millionen € jährlich. Wenn wir bedenken, dass dann weitere Bedürftigkeitsleistungen in den Haushalten entfallen würden, berechnen wir deutlich weniger, eher in Richtung 20 Millionen €. Das sind Rechenbeispiele, die wir gerne mit Ihnen diskutieren wollen. Deswegen sind wir als Fraktion mit Ihnen in diesem Hause.

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zur Bildungspolitik machen. Wir werden nachher ausführlich über Bildung und Studiengebühren diskutieren. Herr Koch, Sie haben heute Morgen gesagt, dass Sie bei G 8 nachbessern wollen – hat lange gedauert –, dass Sie es parallel zu G 9 entwickeln und zulassen wollen. Wir sagen ganz klar: Wenn wir auf der einen Seite G-9-Schulen und auf der anderen Seite G-8-Schulen haben, dann ist das ein weiterer Schritt zur Elitebildung in dem hessischen Schulsystem, und das geht nicht.

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

G 8 ist gescheitert und muss sofort und komplett zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Dann machen wir sozialistische Einheitschulen daraus!)

– Sie kennen unsere Programme sehr gut. Wir treten für eine Gemeinschaftsschule ein, in der alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wie in der Ostzone!)

– Frau Merkel hat eine solche Gemeinschaftsschule besucht. Ich habe nicht den Eindruck, dass sie da zu wenig gelernt hat.

Selbstverständlich sind wir auch der Meinung, dass die Qualität des Unterrichts verbessert, berufliche Schulen ausgebaut und Weiterbildung gesetzlich gefördert werden müssen. Wir müssen aber selbstverständlich auch über Versäumnisse der letzten Zeit, der letzten Jahre reden. Für die Entwicklung der Frankfurter Stiftungsuniversität sind 47 Millionen € aus der Landeskasse möglich gewesen. Für eine Verbesserung der Schulen und die Schulsituation im ganzen Land fehlen sie.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Koch, für die Eliteschule Schloss Hansenberg hatten Sie 15 Millionen € übrig. Für die Blindenschule in Marburg haben Sie die Landeszuschüsse gekürzt. So sah Ihre Bildungspolitik aus.

Wenn Sie ankündigen, dass Ihre Politik auch weiterhin eine Politik der Privatisierung in diesem Land sein wird, wenn Sie ankündigen, dass wir, um den Haushalt zu sanieren, weiterhin Eigentum des Landes als Portfolio veräußern müssen – wir alle wissen, Herr Al-Wazir hat gerade schon darauf hingewiesen, dass das vielleicht nicht der günstigste Zeitpunkt ist, zu verkaufen –,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Für Ostmark?)

muss ich Ihnen entgegenhalten: Die Veräußerung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen ist genau das Gegenteil von nachhaltiger Politik.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Turgut Yüksel (SPD) – Hans-Jürgen Irmer (CDU): VEB – volkseigene Betriebe!)

Wir müssen in Hessen diese öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen insbesondere in der Energie- und Wasserversorgung, bei Wohnraum, Transport, Verkehr wie auch im Bildungs- und Gesundheitswesen sozial und ökonomisch sinnvoll weiterentwickeln. Dazu brauchen wir Kontrolle über diese Unternehmen.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommt es! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Stasi!)

– Herr Kollege, vielleicht schauen Sie einmal in meine Vita und überlegen dann noch einmal, mit welchen Begriffen Sie mich hier traktieren.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie war das in Niedersachsen?)

Auch um bei Bedarf einen sozial gestaffelten Energiepreis einzubringen, damit arme nicht auch noch in ihren Wohnungen frieren müssen, bedarf es eines politischen Zugriffs auf die Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aha!)

Öffentlich muss bleiben, was wichtig für alle ist.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wir durften z. B. in den letzten Wochen in der Zeitung lesen, dass ein Privatknast nicht nur teurer als die in der öffentlichen Hand geführten ist, sondern – –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie müssen zwei Tage lesen!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben Sie doch einmal in Ihrer Marktlogik. Wenn ich ein privates Gefängnis habe, muss die Marktlogik doch sagen: Für dieses private Gefängnis muss ich Nachfrage schaffen. – Das ist eine Politik, die Sie machen wollen?

(Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten auch daran erinnern, dass jeder Euro für einen Gefängnisplatz zehnmal besser in der Prävention angelegt ist. Die Sozialinitiativen, die durch die Aktion „unsichere Zukunft“ in der vergangenen Legislaturperiode Geld gekürzt oder ganz gestrichen bekommen haben, müssen von uns wieder gefördert werden. Das sind Frauenhäuser, Erziehungsberatungsstellen, Drogen- und

Schuldnerberatungsstellen, Volkshochschulen und viele andere gemeinnützige Sozial- und Bildungseinrichtungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Politik, die den Zusammenhalt fördert. Wir treten entschieden gegen eine Politik ein, in der die Unterschiede betont und Gemeinsamkeiten außer Acht gelassen werden. Wir müssen durchaus zur Kenntnis nehmen, dass wir hier seit Jahren friedlich zusammenleben.

Wer diese Tatsache nicht erkennt, sondern bestimmte Religionen oder Nationalitäten allgemein für gefährlich erklärt, diskriminiert oder ausgrenzt, stiftet Unfrieden.

Herr Koch, eine Entschuldigung für diese Entgleisungen in Ihrem Wahlkampf bei den Tausenden von Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur hier in Hessen steht immer noch aus.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Heute Morgen wurde schon viel über Sport geredet. Ich spare mir das. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen: Sport allein wird nicht ausreichen, um Migrationskindern wie Nichtmigrationskindern die erforderlichen Perspektiven in unserem Land zu geben. Da muss deutlich mehr passieren, um Jugendlichen wieder Perspektiven und Hoffnung zu geben. Auch dort hat die Operation „unsichere Zukunft“ der CDU vieles weggekürzt. Dies muss rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, auch wir schließen uns vollkommen der Forderung nach einer Energiewende in diesem Land an. Damit rennen Sie bei uns offene Türen ein. Selbstverständlich treten wir dafür ein, dass zu dieser Energiewende ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, eine energietechnische Gebäudesanierung und ein deutlicher Ausbau der regenerativen Energien gehören.

(Frank Gotthardt (CDU): Wie in China!)

Selbstverständlich muss Biblis A stillgelegt werden. Selbstverständlich muss das Kohlekraftwerk Staudinger verhindert werden.

Übrigens sind dies alles Punkte, an denen wir Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Koch, überprüfen werden.

Herr Koch, Sie schlagen eine Nachhaltigkeitsstrategie in Hessen vor. Selbstverständlich hört sich das auch für uns sehr gut an. Aber zu einer Strategie gehört es doch, die Ausgangslage zu kennen. Die aber kennen wir nicht. Die kennen auch Sie nicht.

Seit Jahren fordern wir eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet. Bereits 1991 wurde eine solche im Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN vereinbart. Bis heute warten wir darauf.

In einer solchen Studie müssen wir endlich einmal die Infrastrukturprojekte in ihrer Gesamtbelastung beurteilen – also Schadstoffemissionen, Feinstäube, Lärm usw. Wir sind uns mit den Initiativen einig, die so lange ein Moratorium für Großprojekte fordern, bis endlich diese Gesamtbelastungsstudie vorliegt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und möchte wiederholen: Schlüssigkeit und Mut zu neuen Wegen reichen nicht aus, wenn die Richtung nicht stimmt. Wir brauchen in Hessen einen Politikwechsel, einen Poli-

tikwechsel für ein anderes Hessen. Wir vertrauen darauf, in diesem Hause eine politische Mehrheit für diese Projekte zu haben, die in diese Richtung gehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Dr. Willken. Dies war Ihre erste Rede im Hessischen Landtag. Es ist guter Brauch, dass der amtierende Präsident oder die amtierende Präsidentin dazu gratuliert. Dem komme ich gerne nach: herzlichen Glückwunsch dazu.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächster Redner hat sich für die CDU-Fraktion ihr Vorsitzender, Herr Dr. Wagner, gemeldet. Bitte, Herr Dr. Wagner, Sie haben das Wort.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten bekräftigt das Signal vom vergangenen Samstag. Hessen ist trotz eines schwierigen Wahlergebnisses nicht führungslos.

Wenn auch geschäftsführend, so ist doch eine verlässliche und handlungsfähige Regierung im Amt. Der Ministerpräsident – das haben wir heute Vormittag in seiner Erklärung gehört – wird seiner Pflicht und Verantwortung vor den Bürgern unseres Landes gerecht. Die Regierungserklärung beschreibt exakt die bevorstehenden Herausforderungen für unser Land.

Am vergangenen Samstag haben Vertreter der vier demokratischen Fraktionen deutlich gemacht, dass sie das Angebot der Regierung zur Zusammenarbeit annehmen wollen. Diese Ankündigung müssen wir jetzt mit Leben erfüllen.

Lassen Sie mich zusammenfassend und als Rückblick auf die vorangegangenen Beiträge das Folgende sagen:

Es ist richtig, wir müssen offen sein. Insofern beziehe ich mich auf ein Zitat aus dem Munde des Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN. Wir müssen wirkliche Offenheit in der Sache miteinander praktizieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber lassen Sie mich auch das klar und deutlich sagen: Im Ergebnis kann das natürlich nicht bedeuten, dass sich die eine Seite bewegt und die andere nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das kann nicht bedeuten, dass sich die CDU-Landtagsfraktion unter anderem im Zusammenhang mit ihrer Bad Wildunger Tagung und ihrem Bad Wildunger Papier korrigiert, während andere sagen: Wir legen einfach einmal unser Wahlprogramm hier zur Abstimmung vor.

Meine Damen und Herren, außerdem will ich hinzufügen – weil Frau Ypsilanti etwas spöttisch über die Angebote unseres Ministerpräsidenten gesprochen hat –: Das ist doch jetzt die Situation, miteinander Kompromisse einzugehen und vorher den schwierigen Weg zu begehen, Kompromisse zu finden.

Deshalb ist es doch ganz klar, dass der Ministerpräsident Ihnen nicht 1 : 1 das CDU-Wahlprogramm vorgelegt hat,

sondern dass er in Ausübung seiner Verantwortung vor dem Landtag und vor der Bevölkerung Hessens nach Wegen sucht, um mit diesem Hause vernünftige Kompromisse zu finden und zum Schluss auch mit diesem Hause gemeinsam zu gestalten. Das ist doch das Gebot der Stunde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe es bereits am Samstag gesagt und will das lobend wiederholen: Ich finde, in Sachen Schulpolitik zeichnet sich ein ähnlicher Prozess, wie ich ihn eben beschrieben habe, ab: Da gibt es eine ganze Reihe von Angeboten aus den einzelnen Fraktionen, und ich halte es für notwendig und richtig, dass wir uns in dieser Situation darum bemühen, einen gemeinsamen Weg zu finden.

Das wird dann wahrscheinlich nicht – wie in früheren Koalitionen – in Koalitionsverhandlungen erfolgen, sondern zunächst einmal in Fachausschüssen. Da werden die Fachausschüsse sicherlich aufgewertet werden. Das ist ein Weg, den wir miteinander begehen müssen.

Herr Kollege Al-Wazir, deshalb finde ich es auch völlig richtig, dass wir miteinander über Leo III sprechen müssen. Und spätestens nach der Sommerpause müssen wir uns miteinander darüber unterhalten, wie die Eckpunkte eines Haushaltsplans 2009 aussehen können.

Meine Damen und Herren, deshalb passt es nicht in diese Selbstansprüche hinein, wenn die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Frau Ypsilanti, immer wieder sagt: „Wir werden ...“ Auf einen korrigierenden Zwischenruf hin hat sie ein- oder zweimal gesagt: „Wir wollen uns bemühen, eine Mehrheit zu finden.“

Nein, meine Damen und Herren, ich glaube, hier ist es angezeigt, festzustellen, dass nicht nur eine Fraktion aus dem alten Landtag korrigierend, selbstkritisch, kompromissuchend auftritt, sondern dies betrifft alle Fraktionen. Dann werden wir sicherlich zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Meine Damen und Herren, ich brauche das, was zur Schulpolitik bereits vorgetragen worden ist, deshalb auch in diesem Kontext nicht zu wiederholen.

Das Wahlergebnis – darin sind wir uns alle einig – ist schwierig. Keine der angestrebten Koalitionen hat eine Mehrheit erhalten. CDU und FDP – das war die Lieblingsvorstellung dieser beiden Parteien – haben 53 Mandate erhalten. SPD und GRÜNE – das war die Lieblingsvorstellung dieser beiden Parteien – haben 51 Mandate erhalten. Deshalb ist es notwendig, dass keiner von dem anderen fordern darf, er müsse sich um 180° drehen. Die Fähigkeit zum Kompromiss bedeutet gerade nicht, seine eigenen Vorstellungen vollständig aufzugeben und dafür die entgegengesetzten vollständig zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, für uns gilt der biblische Grundsatz: „Prüfet alles, und das Gute behaltet.“ Wir werden also alles daransetzen, das Gute zu behalten, Erfolge zu sichern und weiterzuentwickeln: in der inneren Sicherheit die gute Ausstattung der Polizei und die Rekorderklärungquote, im Bereich der Hochschulen die Stärkung der Autonomie, Planungssicherheit und erhebliche Investitionen bei HEUREKA, im Bereich der Schulen Verlässlichkeit, Qualitätssicherung, begabungsgerechtes Fördern und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hessischer Schulabgänger, in der Familienpolitik Ausbau der Kinder-

betreuung, in der Integrationspolitik die signifikante Verbesserung der Deutschkenntnisse von Migranten von Kindesbeinen an, und in der Energiepolitik – es ist bereits mehrfach erörtert worden – der Ausbau erneuerbarer Energien mit Augenmaß.

Das ist unser zusätzlicher Akzent. Wir haben uns immer zu der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien bekannt,

(Norbert Schmitt (SPD): Und das Gegenteil gemacht!)

aber wir haben immer gesagt: mit Augenmaß. Das unterscheidet uns tatsächlich – Herr Schmitt, weil Sie gerade dazwischenrufen – ziemlich stark. Denn ich glaube, dass Sie im Gegensatz zu den GRÜNEN Ihr Augenmaß bei der Implementierung von erneuerbarer Energie verloren haben.

Meine Damen und Herren, wir alle werden – das sagte ich bereits am Samstag – unsere Wahlprogramme nicht 1 : 1 umsetzen können. Wir werden als CDU aber bei jedem Kompromiss natürlich auch die Frage stellen: Können wir das mit unseren Grundsätzen vereinbaren? Diese Frage wird jede Fraktion stellen. Deshalb wird sicherlich in diesem und jenem Themenbereich eine Kompromissfindung nicht immer ganz leicht sein.

Die Grundsätze der Union lassen sich auf den Nenner bringen: Freiheit und Sicherheit in Verantwortung. Wir haben beispielsweise bei Vorschlägen in der Schulpolitik zu prüfen: Stärken wir die Freiheit von Schülern und Eltern? Tragen wir dazu bei, dass Kinder sich zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten entwickeln? Sorgen wir für eine nachhaltige Bildung? Stärken wir die Schüler für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, gerade auch im Hinblick auf die Globalisierung?

Meine Damen und Herren, auch in der Finanzpolitik werden wir fragen, ob das, was wir tun, unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht wird. Der Begriff Nachhaltigkeit ist bereits gefallen, und er hat auch im Hinblick auf Haushalts- und Finanzpolitik eine besondere Bedeutung. Wie schaffen wir es, die Neuverschuldung unseres Landes bis hin zu einem ausgeglichenen Haushalt weiter abzusinken? Wie kann es uns gelingen, unsere Staatsbediensteten angemessen zu entlohnen und die nötigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu tätigen, ohne dabei in die Verschuldungsfalle zu tappen? Darüber müssen wir miteinander sprechen.

Ein weiteres Beispiel ist die Energiepolitik. Gerade hier muss sich der Anspruch bewähren, in Verantwortung für nachkommende Generationen und auch – das sagen wir christlichen Demokraten – in Verantwortung für die Schöpfung eine nachhaltige Politik zu betreiben. Wir müssen hier neue Wege finden, um durch technische Innovationen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter drastisch zu reduzieren. Deshalb ist es sicherlich ein weiterer Gedanke, der der gesamten Diskussion hinzugefügt werden kann: Wir müssen auch einmal über das Potenzial der Geothermie, natürlich auch der Biomasse und der Kraft-Wärme-Kopplung nachdenken und es in die Tat umsetzen.

Meine Damen und Herren, Freiheit und Sicherheit in Verantwortung – das ist für uns der Grund, auf dem wir stehen. Von dieser Basis aus sind wir bereit und willens – und haben es auch bereits in den vergangenen Wochen demonstriert –, mit anderen zusammen Wege zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes zu finden.

Am letzten Samstag und in den Tagen danach wurde die Ankündigung des Ministerpräsidenten kritisiert, bei Fragen inhaltlicher Politik in unserem Land das Gespräch nur mit den vier demokratischen Parteien zu suchen. Ich will Ihnen sagen, warum die CDU-Fraktion diese Haltung nachdrücklich unterstützt und warum sie nur unter den vier demokratischen Parteien um Konsens wirbt. Der Grund ist einzig und allein, dass nach unserer Auffassung die Partei DIE LINKE nicht zum Spektrum der Parteien gehört, die sich unzweifelhaft auf dem Boden unserer Verfassung befinden.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Florian Rentsch und Dorothea Henzler (FDP) – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, das lassen Sie mich bitte auch begründen. Die Partei DIE LINKE ist die heutige Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die für 40 Jahre Diktatur in der DDR die Verantwortung trägt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wie war das mit den Blockflöten in der CDU?)

Es besteht in personeller wie in organisatorischer Hinsicht weitgehend Kontinuität von der SED über die PDS zu der Partei DIE LINKE. Durch die Fusion mit der WASG hat diese Partei unter anderem ehemalige Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP und anderer linksextremistischer Splittergruppen aufgenommen. Man muss immer wieder daran erinnern, weil es zu schnell in Vergessenheit gerät, dass der heutige Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, der letzte Vorsitzende der SED war.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Weil ihre Führung die alte SED nahtlos fortsetzte und eine Auflösung verhinderte – es wäre auch einmal eine Überlegung gewesen, einen Strich zu ziehen, eine Zäsur zu machen, die Partei SED mit ihrer Vergangenheit zu beenden –, aber weil ihre Führung die alte SED nahtlos fortsetzte und eine Auflösung verhinderte, fehlt bis heute ein klarer Trennungsstrich zum Unrecht der sozialistischen Diktatur.

(Beifall bei der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wir sollten einmal über die Blockflöten bei Ihnen reden!)

Führende Vertreter der LINKEN rechtfertigen heute noch die Mauer, verharmlosen den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze und verhöhnern damit die Opfer der SED-Diktatur.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Blockflöten!)

Ich zitiere Lothar Bisky. Er sagte wörtlich vor einigen Monaten: „Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“ Ich will hier noch einmal die Verharmlosung des DDR-Schießbefehls durch den ursprünglichen Spitzenkandidaten der LINKEN in Hessen, Pit Metz, in Erinnerung rufen. Er hatte Parallelen zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan gezogen.

(Michael Boddenberg (CDU): Unglaublich!)

In das gleiche Horn stieß der jetzige Fraktionsvorsitzende van Ooyen bei einem Empfang in Marburg zu Beginn des Jahres, als er den Ministerpräsidenten Roland Koch als „schießwütigen Gewalttäter“ bezeichnete und ihm vorwarf, „mit seinem Kriegsminister Jung zentral mitverantwortlich für den Krieg in Afghanistan“ zu sein.



(Zurufe von der CDU: Unglaublich! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das wäre eine Entschuldigung wert!)

Oder nehmen wir die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Janine Wissler, die die vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestufte marxistische Organisation Marx 21 unterstützt. In der Gründungserklärung von Marx 21 heißt es:

DIE LINKE kann das Kapital schlagen, wenn Massenbewegungen bereit und in der Lage sind, die herrschende Klasse zu enteignen und den bestehenden undemokratischen Staatsapparat durch Organe der direkten Demokratie zu ersetzen.

Solche Aussagen sind schlichtweg verfassungsfeindlich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Schreiben Sie doch einmal selbst eine Rede und lassen sie nicht vom Verfassungsschutz schreiben!)

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz persönlich: Ich finde es schwer erträglich, dass sich eine Landtagsabgeordnete zu diesen Zielen offen bekennt.

Lassen Sie mich ein weiteres Wort zu dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, van Ooyen, sagen, der sich selbst als Marxisten bezeichnet. Er tritt im Habitus des gemütlichen Kleinbürgers als der nette Onkel von nebenan auf.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Tatsächlich war er – das wissen die meisten, aber vielleicht noch nicht alle – Landesgeschäftsführer und später sogar Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedensunion.

Die Deutsche Friedensunion war keine Ansammlung von friedensbewegten Menschen, die sich um das Gute auf Erden bemüht haben. Die DFU wurde 1960 als Nachfolgeorganisation der KPD gegründet, um die sozialistischen und kommunistischen Kräfte zu vereinen. Sie kandidierte vielfach und jeweils erfolglos bei Bundestags- und Landtagswahlen, übrigens auch bei uns in Hessen. Die SED nannte die DFU die einzige demokratische Partei Westdeutschlands. Bis zum Untergang der DDR 1989, als van Ooyen Bundesgeschäftsführer der DFU war, wurde die DFU mit vielen Millionen Deutsche Mark von der SED finanziert.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Laut Abschlussbericht eines Bundestagsuntersuchungsausschusses hat die Abteilung Verkehr des Zentralkomitees der SED noch im Jahr 1989 3,1 Millionen Deutsche Mark explizit für 31 Mitarbeiter der DFU gezahlt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dies geschah aus Anlass eines entsprechenden Briefs des westdeutschen DKP-Vorsitzenden mit der Kostenaufstellung für das Jahr 1989 an das ZK der SED – er ist übrigens von Herrn Honecker persönlich abgezeichnet worden; wenn Sie es sehen möchten, kann ich es Ihnen in Kopie geben.

Auch in der politischen Grundausrichtung hat die Partei DIE LINKE ihre Gegnerschaft zum westlichen Wertesystem von Freiheit und Demokratie bewahrt – leider. Die Partei verfolgt unverändert das Ziel, wie sie selbst sagt, eines Systemwechsels. Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik insgesamt hat die Linkspartei bis heute kein positives Verhältnis entwickelt.

In einem Aufsatz der Mitgliederzeitschrift der LINKEN, diese Mitgliederzeitschrift heißt „Disput“, wird Sympathie mit folgendem Zitat geäußert:

(Norbert Schmitt (SPD): Was Sie alles lesen!)

Da wir wissen, dass sich der Sozialismus nicht ohne Weiteres wie aus der Pistole geschossen durchführen lässt, sondern nur dadurch, dass wir in einem hartnäckigen Klassenkampf auf wirtschaftlichem und politischem Boden von der bestehenden Ordnung kleinere Formen erreichen, um uns wirtschaftlich und politisch immer besser zu stellen und die Macht zu erhalten, endlich der heutigen Gesellschaft das Genick zu brechen, sind unsere Minimalanforderungen nur auf die Gegenwart zugeschnitten.

Meine Damen und Herren, es war der heutige Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, der am 15.06.2007 am Tag vor der Vereinigung mit der WASG verkündete:

Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. Das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage. Für alle von den Geheimdiensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED, und auch die neue Partei DIE LINKE stellen die Systemfrage.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Tolle Partner!)

Meine Damen und Herren, wir müssen da eine klare Schlussfolgerung ziehen. DIE LINKE strebt nach einer anderen Gesellschaft und nach einem anderen Staat. Sie gehört nicht zu den Parteien des demokratischen Grundkonsenses und will auch nicht dazugehören.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Gegenruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, dass dies keine einseitige und ideologische Betrachtungsweise der CDU ist, zeigt ein inzwischen oft zitierter Beschluss des SPD-Bundesvorstands vom 25.02.2008. Dieser Beschluss geht davon aus, dass DIE LINKE – so die Bundes-SPD – eine Mitgliedsstruktur hat, die „eine verantwortliche Regierungsarbeit unmöglich macht“. Es heißt weiter: „Darunter sind auch DKP-Mitglieder, damit ist die unabdingbare Verbindung mit Demokratie und Freiheit nicht geklärt.“

Das sagt nicht Christean Wagner, das sagt nicht ein fanatischer Vertreter der CDU, das sagt der SPD-Bundesvorstand vor wenigen Wochen.

Wer sich auf die Linksradiكالen einlässt, verschafft ihnen Einfluss auf die Zukunft unseres Landes und beschädigt die demokratische Kultur in unserem Staat.

(Beifall bei der CDU)

Hamburgs Ex-Bürgermeister von Dohnanyi warnt vor Bündnissen mit der Linkspartei. Er sagt: „Die SPD muss klarstellen, dass DIE LINKE so unsinnige Programme hat, dass man mit ihr nicht koalieren kann. Mit der LINKEN darf die SPD gar nichts zusammen machen.“ – Das hat von Dohnanyi vor wenigen Wochen gesagt.

Keine Zusammenarbeit mit der LINKEN, in keiner Form, war das zentrale Versprechen von Frau Ypsilanti im Wahlkampf. Ich habe schon in einem offenen Brief an Frau Ypsilanti die Frage gestellt, und ich wiederhole hier diese

Frage: Was waren denn vor der Wahl in den Hessischen Landtag Ihre grundsätzlichen Überlegungen, einer Zusammenarbeit mit der LINKEN in zahllosen Erklärungen eine klare Absage zu erteilen? Was waren Ihre Gründe?

Es müssen doch grundsätzliche Erwägungen zur Verfassungstreue und zur demokratischen Zuverlässigkeit der Kandidaten der LINKEN sowie deren Programmatik gegen eine Zusammenarbeit gewesen sein. Welcher der Fakten hat sich seit dem Wahltag bis heute denn geändert? War es nicht vielmehr so, dass Sie von Anfang an nicht die Absicht hatten, sich an das Versprechen zu halten? War es so, dass Sie die gesamte deutsche Öffentlichkeit bewusst getäuscht haben, weil Ihnen klar war, dass die Ankündigung einer Zusammenarbeit mit Kommunisten und Linkspartei und Marxisten Sie in erheblichem Umfang Stimmen kosten würden?

Meine Damen und Herren, wenn man sich das alles ins Bewusstsein ruft, dann wird das Ungeheuerliche der Pläne, die Frau Ypsilanti nur vorläufig auf Eis gelegt hat, klar. Beinahe hätte Frau Ypsilanti den Versuch unternommen, sich mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, als erste Politikerin in einem westdeutschen Bundesland. Dass sich Frau Ypsilanti am vergangenen Samstag nicht zur Wahl gestellt hat, liegt daran, dass sie sich ihrer linken Mehrheit nicht sicher war. Wie auch immer, der Wortbruch ist da.

Der Journalist Goldmann schreibt in der letzten Woche in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

Frau Ypsilanti hat ihren Traum, Ministerpräsidentin von Hessen zu werden, vorerst aufgegeben, weil es nicht reichte, nicht etwa, weil sie ihren Vertrauensbruch bedauerte.

Frau Ypsilanti, Sie kündigen in der Sacharbeit eine Fortsetzung dieses Verhaltens an. Sie sind ohne jeden Willen zum Kompromiss, das ist heute Morgen in Ihrer Rede sehr deutlich geworden. Sie wollen Ihr Wahlprogramm Punkt für Punkt in Antragsform ins Parlament einbringen. Dabei haben Sie die Stimmen der LINKEN offenbar ganz fest auf Ihrer Rechnung. Da ist keine Bereitschaft zum Kompromiss, da ist keine Bereitschaft, auf andere Fraktionen zuzugehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Quatsch!)

Ich brauche eigentlich nur darauf zu verweisen, dass Sie bereits mit dem heutigen Tage diesen Weg gehen wollen. Ihre Aussage: „mal sehen, wer zustimmt“, ist scheinheilig und sehr durchsichtig.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ausgerechnet Sie reden von Scheinheiligkeit!)

Frau Ypsilanti, Sie beziehen stattdessen DIE LINKE als nützliche Mehrheitsbeschaffer stillschweigend mit ein. Dabei spekulieren Sie darauf, dass es im parlamentarischen Alltag zur Normalität wird, mit der Linkspartei gemeinsame Sache zu machen. Sie hoffen, dass nach einem solchen Normalisierungsprozess der Zeitpunkt kommen wird, einen erneuten Versuch der Wahl zur Ministerpräsidentin zu wagen. Das ist sehr durchschaubar.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt in der letzten Woche:

Die SPD spielt dabei auf Zeit. Sie setzt offenbar auf die Vergesslichkeit des Volkes. Der Wortbruch wird nicht dadurch besser, dass man ihn bestätigt. Wortbruch bleibt Wortbruch.

Ebenso bemerkenswert finde ich, dass die hessische SPD per Parteitagsbeschluss nicht nur die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE anstrebt, sondern die Zusammenarbeit mit einer anderen großen demokratischen Partei ausdrücklich ausschließt.

(Norbert Schmitt (SPD): Falsch!)

– Meine Damen und Herren, dann würde ich gerne wissen, wer hier wen ausgrenzt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist leider die letzte Konsequenz aus der programmatischen Neuausrichtung der hessischen SPD unter dem Vorsitz von Frau Ypsilanti.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Ausschluss einer Großen Koalition bedeutet nicht Ausschluss der Zusammenarbeit!)

Sie hat ihre Partei in kurzer Zeit weit nach links geführt. Ich will nicht nur von meinem eigenen Erstaunen sprechen, sondern auch auf die teils befremdeten, teils erschrockenen Berichtersteller in der Presse verweisen.

Die „taz“ steht nicht im Verdacht, die CDU-Weltanschauung zu verbreiten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nicht so wirklich!)

Die „taz“ vom 31.03.2008 berichtet über den Hanauer SPD-Parteitag, es habe ein „karnevalesker Ypsi-Kult“ geherrscht. „Die Delegierten“ – so die Zeitung – „feiern sie und ihre ... Kamikazebotschaft wie eine Heilsbringerin.“ Bei Frau Ypsilanti beobachtet die „taz“ eine – so wörtlich – „Mischung aus trotzigem Stolz und eigenwilliger Selbstwahrnehmung“ und konstatiert: „Wer ... mit einer Debatte rechnete, der erlebte, wie immun die hessische SPD gegen Kritik ist.“

Die „FAZ“ berichtete von Frau Ypsilantis Parteitagrede, dass sie – wörtlich – „bar jeder Selbstkritik und nahezu frei von Inhalten gewesen sei“, und kommt zu dem Schluss, dass es sich hierbei wohl um „eine Art Selbsthypnose“ handeln müsse.

Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert wörtlich:

Angesichts der schwierigen Situation der SPD im Allgemeinen und in Hessen im Besonderen war der dortige Landesparteitag ein staunenswerter Akt selbstberauschter Autosuggestion.

An diesen Kommentierungen erkennt man, dass die SPD in ihrer Realitätsverweigerung vielen journalistischen Beobachtern allmählich etwas unheimlich wird. Das sehen inzwischen auch viele Wähler so, wie die jüngsten Meinungsumfragen vom gestrigen und vom heutigen Tage belegen.

(Norbert Schmitt (SPD): Güllner!)

Auch die persönlichen Umfragewerte der SPD-Vorsitzenden zeigen: Der Lack ist ab.

Lassen Sie mich zum Schluss Folgendes feststellen. Wir erleben in Hessen einen beispiellosen Tabubruch. Eine Partei mit einer großen demokratischen Vergangenheit – und auch Gegenwart; das will ich ausdrücklich sagen – will mit den Linksradikele gemeinsame Sache machen: ausgerechnet mit der Nachfolgeorganisation jener kommunistischen SED, unter der viele Sozialdemokraten gelitten haben und von der sie verfolgt wurden.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Sie haben uns doch als Linksradikele beschimpft!)

Unser klares Bekenntnis bleibt: Linksradikale wie Rechtsradikale dürfen an der Gestaltung der Zukunft unseres Landes nicht beteiligt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Jörg-Uwe Hahn hat angesichts unserer strikten Haltung gegenüber den Linksradikalen am letzten Samstag und auch heute noch einmal in diesem Hause einen Satz zitiert, der Voltaire zugeschrieben wird. Voltaire sagt – wenn es Voltaire war; über die Autorenschaft wird gestritten –:

Ich mag verdammen, was du sagst. Aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.

Ja, meine Damen und Herren, es ist richtig: Das Recht auf Meinungsfreiheit ist uns heilig, und die demokratischen Parlamente sind Horte der Meinungsfreiheit. Aber wir dürfen nie vergessen, dass die kommunistische Partei, in deren Nachfolge DIE LINKE steht, Menschen für den Gebrauch ihrer Meinungsfreiheit ins Gefängnis gesteckt oder des Landes verwiesen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb sage ich klar: Alle 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger, völlig gleich, wo sie stehen, sollen sich in unserem freiheitlichen Lande äußern dürfen und können.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Auch unsere Wähler!)

Aber wenn sie nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, dürfen sie keinen Einfluss auf die Entwicklung unseres Landes nehmen. Das ist das Entscheidende, was ich hier und heute klar sagen möchte.

(Beifall bei der CDU)

Das muss bei allen grundsätzlichen Unterschieden eine Konstante der Politik bleiben. Die Gemeinsamkeit der Demokraten muss dauerhaft wichtiger sein als kurzfristige, zweifelhafte Mehrheiten. Auch das wird unsere künftige Arbeit prägen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle damit fest, dass die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „In gemeinsamer Verantwortung für Hessen – Mut zu neuen Wegen“ gegeben wurde. Die Aussprache hat stattgefunden. Sie ist beendet.

Ich darf darauf hinweisen, dass eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist: ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Bevölkerung in Tibet, Drucks. 17/34. Wir die Dringlichkeit bejaht? – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 15. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Dann darf ich gemäß unserer Geschäftsordnung **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

**Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Sicherstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen – Drucks. 17/15 –**

dazu **Tagesordnungspunkt 3:**

**Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen – Drucks. 17/16 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 13:**

**Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Stärkung der Finanzautonomie der hessischen Hochschulen – Drucks. 17/32 –**

Als erster Redner sowie zur Einbringung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kollege Siebel gemeldet. Herr Kollege Siebel, ich darf Sie bitten, den Gesetzentwurf einzubringen. Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion.

### **Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt fängt die Sacharbeit an. Es ist mir eine große Ehre, den ersten Gesetzentwurf – –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Siebel-Strich! Da sind Sie der beste Redner!)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, in gewisser Weise geht es so weiter wie beim letzten Mal: Ich versuche, Sacharbeit zu machen, und Herr Hahn redet gleich am Anfang dazwischen. Herzlich willkommen, Herr Hahn, Sie sind auch da.

Es ist mir eine große Ehre, dass ich den ersten Gesetzentwurf der 17. Wahlperiode des Hessischen Landtags einbringen darf.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Gesetz zur Sicherstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen löst die Fraktion der SPD – mit uns die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – eines ihrer zentralen Versprechen ein, das sie im Landtagswahlkampf gemacht hat: die Abschaffung der Studiengebühren, der Langzeitstudiengebühren und der Zweitstudiengebühren. Wir lösen damit unser Wahlversprechen ein; gleichzeitig machen wir aber auch deutlich, wohin unserer Ansicht nach die Reise in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren gehen muss.

Wir wollen den Zugang zu unseren Hochschulen so organisieren, dass er möglichst frei von Beschränkungen ist. Wir wollen die Zukunftsperspektiven des Landes Hessen sichern, indem wir auf eine qualifizierte Ausbildung setzen. Das heißt für uns durchaus nicht weniger, sondern mehr Studierende. Wir wollen die Barrieren beiseiteschieben, die es jungen Menschen aus einkommenschwachen Familien erschweren, ein Studium aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nicht nur die drei Elemente, die diesen Gesetzentwurf tragen, sondern es sind auch die Bereiche, die unsere Hochschulpolitik in Zukunft durchdringen und in vielen anderen Zusammenhängen ebenso wieder auftauchen werden.

Mit dem Gesetz schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass im Wintersemester 2008/2009 an den hessischen Hochschulen wieder ohne Studiengebühren studiert wird und dass gleichzeitig – ich kann das nicht oft genug wiederholen – den Hochschulen 52 Millionen € zur Ver-

fügung gestellt werden, um die Qualität der Lehre zu verbessern.

Wir gründen unseren Gesetzentwurf auf die tiefe politische Überzeugung, dass es auch an den Hochschulen gerecht zugehen muss. Wir gründen unseren Gesetzentwurf auch darauf, dass wir uns sicher sind, dass er eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz hat. Es waren 70.000 Menschen in diesem Land, die eine Verfassungsklage unterschrieben haben, nicht nur die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD im Hessischen Landtag. Es waren 70.000 Hessinnen und Hessen, die dafür unterschrieben haben, dass sie keine Studiengebühren in diesem Land haben wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deswegen will ich an der Stelle noch einmal zwei Geschichten erzählen, weil viele denken, dass es nur die Studierenden gewesen sind, die sich artikuliert haben. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Herr Kollege Wintermeyer, ich habe mit Unternehmen, insbesondere in meinem Wahlkreis und im südlichen Hessen, gesprochen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Numerus clausus!)

Das sind die, die unverdächtig sind, dass sie die flammenden Verfechter gegen Studiengebühren sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die haben alle gesagt: Wir haben zwar eine Verbandsmeinung, aber wenn wir in unsere Unternehmen hineinschauen, dann stellen wir fest, dass wir an vielen Stellen Fachkräftemangel haben

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

und dass es deshalb kontraproduktiv ist, wenn durch Studiengebühren eine bestimmte Gruppe ausgeschlossen bleibt, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb ist es auch ein ökonomisches Gebot, Studiengebühren abzuschaffen, nicht nur eines der sozialen Gerechtigkeit. Aber es ist ein Argument und ein Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit.

Ich habe mit vielen alten Menschen gesprochen. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einer Kollegin aus einem großen Sozialverband in Hessen. Sie sagte: Herr Siebel, ich habe mir vorgenommen, meinem Enkel einen Teil des Studiums zu finanzieren. Wir kommen aus armen Verhältnissen. Aber ich habe dafür gespart, dass mein Enkel studieren kann. Wenn ich jetzt aber noch die 500 € dazulegen muss, dann geht das nicht, dann schaffe ich das nicht, dann wird das für mich schwierig. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es waren breite gesellschaftliche Schichten, und es sind breite gesellschaftliche Schichten, die die Abschaffung der Studiengebühren wollen. Das werden wir jetzt in das gesetzliche Verfahren einbringen. Das ist unser Credo dessen, was wir hier einbringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch nicht verhehlen, dass ich mich sehr darüber gefreut habe, dass wir von den Hochschulleitungen, den Präsidien fast überwiegend Zustimmung zu unserer Position und, wenn

ich das sagen darf, auch zu unserem Gesetzentwurf erhalten haben. Ich habe heute Morgen in hr-info gehört, dass die Präsidenten der Hochschule Wiesbaden und der Hochschule Fulda sich sehr eindeutig dazu geäußert haben. Sie haben gesagt: „Wir haben das schon immer so gesehen.“

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

– Ich komme noch zu den anderen. – Sie haben gesagt, dass sie das schon immer so gesehen haben und dass sie es richtig finden, dass sie jetzt diese Option haben. Es muss aber wichtig sein, dass die Mittel auch erhalten bleiben. Auch dazu werde ich noch etwas sagen.

Fast alle Präsidenten haben sich gegen Studiengebühren ausgesprochen, mit Ausnahme eines Kollegen aus Frankfurt, der sich sozusagen fast im Beraterteam des Ministerpräsidenten befunden hat, zumindest in dieser Angelegenheit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat mich gefreut, dass auch dieser Gesetzentwurf in den Hochschulen durchaus, und zwar bei denen, die verantwortlich im Präsidium sind, auf Widerhall stößt. Deshalb werden wir diesen Gesetzentwurf auch in der Anhörung mit den Hochschulen erörtern. Wir sind auch offen – ich sage das noch einmal vor dem Hintergrund, dass wir ein Stück weit für einen anderen und neuen politischen Stil stehen – für Verbesserungen und für Ergänzungen.

(Peter Beuth (CDU): Erst einmal Wortbruch!)

Herr Kollege Beuth, eines werden wir aber nicht mitmachen: Das in dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion vorgeschlagene Modell der Beliebigkeit wird es nicht sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Nicola Beer (FDP): Freiheit, Herr Kollege!)

Die Mitte unserer Gesellschaft will, dass es in unserem Land gerecht zugeht und dass gerade im Bildungsbereich Hürden und Stolpersteine abgebaut werden. Dafür steht dieser Gesetzentwurf.

Bevor ich den Gesetzentwurf im Einzelnen vorstelle, will ich noch einen kurzen Blick auf die Vergangenheit werfen. Es war schon in gewisser Weise beeindruckend: Ich erinnere mich an den Zeitpunkt, als die CDU hier den Gesetzentwurf vorgelegt hat mit dem Ziel, Studiengebühren einführen zu wollen. Man hatte den Eindruck, dass die CDU-Fraktion fast schon von der Idee besessen war, dass Studiengebühren der richtige Weg sind.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich erinnere daran, dass in einer sehr umfangreichen Anhörung herausgekommen ist, dass Ihr erster Gesetzentwurf, Herr Wintermeyer, so was von offensichtlich verfassungswidrig war, dass Sie diesen Gesetzentwurf in weiten Teilen einkassieren und in wesentlichen Punkten revidieren mussten. Das ist die Realität des Verfahrens, das wir hinter uns gebracht haben.

Ich habe heute Morgen in einer „dpa“-Meldung von Frau Lautenschläger gelesen, dass sie sagt: Wir müssen uns den Realitäten stellen. Ich sehe das zwar politisch anders. Aber letztendlich wird es so sein, dass, wenn dieser Gesetzentwurf eine Mehrheit findet, wir ihn natürlich auch ordentlich verwaltungsmäßig exekutieren werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es ehrenwert, dass Frau Lautenschläger dies gesagt hat.

(Günter Rudolph (SPD): Es ist verfassungsgemäß!)

– Es ist verfassungsgemäß. – Ich will auch noch das sagen, was bei der letzten Plenarsitzung Kollege Wagner hervorgehoben hat. Es gab einen Austausch und ein Spitzengespräch – –

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, einen Nachteil hat dieser Plenarsaal. Ich gehe eigentlich immer ganz gerne auf Zwischenrufe ein. Bei dieser Akustik höre ich sie aber so schlecht. Herr Reif, vielleicht schreiben Sie es einfach auf. Dann kann ich es lesen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das liegt vielleicht an dir!  
– Zurufe der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Axel Wintermeyer (CDU))

Besonders schade finde ich, dass ich insbesondere die Zwischenrufe von Herrn Hahn nicht höre. Das vermisste ich schon ein bisschen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich schreibe es dir nächstens auf!)

– Ja, schreiben Sie es mir bitte auf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gab ein Spitzengespräch auf Anregung des hessischen Finanzministers, Herrn Weimar, in dem wir die Frage der Finanzierung sehr ausführlich erläutert und besprochen haben. Ich finde, es ist ein in der Tat der Verfassung entsprechender Vorgang gewesen, dass wir uns dort auf ein paar Sachen verständigt haben. Ich nehme an, Herr Arnold wird nachher auch aus der Sicht des Finanzministeriums noch einmal dazu beitragen. – Das macht die Ministerin. Aber Sie machen das immer in großem Einvernehmen. Wir haben uns darauf verständigt, dass die Finanzierung und auch der Weg der Finanzierung, den wir gefunden haben – nämlich die Finanzierung aus 20 Millionen € für Zinsen, für Anleihen, Landeszuweisungen und Schuldscheindarlehen anderer Darlehensgeber, also das, was wir auf dem Geldmarkt zu besorgen haben –, eine durchaus machbare und auch solide Finanzierung ist.

(Nicola Beer (FDP): Na klar!)

– Frau Kollegin Beer, ich weiß zwar nicht genau, was Sie gesagt haben. Ich wies schon auf die Akustik des Saales hin.

(Norbert Kartmann (CDU): Deswegen ist er gebaut worden! – Axel Wintermeyer (CDU): Sie wollen es nicht verstehen!)

Da wir uns schon gestern Abend ein bisschen darüber unterhalten haben, weiß ich, dass Sie jetzt sagen, dass wir von Ihnen auch noch ein finanzpolitisches Proseminar hören werden. Sie können sich dann mit dem Kollegen Arnold auseinandersetzen, wer an dem Punkt richtig liegt. Wenn wir aus dem Finanzministerium diesen Hinweis kriegen, folgen wir dem gerne, insbesondere in der jetzigen Situation.

Der zweite Punkt, aus dem wir es finanzieren werden – die 8,7 Millionen € sächliche Verwaltungsausgaben –, sind im Kern vom Finanzministerium auch so akzeptiert worden. Ich kann verstehen, wenn das Finanzministerium sagt: „Liebe SPD, wir wüssten gerne, wo genau ihr das gekürzt haben wollt.“ Dafür habe ich Verständnis. Ein Finanzminister macht sich nicht gerne bei den eigenen Kollegen die Finger dreckig. Sie wissen, die Summe von 8,7 Millionen € ist eine vergleichsweise kleine Summe gegenüber dem, was Sie mit derselben Methode an anderen Orten zu anderen Zeiten bereits eingestellt haben. Insofern ist das,

was Sie hier zu besorgen haben, eher etwas, was unter leichter Gartenarbeit und nicht unter schwerer Handarbeit einzusortieren ist. Das wird schon so gehen.

Ich will noch ein Weiteres zur Finanzierung sagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich höre momentan das Gerücht, dass die Finanzierung angeblich aus LOEWE-Mitteln laufen soll. Ich sage es hier in aller Deutlichkeit – ich erlaube mir diese über den Gesetzentwurf hinausgehende Bemerkung –: Wir halten das Programm, das unter dem Titel LOEWE aufgelegt worden ist, für die hessischen Hochschulen in der Tat für ein positives Programm.

Das wird auch in den Programmrichtlinien in vollem Umfang unter einer möglichen Verantwortung einer Regierung und Koalition, an der die SPD beteiligt ist, weiter erhalten bleiben. Es ist positiv, dass wir dieses Programm aufgelegt haben. Es wird nur wenige Feinkorrekturen geben, die Sie aber auch selber vornehmen. Aber ich will auch schon nachhaltig dagegenhalten, dass wir die Finanzierung auf dem Weg sicherstellen werden, wie das im Gesetzentwurf vorgesehen ist, und auf keinem anderen Weg.

Zweitens. Es ist zu Recht gefragt worden, wie das denn für 2009 aussieht. Das ist eine korrekte und spannende Frage. Weil Sie mir immer ein bisschen mit ein paar Zwischenrufen assistieren, die ich auch hören kann, möchte ich Ihnen vielen Dank dafür sagen.

Wir müssen schon heute in die Diskussion über die Struktur des Haushalts 2009 eintreten. Natürlich ist das notwendig. Wir werden uns schon sehr bald über die Eckdaten für den Haushalt 2009 hier im Parlament darüber zu verständigen haben, wie wir das, was wir mit diesem Gesetzentwurf, von dem wir erwarten, dass er eine parlamentarische Mehrheit findet, auch im Haushalt des Jahres 2009 fest, verlässlich und zuverlässig für die Hochschulen zu verankern haben. Es ist ein wichtiger Schritt, dass wir sehr früh mit den Beratungen über die Eckwerte des Haushalts 2009 beginnen. Dieses Gesetz ist ein großer Brocken. Deshalb muss diese Strukturfrage schon sehr früh angegangen werden.

Ich will aber Folgendes in aller Deutlichkeit sagen: Wir finanzieren diese 52 Millionen €, die pro Semester notwendig sind, aus dem Landshaushalt. Das bedeutet, dass wir erstmals in der Geschichte des Landes Hessen eine Steigerungsrate für die hessischen Hochschulen aus staatlichen Mitteln für den Bereich der direkten Zuwendungen in einer Höhe von – das variiert ein bisschen zwischen Fachhochschulen und Universitäten – 6 bis 15 % haben. Diese Steigerungsraten aus staatlichen Mitteln hat es in der Geschichte des Landes Hessen für die Hochschulen noch nicht gegeben.

Ich glaube, an dieser Stelle ist es, weil es in der Tat um so viel Geld geht, auch angesagt, dass ich mich auch einmal bei denen bedanke, die dafür gesorgt haben, dass wir das möglich machen konnten. Insbesondere möchte ich mich bei demjenigen bedanken, der auch zuvor die Verhandlungen geführt hat, dem Mitglied unseres Zukunftsteams, Reinhard Kahl, der gemeinsam mit Norbert Schmitt dort in der Tat eine schwierige Aufgabe bewältigt hat. Vielen Dank, lieber Reinhard. Das ist eine große Hilfe für uns und unser gemeinsames Projekt gewesen, das wir zu schultern haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Siebel, es tut mir außerordentlich leid, dass das meine erste Amtshandlung ist, aber ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Michael Siebel (SPD):**

Wie die Zeit vergeht.

Dann will ich nur noch zwei Dinge sagen, Herr Präsident. Ich möchte mich darüber hinaus noch bei den Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken, insbesondere bei Sarah Sorge und Frank Kaufmann. Es war ein kollegiales und konstruktives Arbeiten an einem Gesetzentwurf, das mir viel Hoffnung und Mut macht, dass daraus mehr entstehen kann als nur dieser Gesetzentwurf. Ganz, ganz herzlichen Dank dafür. Und wenn mein kleines Ausschweifen an der einen oder anderen Stelle dazu geführt hat, dass du, liebe Sarah, den Gesetzentwurf nachher im Einzelnen vorstellen kannst, dann will ich das dir hiermit ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Herr Kollege Siebel. – Das Wort hat Frau Abg. Wissler.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für Solidarität und freie Bildung – das ist das Motto der hessischen Studierendenbewegung. Zehntausende Studierende, aber auch Schüler und Eltern sind für das Recht auf gebührenfreie Bildung auf die Straße gegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Studierendenvertretungen hat fast 80.000 Unterschriften im Rahmen der Verfassungsklage gesammelt. Das zeigt, wie groß die Solidarität und die Sympathie für die Studierenden und ihre Proteste sind und wie breit die Unterstützung für ihre Forderungen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Studiengebühren kippen, ist das nicht der Erfolg dreier Parlamentsparteien, sondern ein Erfolg der Studierendenbewegung und der Beharrlichkeit der Aktiven. In vielen Bundesländern sind Studiengebühren eingeführt worden. In keinem Bundesland haben die Studiengebühren eine solch wichtige Rolle im Wahlkampf gespielt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aber in 70 % aller Universitäten gibt es Studienbeiträge!)

In keinem Land waren die Proteste so groß wie in Hessen. Ich denke: Sollten die Studiengebühren abgeschafft werden, ist das doch auch ein Zeichen, dass es sich lohnt, für seine Rechte einzutreten, dass es sich lohnt, sich zu engagieren, und dass es sich lohnt, auf die Straße zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das stärkt doch die Demokratie, weil die Menschen merken, dass sie Einfluss nehmen können und dass Veränderungen von unten möglich sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es der LINKEN besonders wichtig, dieses Anliegen so schnell wie möglich in den Landtag einzubringen und für die sofortige Abschaffung von Studiengebühren einzutreten, damit im Wintersemester kein Student mehr die verfassungswidrigen Studiengebühren zahlen muss.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Woher wissen Sie das denn?)

Zu meinem Erstaunen nannte Ministerpräsident Koch in seiner heutigen Regierungserklärung die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit als zentrales Anliegen der Bildungspolitik seiner Regierung. Diese Regierung hat jedoch in den letzten Jahren eine sozial ungerechte Bildungspolitik in Hessen vorangetrieben, die auch in der Bevölkerung auf große Ablehnung gestoßen ist. Als „Auslesen statt Fördern“ hat die Gewerkschaft GEW die Politik der Regierung meiner Meinung nach treffend bezeichnet.

Der Rückzug der beiden zuständigen Minister Wolff und Cortis spricht ja auch Bände – für die verfehlte Bildungspolitik dieser Regierung.

Die Einführung der allgemeinen Studiengebühren ist unserer Meinung nach ein Bruch der Hessischen Verfassung. Sie verstößt gegen Art. 59, der einen unentgeltlichen Unterricht an allen Schulen und Hochschulen garantiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Studierenden haben mit ihren Protesten ihr in der Verfassung verankertes Recht auf freie Bildung verteidigt, und wir wenden uns gegen alle Versuche, diese Bewegung zu kriminalisieren. Der Protest ist und war legitim.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will jetzt zu unserem Gesetzentwurf kommen und dazu einige Ausführungen machen. Es handelt sich um ein wahlkampfnahe Gesetzgebungsvorhaben, wie der Ministerpräsident es heute Morgen bezeichnete. Das Schöne an solchen Gesetzesvorhaben ist nämlich, dass sie sich daran orientieren, was man im Wahlkampf versprochen hat. Bei der Gelegenheit will ich schon einmal ankündigen, dass wir auch in Zukunft sehr viele wahlkampfnahe Gesetzesinitiativen hier einbringen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Gesetzentwurf beinhaltet die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, des Verwaltungskostenbeitrages sowie der Langzeit- und Zweitstudiengebühren. Wir halten Studiengebühren für sozial zutiefst ungerecht. Wir treffen nicht nur Studierende, sondern gerade auch deren Familien, die sich weiter finanziell einschränken müssen, um dem Kind oder den Kindern ein Studium finanzieren zu können. Die LINKE tritt für mehr Chancengerechtigkeit und gegen eine verstärkte Auslese ein.

Vielleicht kann sich auch jeder von Ihnen einmal fragen, ob Sie den Lebensweg, den Sie gegangen sind, auch gegangen wären, wenn es Studiengebühren gegeben hätte und Sie selber keinen freien Zugang zu Hochschulen gehabt hätten. Der Zugang zu Bildung muss unabhängig von Status und Geldbeutel der Eltern sein. Die Tochter des Bankdirektors darf keine besseren Chancen aufgrund ihrer Herkunft haben als das Kind der alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wer erreichen will, dass Studierende ihr Studium in kürzerer Zeit absolvieren, der muss die Bedingungen an den Hochschulen verbessern. Denn sonst kann man gar nicht feststellen, ob ein Student selbstverschuldet die Regelstudienzeit überschreitet. Ich bin Studentin, und ich weiß, wie unzumutbar zum Teil die Bedingungen an den hessischen Hochschulen sind. Ich weiß, dass man Seminare nicht besuchen kann, weil sie überfüllt sind, dass man Scheine nicht machen kann und dass man ins Hintertreffen gerät. Es ist auch eine Tatsache, dass 70 % aller Studierenden arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt und ihr Studium finanzieren zu können. Das kostet natürlich Zeit. Das ist Zeit, die zum Studieren fehlt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren, und deshalb lehnen wir auch den Art. 3 im Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN ab,

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

mit dem Zwangsexmatrikulationen unserer Meinung nach erleichtert werden sollen. Das lehnen wir ab.

Die bereits gezahlten Studienbeiträge müssen zurückgezahlt werden. Wenn es falsch war, allgemeine Gebühren zu erheben, dann ist es jetzt auch richtig, sie zurückzuzahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Hochschulen müssen die Ausfälle durch die Abschaffung der Studiengebühren aus Landesmitteln erstattet werden.

Jetzt möchte ich etwas zur vermeintlichen Nichtfinanzierbarkeit der Forderungen sagen, die wir aufstellen. Ich möchte darauf hinweisen, dass allein durch die Unternehmensteuerreform, an der der Ministerpräsident tatkräftig zur Unterstützung von Peer Steinbrück mitgewirkt hat, über 200 Millionen € dem hessischen Haushalt jedes Jahr fehlen. Ich habe niemanden gehört, der aufgeschrien hätte: „Das ist zu teuer, das können wir nicht gegenfinanzieren, das können wir uns nicht leisten, da müssten wir uns verschulden.“

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wer hat Ihnen das erzählt?)

Da hat niemand aufgeschrien. Das kann man sich offensichtlich leisten. Diese 200 Millionen € würden reichen, um die Studiengebühren zumindest finanzpolitisch überflüssig zu machen.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was für eine Logik!)

Zudem fordern wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Die würde dem Land Hessen 1,2 Milliarden € jährlich bringen. Das ist das Zehnfache der Einnahmen, die jetzt durch die Studiengebühren entstehen. Ich denke, man kann nicht immer Steuersenkungen für Unternehmer und für Vermögende fordern und sich dann beschweren, dass die Kassen so leer sind.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie haben es nicht verstanden!)

– Ich weiß nicht, wer Sie sind, ich kenne Ihren Namen noch nicht. Ich habe auch den Zwischenruf nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich möchte Ihnen noch den Vorschlag machen, wie man kurzfristig im Landshaushalt umschichten kann, bei-

spielsweise bei teuren Verkehrsprojekten wie dem Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, den wir im Übrigen auch aus ökologischen Gründen ablehnen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Es ist unserer Meinung nach keine Frage des Nicht-Könnens. Es ist jahrzehntlang möglich gewesen, in Hessen kostenfrei zu studieren, in Deutschland kostenfrei zu studieren. Deutschland ist nicht ärmer geworden. Hessen ist ein reiches Land, wie wir auch in der Regierungserklärung gehört haben. Warum also soll ein kostenfreies Studieren heute nicht mehr möglich sein? Ich denke, es ist eine Frage der Prioritäten, nicht der Möglichkeiten. Es muss möglich sein, dass in einem der reichsten Länder jedes Kind gleichberechtigt Zugang zu Bildung hat.

Es geht dabei auch nicht ums Piesacken. Das Geld gehört nicht der Landesregierung, man will es ihr nicht entreißen. Vielmehr soll das Geld von der Regierung verwaltet werden, und zwar zum Wohle der Menschen. Dazu gehört auch der gleichberechtigte Zugang zu Bildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE steht darüber hinaus für einen grundsätzlich anderen Bildungsbegriff, der sich nicht an der Verwertbarkeit des Marktes, sondern am Menschen orientiert. Bildung darf eben keine Ware werden, die man kaufen kann, wenn man es sich leisten kann – oder eben nicht, wenn man es sich nicht leisten kann. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft, weder bei der Bildung noch bei der Gesundheit, noch beim Zugang zu Kultur. Für die LINKE gilt: Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht zum Privileg werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Möglichkeit, in Hessen ein Zeichen für freie Bildung, für Chancengerechtigkeit zu setzen, indem wir die Studiengebühren wieder abschaffen. Das wäre ein Signal für ganz Deutschland: In Hessen gibt es keine Auslese nach dem Geldbeutel der Eltern.

Der freie Hochschulzugang ist eine Errungenschaft, die erkämpft wurde. Heute gilt es sie zu verteidigen. Deshalb ist es nötig, dass die Studierendenbewegung und die Gewerkschaften so lange Druck machen und auf die Straße gehen, bis dieses Gesetz endlich gekippt ist. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. Es ist eine Tradition, dass in diesem Hause darauf hingewiesen wird, wann jemand seine erste Rede gehalten hat. Diese Tradition wollen wir beibehalten, weil es viele neue Abgeordnete gibt. Herzlichen Dank, Frau Abg. Wissler.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Abg. Beer.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war die Jungfernäußerung des Präsidenten!)

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP ist gegen das Verbot von Studiengebühren in Hessen. Wir sind als FDP für mehr Autonomie unserer

hessischen Hochschulen. Die Hochschulen in Hessen sollen zukünftig selbst darüber entscheiden können, ob sie Studiengebühren beibehalten, in welcher Höhe, ab welchem Semester und vor allem in welchen Studiengängen.

Wir freuen uns darüber – wir haben uns schon persönlich ausgetauscht –, dass die CDU mit ihrer Bad Wildunger Erklärung sich diese Fortentwicklung des Autonomiegedankens der hessischen Hochschulen zu eigen gemacht hat. Frau Kollegin Sorge, wir rufen insbesondere den GRÜNEN zu: Lasst uns über das Hamburger Modell diskutieren. Denn wie die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung in Hamburg ganz deutlich zeigt, sind für GRÜNE Studiengebühren, wenn man sie richtig macht, offensichtlich nicht gleichzusetzen mit sozialer Auslese.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wie man sie richtig macht, dafür haben wir Ihnen mit unserem Gesetzentwurf eine Diskussionsgrundlage vorgelegt; denn wir als FDP sind der festen Überzeugung, dass es nicht nur darum geht, über Studiengebühren – ja oder nein – zu diskutieren, sondern dass wir in unserem Land in den Hochschulen, in den Hochschulgremien zwischen Studierenden, Professoren und Mitarbeitern, aber auch im Rahmen der Steuerbürger darüber diskutieren müssen, welche Qualitätsziele wir in unserer Hochschulausbildung erreichen wollen. Wir brauchen eine Qualitätsdebatte hier in Hessen. Das ist dringend nötig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Welche Qualitätsziele wollen wir an unseren Hochschulen etablieren, um national wie international wettbewerbsfähig zu sein? Wir müssen darüber diskutieren, wie wir diese Qualitätsziele erreichen wollen und wie wir das Erreichte absichern. Wir müssen schauen, dass die Hochschulen in finanzieller Autonomie die Ziele, die sie sich selbst stecken, erreichen und halten können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber auch schauen – da sind alle Bereiche, die Politik, die Gesellschaft, aber auch die Studierenden, gefragt –, was wir bereit sind in ein solches gesteigertes Qualitätsniveau zu investieren.

Ich sage hier noch einmal ganz deutlich, und ich habe das in den vergangenen Legislaturperioden stets für die FDP betont: Die FDP bleibt dabei, dass die Bildung, und zwar auch im Hochschulbereich, eine öffentliche Aufgabe ist. Aber sie ist für uns mehr als nur die erste Säule der Hochschulfinanzierung, nämlich die staatliche Grundfinanzierung. Diese wird immer der größte Teil der Hochschulfinanzierung bleiben. Aber wir möchten diese Säule der Grundfinanzierung ergänzen um die Möglichkeit der Hochschulen, eine zweite Säule, nämlich Studiengebühren, danebenzustellen.

Genau deshalb haben wir heute erneut unser Gesetz zur Stärkung der Finanzautonomie der Hochschulen eingebracht. Dieses Gesetz beruht, kurz gesprochen, auf fünf wesentlichen Punkten.

Erster Punkt. Nur Qualität rechtfertigt Studiengebühren.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wir wollen die Hochschulen nicht nur dazu verpflichten, die Studierenden in der Regelstudienzeit durchs Studium zu bringen. Wir wollen sie auch dazu verpflichten, dass es eine bessere Beratung und vor allem auch eine bessere

Betreuung unserer Studierenden in Hessen gibt. Es muss klar sein: Wer mehr bezahlt, muss auch mehr Leistung bekommen.

Dazu gehört in unseren Augen als Allererstes die Relation von Studierenden zu Lehrenden. Die muss unbedingt verbessert werden. Wir haben mit dem Gesetzentwurf, wie er Ihnen vorliegt, hier auch keine Probleme mit dem geltenden Kapazitätsrecht, ganz anders als SPD und GRÜNE. Ich fand es interessant, dass Sie nicht darauf eingegangen sind, Herr Siebel.

(Florian Rentsch (FDP): Aha!)

Der Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN, der den Ersatz der Studiengebühren durch den Landeshaushalt vorsieht, bekommt massive Probleme damit, eine Qualitätsverbesserung in unseren hessischen Hochschulen herbeizuführen. Nach dem geltenden Kapazitätsrecht investieren Sie hier in die Breite, aber Sie investieren nicht in die Verbesserung der Studienbedingungen derer, die einen Studienplatz haben. Da sind wir Ihnen mit unserem Gesetzentwurf voraus. Wir können die Betreuungsrelation verbessern. Wir können die Qualität der Studienbedingungen verbessern. Sie können keinerlei Lehrpersonal aus den von Ihnen zur Verfügung gestellten Landesmitteln finanzieren, ohne gleichzeitig auch die Studienplatzanzahl erhöhen zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt. Unser Gesetzentwurf gibt den Studierenden eine Qualitätsgarantie. Denn eines ist klar: Bei Nichterfüllung der versprochenen Leistung gibt es das Geld zurück. Hier hat die Anhörung der 16. Legislaturperiode sehr deutlich gezeigt, dass die befragten Experten uns dafür gelobt haben, dass wir bundesweit die konkretesten Vorschläge zur Qualitätskontrolle gemacht haben.

Dritter Punkt, die Fortentwicklung der Autonomie der Hochschulen. Das heißt, jede Hochschule entscheidet selbst. Ich frage mich nach wie vor, auch beim Verfolgen der Debatte heute: Was für eine Angst ist es, die SPD und GRÜNE hier treibt, den Hochschulen und damit auch den Studierenden diese Freiheit nicht zu überlassen, selbst zu entscheiden? Damit ist doch verbunden, dass sichergestellt ist, dass jeder Cent bei den Hochschulen bleibt und auch die Einnahmen aus den Langzeit- und Zweitstudiengebühren nicht im Landeshaushalt, sondern direkt in den Hochschulbudgets landen.

Viertens. Kein Studierender zahlt sofort, und auch später nur dann, wenn er wirtschaftlich leistungsfähig ist. Das heißt, wir haben in einer Kombination von sozialen Befreiungstatbeständen für Behinderte, Studierende mit Kindern, mit zu pflegenden Angehörigen, für ehrenamtlich Tätige, und den angebotenen Darlehen, die ohne jegliche Einkommens- und Vermögensprüfung gewährt werden – an BAföG-Empfänger zinslos – und von besonders guten Absolventen gar nicht zurückgezahlt werden müssen, eine soziale Ausgewogenheit gefunden, die dem Sinn des Art. 59 der Hessischen Verfassung gerecht wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ratio der Hessischen Verfassung lautet: freie Fahrt dem Tüchtigen. – Diese Forderung erfüllt unser Gesetzentwurf vollumfänglich.

(Beifall bei der FDP)

Die Studierenden werden nämlich nicht zum Zeitpunkt der Studienaufnahme belastet. Es geht vielmehr darum, dass die Absolventen in einem Akt der Solidarität die Studienbeiträge nach der Berufsaufnahme, also dann, wenn sie wirtschaftlich leistungsfähig sind, rückwirkend erstat-



ten. Hier sage ich ganz speziell an die Adresse der GRÜNEN: Lassen Sie uns über das Hamburger Modell reden, denn der Vorschlag im Hamburger Modell, diese Zeit nicht über Darlehen auf der Studierendenseite, sondern über den Landeshaushalt zu überbrücken, ist ein Weg, über den wir als FDP-Fraktion mit Ihnen zu diskutieren bereit sind. Wenn wir hierfür eine Mehrheit bekämen, hätten wir eine stabile Mehrheit, dies im hessischen Landeshaushalt 2009 zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage ganz deutlich, gerade an die Adresse von SPD, GRÜNEN und LINKEN: Es bleibt für uns ein Aspekt sozialer Gerechtigkeit, dass der, dem die Gesellschaft ein Studium finanziert hat, nach Abschluss seines Studiums der Gesellschaft etwas zurückgibt – der Krankenschwester, dem Kassierer im Supermarkt, dem Altenpfleger, der Kindergärtnerin, die ihm das Studium finanziert haben, ohne diese Leistung jemals selbst in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist wirklich sozial!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen doch, dass die Europäische Kommission im Herbst letzten Jahres festgestellt hat, dass es gar keine Korrelation zwischen der Kostenlosigkeit des Hochschulstudiums und der Aufnahme eines Studiums gibt. – Das ist nicht automatisch so, Herr van Ooyen, auch wenn Sie jetzt den Kopf schütteln. Nach der Studie der Europäischen Kommission ist nämlich nicht die Frage ausschlaggebend, ob es Studiengebühren gibt oder nicht. Ausschlaggebend ist der sozioökonomische Hintergrund. Das heißt, wir müssen gemeinsam für die Vorteile einer qualitativvollen Hochschulausbildung werben. Wir müssen das breit kommunizieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, statt Angst zu machen, dass man sich mit einem Studium finanziell überfordern könnte. Nach wie vor ist der Abschluss eines Hochschulstudiums die beste Arbeitslosenversicherung der Welt. Genau das müssen die jungen Leute im Kopf haben, wenn sie sich überlegen, ein Studium aufzunehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist es so wichtig, dass wir mit unserem Gesetzentwurf fünftens fordern, dass das Stipendienwesen in Hessen ausgebaut wird. Es ist wichtig, dass sich die Hochschulen hier engagieren, und zwar in Zusammenarbeit mit ihren Alumni- und Fördervereinen. Aber ich sage genauso deutlich: Das ist auch eine Aufgabe unserer Wirtschaft. Sie hat nach qualitativvoller Hochschulausbildung gerufen, und sie hat Studiengebühren gefordert. Jetzt ist sie aufgefordert, mehr Stipendien für Hochbegabte zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich fasse zusammen. Wir treten für ein qualitätsorientiertes Hochschulsystem ein, das die Nachfragemacht der Studierenden stärkt; denn die Hochschulen konkurrieren mit ihrem Angebot um die Gunst der Studierenden und auch um die Frage, ob sie überhaupt Studienbeiträge durchsetzen können.

Finanziell gesehen bedeutet der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, dass wir im Haushaltsjahr 2009 6 Millionen € Langzeitstudiengebühren vom allgemeinen Landeshaushalt in den Hochschuletat umfinanzieren müssen. Das kann man mit mehreren der Maßnahmen, die die FDP-

Fraktion in der Vergangenheit vorgeschlagen hat, erreichen. Ich nenne die Stichworte Privatisierung des Gerichtsvollzieherdienstes und Einführung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität. Dann kann man das im Haushalt 2009 locker finanzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, Ihr angebliches Finanzierungskonzept ist aber aufs Schärfste zu kritisieren. Ich könnte es mir einfach machen und nur auf die Presseerklärung des Steuerzahlerbundes verweisen, der diesbezüglich von „unseriös“ und von „reinem Wunschdenken“ spricht. Aber das ist ja mehr als einleuchtend, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich einmal die Zinsentwicklung im Euroraum im Vergleich zum US-amerikanischen Markt anschauen. Sie sehen ganz eindeutig, dass sich selbst bei einem fallenden Zinsniveau in den USA,

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Kaufmann, im Euroraum überhaupt nichts getan hat, sondern dass es weiterhin zu Zinssteigerungen oder zu einem gleichbleibend hohen Zinsniveau gekommen ist. Die letzte Zinssenkung durch die EZB hatten wir im Jahr 2003. Ich frage mich wirklich, von welchen „Spielräumen“ Sie hier träumen. Vor allem muss bei der momentanen Inflation von 3,5 % darauf hingewiesen werden, dass wir dann, wenn sich die Zinsen wirklich so dramatisch entwickeln würden, wie es zur Finanzierung Ihres Vorschlags notwendig wäre, eine derartige schlechte wirtschaftliche Lage in Hessen und in Deutschland hätten, dass die genannten 29 Millionen € angesichts der Steuermindereinnahmen überhaupt keine Rolle mehr spielen würden. Die Probleme wären dann nämlich viel größer, und wir müssten uns ganz andere Gedanken machen. Herr Kollege Kaufmann, ich glaube nicht, dass Sie sich in der Hoffnung auf Zinssenkungen jetzt privat verschulden und entsprechend konsumieren werden. Das würde kein Bürger in diesem Lande machen, und wenn es trotzdem viele täten, dann würde man das Überschuldung nennen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Ahnung!)

Vor allem wäre die Frage: Wie viele Jahre soll das eigentlich tragen? Der Kollege Siebel hat zugegeben, dass er nur eine Lösung für den Haushalt 2008 hat, weil er sich die Gebühren da schönrechnet. Sie wollen das Wunder vollbringen, den hessischen Hochschulen Einnahmeausfälle in Höhe von 110 Millionen € über mehrere Jahre zu ersetzen. Diese Summe können Sie doch nicht über zehn Jahre hinweg mit der Zinsentwicklung kaschieren, Herr Kollege Kaufmann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, meine Damen und Herren, die Abschaffung der Studiengebühren ist und bleibt der falsche Weg. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, differenzierte Systeme zu schaffen, die eine gerechte Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger ermöglichen und zugleich finanziell tragbar sind – und zwar sowohl für die Studierenden als auch für die Bürgerinnen und Bürger, die Steuern zahlen und den Studierenden eine Ausbildung ermöglichen. Ich rufe Sie daher alle miteinander auf, an solchen differenzierten Systemen mitzuarbeiten, statt Studiengebühren in diesem Lande einfach zu verbieten. Unser Gesetzentwurf liefert hierfür eine Diskussionsgrundlage – vor allem, so hoffe ich, für die CDU und die GRÜNEN. Die GRÜNEN

haben in Hamburg gezeigt, dass sie sich bewegen können, wenn es um eine qualitätsvolle Hochschulausbildung geht. Ich hoffe, dass die hessischen GRÜNEN nicht dahinter zurückstehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Beer. – Das Wort hat Frau Kühne-Hörmann, CDU-Fraktion.

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Legislaturperiode haben wir in zahlreichen Sitzungen Hochschuldebatten geführt. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass die im Landtag vertretenen Parteien ein gemeinsames Ziel haben. CDU, FDP, GRÜNE und auch die SPD haben immer das Ziel verfolgt – ich denke, das gilt auch weiterhin –, die Hochschulen attraktiv, leistungsfähig und national wie international wettbewerbsfähig zu machen. Bei vielen Grundsätzen und Vorhaben bestand Einigkeit. Ich nenne nur das Stichwort Autonomie der Hochschulen. Ein Beispiel für diese Einigkeit ist der Gesetzentwurf betreffend die Modellhochschule Darmstadt, dem alle Fraktionen im Landtag einstimmig zugestimmt haben.

Es gab auch andere Projekte, bei denen die Grundsätze unbestritten waren. Aber es gab natürlich auch unterschiedliche Auffassungen. Wir haben in zahlreichen Sitzungen über die Einführung der Studienbeiträge diskutiert. Heute, in der zweiten regulären Sitzung der neuen Legislaturperiode, diskutieren wir über die Abschaffung der Studienbeiträge – eine Folge, die sich aus dem Ergebnis der Landtagswahl ergibt, das die Wählerinnen und Wähler so bestimmt haben.

(Beifall der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja natürlich, Frau Kollegin Sorge. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, Studienbeiträge können nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind – Frau Kollegin Beer hat es eben dargestellt – eine ergänzende Säule der Hochschulfinanzierung. Deshalb möchte ich Ihren Blick kurz auf die gesamte Hochschulfinanzierung der letzten Jahre richten.

Wer heute in diesem Hause gut zugehört hat, der konnte merken, dass nicht nur viele Themen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten den Hochschulbereich betrafen, sondern dass auch die Fraktionsvorsitzenden den Hochschulbereich als einen ihrer Schwerpunkte mit vorgetragen haben.

Deshalb will ich, was die Finanzierung des Hochschulbereichs angeht, noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Ausgaben auf Rekordniveau gestiegen sind. Wir haben von 1999 bis 2008 unter unserer Verantwortung kumuliert über 1,2 Milliarden € zusätzlich gegenüber dem letzten Haushaltsjahr von Rot-Grün in die Hochschulen gegeben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Herr Kollege Siebel, das war viel, viel mehr als das, was Sie eben versucht haben, an Prozenten deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben erstmals einen Hochschulpakt eingeführt, der den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit gewährleistet. Gleiches gilt beim Hochschulbau – von 1999 bis 2007 kumuliert mehr als 600 Millionen €. Im Rahmen des 3-Milliarden-€-Bauprogramm HEUREKA ist von 2008 bis 2020 die Rekordsumme von jeweils 250 Millionen € vorgesehen. Unter CDU-Verantwortung sind die Ausgaben für den Hochschulbau damit fast vervierfacht worden. Das ist die Ausgangsposition.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Studienbeiträge, über die wir heute reden, sind eine ergänzende Säule der Hochschulfinanzierung. Es geht um echte zusätzliche Mittel für die Hochschulen, die sich im Wettbewerb befinden.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Frau Kollegin Beer hat eben sehr deutlich gemacht, dass es die Krux des rot-grünen Entwurfs ist, dass die staatlichen Mittel, die dort zur Verfügung gestellt werden, dazu führen, dass die Kapazitätsverordnung greift. Ich will das wiederholen, weil die Kapazitätsverordnung am Ende dazu führt, dass wirkliche Verbesserungen auch im Betreuungsschlüssel – d. h., dass Seminare kleiner werden, dass Studenten besser betreut werden – nicht erfüllt werden können, weil die Kapazitätsverordnung dem entgegensteht.

Das muss man jedem sagen, denn jeder Studierende hat ein Anrecht darauf. Wenn dieses Gesetz beschlossen würde, dann wäre das eine echte Verschlechterung der Studienbedingungen für jeden Studierenden in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Keine Gruppe wird ausgeschlossen, indem Studienbeiträge erhoben werden. Wir haben sehr genau darauf geachtet, dass viele Befreiungstatbestände gegeben sind. Wir haben darauf geachtet, dass es ein Darlehen gibt, das jeder bonitätsunabhängig nehmen kann. Wir haben darauf geachtet, dass eine Rückzahlung nur dann erfolgt, wenn am Ende die finanziellen Möglichkeiten dazu bestehen.

Wir haben zum ersten Mal in einem Gesetz dafür gesorgt, dass die Studierenden einen Anspruch gegenüber Hochschulen haben, wenn die Hochschulen Mittel nicht richtig einsetzen. Das hat es noch nie gegeben. Auch das ist ein Instrument, das dazu geführt hat, dass die Hochschulen innovative Vorschläge gemacht haben, wie sie die Studienbedingungen verbessern wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Siebel, bei genau diesen Verbesserungen, um die es jetzt geht, müssen Sie erklären, wie Sie diese kontinuierlich erhalten wollen. Diese Verbesserungen sind so vielfältig und zahlreich, dass jede Hochschule individuell auf ihre Bedürfnisse eingehen konnte. Die Studierenden, die derzeit davon profitieren, und auch die AStA-Vertreter äußern sich heute ganz anders, nachdem sie erfahren haben, was es an Verbesserungen gibt.

(Widerspruch des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Selbst in Hamburg wird jetzt sogar zugegeben, dass sich die Verbesserungen, die über Studienbeiträge an den Hochschulen erlangt worden sind, durchaus sehen lassen können. Man hat den Eindruck, dass jedenfalls bei den betroffenen Studierenden, die es jeden Tag beurteilen kön-

nen, ein Umdenkprozess stattfindet. Ich will nur wenig beispielhaft erwähnen.

Bei der Hochschule Darmstadt sind 20 neue Teilzeitleisten für die Einstellung von Masterstudierenden geschaffen worden, um Lehrveranstaltungen vorbereiten und begleiten zu können. Weiterhin: die Einrichtung eines Media-AV-Studios zur Verbesserung der Infrastruktur für ca. 700.000 €; bei der TU Darmstadt das Projekt digitales Lernzentrum, um Studierende über das Web zu vernetzen; die Einrichtung elektronischer Semesterapparate, um den Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu verbessern. Ich könnte die Reihe wirklich weit, weit fortsetzen bis zu der Tatsache, dass die Universität Kassel für diejenigen Studierenden keine Studienbeiträge erhebt, die sich mit der Abiturnote 1,9 zu einem Studiengang einschreiben.

Die Hessische Landesregierung hat ein Weißbuch herausgegeben. Dieses Weißbuch ist erstmalig und einzig in Deutschland. Es ist ein Beleg für den Ideenreichtum, das Eigenengagement und die vielfältigen Maßnahmen, die nun vor Ort umgesetzt werden. Deshalb meine ich, wenn wir über die Qualität des Studiums reden, dann ist jede Änderung, die wir dort vornehmen, eine Kampfansage an die Hochschulen, genau diese Verbesserungen in Zukunft einzustellen.

Meine Damen und Herren, das – darauf werden wir hinweisen – kann nicht im Sinne der Studierenden in Hessen sein. Wir werden genau diese Punkte ansprechen, weil wir nicht wollen, dass die hessischen Studierenden schlechter als andere gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Krönung der Absurdität ist die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren. Es gibt eine Regelung in dem Gesetz von Rot-Grün, die dem entgegenwirken will, die sich aber so kompliziert andeutet, dass man sich fragen muss: Die Hochschulen hatten schon vorher Möglichkeiten, diejenigen, die zu lange studieren, zu exmatrikulieren. Sie haben das aus Verwaltungsgründen nicht gemacht, sodass mit dieser Regelung dem Missbrauch von Semestertickets bis zu anderen Leistungen Tür und Tor geöffnet werden kann. Wenn man heute sieht, dass Langzeitstudiengebühren aufgrund der Regelung keine Rolle mehr spielen, dann hat die Regelung, die wir beschlossen haben, an dieser Stelle gegriffen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Frau Kollegin Beer hat bereits darauf hingewiesen, dass die Gegenfinanzierungsvorschläge finanzpolitisches Flickwerk sind. Herr Kollege Siebel, wenn Sie vorher mit dem Finanzminister geredet haben, dann haben die schriftlichen Äußerungen, die man lesen kann, einen ganz anderen Tenor, als Sie dargestellt haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie doch Herrn Arnold!)

Auf diese schriftlichen Äußerungen beziehe ich mich. Ich will Ihnen auch das vortragen, was der Bund der Steuerzahler dazu sagt. Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich gern zitieren.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Arnold guckt schon ganz unglücklich!)

– Er guckt unglücklich? Wenn der Herr Kollege Arnold unglücklich guckt, dann sieht das ganz anders aus.

(Heiterkeit – Minister Stefan Grüttner: Und das wissen Sie?)

Ich zitiere den Bund der Steuerzahler:

Unseriöses Finanzierungskonzept von SPD und GRÜNEN – Bund der Steuerzahler Hessen verlangt konkrete und nachhaltige Sparmaßnahmen zur Gegenfinanzierung der Abschaffung der Studiengebühren

Als größtenteils unfundiert und unseriös wertet der Bund der Steuerzahler (BdSt) Hessen die von SPD und GRÜNEN geplante Gegenfinanzierung für die vorgesehene Abschaffung der Studiengebühren. Lediglich die Kürzungen bei den Sachmitteln und in der Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 8,7 Millionen € seien konkret nachvollziehbar. Der überwiegende Teil der Gegenfinanzierung in einer Größenordnung von 20 Millionen € bei den Zinsausgaben basiere dagegen auf reinem Wunschenken. Kein Mensch könne vorhersagen, wie sich die Ausgaben in diesem Bereich entwickeln. Ulrich Fried, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Hessen, mahnt ein schlüssiges Konzept an, das nachhaltig die notwendigen Kürzungen für eine längere Periode beschreibt. Denn nach dem Wegfall der Einnahmen aus den Studiengebühren müssen in den kommenden Jahren jährlich über 100 Millionen € gegenfinanziert werden.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will das nicht alles wiederholen – Frau Kollegin Beer hat darauf hingewiesen, wie problematisch das am Ende sein kann. Die Hessische Verfassung schreibt vor, dass sämtliche Gesetze, die zusätzliche Leistungen beanspruchen, eine Gegenfinanzierung brauchen.

Wenn wir in der Anhörung und in den Ausschusssitzungen darüber diskutieren, werden wir genau diesen Aspekt der Gegenfinanzierung in den Mittelpunkt stellen und fragen, wie Sie das, was die Hochschulen jetzt an positiven Effekten haben, ersetzen wollen. Das müssen Sie erklären, nicht wir.

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben wir schon erklärt!)

Weder Herr Siebel noch Frau Sorge kritisiert, diese zusätzlichen Leistungen an den Hochschulen hätten nicht zu Verbesserungen geführt, und auch kein Präsident bestreitet das.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Das ist alles ausgesprochen positiv – auch für Ihre Studierenden in Darmstadt, Herr Siebel.

(Beifall bei der FDP)

Ich will noch auf einen Aspekt hinweisen, der von entscheidender Bedeutung ist, wenn die Studienbeiträge abgeschafft werden.

Wir leben in Hessen nicht auf einer einsamen Insel, sondern wir sind umgeben von Ländern, die Studienbeiträge erheben. Ich erwähne nur einmal jene Länder, die in Deutschland Studienbeiträge erheben. Das sind Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. Nach diesen Erhebungen studieren also rund 70 % der Studenten in Deutsch-

land mittlerweile in Bundesländern, in denen Beiträge erhoben werden.

Alle Voraussagen von Herrn Siebel und Frau Sorge, dass die Studierendenzahlen in Hessen sinken würden, sind nicht eingetroffen.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Sie sind sogar oft noch gestiegen, und die Tendenz ist steigend, nicht fallend – obwohl in Hessen Studienbeiträge eingeführt worden sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich muss nicht darauf hinweisen, dass auch international Studienbeiträge üblich sind. Am Ende möchte ich sagen, dass der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion in die richtige Richtung geht,

(Florian Rentsch (FDP): Vielen Dank!)

denn im Zeitalter von Autonomie müssen die Hochschulen selbst Entscheidungen vornehmen können und sollen nicht bevormundet werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Das Hamburger Modell, das derzeit in den Koalitionsverhandlungen diskutiert wird, ist ein spannendes und interessantes Konzept. Es ist auch interessant, dass sowohl die GRÜNEN in Hamburg als auch die Vertreter der dortigen Ästen ausdrücklich darauf hinweisen, dass sie sich ein solches Modell vorstellen könnten. Ich bin gespannt, wie das ausgeht. Ich finde, wir sollten uns bei den Beratungen der Gesetze im Ausschuss dafür Zeit nehmen, zu prüfen, ob nicht möglicherweise ein solches Modell doch das Richtige für Hessen wäre.

Wir als CDU-Fraktion sind jedenfalls gesprächsbereit, da wir an dem Ziel festhalten, die Studienbedingungen für die Studierenden in Hessen weiter zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Frau Kühne-Hörmann. – Das Wort hat Frau Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE haben Ihnen gemeinsam mit der SPD einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren vorgelegt. Wir haben diesen Gesetzentwurf so früh wie möglich in den neu konstituierten Landtag eingereicht, da wir dieses Gesetz vor Beginn des kommenden Semesters beschließen wollen. Mit unserem Zeitplan werden wir unser Ziel erreichen: Ab dem Wintersemester 2008/2009 sind Studiengebühren in Hessen abgeschafft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir halten Studiengebühren für falsch. Die Gründe will ich Ihnen hier nochmals kurz erläutern.

Wir brauchen in Deutschland mehr Akademikerinnen und Akademiker und somit auch mehr Studierende als bisher. Nur dann, wenn wir in die Köpfe unserer jungen

Leute investieren, können wir langfristig international wettbewerbsfähig sein. Schon jetzt fehlen in wichtigen Bereichen wie den Ingenieurwissenschaften, aber auch im pädagogischen Bereich Fachleute. Schon jetzt hat dies auch volkswirtschaftlich negative Auswirkungen.

Also schon aus volkswirtschaftlichen Gründen alleine sollte es unser aller Ziel sein, so viele junge Menschen wie möglich an die Hochschulen zu holen.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Danke, Frau Schulz-Asche, sehr nett.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Wichtiger aber noch ist unser erklärtes Ziel, im deutschen Bildungssystem mehr Chancengerechtigkeit durchzusetzen.

Es darf nicht dabei bleiben, dass Kinder von Akademikern mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit eine Hochschule besuchen als Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien. Um die Chance auf ein Hochschulstudium zu erhöhen, müssen Hürden abgebaut werden. Mit Studiengebühren aber wurden neue Hürden aufgebaut. Dieser Weg war falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, dieser Weg ging für die beiden wichtigen Ziele – mehr Studierende und somit mehr Absolventinnen und Absolventen sowie mehr Studiengerechtigkeit – genau in die falsche Richtung.

Meine Damen und Herren, die verschiedenen Positionen zu den allgemeinen Studiengebühren sind klar, und wir haben sie in den letzten Monaten und Jahren ausgetauscht. Aber ich will Ihnen gerne nochmals näher erläutern, warum wir auch die Langzeitstudiengebühren abschaffen werden.

Die meisten Menschen, die länger studieren, haben dafür ihre Gründe. Diese Gründe lassen sich im Wesentlichen in drei Gruppen aufteilen.

Die einen studieren länger, weil sie neben dem Studium arbeiten. Das sind immerhin zwei Drittel der Studierenden. Viele dieser Studierenden arbeiten deshalb, weil sie neben dem Studium ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Meine Damen und Herren, genau wegen dieser Gruppe wollen wir die Langzeitstudiengebühren abschaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Damit ermöglichen wir gerade den Studierenden, die wegen ihres Lebensunterhalts und beispielsweise auch wegen der Kindererziehung für ihr Studium mehr Zeit brauchen, einen erfolgreichen Studienabschluss. Damit erhöhen wir die Absolventenzahlen, und wir nehmen genau die wirtschaftlich Schwächeren mit – erhöhen also die Chancengerechtigkeit.

Es gibt noch eine zweite Gruppe von Studierenden, die für ihr Studium längere Zeit benötigen. Das sind diejenigen, die sich an den Hochschulen nicht zurechtfinden, die Orientierung, Beratung und sicher auch Druck brauchen. Auch diese wollen wir für die Hochschulen nicht verlie-

ren. Unser Ziel ist, dass auch diese – wenn es gut läuft – ihr Studium zügig und erfolgreich abschließen können.

Hierfür schlagen wir eine Änderung im Hessischen Hochschulgesetz vor, die es den Hochschulen auferlegt, bei diesen Studierenden genauer hinzuschauen. Wenn Studierende über einen gewissen Zeitraum hinweg keinen Leistungsnachweis erbringen, sollen die Hochschulen diese Studierenden beraten, mit ihnen Zielvereinbarungen abschließen und sie im Extremfall exmatrikulieren können.

Dies ist ein fairer und gangbarer Weg, der unseren Zielen – mehr Studierende und mehr Chancengerechtigkeit – entspricht. Er kommt den Studierenden, die mehr Unterstützung brauchen, entgegen, und er ist auch für die Hochschulen praktikabel.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine dritte Gruppe von Langzeitstudierenden und auch von Zweitstudierenden, nämlich diejenigen, die sich einschreiben, um günstig an das Semesterticket heranzukommen. Diese sind mit unserem Verfahren der Änderung im HHG schnell identifiziert und können von den Hochschulen ebenfalls exmatrikuliert werden.

Sie sehen also, die Argumente der CDU laufen hier vollkommen ins Leere.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Mehr Studierende sind von uns gewollt. Mehr Chancengerechtigkeit ist von uns gewollt. Für die anderen Probleme haben wir in unserem Gesetzentwurf sehr praktikable Lösungen vorgeschlagen.

Meine Damen und Herren, wir wollen aber nicht nur Studiengebühren abschaffen, sondern wir wollen den Hochschulen die Einnahmeausfälle, die sie durch die Abschaffung der Studiengebühren haben, voll aus dem Landeshaushalt ersetzen. Dies wollen wir dauerhaft und zweckgebunden. Denn eine Verbesserung der Studienbedingungen und auch der Qualität der Lehre ist tatsächlich bitter nötig. Darüber gibt es inzwischen gar keinen Streit mehr.

Allerdings wollen wir, dass die Studierenden bei der Verteilung dieser Mittel auch mitbestimmen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Janine Wissler (DIE LINKE))

Daher haben wir bei der Investition dieser Mittel eine paritätische Mitbestimmung vorgesehen. Absurderweise war das bei den Studiengebühren nicht vorgesehen. Dabei sind es doch eindeutig die Studierenden, die am besten wissen, wo an ihrer Hochschule Verbesserungen nötig sind. Dass sie bei der Verteilung dieser Mittel mitentscheiden, ist die logische Konsequenz und der Garant für die Verbesserung der Studienbedingungen.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zur Finanzierung.

Mit unserem Gesetzentwurf haben wir die neue Situation im Hessischen Landtag sehr gut und sehr konstruktiv aufgenommen. Es gibt eine parlamentarische Mehrheit im Hessischen Landtag gegen Studiengebühren. Die geschäftsführende Landesregierung hat erkannt, dass es sich nicht lohnt, sich an dieser Stelle zu verkämpfen, sondern dass die Situation erfordert, dass wir zur Umsetzung dieses parlamentarischen Willens zusammenarbeiten. Dies

ist in der Theorie selbstverständlich. In der Praxis müssen wir das in den nächsten Wochen und Monaten wahrscheinlich erst einmal üben.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die konstruktive Gesprächsatmosphäre im Finanzministerium bedanken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in unserem Eckpunktepapier eine Gegenfinanzierung zur Abschaffung der Studiengebühren für das Jahr 2008 vorgeschlagen, die wir nach dem Gespräch im Finanzministerium nochmals modifiziert haben. Der Finanzminister hat unserem Vorhaben politisch selbstverständlich nicht zugestimmt, aber unseren Weg finanzpolitisch eindeutig als realistisch und machbar beschrieben. Die FDP und der Steuerzahlerbund sollten ihre Fahnen daher einrollen und zur Kenntnis nehmen, dass andere die Bataillone an dieser Stelle schon längst zurückgezogen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, auch in den nächsten Jahren werden wir den Hochschulen die Einnahmeausfälle zusätzlich dauerhaft und zweckgebunden gegenfinanzieren. Das wird kosten, das ist uns bewusst. Die Gegenfinanzierung ist hier eine Frage der politischen Prioritätensetzung. Wir wollen, dass der Staat, die Gesellschaft, die Solidargemeinschaft, für die Ausgaben von Bildung aufkommt, und wir wollen nicht, dass die Studierenden und ihre Familien mit diesen Kosten belastet werden. Denn Studiengebühren treffen gerade ärmere Studierende und vor allem auch Familien aus der Mittelschicht mit mehreren studierenden Kindern in ganz besonderem Maße. Dass die Nichtakademiker die Akademikerkinder finanzieren, Herr Hahn, das ist wirklich ein populistisches Märchen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist Realität!)

Die Statistiken belegen nun wirklich genau das Gegenteil. Unser Ziel ist es, dass sich die Gesellschaft für die Bildung verantwortlich fühlt und dass die Politik die Rahmenbedingungen dafür herstellt, dass eben auch die Töchter und Söhne von Nichtakademikern studieren können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Fraktionsvorsitzender hat am Freitag bei der Verabschiedung der auscheidenden Abgeordneten Paulchen Panther zitiert mit dem Spruch: „Heute ist nicht alle Tage, ich komme wieder, keine Frage“. Ich muss Ihnen sagen, ich komme mir heute ein bisschen vor wie Paulchen Panther, der wieder da ist. In den letzten zwei Jahren ist kaum eine Plenarwoche vergangen, ohne dass wir uns über das Für und Wider von Studiengebühren gestritten haben. Heute sind nicht nur die Argumente auf unserer Seite, sondern nach Lage der Dinge auch die Mehrheit dieses Hauses.

Daher gestatten Sie mir, zu dem Gesetzentwurf der FDP nur ein paar ganz kurze Worte zu verlieren. Die FDP ist für Studiengebühren, auch wenn sie die Erhebung den Hochschulen überlassen will.

(Nicola Beer (FDP): Ja!)

In dieser Position kann ich keinen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit an den Hochschulen erkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Nicola Beer (FDP): Noch einmal lesen!)

Frau Kollegin Beer, wenn Sie hier wieder und wieder Hamburg ansprechen, dann sehen Sie offensichtlich selbst, dass es ohne die FDP besser läuft.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir GRÜNE sind gegen Studiengebühren. Diese Position teilen wir mit der SPD und der LINKEN.

(Florian Rentsch (FDP): Nach allen Seiten offen!)

Damit haben wir für unsere Position die Mehrheit dieses Hauses. Das ist ein guter Tag für Hessens Studierende und Hessens Hochschulen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. Glück auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Sorge. – Ich erteile Herrn Leif Blum zu einer Kurzintervention das Wort.

#### **Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt viel gehört über die hehren hochschulpolitischen und bildungspolitischen Zielsetzungen, die mit den Gesetzentwürfen zur Abschaffung der Studiengebühren verbunden sind. Trotzdem müssen wir uns an dieser Stelle einmal ernsthaft darüber unterhalten – das gehört zur Wahrheit auch dazu –, wie das finanziert werden soll. Da rede ich gar nicht darüber – denn das wissen Sie selbst noch nicht –, wie die 104 Millionen € in den kommenden Haushaltsjahren finanziert werden sollen, sondern da können wir uns einfach einmal nur darüber unterhalten, und das sollten wir auch tun, wie Sie die 28,5 Millionen € für das laufende Haushaltsjahr finanzieren wollen.

Herr Kollege Kaufmann, das können Sie sich schönreden, wenn Sie das möchten. Es mag auch sein, dass das Finanzministerium Ihnen bestätigt hat, dass das eine realistische Option ist. Aber es ist und bleibt eben nur dann realistisch, wenn bestimmte Annahmen eintreten. Ich sage Ihnen, Ihr Gegenfinanzierungskonzept fußt auf einer Spekulation.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Es ist eine Wette auf die Frage, ob es auch im Euroraum zu Leitzinssenkungen kommen wird oder nicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Kaufmann, die Statistiken sprechen eindeutig dagegen. Sie mögen es glauben oder nicht – es ist an dieser Stelle einfach ein Faktum.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen sage ich Ihnen: Es ist und bleibt eine finanzpolitische Geisterfahrt, auf die Sie uns mitnehmen wollen. Den Weg müssen Sie allein gehen, das werden Sie am Ende allein zu verantworten haben. Es ist eigentlich schon ein bisschen ironisch, wenn ausgerechnet die hessische

Sozialdemokratie nun mit ihren Gegenfinanzierungskonzepten auf die internationale Finanzmarktkrise und damit auf das Leid von Hunderten und Abertausenden Immobilienbesitzern in den USA spekuliert, um ihre Wunschvorstellungen in diesem Hause durchzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Blum, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Leif Blum (FDP):**

Ich komme sofort zum Schluss. – Am Ende des Tages werden sich Ihre Spekulationen als nicht nachhaltig erweisen. Wir werden gar nicht umhinkommen, unter Umständen eine höhere Verschuldung des Landes in Kauf zu nehmen. Sie bauen sich hier ein politisches Luftschloss, und Sie finanzieren und beleihen es mit einer Hypothek zulasten der künftigen Generation. Diesen Weg wird die FDP in diesem Hause heute, morgen und auch die ganze Legislaturperiode nicht mitgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Frau Kollegin Sorge.

(Zurufe von der FDP: Jungferrede!)

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Blum, ich will nicht so lange ausholen, weil das sozusagen Ihre Jungfernkurzintervention war. Ich kann Ihnen ganz einfach antworten: Schon jetzt sind die Zinsen niedriger, als im Haushalt veranschlagt. Das zeigt, wie realistisch unser Modell ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung Frau Staatsministerin Lautenschläger.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin, zugleich mit der Leitung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute wieder einmal über die Zukunftschancen von jungen Menschen und über die Frage, wie gute Ausbildung auch in Zukunft an den Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes sichergestellt werden kann. Wenn wir uns die gesamte Diskussion über Studienbeiträge, die auch in den vergangenen Jahren eine große Rolle gespielt hat, anschauen, ist es schon noch einmal ganz wichtig, dass wir uns in Erinnerung rufen, welche Kraftanstrengungen die Landesregierung gemeinsam mit der CDU- und der FDP-Fraktion seit 1999 unternommen hat, um eine bessere Finanzierung der Hochschulen in Hessen sicherzustellen.

Diese Kraftanstrengungen haben in den vergangenen neun Jahren nie aufgehört. Es gab kontinuierlich eine bessere Ausstattung der Hochschulen. Trotzdem waren wir der Auffassung, dass wir mehr tun müssen, um die Bedingungen und Zukunftschancen derer zu verbessern, die in Hessen studieren und die für uns alle in Zukunft Geld verdienen und Steuern zahlen sollen, damit wir weiter Investitionen tätigen können, dass sie gute Studienbedingungen vorfinden, dass sie gut gefördert werden und dass die Hochschulen auch die Möglichkeit haben, im Wettbewerb mit anderen Bundesländern mitzuhalten.

Die Studienbedingungen stehen für mich nach wie vor im Mittelpunkt der Diskussion. Denn seit wir angefangen haben, über Studienbeiträge zu diskutieren, seit dem letzten Wintersemester, ist an den hessischen Hochschulen eine ganze Menge passiert. Auf der einen Seite sind entgegen allen Unkenrufen, die SPD und GRÜNE schon in der letzten Legislaturperiode erhoben haben, die Studierendenzahlen in Hessen trotz Studienbeiträgen nicht zurückgegangen. Auf der anderen Seite haben sich die Studienbedingungen schon im ersten Semester nach der Einführung ganz deutlich verbessert.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Dazu gehört vor allem das Thema „mehr Angebote durch neues, zusätzliches Personal“, nämlich unter dem Gesichtspunkt, dass schnelleres Studieren, überhaupt Studieren in der Regelstudienzeit bei einer vernünftigen Qualität noch besser möglich wird. Wenn man sich die Zahlen anschaut, wie die Ausstattung der Hochschulen ist, was wir in den vergangenen neun Jahren dort aufgestockt haben, ist unbestritten, dass es trotzdem dringend notwendig war, die Studienbedingungen weiter zu verbessern und hinzuschauen, was in den einzelnen Hochschulen passiert ist.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen von Dingen, die so vorher nicht möglich waren und zu denen ich vorher keine Finanzierungsvorschläge gehört habe. Die Hochschule Darmstadt hat Lehraufträge im Umfang von mehr als 13.000 Einzelstunden mit insgesamt 24 Lehraufträgen vergeben. Die TU Darmstadt hat seit Oktober 2007 21 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich eingestellt. Darüber hinaus hat sie für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte Mittel aufgewendet. Die Fachhochschule Frankfurt hat 48 neue Lehraufträge vergeben, elf Vertretungsprofessuren eingesetzt und zwei Lehrkräfte für besondere Aufgaben vorgesehen. Die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt hat 83 Stellen geschaffen, die direkt der Lehre zuzuordnen sind. Allein dafür wurden knapp 2,2 Millionen € veranschlagt. Die Justus-Liebig-Universität Gießen hat zusätzliche neue Professorenstellen geschaffen, sechs Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingestellt und sieben Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingerichtet. Die Universität Kassel hat im Wintersemester immerhin 17 zusätzliche Stellen geschaffen.

So könnte man es immer weiter fortsetzen, was alleine im Personalbereich an den verschiedenen Hochschulen im Wintersemester zusätzlich zur Verbesserung der Studienbedingungen geschaffen wurde. Das Thema Ausstattung der Hochschulen gehört auch dazu. Es geht nicht nur um Lehrpersonal, sondern auch um Bibliotheken, Öffnungszeiten, PC-Ausstattung und Beratung von Studierenden. Die Universitäten und Fachhochschulen haben das in ganz unterschiedlicher Art und Weise aufgenommen und Verbesserungen für die Studierenden erreicht. Die Lan-

desregierung wird darauf pochen, dass dies auch in Zukunft sichergestellt bleibt.

Das eine, über das wir auch heute mit dem Gesetzentwurf von SPD und den GRÜNEN diskutieren, ist die Frage, wie man es im Wintersemester schafft, die rund 28 Millionen € gegenzufinanzieren. Das ist ein Punkt. Zu einer soliden Finanzierung gehört aber nicht nur die Frage, ob dies mit der Verzinsung geht. Bei den Gesprächen, die im Finanzministerium geführt wurden, wurde zugesichert, dass sich die Landesregierung konstruktiv beteiligt. Wir wollen dafür sorgen, dass es seriöse Deckungsvorschläge gibt. Diese Deckungsvorschläge müssen auch Art. 142 der Hessischen Verfassung entsprechen. Darüber wird es noch weitere Diskussionen geben.

Es gehört dazu, wenn wir über solide Finanzierung sprechen, dass sie jährlich gegeben ist.

(Gernot Grumbach (SPD): So wie bei HEUREKA!)

Wir sprechen über 52 Millionen € pro Semester, das sind nach Adam Riese 104 Millionen € pro Jahr. Dieser Betrag setzt eine konstant bleibende Studierendenzahl voraus. So haben Sie die Zahl in Ihrem Gesetzentwurf festgeschrieben. Sie müssen sich schon entscheiden, Herr Kollege Siebel, Frau Kollegin Sorge, ob Sie darüber reden – wie Sie es gerade von diesem Pult aus getan haben –, weiter die Studierendenzahl steigern zu wollen. Das wollen wir auch. Das ist auch festgeschrieben zwischen Bund und Ländern. Das bedeutet aber auch, dass wir die 52 Millionen € so nicht festschreiben können, sonst sinkt natürlich die Ausstattung pro Studierenden weiter. So können Sie die Studienbedingungen nicht weiter verbessern. Das heißt, dass es automatisch wieder größere Gruppen geben muss und die Dinge eben nicht so bleiben, wie sie heute sind. Das gehört zu einer soliden und seriösen Finanzierung mit dazu.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wo ist das Problem? Wir haben es doch erklärt!)

Es darf keinen ungedeckten Wechsel auf die Zukunft geben. Da sind wir uns zumindest einig, dass es um Zukunftschancen junger Menschen geht.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Diese Menschen brauchen eine gute Ausbildung, gute Studienbedingungen. Wir müssen uns gemeinsam darum kümmern, die Studierendenzahlen zu erhöhen. Dann reichen aber 52 Millionen € pro Semester schon nicht mehr aus.

Ich gebe zu, es erschließt sich mir nicht, warum Sie jetzt auch die Studienbeiträge für die Langzeitstudierenden abschaffen wollen. Dabei handelt es sich um Symbolpolitik. Das hat nichts mehr mit Sachpolitik zu tun, wenn Sie alles abschaffen wollen. Wir wollen den Mechanismus beibehalten, dass gute Studienbedingungen dazu beitragen, dass man sein Studium in der Regelstudienzeit durchführen kann und dass die Studienordnung eingehalten wird. Wir sagen aber auch, wer Jobtickets ausnutzt, wer soziale Sicherungssysteme ausnutzt, ist nicht an guten Studienbedingungen interessiert. Es gab eine große Anzahl von Studierenden, die sich daraufhin abgemeldet haben. Hier muss eine Begrenzung vorgenommen werden. Die Wahrheit bleibt doch, wenn wir aus Steuermitteln die Hochschule finanzieren, dürfen wir nicht denjenigen, die das finanzieren schuldig sind, zumuten, diejenigen, die als Langzeitstudierende das System ausnutzen, mitzufinanzieren.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dorothea Henzler (FDP))

Ich halte es auch für wichtig, dass wir uns darüber einig sind, dass einmalige Investitionen oder Investitionen, die über einige Jahre geplant sind, wie das HEUREKA-Programm, keinerlei Gegenfinanzierung für das Thema Studienbeiträge sicherstellen können.

(Gernot Grumbach (SPD): Das hat auch keiner gesagt!)

Ich will das nur in den Raum stellen, darüber sollten wir uns dann einig sein. Für die Universitäten ist es genauso wichtig, dass das HEUREKA-Programm fortgeführt wird, damit insgesamt die Bedingungen verbessert werden. Einmalige Investitionen, auch an anderen Stellen, ersetzen keine Dauerfinanzierung der Hochschulen. Es muss ganz klar sichergestellt werden, dass es keine ungedeckten Wechsel auf die Zukunft gibt.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich ganz klar darüber freuen, wenn wir in die Anhörung gehen und alle Kraft gemeinsam darauf verwenden, zu prüfen, wie wir die verschiedenen Zielsetzungen, die in diesem Haus vorhanden sind, zusammenführen können. Bei einer Zielsetzung sind wir uns einig: Wir brauchen gute Studienbedingungen für diejenigen, die an den Hochschulen in Hessen tätig sind. Wir müssen schauen, wie wir das am besten umsetzen können, damit es allen gerecht wird. Da bin ich durchaus diskussionsbereit. Wir müssen es noch besser hinbekommen, dass Menschen auch keine Angst mehr davor haben, ein Darlehen aufzunehmen, das sie tatsächlich erst dann zurückzahlen müssen, wenn sie Geld verdienen. Dabei werden Familien mit Kindern berücksichtigt.

Wir sollten lieber darüber diskutieren, wie wir es schaffen, noch mehr Ängste abzubauen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn Sie mit uns den Weg gehen, den die GRÜNEN-Politikerin aus Hamburg, Frau Hajduk, vorgeschlagen hat: Wir haben uns intensiv damit befasst, dass es wegen der Studienbeiträge keine Abschreckungswirkung mehr gibt und somit keine Angst vor übermäßiger Verschuldung.

Ich kann es nachvollziehen, dass wir uns darum bemühen müssen. Die spannende Frage dabei ist und bleibt doch, was daran gerecht ist. Natürlich finanziert die Krankenschwester heute auch die Hochschulen. Natürlich haben wir viele Ausbildungsberufe, bei denen derjenige, der eine Ausbildung beginnt, das Geld für die Ausbildung noch selber mitbringen muss. Er hat dann nach der Ausbildung meistens nicht die Chance, so gut zu verdienen wie der Hochschulabgänger. Es ist durchaus aller Anstrengung in diesem Haus wert, auch diese unterschiedlichen Voraussetzungen zu prüfen und zu überprüfen, ob die Höhe der Rückzahlung von Studiengebühren richtig angesetzt ist. Wir müssen auch über die Frage der Nachlagerung sprechen. Wir sollten aber nicht gleich sagen, mit dem Abschaffen der Studiengebühren haben wir es geschafft. Das Abschaffen setzt voraus, dass wir jährlich mindestens 104 Millionen € zur Verfügung stellen und keine einmaligen Streichungen vornehmen und keine ungedeckten Wechsel auf die Zukunft geben.

Ich will noch ganz konkret einige wenige Punkte zum vorliegenden Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN sagen, über den wir uns in der Anhörung auch noch intensiv auseinandersetzen werden. Wir hatten im jetzigen Studienbeitragsgesetz eine Garantie, eine Geld-zurück-Garantie,

die mit einem Rechtsanspruch verbunden ist, die es sicherstellt, dass es während der Studienzeit ordentliche Bedingungen gibt.

Sie haben dort eine sehr komplizierte Kannregelung aufgenommen. Sie ist kompliziert, bürokratisch, und sie dient vor allem nicht dazu, dass die Studierenden weiterhin einen Rechtsanspruch darauf haben, dass das, was in der Studienordnung steht, tatsächlich umgesetzt wird. Wenn zwei Jahre später dort irgendetwas verbessert wird, kommt es jedenfalls nicht den Studierenden zugute.

Wir sollten uns auch gemeinsam anschauen, was für einen Verteilungsmechanismus Sie dort vorgesehen haben. Das, was Sie bisher unternommen haben, nämlich eine Stichtagsregelung einzuführen, bringt zumindest nach unseren ersten überschlägigen Berechnungen große Verwerfungen zwischen den hessischen Hochschulen mit sich. Auf ein Jahr gerechnet mag das vielleicht anders aussehen; aber wenn der Stichtag eingeführt wird, den Sie vorgesehen haben, heißt das, dass bereits im Wintersemester die Uni in Gießen mit über 380.000 € und die Uni in Kassel mit über 260.000 € zu den Verlierern des neuen Systems gehören werden.

Auch wenn Sie eine andere Auffassung als wir vertreten, sollten Sie zumindest darauf achten, dass das überhaupt möglich ist und dass es nicht gleich zu einer großen Verwerfung in der hessischen Hochschullandschaft kommt. Vor allem sollten Sie darauf achten, wie die Studierendenzahlen verteilt sind, und das Ganze nicht nur für ein Wintersemester berechnen, sondern es sich genau anschauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Kollege Dr. Spies, für die Studienbedingungen spielt all das eine große Rolle, wenn man mit einem kontinuierlichen Einsatz von Personal plant.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Dr. Spies, wenn Sie das nicht so sehen, können Sie es den Studierenden erklären. Ich halte es weiterhin für wichtig, die Existenz der Tutorien und der kleineren Gruppen, die dort eingeführt wurden und die es auf Dauer zu verbessern gilt, auch in Zukunft sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Natürlich muss in den Diskussionen auch beachtet werden, welche Auswirkungen das auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat. Es ist eben nicht so, wie wir es bisher vorgesehen haben, dass dies tatsächlich zur freien Verfügung der Universitäten steht und dass die Kapazitätsverordnungen dort keine Rolle spielen.

Dort haben wir noch ein großes Problem, und darüber werden wir in der Anhörung zu Ihrem Gesetzentwurf ausführlich beraten müssen. Das ist nicht der Weg, den wir uns vorstellen. Das hat nämlich sofort wiederum Auswirkungen auf die Gruppengrößen, auf die Lehrbeauftragten usw. Das kann nicht der Weg sein, um sicherzustellen, dass die Verbesserungen der Studienbedingungen, die wir hier eingeführt haben, tatsächlich erhalten bleiben.

Lassen Sie mich seitens der Landesregierung noch eine Bemerkung zu dem FDP-Entwurf machen. Wir haben immer gesagt, uns war es wichtig, die Studienbeiträge umfassend einzuführen. Wir haben aber auch gesagt, wir können uns durchaus vorstellen, im Rahmen der Autonomie der Hochschulen weiterzugehen und die Entwicklung dahin gehend fortzusetzen, dass die einzelnen Hochschulen nun,



nachdem die Studienbeiträge eingeführt worden sind, über deren Höhe und vieles mehr entscheiden können. Auch das wird ein wichtiges Thema in der Anhörung sein.

Aber eines muss dieses Haus gemeinsam sicherstellen: Es darf keinen ungedeckten Wechsel in der Finanzierung geben. Die Studienbedingungen müssen dauerhaft verbessert werden. Ich bin gespannt, zu erfahren, wann es die ersten Vorschläge gibt und woher das Geld tatsächlich kommen soll. Bisher liegen keine Vorschläge vor – nur für ein halbes Wintersemester. Das ist keine solide Finanzierung.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt den schönen Satz, der da lautet: *Iudex non calculat*. – Er beschreibt ein bisschen die Probleme, die Juristinnen und Juristen mit Zahlenwerken, insbesondere mit Rechnungen und ganz besonders mit Zinsrechnungen, haben. Das haben wir eben vernommen.

Vier leibhaftige, voll ausgebildete Juristinnen und Juristen sind an dieses Pult getreten und haben uns erklärt, dass unsere Finanzierungsvorschläge – ich meine die, die in dem gemeinsam mit der SPD vorgelegten Gesetzentwurf stehen – unseriös seien.

Nun räume ich ein, auch der verehrte Herr Finanzminister ist Jurist. Aber in diesem Hause gibt es nicht nur Juristen.

In dem Gespräch, das nach dem Schreiben des Briefes, der hier mehrfach zitiert worden ist, im Finanzministerium stattgefunden hat, wurde uns vom Finanzminister, seinem Staatssekretär und weiteren anwesenden Beamten klargemacht, was realistisch ist und was nicht, was geht und was nicht. Der Vorschlag, die Ausgaben für Zinsen und Geldbeschaffungskosten um 20 Millionen € zu kürzen, kam ausdrücklich aus dem Finanzministerium. Das sei ohne Weiteres drin. Dann hören wir das, was heute zum wiederholten Male erzählt worden ist. Ich kann nur sagen: keine Ahnung.

Wenn Sie sich einmal die tatsächlichen Daten anschauen, stellen Sie fest, dass im Vergleich zum Dezember 2007 – Stand: 2. April; das ist erst wenige Tage her – die Umlaufrendite von Anleihen der öffentlichen Hand um 27 Basispunkte gesunken ist. Das heißt, die Zinsausgaben werden weniger.

Es ergibt Sinn, und so lautete auch der ausdrückliche Vorschlag aus dem Finanzministerium, bei dem Deckungsvorschlag Zinsen und Geldbeschaffungskosten zusammenzufassen; denn die haben etwas miteinander zu tun: Sie werden bei jeder Art von Disagio bei Kreditaufnahmen als Geldbeschaffungskosten gebucht, die dann allerdings umgekehrt zu einem niedrigeren Zinssatz führen. Insoweit geht es im Prinzip um ein und dieselbe Ausgabe. Im Übrigen gehört das – in der klassischen Kameralistik durch gemeinsame Haushaltsstellen ausgewiesen – eng zusammen.

Wenn Sie also aus vielerlei inhaltlichen Gründen, die wir alle nicht für zutreffend halten, weiterhin für die Beibe-

haltung der Studiengebühren und damit für die Abwälzung der Finanzierung der Hochschulen auf die einkommenslosen Studierenden sein wollen, benutzen Sie doch bitte Argumente, die sachlich nachvollziehbar und in sich logisch sind. Benutzen Sie keine Argumente, die etwas mit der Finanzierung zu tun haben. Darüber weiß Ihr Finanzminister sehr viel besser Bescheid. Er hält diese Finanzierung für machbar. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Herr Kollege Grumbach, bitte.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es, was die Finanzierung betrifft, eigentlich bei einer freundlichen Bemerkung belassen. Wenn Sie über die fehlende Deckung der Ausgaben für die folgenden Jahre nachdenken, sage ich Ihnen: Ich möchte mir gern einmal Ihre langfristigen Programme, z. B. HEUREKA, anschauen, um herauszubekommen, wie Sie die gegenfinanziert haben. Sie werden ganz schnell darauf kommen, dass das Prinzip Hoffnung bei Ihnen weiter verbreitet ist als bei uns. Das sage ich ganz schlicht, ganz freundlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber eines ist für mich ganz wichtig – auch das gehört vielleicht zu einem neuen Landtag –: Ich würde mich gern noch einmal mit den gesellschaftspolitischen Konsequenzen auseinandersetzen. Frau Beer hat einen zentralen Satz gesagt, der die Differenz relativ präzise beschreibt. Frau Beer hat gesagt: Wer mehr bezahlt, muss mehr Leistung erhalten.

Dieser Satz klingt gut, hat aber eine Tücke. Wenn man ihn umdreht, bedeutet er: Wer weniger bezahlt, erhält weniger Leistung. – In einer Gesellschaft, in der es bei der Zahlungsfähigkeit von Menschen Grenzen gibt, lautet das Urteil für einen Teil der Gesellschaft, dass er keine Leistung erhält. Genau das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD – Norbert Kartmann (CDU): Muss aber nicht!)

Frau Beer, deswegen ist die Frage „Studiengebühren, ja oder nein?“ keine Frage eines bestimmten Modells. Wenn man ein festes Haus bauen will, sind einem alle Vorschläge dafür, wie man ein Zelt errichten kann, ziemlich gleichgültig. Sie schlagen vor, wie man sozusagen das Zelt „Armutsstudiengebühren“ ausbauen kann. Nein, es geht um ein festes Haus. Es geht darum, dass die Menschen, egal wie viel sie verdienen, in dieser Gesellschaft Lebenschancen haben. Lassen Sie uns doch darüber reden, dass in dieser Gesellschaft auch Menschen, die ein Einkommen haben, das weit unter dem Durchschnitt liegt, in der Lage sein müssen, zu studieren.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU): Das ist unabhängig davon!)

Das ist der Punkt, an dem ich gern die Frage nach der Leistungsgesellschaft stellen möchte. Die soziale Herkunft von Kindern ist nicht das Ergebnis ihrer Leistung, sondern sie ist das ihnen zugewachsene Schicksal. Wer sie in diesem Schicksal verharren lässt, der sorgt dafür, dass ein Aufstieg in dieser Gesellschaft nicht stattfindet, und er

beschädigt nach meiner Einschätzung die Menschenrechte dieser Jugendlichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Jetzt hat Frau Beer, FDP-Fraktion, das Wort.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Kaufmann, Sie haben es regelrecht darauf angelegt, einen dazu zu reizen, hier noch einmal zu der Frage der Finanzierung das Wort zu ergreifen. Zu den Zahlen, die Sie hier vorgetragen haben, muss man sagen, dass dies für neu aufgelegte, langjährige Anleihen der Fall ist. Das beeinflusst die momentane Zinsgestaltung der Kredite, die dieses Land schon aufgenommen hat, mitnichten.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wer sich mit den entsprechenden Hintergründen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2008 auseinandergesetzt hat, der weiß, dass die 20 Millionen €, die hier vorgesehen waren und die Sie jetzt zur Gegenfinanzierung benutzen wollen, dadurch zustande gekommen sind, dass der Finanzminister mit einer Umschichtung von 4 Milliarden € rechnet und in der Regel Pi mal Daumen bei einer Tranche von 500 Millionen € jeweils 5 Millionen € Finanzierungskosten für diesen Bereich anzusetzen sind. Von daher ist es völlig richtig, wenn der Kollege Blum hier gesagt hat: Das, was Sie als Gegenfinanzierung vorlegen, ist reine Spekulation.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da es manchmal hier im Rund schwierig sein kann – Herr Kollege Al-Wazir, wahrscheinlich für Sie auch –, Zahlenspielchen nachzuvollziehen, die sich im Kommabereich entscheiden, zeige ich Ihnen diesen Verlauf der Zinskurven, Herr Kollege Kaufmann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite dieses Hauses.

(Die Rednerin hält eine Unterlage hoch.)

Wenn Sie die Kurve des US-amerikanischen Raums mit der Eurokurve vergleichen, zeigt sich ganz deutlich, dass es trotz eines stetig abfallenden Zinsniveaus in den USA im Euroraum eine steigende und nachher gleichbleibende Zinskurve gibt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht doch um die Umlaufrendite!)

Lieber Tarek Al-Wazir, beim EZB-Leitzins liegen wir bei 4 %. Das Problem, das Sie mit Ihrer Finanzierung haben,

(Mathias Wagner (Taunus) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben keines!)

ist doch auch, dass der Zinsschwankungsrahmen selbst bei den zehnjährigen Anleihen ganz gering zwischen 3,6 und 4,2 % liegt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es wird gehen!)

Das hat doch etwas damit zu tun, dass unser Zinsniveau ein ganz anderes ist, dass es nämlich schon viel weiter unten ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, von daher ist der Spielraum nach unten, den Sie für Ihre Gegenfinanzierung bräuchten, nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP)

Ein anderer Punkt, zu der Wortmeldung von Herrn Grumbach. Herr Grumbach, natürlich ist die FDP dafür – ich habe das ausführlich dargestellt –, dass jeder studieren können muss, egal welchen sozialen Hintergrund er hat, weil helle Köpfe nicht vom Portemonnaie abhängig sind. Genau deswegen haben wir uns so viel Mühe gegeben, dass unser Gesetzentwurf sozial ausgewogen ist. Genau deswegen zahlen Sie nicht, wenn Sie wirtschaftlich nicht leistungsfähig sind. Sie haben sogar das Versprechen, dass Sie selbst nach Abschluss des Studiums nicht zu zahlen brauchen, wenn Sie trotz ihres Abschlusses wirtschaftlich nicht leistungsfähig sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Eines muss auch gelten: Egal, welchen sozialen Hintergrund ich habe, ich kann leistungsfähig sein und später durch den Abschluss eines Studiums auch leistungsfähig werden. Genau in dem Moment sagen wir Ihnen: Es gibt eine Solidarität in dieser Gesellschaft. Die geht über den Abschluss des Studiums hinaus.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Diese soll dann einsetzen, wenn man nach Berufsaufnahme wirtschaftlich leistungsfähig ist.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist völlig unabhängig davon, welche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Sie hatten, als Sie das Studium aufgenommen haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Quatsch!)

Da helfen wir Ihnen. Keiner zahlt sofort. Aber wenn Sie durch das Studium Ihre wirtschaftliche Situation verbessert haben, und zwar so sehr, dass Sie es sich leisten können, etwas zurückzugeben, dann erwarte ich von jedem in diesem Lande, dass er diesen Solidarbeitrag auch leistet.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Dann ist die erste Lesung der drei Gesetzentwürfe erfolgt.

Der Überweisungsvorschlag lautet: an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend, und den Haushaltsausschuss, beteiligt. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zu dem Tagesordnungspunkt 4 komme, darf ich darauf hinweisen: Es ist noch ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, Drucks. 17/35, eingegangen. Liegt der überall vor? – Das scheint der Fall zu sein. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 16 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 7 und 8 aufgerufen werden. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 4:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wille der Schulgemeinden umsetzen – Gesamtschulen genehmigen – Drucks. 17/17 –**

mit dem **Tagesordnungspunkt 5:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zerstörtes Vertrauen in der Bildungspolitik zurückgewinnen – Durchführung einer Anhörung – Drucks. 17/18 –**

und **Tagesordnungspunkt 6:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sofortprogramm Schule – Drucks. 17/19 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 10:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend G 8 verbessern – Schülerinnen und Schüler entlasten – Qualität des Abiturs erhalten – Drucks. 17/23 –**

und **Tagesordnungspunkt 12:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Bildung in Hessen weiter voranbringen – gemeinsam mit Lehrern, Eltern und Schülern – Drucks. 17/30 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Ich erteile Herrn Abg. Wagner das Wort.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Mitte März ein Sofortprogramm Schule vorgelegt. Mit diesem Sofortprogramm hat sie eine Einladung an alle Fraktionen dieses neuen 17. Hessischen Landtages verbunden, über die dringendsten Probleme, die wir an unseren Schulen haben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Denn wir sind der Meinung: Die Probleme an unseren Schulen, die Probleme nach neun Jahren schwarzer Bildungspolitik, dulden keinen Aufschub, sondern wir müssen uns gemeinsam daranmachen, die Probleme an unseren Schulen zu lösen. Wir müssen es schnell tun, weil das neue Schuljahr bereits am 4. August beginnt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir sind sehr dankbar für die sehr konstruktiven Gespräche, die wir aufgrund unserer Initiative mit den anderen Fraktionen geführt haben. Wir können feststellen: Die Initiative, möglichst schnell zu Veränderungen an den Schulen zu kommen, hat funktioniert. Wenn ich mir betrachte, was in den letzten Tagen in den Fraktionen vorgelegt wurde, wenn ich mir betrachte, was in den letzten Tagen von den Zeitungen und Medien in unserem Lande nachzuvollziehen ist, dann kann man festhalten: So viel Bewegung war selten in bildungspolitischen Debatten in Hessen. Meine Damen und Herren, es ist gut so, dass es Bewegung in dieser Frage gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

Ich will aber auch sehr deutlich sagen: Es gibt auf allen Seiten Beweglichkeit bei der Korrektur der Fehler der letzten neun Jahre. Ob und wo es Beweglichkeiten in der Gestaltung der Zukunft unserer Schulen gibt, das, denke

ich, werden erst die nächsten Wochen zeigen müssen. Ich bin mir sehr unsicher, ob die frühere Regierungsfraktion CDU tatsächlich verstanden hat, was die Bürgerinnen und Bürger am 27. Januar bei der Landtagswahl sagen wollten. Die Korrektur der Fehler geht mit der CDU. Ich setze aber ein großes Fragezeichen hinter die Frage, ob es wirklich gelingen kann, die Zukunft an unseren Schulen mit der CDU zu gestalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bringen heute unser Sofortprogramm Schule mit zwei parlamentarischen Initiativen in diesen Landtag ein, ermutigt durch die positiven Rückmeldungen aus den anderen Fraktionen. Unser erster Antrag, den wir heute auch direkt zur Abstimmung stellen wollen, beschäftigt sich mit einer Anhörung zum Thema Schule. Wir glauben, es ist dringend an der Zeit, dass Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern – alle Akteure im Bildungswesen – wieder ernst genommen werden, dass versucht wird, zerstörtes Vertrauen zurückzugewinnen, dass wir wieder in einen Dialog eintreten, der zum Ziel hat, dass wir unsere Schulen endlich wieder an den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern ausrichten und die ideologischen Blockaden der Vergangenheit überwinden. Ich glaube, es wäre ein sehr gutes Zeichen dieses 17. Hessischen Landtages, wenn er heute in seiner ersten Arbeitssitzung möglichst mit den Stimmen aller Fraktionen diese Anhörung beschließen würde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Darum bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen: Stimmen Sie diesem Antrag zu. Wir stellen ausdrücklich zunächst nur die Anhörung zur Abstimmung. Über alle weiteren Punkte unseres Sofortprogramms werden wir eine ausführliche Debatte im Landtag brauchen. Aber diese Anhörung könnten wir heute hier beschließen.

Der zweite Antrag enthält die anderen Maßnahmen unseres Sofortprogramms Schule. Dazu gehören Veränderungen an der völlig vermurksten verkürzten Schulzeit zum Abitur, wie sie in Hessen von Ministerpräsident Koch und Kultusministerin Wolff umgesetzt wurde.

Wir sehen, dass viele Fraktionen – auch die frühere Regierungsfraktion – eingesehen haben, dass es so nicht weitergehen kann. Das stimmt uns zuversichtlich, dass wir hier sehr schnell die Situation an unseren Schulen erträglicher machen. Dazu gehört für uns GRÜNE selbstverständlich, dass wir den G-8-Schulen ermöglichen, Ganztagsangebote zu machen. Aber wir sagen auch genauso deutlich dazu, dass den anderen Schulen dieser Weg auch offenstehen muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ganztagschule ist nicht ein Notprogramm für die Fehler von G 8, sondern Ganztagschule ist ein pädagogisches Konzept, das allen Schulen guttut, weil wir an allen Schulen mehr Zeit für Förderung und mehr Zeit zum Lernen brauchen. Deshalb sage ich sehr deutlich in Richtung der anderen Fraktionen: Wir freuen uns, dass Sie unsere Vorschläge zur Korrektur von G 8 aufnehmen. Aber eine Beschränkung des Ganztagsangebotes auf die Gymnasien werden wir nicht mitmachen, sondern dieser Weg muss Gymnasien und allen anderen Schulformen offenstehen. Es muss auch um echte Ganztagschulen in offener oder

gebundener Form gehen und nicht allein um die pädagogische Mittagsbetreuung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen mit unserem Sofortprogramm Schule die Unterrichtsgarantie plus korrigieren, weil wir der Auffassung sind, dass wir Schulen endlich vertrauen und ihnen etwas zutrauen müssen. Die Schulen können selbst eine verlässliche Unterrichtszeit und eine verlässliche Schulzeit gewährleisten. Dafür brauchen wir keine bürokratischen Vorgaben. Dafür brauchen wir keine Gängelung aus dem Kultusministerium, sondern wir müssen den Schulen Freiheit in der Verwendung der Mittel geben. Auch das ist etwas, was meine Fraktion schon sehr lange in diesem Haus gefordert hat. Wenn das jetzt mehrheitsfähig wird, dann soll uns das sehr recht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Fraktionsvorsitzender hat es schon gesagt: Wir brauchen einen Sozialfonds „Lernen ohne Hunger“, und zwar nicht nur an der Schule, sondern auch an den Kindertagesstätten. Wir erkennen an, dass die Landesregierung, übrigens auch auf Initiative meiner Fraktion, schon in der letzten Legislaturperiode –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Die Kollegin Fuhrmann hat sich dieser Initiative mit Begeisterung angeschlossen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wir streiten darüber, wer die Idee zuerst hatte. Liebe Petra, wir hatten sie gemeinsam. Dies bleibt trotzdem eine gute Idee. Ich glaube, darauf können wir uns verständigen.

Wir brauchen aber diesen Sozialfonds „Lernen ohne Hunger“, damit kein Kind mehr von der Teilnahme am Mittagessen ausgeschlossen ist – auch im Kindergarten und in den Kindertagesstätten. Hier greift der Ansatz der geschäftsführenden Landesregierung zurzeit noch zu kurz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir brauchen eine Korrektur der vermeintlichen Reform der Lehrerausbildung. Auch hier herrscht leider völliges Chaos. Auch hier muss schnell gehandelt werden, damit angehende Lehrerinnen und Lehrer wieder vernünftig ausgebildet werden und dass sie nicht schon im Studium oder der zweiten Phase der Lehrerausbildung mit einer Situation konfrontiert werden, die sie schlecht auf ihre zukünftige Tätigkeit vorbereitet.

Wir brauchen auch ein Moratorium bei der neuen Verwaltungssteuerung und bei SAP. Das hat sich insbesondere im Bildungsbereich zu einem völligen Selbstzweck entwickelt. Hier ist es Zeit, innezuhalten und zu schauen, welche Projekte angefangen wurden und welche Projekte Sinn machen, fortgeführt zu werden. Aber man sollte vor allem den Schulen und der Verwaltung jetzt nicht noch mit weiteren neuen Projekten kommen, die von den Beteiligten nur als Selbstverwaltung und als unnötige Bürokratie empfunden werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden für einen Aufbruch in der Bildungspolitik auch zusätzliche Mittel brauchen. Darüber wollen wir uns mit den Fraktionen hier im Haus in der Debatte über ei-

nen Nachtragshaushalt verständigen. Unser Sofortprogramm Schule sieht in zwei Schritten 1.000 zusätzliche Stellen für die Schulen vor. Wir wollen im Dialog mit den Schulen klären, was den Schulen am besten hilft – ob das 1.000 Lehrerstellen sind oder ob es beispielsweise auch eine Kombination von Lehrerstellen und Schulsozialarbeiterstellen sein kann. Das werden wir klären. Aber auf jeden Fall brauchen wir auch das, wenn wir an unsere Schulen wieder etwas Ruhe bringen wollen und wenn wir sie wieder befähigen wollen, sich auf ihre Aufgaben zu konzentrieren.

Ich habe gesehen, der Oberbürgermeister der Stadt Offenbach ist anwesend. Deshalb möchte ich sagen, dass ein Sofortprogramm Schule für uns auch beinhaltet, dass auf die Eltern eingegangen wird, die sich längeres gemeinsames Lernen für ihre Kinder wünschen. Das bedeutet auch, dass die Anträge der Schulen, die das auf den Weg bringen wollen und wo dies die Schulträger wie die Stadt Offenbach wollen, jetzt auch endlich genehmigt werden und dass auch an diesem Punkt Schluss mit der Bevormundung gemacht wird. Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD haben dazu einen Antrag eingebracht. Lieber Herr Oberbürgermeister von Offenbach, dieser Landtag wird sich voraussichtlich dafür aussprechen, dass dieser langjährige Antrag der Geschwister-Scholl-Schule sowie die Anträge von einigen weiteren Schulen im Land endlich auf den Weg gebracht werden, sodass ein klares Zeichen gesetzt wird, dass dieser Hessische Landtag will, dass an unseren Schulen wieder dem Elternwillen entsprochen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt – ich habe es eingangs gesagt – viele Gemeinsamkeiten in der Korrektur der Fehler der vergangenen neun Jahre in der Bildungspolitik. Ich habe auch gesagt, dass ich mir noch nicht sicher bin, ob die frühere Regierungsfraktion CDU tatsächlich auch die Kraft für die Gestaltung der Zukunft hat. Nachdem Herr Irmer gestern wieder ein flammendes Plädoyer für das gegliederte Schulwesen gegeben hat, bin ich sehr skeptisch, ob die CDU wirklich begriffen hat, dass Wahlfreiheit das Gebot der Stunde ist und dass die Eltern, die längeres gemeinsames Lernen für ihre Kinder wollen, das auch tatsächlich in Hessen finden sollen. Das wird ein Teil der Gestaltung der Zukunft sein. Ich glaube, dass es da sehr verlässliche Bündnisse mit den Sozialdemokraten gibt. Ich habe große Zweifel, ob es da Gemeinsamkeiten mit der CDU geben kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Wagner, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ein letzter Punkt. Wir GRÜNEN sind verwundert über das Lob, das wir von der CDU erfahren. Am 17.08.2007 hieß es: Die GRÜNEN nörgeln und mäkeln ohne Substanz in der Bildungspolitik.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Und am 03.04. lesen wir: viele Schnittmengen in der Schulpolitik zwischen CDU, GRÜNEN und auch FDP.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich kann nur feststellen, dass unsere Position gleich geliebt ist. Sie sind herzlich eingeladen, etwas dazuzulernen. Wenn Sie jetzt einsehen, dass Sie sich damals geirrt haben und dass wir vorher schon gute Vorschläge gemacht haben, dann soll uns das sehr recht sein. Aber die Worte hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube, liebe Kollegen von der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen herzlichen Dank! – Das Wort hat Frau Kollegin Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Wagner, dass wir in dem Presseartikel nicht erwähnt waren, liegt wahrscheinlich daran, dass wir immer noch die größten Gemeinsamkeiten in der Bildungspolitik in diesem Hause haben. Das habe ich zumindest auch bei den letzten Gesprächen feststellen können.

Meine Damen und Herren, ich werde heute keine Rückschau halten. Aber ich glaube, die erste bildungspolitische Debatte in dieser Legislaturperiode muss eines auch deutlich festhalten: Am 27. Januar haben die Wählerinnen und Wähler eine gescheiterte Schulpolitik abgewählt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben der Regierungspartei bescheinigt, dass die Reformen falsch waren, die Versprechen leer und die Ideologien verstaubt. Sie haben sich auch nicht von Ihrer Kampagne gegen unser Konzept des Hauses der Bildung beeindrucken lassen, und das freut mich besonders. Mit dem Schreckgespenst der Zwangseinheitsschule ist es Ihnen auch nicht gelungen, die Leute davon abzubringen, dass das, was Sie in den letzten neun Jahren im Bereich der Schule gemacht haben, falsch war.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Norbert Kartmann (CDU): Jetzt kommt die Zwangseinheitsschule!)

Die Eltern haben sich nicht beeindrucken lassen, weil sie für ihre Kinder die besten Bildungschancen wollen, weil ein leistungsfähiges Schulsystem für sie wichtig ist, das alle Kinder mitnimmt und jedes einzelne zum bestmöglichen Erfolg führt.

Die Schulgemeinden erwarten, dass ihre Kritik ernst genommen und auch gehört wird. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion auch den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Durchführung einer Anhörung. Wir werden dem mit Spannung entgegensehen, welche Anregungen von Eltern und Schulen in diesem Fall an uns herangetragen werden.

Die Vorstellungen der Schulgemeinden ernst nehmen wollen wir aber auch mit unserem Antrag, der die geschäftsführende Landesregierung beauftragt, die im Kultusministerium vorliegenden Anträge auf Einrichtung einer integrierten Gesamtschule zu genehmigen.

Ich füge hinzu: Im Moment wird ein Änderungsantrag verteilt, der deutlich machen soll, dass es um die Zustimmung von Eltern, von Schulgemeinden, aber natürlich auch um die Herstellung des Benehmens mit dem Schulträger geht. Diesem können wir als Landtag nicht vorgrei-

fen. Deswegen ist bei allen Fällen vorher auch ein Schulentwicklungsplan vorzulegen. Wir hier im Raume wissen, dass das zurzeit bei der Heinrich-von-Kleist-Schule in Wiesbaden zumindest nicht der Fall ist.

Einige andere dieser Anträge wurden bereits in der Vergangenheit vom Kultusministerium abgelehnt, derjenige aus Offenbach bereits zum zweiten Mal. Es gebe zu wenig gymnasialgeeignete Kinder, hieß bei uns die Begründung. Bei anderen hieß es, Schulstandorte seien gefährdet. – Ich glaube, dass all diese Begründungen nur eines zeigen: Sie sind ideologisch motiviert, sie sind vorgeschoben, und sie negieren den Willen von Eltern, Schulen und Schulträgern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die integrierte Gesamtschule ist die einzige Schule, für deren Besuch eine Eignungsempfehlung nicht erforderlich ist, also die einzige Schule, bei der die Entscheidung der Eltern ein Kriterium ist, das es meines Erachtens zu berücksichtigen gilt. Ich glaube, Angst war der Ratgeber von Kultusministerin Wolff, die Angst davor, dass der von uns beschriebene Weg einer Schule für alle auf immer größere Akzeptanz bei den Schulen und bei den Eltern stößt, dass sich immer mehr Schulen im Interesse der Kinder und ihrer bestmöglichen Förderung für eine integrierte Sekundarstufe I entscheiden. Ich füge hinzu: Wir sind sicher, dass diese Angst berechtigt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn unser Antrag heute im Parlament eine Mehrheit findet – ich erwarte eine breite Mehrheit; denn die FDP hat in ihrer gestrigen Presseerklärung auch bekannt gegeben, dass sie wünscht, dass die vorliegenden Anträge auf den Weg gebracht werden –, dann sollten die Schulen nicht länger in ihrer Entwicklung gebremst werden. Wir sollten auch gemeinsam daran arbeiten, dass die Ressourcen für eine solche anspruchsvolle pädagogische Arbeit im Sinne unseres Schulkonzeptes zukünftig zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich will heute nichts zu den vielen Anträgen sagen. Aber ich will etwas zur Problematik G 8 sagen und zu dem Antrag, der uns von der FDP vorliegt. Inzwischen sehen alle Fraktionen in diesem Hause einen Veränderungsbedarf an dem Modell G 8, auch die hessische CDU. Das ist ein Fortschritt. Es wäre aber besser gewesen, wenn diese Einsicht bereits 2004 bei der Anhörung zum Schulgesetz Platz gegriffen hätte. Dann hätten wir den ersten drei Generationen von Schülern in diesen Klassen einiges erspart.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich will mich im Einzelnen zu den Vorschlägen äußern, die vorliegen. Wir haben keine Einwände dagegen, dass die Gymnasien eine pädagogische Mittagsbetreuung erhalten. Die Frage bleibt allerdings, was sich dadurch an G 8 und an dem, was momentan in Schulen abläuft, verändern wird. Da müsste mir noch jemand erläutern, was die pädagogische Mittagsbetreuung an Entlastung in diese Schulen hineinbringen kann, wenn die Schüler jetzt schon drei Tage in der Woche nachmittags in der Schule sind. Das ist mir noch nicht klar. Meines Erachtens hätte man es verbinden sollen mit der Aufforderung, dass an diesen Tagen keine Hausaufgaben mehr aufgegeben werden, die die Schüler und Schülerinnen bis abends um 18 Uhr beschäftigen, wenn sie heimkommen. Ich habe heute Mor-

gen mit Interesse gelesen, dass das in den jüngsten Vorschlägen des bayerischen Kultusministeriums erörtert wird.

Ansonsten guckt man mit dieser Forderung nach Rheinland-Pfalz. Aber Rheinland-Pfalz hat sehr deutlich gemacht, dass es dort um gebundene Ganztagschulen geht. Dort geht es darum, zu rhythmisieren zwischen Unterricht, Freizeit und sonstigen pädagogischen Angeboten. Das ist mit einer pädagogischen Mittagsbetreuung, mit Verlaub, nicht zu leisten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir werden uns einer solchen Lösung nicht entgegenstellen. Ich bin sicher, Herr Banzer, aus dem freien Stellenaufkommen wird es ein Leichtes sein, das in kürzester Zeit finanziell bzw. vom Stellenzuwachs her darzustellen. Aber ich will eines ganz deutlich machen: Dies darf nicht zulasten eines Ganztagschulprogramms für die anderen Schulformen in diesem Land gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen dringend ein Ganztagschulprogramm, das nicht nur die Zahl der Angebote erweitert, sondern das endlich auch die Arbeit in offener und gebundener Form in diesem Land ermöglicht. Da kann man nicht mit Absichtserklärungen kommen. Da brauchen wir im Rahmen des Haushalts auch die Möglichkeit, so etwas auf den Weg zu bringen. Ich warne davor, hier nur Worte zu bringen und keine Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem zweiten Vorschlag, zu den Lehrplänen. Wir stehen zu unserer Auffassung, dass bestehende Lehrpläne überarbeitet und den Bildungsstandards angepasst werden müssen. Wir sind dafür, dass es Kerncurricula in allen Schulbereichen gibt. Aber solch ein Prozess braucht Zeit, und wir halten wenig davon, den Eltern Hoffnung auf Entlastung für ihre Kinder zu machen, indem man eine überstürzte Reform 2004 mit der nächsten überstürzten Reform 2008 beantwortet. Ich glaube, es ist nur eine Scheinlösung, so zu tun, als könne man den Druck aus der Mittelstufe herausnehmen, wenn man jetzt eine Entschlackung der Lehrpläne ankündigt. Dabei bin ich mir ganz sicher, dass die Bewertung dessen, was hier zu entschlacken ist, bei den einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich ausfallen wird und dass eine Einigung hergestellt werden muss.

Deswegen sind wir weiterhin der Auffassung, dass die Verkürzung in der Mittelstufe zurückgenommen werden muss. Ich bedauere, dass die FDP in ihren Antrag im Landtag nicht das geschrieben hat, was in ihrem eigenen Landesprogramm steht; denn dem fühlen wir uns sehr viel näher. Ich darf es deswegen zitieren:

Wir fordern deswegen, statt der Sekundarstufe I die Sekundarstufe II um ein Jahr, also auf zwei Jahre, zu verkürzen.

Frau Henzler, da könnten wir irgendwann zueinander kommen; denn wir sagen, die Mittelstufe soll sechsjährig sein. Wir können uns eine individuelle Schulzeitverkürzung durch eine Reform der Oberstufe vorstellen, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in zwei oder drei Jahren Oberstufe zum Abitur zu gelangen. Wir wollen sie nicht alle darauf verpflichten, weil wir denken, dass unterschiedliche Leistungsstärken und unterschiedliches

Lerntempo auch in der Oberstufe Berücksichtigung finden können.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Frau Kollegin Habermann, die vereinbarte Redezeit ist zu Ende.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Posch. Ich bin auch schon fast am Ende. – Es wäre also eine gute Idee gewesen, wenn Ihr Landesprogramm Eingang in die parlamentarische Arbeit gefunden hätte; denn das wird die Basis sein, auf der wir weiter über Verbesserungen bei G 8 und über eine Entlastung der Schülerinnen und Schüler mit Ihnen debattieren wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Habermann. – Das Wort hat Frau Kollegin Henzler, FDP-Fraktion.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle haben es bereits in der letzten Woche beschworen und auch hier wieder: Ein neuer Politikstil ist in diesen Landtag eingekehrt. Ich denke, man hat auch in der bisherigen Schuldebatte durchaus feststellen können, dass die Äußerungen anders geworden sind. Dennoch muss ich sagen: Wenn wir einen neuen Politikstil wagen wollen, dann sollte man aufhören mit alten Schuldzuweisungen. Man sollte auch ein bisschen bei der Formulierung von Anträgen abrüsten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

In dem Antrag der GRÜNEN wird eine Anhörung gefordert, wozu wir im Vorfeld schon gesagt haben, dass wir dabei sind und wir es für richtig halten. Aber im ersten Satz steht:

Der Landtag stellt fest, dass das hessische Schulsystem nach neun Jahren CDU-Bildungspolitik ... in schlechter Verfassung ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch!)

Dazu kann ich nur sagen: Von 1999 bis 2003 ging es den Schulen in Hessen hervorragend. 2003 war die Schullandschaft in Hessen in äußerst guter Verfassung. Damals haben wir gemeinsam mit der CDU regiert, und da ging es mit den Schulen aufwärts.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb können Sie von uns nicht erwarten, dass wir jetzt eine Verurteilung von neun Jahren Schulpolitik vornehmen, von denen wir vier Jahre sehr positiv mitgestaltet haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber die Kultusministerin hat die CDU gestellt!)

Für die Zukunft gesehen, muss es einen Wettbewerb um die besten Ideen geben. Sie haben recht, Herr Wagner: Wir müssen in die Zukunft schauen und dürfen nicht nur

das reparieren, was zurzeit am wichtigsten ist. Ziel aller Anträge und aller Bestrebungen muss eine Qualitätsverbesserung des Schulalltags in Hessen sein. In diesem Zusammenhang sind die Ganztagsangebote sehr, sehr wichtig. Je länger die Kinder in der Schule sind, desto mehr Räume brauchen sie, umso mehr Entspannungsmöglichkeiten brauchen sie. Ich bin der Überzeugung, das gilt nicht nur für die G-8-Schulen, nicht nur für die Gymnasien, sondern das muss auf alle Schulen ausgeweitet werden.

(Beifall bei der FDP)

Dabei ist allerdings Voraussetzung, dass das nur auf die Schulen ausgeweitet wird, die das wollen, und nur so ausgeweitet wird, wie es diese Schulen wollen. Es gibt mit Sicherheit auch Schulen, denen reicht es durchaus, wenn sie im Programm pädagogische Mittagsbetreuung sind, weil sie nämlich gar nicht wollen, dass die Schüler am Nachmittag in der Schule sind. Frau Habermann, dazu gehört auch die Entscheidung, wie die Schule die Hausaufgabenstellung strukturiert. Wir reden immer von der Eigenverantwortung von Schule, aber Sie wollen den Schulen jetzt wieder vorschreiben, an welchen Tagen sie Hausaufgaben geben dürfen und an welchen nicht.

(Beifall bei der FDP)

Zur Qualitätsverbesserung gehört auch eine deutliche Veränderung des Unterrichts. Wir alle haben gesagt, man muss die Lehrpläne entschlacken. Ich habe aber in der „Süddeutschen Zeitung“ einen Artikel von Ulrich Hermann gefunden, der mir noch besser gefällt. Der schreibt Folgendes.

Erstens sind die heutigen Lehrpläne keine Lehr-, sondern Stoffverteilungspläne. Zweitens sind sie nicht einfach Pläne, sondern Vorschriften und insofern ein zentrales Instrument der bürokratischen Verregelung der Schule. Drittens sind Lehrpläne keine Lehrgänge, denn sie sagen ja nicht, wie die Schüler praktisch vorgehen sollen.

Er sagt also, man soll sehr viel weniger darauf achten, was die Lehrer unterrichten, was sie den Schülern an Input geben, sondern darauf, was die Schüler anschließend tatsächlich können. Hermann sagt: Die Hauptaufgabe einer Lehrkraft besteht nicht darin, ständig Unterricht zu erteilen. Das stört die Schüler nur bei der Arbeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wenn man den Unterricht generell verbessern will, dann muss man sehr viel grundsätzlicher an diese Fragen herangehen, als wir das jetzt vorhaben.

Für die FDP-Fraktion ist eine wirkliche und nachhaltige Qualitätsverbesserung für die Schulen nur über zwei Wege zu erreichen. Der eine betrifft die Ausstattung der Schulen. Wir plädieren nachhaltig für unseren Vorschlag, den Schulen eine Lehrerversorgung im Umfang von 105 % zuzuweisen, wobei die Schulen 20 % der Zuweisung in Form von Geld bekommen können. Dann haben sie die Chance, sich zu entscheiden, ob sie mehr Lehrer oder mehr Sozialpädagogen einstellen oder ob sie das Geld für Sachmittel ausgeben wollen.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Weg betrifft die Eigenverantwortung für die Verwendung dieser Schulressourcen. Deshalb ist das ein ganz, ganz wichtiger Bestandteil der zukünftigen Schulpolitik der FDP-Fraktion. Wenn wir die größten Missstände beseitigt haben, muss mit Volldampf in Richtung Eigen-

verantwortung und Rechtsfähigkeit der Schulen gefahren werden. Das fehlt uns in den Anträgen der anderen Fraktionen. Die atmen nicht so sehr die Luft der Freiheit und der Eigenverantwortung, obwohl wir uns in den vorhergehenden Legislaturperioden und Debatten an diesem Punkt eigentlich ziemlich einig waren.

Dem Ziel der Eigenverantwortung muss alles auf dem Weg dorthin untergeordnet und diesem Ziel gegenüber verantwortet werden.

Ich komme jetzt zu den Missständen, die schnell beseitigt werden müssen. Es war schon von G 8 die Rede. Der Kollege Wagner und auch Frau Habermann haben gesagt, was sie in früheren Plenarsitzungen schon gefordert haben. Die FDP-Fraktion hat im Mai 2003, also gerade einmal vier Monate, nachdem die absolute Mehrheit der CDU nach der Landtagswahl feststand, einen Antrag eingebracht, mit dem die Entschlackung der Lehrpläne gefordert worden ist. Das war vor fünf Jahren. Wir hätten fünf Jahre lang Zeit dafür gehabt, wenn man schon damals begonnen hätte, das zu einem Ergebnis zu führen. Das wäre für die Schüler sehr viel angenehmer und besser gewesen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CDU)

– Ich kann Ihnen nur sagen, der Antrag ist mit absoluter Mehrheit abgelehnt worden. Wer damals außer uns zugestimmt hat, weiß ich nicht.

Im März 2004, also bevor die Anhörung stattfand und die Umstellung begann, haben wir beantragt, den kooperativen Gesamtschulen den Weg freizugeben, zwischen G 8 und G 9 zu wählen, auch deshalb, um sie zu einer echten Alternative zu dem verkürzten gymnasialen Bildungsgang zu machen. Dann hätten die KGS – das halte ich für eine ganz, ganz wichtige Entscheidung – die freie Wahl gehabt. Dann hätten sie die Förderstufen nicht abschaffen müssen. Wir hätten noch KGS mit originären Förderstufen. Übrigens muss man den KGS kein Grundschulgutachten vorlegen, wenn man sein Kind in die Förderstufe anmeldet.

Eine Alternative wären kooperative Gesamtschulen mit gymnasialen Eingangsklassen und – parallel dazu – Förderstufen. Auch das ist ein Modell, eine echte Alternative zum Gymnasium, denn viele kooperative Gesamtschulen haben gymnasiale Oberstufen. Das bedeutet, dass die Schüler nicht mehr wechseln müssen. Der Wechsel nach der 10. Klasse in eine fremde Schule, in eine andere gymnasiale Oberstufe ist eine Notwendigkeit, über die viele Eltern klagen. Deshalb halten wir eine freie Wahl für die kooperativen Gesamtschulen für ganz wichtig.

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag, mit dem Sie uns auffordern, zu beschließen, dass alle Umwandlungen von KGS in eine IGS sofort genehmigt werden sollen. Wenn eine kooperative Gesamtschule die Möglichkeit hat, zu G 9 zurückzukehren, bin ich aber nicht sicher, ob wirklich alle integrierte Gesamtschulen werden wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das muss man sie erst einmal fragen. Deshalb sage ich für meine Fraktion: Wir wollen heute nicht festlegen, dass alle Anträge genehmigt werden müssen. Wir wollen, so steht es in unserem Antrag, dass die Landesregierung unverzüglich mit den kooperativen Gesamtschulen ins Gespräch eintritt, sie fragt, ob der Antrag auf Umwandlung weiterhin aufrechterhalten bleibt, wenn sie die Möglichkeit haben, zu G 9 zurückzukehren. Wenn sie das weiterhin wollen, sind wir dafür, dass die Anträge sofort genehmigt werden.

ragt werden. Ich denke aber, man muss das erst einmal mit den Schulen rückkoppeln und sie fragen: Die Situation verändert sich. Wollt ihr das trotzdem?

(Beifall bei der FDP)

Wir halten die Schulvielfalt in Hessen und die Möglichkeit der Wahl zwischen einem Gymnasium, einer kooperativen Gesamtschule und einer integrierten Gesamtschule für ein wirkliches Markenzeichen Hessens. Für die FDP-Fraktion ist die freie Wahl der Schulform auch ein Freiheitsthema. Wir wollen nicht, dass es eine Schule gibt, in die alle Kinder gehen müssen, und die Eltern keine freie Auswahl mehr haben.

Das Kerncurriculum habe ich schon angesprochen. Ich denke, daran muss sehr dringend gegangen werden. Allerdings darf die zuständige Arbeitsgruppe nicht nur aus Lehrern bestehen.

(Beifall bei der FDP)

Da müssen auch Fachdidaktiker, Professoren, Vertreter von Unternehmerverbänden und Gewerkschafter vertreten sein. Es ist doch klar, dass ein Fachlehrer für sein Fach wirbt, für sein Fach schwärmt, es liebt und sich nicht gerne irgendwelche Unterrichtsinhalte herausnehmen lässt.

Die Studentafel muss man in Richtung Ganztagsbetrieb strecken. Wenn das relativ schnell, zum nächsten Schuljahr, geschieht, wäre das wunderbar. Die Unterrichtsgarantie plus muss ebenfalls geändert werden. Hierzu haben wir gleich zu Anfang des Jahres 2006 gefordert, dass man den Schulen das Geld gibt und ihnen in Eigenverantwortung überlässt, was sie mit diesem Geld machen und wie sie eine verlässliche Schule organisieren.

Lassen Sie mich ein kleines Beispiel für die derzeitige übergroße Eigenverantwortung erzählen. Die Schulen bekommen Sachmittel aus U-plus-Geldern. Davon dürfen sie Papier kaufen, weil sie ja Unterrichtsmaterialien vorbereiten müssen. Sie dürfen davon aber nicht die Tuschepatrone bezahlen, mit deren Hilfe das Papier mit Unterrichtsmaterialien bedruckt werden könnte. So etwas nennt sich Eigenverantwortung von Schule.

(Beifall bei der FDP)

Nach Beseitigung der größten Mängel bei G 8 und U+ gibt es ein wichtiges Ziel für die Schulen in Hessen: Ruhe und Freiheit. Sie brauchen Freiheit in der Verwendung der Mittel. Sie brauchen Freiheit in der Unterrichtsorganisation. Sie brauchen Freiheit in der Unterrichtsgestaltung. Sie brauchen Ruhe, damit sie ihre Schulprogramme endlich durchsetzen können – im Rahmen von Zielvereinbarungen, die mit den nötigen Mitteln unterfüttert werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Weg in die Eigenverantwortung muss sich auch die Kultusverwaltung verändern. Sie muss sich von einem Oberaufseher, wie sie sich momentan den Schulen gegenüber geriert, zu einem Dienstleister für die Schulen entwickeln. Wenn die Schulen mit ihren Problemen ernst genommen werden, wenn man wieder auf sie hört, dann wird sich auch die Stimmung an den Schulen in diesem Lande ändern. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Das Wort hat Herr Kollege Irmer, CDU-Fraktion.

### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem Antrag der Sozialdemokraten starten, was die Umwandlungsangelegenheit angeht. Frau Kollegin Hartmann, ich hätte die große Bitte – damit schließe ich mich dem an, was Frau Kollegin Henzler gesagt hat –, dass man den heute noch nicht abschließend verabschiedet. Wir werden die Überweisung an den Fachausschuss beantragen, weil wir in der Tat Gesprächsbedarf haben.

Ich will an dieser Stelle nicht die Frage erörtern, inwieweit der Antrag im Grunde rechtlich zulässig ist, weil es im Schulgesetz ein verankertes Verfahren gibt, wie mit Schulentwicklungsplänen und entsprechenden Anträgen umzugehen ist. Ob das zulässig ist, sei dahingestellt. Unabhängig davon glaube ich, dass keiner im Saal in der Lage ist, derzeit alle Anträge sachlich zu prüfen.

Deshalb wäre meine oder unsere Bitte, dass wir das im Kulturpolitischen Ausschuss in der ersten Sitzung erörtern – in aller Form und Offenheit –, dass das Ministerium gebeten wird, einen jeweiligen Sachstand dazu zu geben. Was die Frage der Antragsgestaltung angeht, haben Sie nach meinem Kenntnisstand zwei Schulen erwähnt, die noch keine Anträge gestellt haben. Das wird man sicherlich in der Diskussion vertiefen können.

Unabhängig davon teile ich das, was Frau Henzler in der Sache gesagt hat. Diese Anträge, so sie denn gestellt worden sind, sind zu einem Zeitpunkt gestellt worden, als wir bei den kooperativen Gesamtschulen G 8 obligatorisch hatten. G 8 ist jetzt nach gemeinsamem Willen nicht mehr obligatorisch, sondern fakultativ, sodass kooperative Gesamtschulen auch über G 9 befinden können.

Unter diesen veränderten Rahmenbedingungen kann es durchaus sein, dass sich manche Schule, die diesen Antrag jetzt oder vor einiger Zeit gestellt hat, sagt: Darüber würde ich gerne noch einmal nachdenken. – Deswegen macht es Sinn, dass wir in der ersten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses diesen Antrag noch einmal erörtern.

(Reinhard Kahl (SPD): Ach nee!)

Deshalb werden wir eine Überweisung beantragen.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Auch da teile ich das, was Frau Kollegin Henzler gesagt hat. Es war im Grunde genommen absolut wohltuend. Es ist ein bisschen merkwürdig, wenn man hier steht und die alten Rituale gar nicht machen kann: Die einen beschimpfen, und die anderen schimpfen ein bisschen mit. Es ist alles ganz anders geworden.

Das hat aber auch seine Vorteile. Das andere war nicht immer – parteiübergreifend gemeint – unbedingt so ganz zielführend. Ich schließe mich durchaus ein. Wenn aber im Antrag der GRÜNEN in dem ersten Satz steht, dass die Schullandschaft „in schlechter Verfassung“ ist, dann bitte ich um Verständnis, lieber Kollege Wagner. Wir werden beantragen, Punkt 1 und 2 und 3 getrennt abzustimmen, denn die ersten beiden Punkte sind ein Überbleibsel aus den alten Ritualen – Klammer auf: nette Beschimpfung.



(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Dem werden wir selbstverständlich nicht zustimmen können. Der Anhörung sind wir gerne bereit zuzustimmen. Das macht Sinn. Sie ist in der Sache völlig unstrittig. Aber die angeblich schlechte Verfassung – ich glaube, da gehen wir ein bisschen an der Wahrheit vorbei.

(Beifall des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Lieber Herr Kollege Wagner, wir haben sicherlich Fehler gemacht. Ich weiß, andere Fraktionen und andere Menschen machen keine Fehler. Ich gestehe freimütig ein, dass man Fehler macht, dass es vielleicht auch Veränderungen und Entwicklungsprozesse gibt. Ich glaube, dass es der Politik insgesamt parteiübergreifend gut ansteht, auch zu sagen: Jawohl, wir haben gelernt; wir haben gesehen, es hat Fehlentwicklung gegeben; wir sind bereit, Fehlentwicklungen zu korrigieren. – Ich halte das nicht für ein Zeichen von Schwäche, sondern für ein Zeichen von Stärke.

(Beifall bei der CU)

Was die angeblich schlechte Verfassung, losgelöst von einzelnen Punkten und Problemen, die es objektiv gab, angeht, möchte ich in aller Ruhe darauf hinweisen, dass wir es in den letzten neun Jahren insgesamt geschafft haben, einen Bildungs- und Erziehungsplan ins Leben zu rufen, dass die Stundentafel in der Grundschule so dramatisch erhöht wurde, dass heute ein Grundschüler, wenn er die Grundschule verlässt, ein Dreivierteljahr mehr Unterricht hat, als es noch vor vielen Jahren der Fall war.

Der Unterrichtsausfall ist komplett beseitigt worden. Wir haben das Landesabitur eingeführt, SchuB-Klassen eingerichtet, die Lehrerbildung reformiert, dreieinhalbtausend Lehrer zusätzlich eingestellt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind auch wieder Textbausteine!)

Meine Damen und Herren, wenn man das alles resümiert, glaube ich, mit Fug und Recht sagen zu können: Ganz so schlecht war es nicht. Insgesamt gesehen ist Schule sehr wohl in guter Verfassung. Aber nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden könnte. Auch deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, der Ihnen vorliegt.

Kollege Wagner hat die Frage gestellt, ob wir die Kraft haben, auch die Zukunft zu gestalten. In der Pressekonferenz habe ich gesagt, wir sind für die Beibehaltung des gegliederten Schulwesens. Natürlich sind wir das. Das ist essenzieller Bestandteil. Aber das impliziert natürlich Schulwahlfreiheit. Das haben wir zigmal gesagt.

Wir wollen, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie ihr Kind in eine Schulform des gegliederten Schulwesens schicken oder in eine integrierte Gesamtschule in Reinkultur oder in eine kooperative Gesamtschule. Wenn Sie sagen, Sie wollten ein neues Modell erproben – von mir aus: ja. Das hat auch etwas mit Schulwahlfreiheit zu tun. Damit haben wir kein Problem. Aber konstitutiver Bestandteil unseres Schulverständnisses und Freiheitsverständnisses ist, dass dazu in Zukunft auch die Gymnasien, Haupt- und Realschulen gehören.

(Beifall bei der CDU)

Das unterscheidet uns sehr wohl von den Sozialdemokraten, die ganz gezielt in Richtung einer Einheitsschule gehen, die wir nicht haben wollen. Von daher glaube ich, dass Ihre Frage beantwortet worden ist. Ansonsten – auch das in aller Form – haben wir in unserem Antrag gesagt, wir

wollen einen Ausbau der Ganztagsangebote in gebundener und offener Form, ganz allgemein für alle geltend. Wir haben aber gleichzeitig gesagt, schwerpunktmäßig in naher Zukunft und natürlich in besonderer Weise sind die G-8-Schulen in dieses Programm aufzunehmen. Ich glaube nicht, dass sich das widerspricht, sondern im Gegenteil ergänzt.

U+ – verlässliche Schule ist im Antrag formuliert. Ich glaube, hier hat es in der Vergangenheit auch bürokratische Hürden gegeben, die in dieser Form gar nicht notwendig waren, wie wir heute wissen. Aber auch das kann man weiter optimieren. Deshalb möchten wir hier auch die Möglichkeit für Schulen schaffen, über das hinaus, was im Antrag steht, dass Schulen sogenannte Minijobs vergeben können, um damit ein Mehr an Flexibilität und Kontinuität gleichzeitig gewährleisten zu können.

Zum Thema G 8 ist im Grunde genommen das Wesentliche gesagt. Die Vorschläge stehen hier drin. Deshalb brauche ich das nicht zu wiederholen. Generell gilt für uns, dass wir durch unsere, hoffentlich weitgehend gemeinsame, Schulpolitik dazu beitragen können, Schule und Pädagogen insgesamt zu entlasten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gerade im pädagogischen Bereich ist die Belastung eines jeden groß. Deshalb werden wir sukzessive dafür eintreten, dass z. B. der Versuch unternommen wird, Klassenstärken etwas zu reduzieren. Im Bereich der Grundschule sind kleinere Klassen im Landesdurchschnitt überhaupt kein Thema. Auch im Hauptschulbereich gilt das.

Aber wir wissen auch, dass gerade an den Gymnasialklassen in den Unterstufen die Klassenstärken schlicht und ergreifend zu groß sind. Das ist kein Staatsgeheimnis. Deshalb müssen wir sehen, dass wir dort zu Entlastungsmaßnahmen kommen. Das heißt auch, beispielsweise die Möglichkeit für Differenzierungsstunden durch mehr Lehrer schaffen.

Förderpläne vereinfachen – ein weiterer Punkt, der sicher zur Entlastung beiträgt, auch perspektivisch. Schulsozialarbeit, Schulpsychologen und Verwaltungskräfte für große Schulsysteme werden dazu beitragen, dass Kolleginnen und Kollegen in ihrer schwierigen Arbeit entlastet werden. Genauso werden Schule und Schulorganisation durch eine zwingend notwendige Entbürokratisierung, durch mehr Eigenständigkeit und mehr Eigenverantwortung entlastet. Ich glaube, da sind wir im Kern insgesamt relativ nahe beisammen. Wir werden darüber zu streiten haben, wie es im Detail aussieht. Aber die Kernaussage ist hier in dieser Runde relativ unstrittig.

Dazu gehört beispielsweise die Geschichte der Schulgirokosten. Das ist ein altes Thema. Da sind wir uns in der Sache einig. Das muss jetzt umgesetzt werden – das ist auch keine Frage. Was uns aus meiner Sicht noch etwas auf den Nägeln brennt, ist kein Massenphänomen, aber eine ärgerliche Geschichte, nämlich wie diese BAT-Verträge geregelt sind. Hier müssen wir zu Veränderungen kommen. Dazu gibt es durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Aber ich glaube, dass wir eine große Chance haben, im Interesse aller betroffenen BAT-Kräfte, auch im Sinne der Kontinuität des Unterrichts, zu einer Veränderung zu kommen.

Deshalb unser Appell an Sie alle: Lassen Sie uns das in dieser offenen Form gemeinsam in den nächsten Sitzungen des Kulturpolitischen Ausschusses erörtern. Wir freuen uns auf eine sachliche Diskussionsrunde. Ich

glaube, dass wir dann gemeinsam sehr wohl Verbesserungen für die Schulen in diesem Land herstellen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Irmer. – Das Wort hat Frau Kollegin Cárdenas, Fraktion DIE LINKE.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben fünf Anträge vorliegen, die sich mit der hessischen Bildungspolitik befassen. Ich möchte kurz voranstellen, welche fünf grundlegenden Fragen wir uns jeweils stellen, um zu beurteilen, ob wir die vorgeschlagene Maßnahme unterstützen können.

Erstens. Ist die Maßnahme geeignet, um mehr gemeinsames Lernen und Bildungsgerechtigkeit für alle herzustellen, oder befördert sie eher eine Auswahl?

Zweitens. Zielt sie auf den Ausgleich von Benachteiligung ab, indem sie das einzelne Kind in den Blick nimmt und individuell und ressourcenorientiert fördert, oder orientiert sie sich eher auf Wettbewerb entlang einer sogenannten Norm?

Drittens. Geht sie von einem Menschenrecht auf Bildung aus, die von daher auch kostenfrei anzubieten ist, oder soll Bildung Marktgesetzen folgen, sollen Angebot und Nachfrage reguliert und den Erwartungsinteressen der Wirtschaft unterworfen werden?

Viertens. Haben die beteiligten Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern ausreichende Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitwirkung, oder werden Ziele, Inhalte und Methoden vorgegeben?

Schließlich fünftens. Sind die dafür notwendigen Rahmenbedingungen mit bedacht worden?

Schauen wir nun einmal auf die Anträge.

Zum Antrag der SPD, den Willen der Schulgemeinden umsetzen. Integrierte Gesamtschulen gehen beim gemeinsamen Lernen weiter als kooperative Gesamtschulen, die das dreigliedrige Schulsystem lediglich unter einem Dach vereinen. Daher unterstützen wir den Antrag, beantragte integrierte Gesamtschulen schnellstmöglich zu realisieren bzw. Umwandlungen in diese zu genehmigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Entschließungsantrag der GRÜNEN, zerstörtes Vertrauen zurückzugewinnen. Sicher ist das hessische Bildungssystem sukzessive heruntergewirtschaftet worden.

(Lachen des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sicher war der Umgang des Kultusministeriums mit Lehrerverbänden, Schüler- und Elternvertretungen nicht gerade von Vertrauen geprägt.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Es gab Unstimmigkeiten, das ist richtig!)

Sicher kann es sinnvoll sein, als ein erstes Signal eine Anhörung mit allen wichtigen bildungspolitischen Akteuren durchzuführen. Daher können wir diesem Antrag auch zustimmen.

Folgendes aber möchten wir trotzdem anmerken.

Erstens. G 8 und Unterrichtsgarantie plus sehen wir nur als Spitze eines Eisbergs, als die Tropfen, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Die Gymnasialeltern haben sich massiv gewehrt und sich berechtigt gegen die drastische Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen und den erhöhten Stress gewandt.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, bei Ihnen wird es doch gar kein Gymnasium mehr geben!)

Aber demnächst sollten wir uns unbedingt den weniger spektakulären Bereichen, den Schülern ohne Lobby, zuwenden – nämlich Förderschülern, Schülern mit Förderbedarf in den Regelschulen, armen Kindern, Kindern, die wegen ihres Migrationshintergrundes benachteiligt sind, usw.

Zweitens. Eine Anhörung ist keine Anhörung. Wir fordern dazu auf, jährlich – oder besser halbjährlich – rechtzeitig vor Ende des Schulhalbjahres eine Anhörung anzusetzen und diese als Regel zu etablieren, um die Entwicklungen im Bildungsbereich zu reflektieren und gegebenenfalls rechtzeitig neu zu justieren.

Drittens halten wir die generelle Verbesserung der Mitwirkungsregeln auf allen Ebenen für ebenso wichtig: eine Stärkung der Rechte der Schulkonferenzen und einen Ausbau der Mitbestimmung für die Beschäftigten.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Sofortprogramm Schule. Wir haben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits ausführlich geantwortet und unsere Position dazu schriftlich dargelegt.

Einzelne Punkte davon könnten wir sofort unterschreiben, z. B. die Reform der Lehrerbildung, den Abbau von Bürokratie und Gängelung. Andere müssten ergänzt werden. Zum Beispiel halten wir neben einem Sozialfonds einen Lernmittelfonds für unbedingt notwendig. Auch darf der Stopp der neuen Verwaltungssteuerung nicht nur „vorerst“ gelten.

Manches ist zu ungenau oder bleibt im Appellativen stecken – wie bei der verlässlichen Schule. Nach unserer Meinung kann es doch nicht Teil eines Sofortprogramms sein, dass der Landtag lediglich feststellt, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sind erforderlich. Vielmehr muss tatsächlich Geld in die Hand genommen werden, damit sich sofort etwas ändern kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung und eine zehnprozentige qualifizierte Reserve sind der notwendige Rahmen dafür, dass Unterricht gelingen kann.

Bereits vor der Wahl haben wir einen diesbezüglichen Antrag vorbereitet und der Öffentlichkeit vorgestellt, und in Kürze werden wir ihn hier einbringen.

Zu einigen Punkten stehen wir aber auch ganz anders, z. B. zu G 8. Wir fordern die generelle Rückkehr zu G 9; dazu komme ich noch einmal.

Außerdem möchten wir zwei Punkten, die bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter „ferner liefen“ stehen, mehr Gewicht geben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum haben Sie in Berlin G 8 zugestimmt?)

Der Ausbau der Ganztagschulen auch im Primarbereich in gebundener Form ist unseres Erachtens die richtige Antwort auf viele pädagogische und soziale Probleme. Die Gemeinschaftsschule, das gemeinsame Lernen für alle ohne den Verweis an Förderschulen und ohne Sitzenbleiben, ist für uns ebenfalls von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Sofortprogramm muss unseres Erachtens zumindest erste Schritte in diese Richtung benennen. Das könnte z. B. die Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts in qualifizierter Form sein.

Schließlich fehlen Schritte im Übergangsfeld Kindertagesstätte/Schule wie auch im Übergangsfeld Schule/Beruf. Hier werden berechtigterweise ebenfalls hohe Erwartungen an den neuen Landtag gestellt.

Zu allen vier Punkten werden wir eigene Anträge einbringen oder entsprechende Anträge unterstützen.

Kurz und gut: Ein hessisches Sofortprogramm Schule wird dringend benötigt, aber das braucht noch ein bisschen mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir zum Antrag der FDP zu G 8. Ein Gutes hat G 8: Wir verdanken es dieser unseligen Reform, dass Themen wie Ganztagsunterricht, Mittagessen, die Verantwortung der Schulen für die Hausaufgaben, individualisierte Förderung, Überprüfung der Lehrpläne usw. wieder öffentlich diskutiert werden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Irmer, Sie haben es schwer!)

Dies sollten wir nutzen, aber nicht für G 8. Wir wollen G 8 nicht reformieren, sondern abschaffen und zu G 9 zurückkehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu hat mein Kollege Willken schon etwas gesagt, und ich werde das nicht weiter ausführen. Nur eines noch: Als Psychologin sehe ich ergänzend die stark gestiegene Belastung, unter der aufgrund der Ausleseprozesse die Kinder, aber auch ihre Eltern als Coach und Nachhilfelehrer stehen – besonders dann, wenn sie die kommerzialisierte Nachhilfe nicht bezahlen können.

Sicher, über einzelne Ideen im FDP-Antrag könnte man sprechen, z. B. über die Stärkung des selbst organisierten Lernens. Allerdings gehe ich davon aus, dass die FDP und wir darunter unterschiedliche Dinge verstehen.

Der Rest aber ist für uns nicht akzeptabel und kulminiert in dem Vorschlag, Vertreter von Unternehmerverbänden in die Lehrplankommissionen der Schulen zu holen. Was sollen die denn dort, bitte schön? Wer will denn, dass Unternehmerverbände mit darüber entscheiden, welche Inhalte ein Lehrplan allgemeinbildender Schulen vorsieht und welche nicht?

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU)

Daher können wir dem FDP-Antrag auf keinen Fall inhaltlich zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum letzten Antrag, der von der CDU nachgereicht worden ist. Ganz kurz: Ausbau der Ganztagschulen – prima. Bedingungen an den Hauptschulen, wie sie generell in den SchuB-Klassen existieren – prima, solange wir nicht zur Gemeinschaftsschule kommen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwarz-dunkelrot!)

Zusammenarbeit mit Realschulen – wir lehnen ein Zwei-Säulen-Modell ab. Verlässliche Schule – nur U-plus-Mittel reichen meines Erachtens nicht; dazu habe ich eben schon etwas gesagt. An G 8 festhalten – natürlich nicht. Sozialindizes – ich denke, okay, wir beobachten die Situation; generell ist es gut, dass Schulen, die unterschiedlichen Herausforderungen begegnen müssen, unterschiedlich entlastet werden. Das sehen wir durchaus so. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Das war die erste Rede der neuen Kollegin. Herzlichen Glückwunsch dafür im Namen des ganzen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, noch eingegangen und an Sie verteilt ist zu Tagesordnungspunkt 4 ein **Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/37**, zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wille der Schulgemeinden umsetzen – Gesamtschulen genehmigen –, Drucks. 17/17. Ich glaube, der ist bei Ihnen angekommen, ja?

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Herzlichen Dank. – Dann gebe ich jetzt der Landesregierung in Form des Kultusministers Banzer das Wort.

#### Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hatte ich erwartet, dass es einer der wenigen Vorteile ist, wenn man sich nicht als Justizminister, sondern als Kultusminister engagieren muss, dass man die Frage der Verantwortlichkeiten und der Schuldfrage, die Juristen immanent ist, in der Kultuspolitik nicht pausenlos beantworten muss. Ich wäre auch dankbar, wenn wir uns das für die Zukunft ersparen würden. Es führt zu nichts, wenn wir darüber nachdenken, welche Situation wir in den Schulen vor neun Jahren vorgefunden haben, wie viele ausgefallene Schulstunden, welches Ansehen das hessische Abitur hatte oder wie man damals über Ganztagschulen dachte. Ich glaube, es ist gut, wenn wir über neue Fragestellungen reden.

Wenn man sich überlegt, was heute alles vorgetragen wurde, dann war das eine Stoffsammlung sämtlicher denkbarer Problemstellungen, die man sich in der hessischen Schulpolitik vorstellen kann.

In diesem Zusammenhang habe ich etwas die Sorge – das nächste Schuljahr kommt ungewöhnlich schnell, wir haben frühe Sommerferien –, wenn wir all dies in einem überstürzten Reformprozess angehen, werden wir den Schulen nicht helfen, sondern sie noch mehr in Unsicherheit und Unruhe stürzen. Deswegen ist es wichtig, dass wir

vernünftige Prioritäten setzen, worum wir uns zu kümmern haben und was vorrangig ist.

Es ist eine vernünftige Idee, eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Dies kann auch – ich betone „auch“ – im Wege einer Anhörung geschehen. Ich denke, dass das nützlich ist und dazu dient, dass Gruppen noch einmal ihre Position deutlich machen können.

Wichtig ist, dass wir nicht alle Zeit und alle Kraft auf die reine Diskussion über Organisationsstrukturen verlegen. Es kommt mir ein bisschen vor wie ein deutsches Urübel, erst einmal über Organisationsstrukturen zu reden und dabei die inhaltliche Qualität der Schule, wie es Frau Henzler gesagt hat, ein wenig in den Hintergrund zu rücken. Ich glaube, dass das Thema Qualität der Schule auch das schwierigere ist. Über Organisation kann man sich viel besser auseinandersetzen. Trotzdem sollten wir den Versuch machen, möglichst bald über die Qualität der Schule zu reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In einem Punkt kann man auf das verweisen, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat: dass wir uns selbstverständlich auch als Servicestruktur für den Landtag verstehen, dass wir aber auch in dieser besonderen Situation die unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten im Auge behalten wollen. Schulentwicklungspläne und Organisationsänderungen werden nicht im Landtag beschlossen. Dafür gibt es ein Verfahren, das im Hessischen Schulgesetz vorgesehen ist – mit gutem Grund. Ich glaube, dass es in ruhigen Zeiten konsensfähig ist, dass wir in einem sehr komplexen Anhörungsverfahren die Schule, aber insbesondere auch den Schulträger zu hören haben, dass wir überlegen müssen, wie sich eine Organisationsentscheidung auf benachbarte Schulen, auf die gesamte Schulstruktur einer Region auswirkt. Dieses Verfahren kann nicht einfach durch einen Beschluss ersetzt werden, selbst wenn er mit der Weisheit des Hessischen Landtags getroffen wird.

Deswegen weise ich darauf hin, dass dieser Antrag so, wie er vorgelegt wird, erheblichen rechtlichen Bedenken begegnet. Es gibt dazu rechtskräftige Bescheide für eine Anzahl der Schulen, die hier aufgeführt sind. Da kann man nicht ohne Weiteres sagen, das zählt nicht mehr, sondern da muss man überlegen, ob man, wenn es gewünscht wird, ein neues Verfahren beginnt. Hier sind sogar Schulen aufgeführt, bei denen es gar keinen entscheidungsfähigen Antrag im Sinne unseres Schulgesetzes gibt. Spätestens da würden wir in erhebliche Probleme kommen. Deswegen rege ich an, dass wir diese Thematik noch einmal in Ruhe im Ausschuss diskutieren.

Vordringlich ist, dass wir im Bereich von G 8 vorwärtskommen; das ist ehrgeizig genug, wenn Sie nur überlegen, dass die Entlastung der Lehrpläne nur mit entsprechenden Mitbestimmungsvorläufen abzuwickeln ist. In diesem Zusammenhang bin ich dankbar, dass ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Landeselternbeirats ergeben hat, dass dort eine große Bereitschaft besteht, mitzuhelfen, dass man in einem möglichst geordneten Verfahren noch das hinbekommt, was möglich ist. Aber das ist natürlich kein Freibrief, sondern das hängt eben auch davon ab, welche Veränderungen sich als notwendig erweisen.

Wenn man sich überlegt, dass sich das menschliche Wissen alle vier Jahre verdoppelt und dass wir in der Schule den Anspruch erheben, schon einen Teil des menschlichen Wissens in die Köpfe der kleinen Schülerinnen und Schüler hineinzubekommen, sieht man, dass es nicht nur eine

Frage von G 8 ist, sondern dass es eine ständige Aufgabe bleibt, sich die Lehrpläne anzuschauen und zu überlegen: Welches Wissen ist jetzt notwendig zum Verständnis dieser Welt, was ist notwendig, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein?

Deswegen ist es richtig, sich weniger an diesen Wissensfragen, an den Inhalten zu orientieren, sondern stärker auf das Thema Bildungsstandards einzugehen, also Methodenkompetenz zu erlangen, die Art, zu lernen, sich Wissen zu verschaffen in der Situation, in der man es benötigt. Anders wird es nicht mehr gehen. Unsere Informationsgesellschaft, die wir alle genießen, hat an dieser Stelle auch eine Problematik, die vor den Schulen nicht haltmacht. Ich glaube, dass dies gerade in der aktuellen Situation, zehn Wochen vor Schuljahresschluss, eine sehr schwierige Fragestellung ist.

Wir müssen schauen, ob wir die Verteilung der Stunden anders organisieren können, inwieweit wir hier auch die Gestaltungsmöglichkeit der einzelnen Schulen erhöhen können. Hier muss Spielraum bleiben, dass sich auch regionale Unterschiede auswirken können. Ich glaube ohnehin, dass es richtig ist, der Schule möglichst viel Freiheit zu belassen. Aber jeder, der sich mit Freiheit beschäftigt, weiß, dass Freiheit zwei Gegner hat: Chaos und Verantwortungslosigkeit. Beides muss berücksichtigt werden. Zu viel Freiheit kann dazu führen, dass man kaum noch von einer Schule zur anderen wechseln kann. Es muss schon noch Spielregeln geben, die ermöglichen, dass sich Eltern aus beruflichen oder anderen Gründen von einem Ort zum anderen verändern können und dabei nicht damit rechnen müssen, dass das Kind in eine völlig neue Welt eintritt, in der es nicht mehr die Möglichkeit gibt, sich in eine neue Schulsituation einzufinden.

An dieser Stelle gibt es eine Grenze für die Gestaltung von Freiheit an den Schulen. Das wird man abwägen müssen, und wir müssen mit den Schulen diskutieren, dass wir diese Grenzen einhalten. Ich glaube, dass Konsens darüber besteht, dass wir das im Auge behalten sollten.

Das ist auch einer der wichtigen Gründe, warum wir so engagiert an G 8 festhalten: weil G 8 inzwischen Standard in Deutschland geworden ist und wir die hessischen Schülerinnen und Schüler nicht in eine Situation bringen können, dass sie fast die einzigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland wären, die diese Möglichkeit nicht hätten. Auch dies würde bei Umzügen, bei Veränderungen zu ganz erheblichen Belastungen führen.

Wir müssen insgesamt über Ganztagschulen reden. Das ist für Deutschland, auch für Hessen, obwohl wir die meisten Angebote haben, eine neue Jugendkultur, eine neue Aufgabenstellung, wie wir diesen Bereich von Leben für junge Leute, aber auch von gesellschaftlichem Leben insgesamt organisieren. Natürlich ist das eine Frage nicht nur für Gymnasien, sondern für alle Schultypen. Das ist gesellschaftliche und ökonomische Realität; darauf müssen wir uns einstellen. Das hat für das Ehrenamt, für viele Bereiche im gesellschaftlichen Leben, wenn Sie so wollen, bis zum öffentlichen Personennahverkehr, Konsequenzen, auf die wir uns einstellen müssen und über die wir in Gelassenheit diskutieren müssen.

Ich will deutlich machen, dass ich nicht die Ganztagschule als notwendige Konsequenz von G 8 sehe. Aber im Rahmen von G 8 muss man spezifische Ressourcen für Ganztagschulen vorhalten, damit G 8 überhaupt funktionieren kann.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kultusminister, gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis, dass die Redezeit der Fraktionen abgelaufen ist.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Dann bin ich froh, dass die Redezeit um ist, weil mich das davon abhält, noch zu vielen anderen Fragen Stellung zu nehmen.

(Heiterkeit)

Sie haben Anträge gestellt, über die man fraglos mehrere Stunden diskutieren kann. Wenn wir das nicht hier tun, tun wir es sicherlich in den Ausschüssen. Ich freue mich auf die entsprechende Diskussion.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kultusminister. Sie wissen, dass Sie auch länger hätten reden können. Trotzdem, vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung. – Herr Kahl, zur Geschäftsordnung.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bitten um direkte Abstimmung unseres Dringlichen Antrags betreffend Wille der Schulgemeinden umsetzen – Gesamtschulen genehmigen, Drucks. 17/17, in der Fassung des Änderungsantrags. Es ist notwendig, dass die Schulen bald Klarheit bekommen. Das neue Schuljahr steht vor der Tür, deswegen sollte jetzt über diesen Antrag abgestimmt werden. Die Schulen sollten sich auf die neue Situation einstellen können. Der Wille der Eltern, der Schulgemeinde und des Schulträgers sollte durchgesetzt werden.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kahl. – Herr Kollege Wintermeyer, zur Geschäftsordnung.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir widersprechen dem Antrag. Kollege Irmer hat die Überweisung des Antrags an den zuständigen Ausschuss beantragt. Das möchte ich kurz begründen. Es ist erstens ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, dass Anträge erst seit drei Tagen auf der Tagesordnung stehen – das wird dem geschuldet sein, dass wir am 05.04. unsere erste Plenarsitzung hatten –, und noch ungewöhnlicher ist, dass vom Antragsteller offensichtlich ein unrichtiger Text vorgelegt wurde und dieser mit einem Änderungsantrag nachgebessert werden muss.

Wenn ich noch eines hinzufügen darf: Es ist äußerst ungewöhnlich, und deswegen sollte man noch einmal im Kulturpolitischen Ausschuss darüber sprechen, dass wir hier einen Antrag vorliegen haben, der nicht jetzt schon den Elternwillen umsetzen will – lesen Sie Ihren Änderungsantrag richtig durch –, der nämlich lautet: „... und bei Vorliegen der Beschlüsse des Schulträgers zu genehmigen“. – Das heißt, die Beschlüsse liegen noch gar nicht vor. Herr

Kollege Kahl, es gibt überhaupt keine Eile. Deswegen halte ich es für richtig, diesen Antrag erst im Kulturpolitischen Ausschuss zu besprechen. Der Ausschuss wird sicherlich innerhalb kürzester Zeit tagen. Dort kann die Fachberatung geführt und abschließend abgestimmt werden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Kahl, Sie bleiben dabei, dass wir sofort abstimmen sollen?

(Reinhard Kahl (SPD): Selbstverständlich, das war nicht überzeugend!)

– Es war nicht überzeugend, sagen Sie. – Dann bleiben wir dabei, dass es zunächst strittig gestellt ist, und kommen darüber zur Abstimmung, ob der Antrag an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen wird. Wer zustimmt, diesen Antrag an den Kulturpolitischen Ausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, GRÜNE und LINKE. Damit werden wir diesen Antrag sofort abstimmen und kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wille der Schulgemeinden umsetzen – Gesamtschulen genehmigen, Drucks. 17/17, in der Fassung der Drucks. 17/37 zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU. Enthaltungen? – FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5: Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zerstörtes Vertrauen in der Bildungspolitik zurückgewinnen – Durchführung einer Anhörung, Drucks. 17/18. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, wir beantragen, diesen Antrag getrennt nach den einzelnen Punkten abzustimmen.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Wintermeyer, haben Sie sich auch noch einmal zur Geschäftsordnung gemeldet?

(Axel Wintermeyer (CDU): Ich stimme der getrennten Abstimmung zu!)

Dann werden wir diesen Entschließungsantrag nach den Punkten 1, 2 und 3 getrennt abstimmen. Wer Punkt 1 des Dringlichen Entschließungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Punkt angenommen.

Wer Punkt 2 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU. Damit ist auch dieser Punkt angenommen.

Wer Punkt 3 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit ist auch dieser Punkt angenommen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tagesordnungspunkte 6, 10 und 12 werden an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen. Sehe ich das richtig? – Ja, dann verfahren wir so.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 7:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – Drucks. 17/20 –**

Ebenso rufe ich **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie die Regelungen gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte – Drucks. 17/21 –**

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 16** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst – Drucks. 17/35 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion.

**Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Dringlichen Antrag will die SPD-Fraktion deutlich machen: Hessen muss zurückkehren in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Dies ist eine Botschaft an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, eine falsche Weichenstellung der letzten Jahre zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und des Abg. Tarak Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es muss Schluss sein mit dem tariflosen Zustand. Erinnern wir uns, im Jahr 2004 hat diese jetzt geschäftsführende Landesregierung ohne Not und ohne Verstand die Tarifgemeinschaft der Länder verlassen. 14 von 16 Bundesländern sind in der Tarifgemeinschaft geblieben und haben einen Tarifvertrag geschlossen, der noch bis zum 31.12.2009 läuft. Einige Bestandteile können bereits bis Ende des Jahres gekündigt werden. Das Land Berlin hat die TdL verlassen, das ist richtig, aber das Land Berlin hat einen eigenen Tarifvertrag geschlossen. Es gibt überhaupt keinen sachlich nachvollziehbaren Grund, dass das in Hessen durchgeführt wurde.

Seit dieser Zeit sind die Mitarbeiter der hessischen Verwaltung, die Tarifbeschäftigten, aber das gilt in analoger Weise auch für die Beamten, abgekoppelt von den allgemeinen Einkommensentwicklungen. Dies ist ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist, und deswegen muss das schleunigst beendet werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erinnern wir uns, es war nicht nur der Austritt aus der Tarifgemeinschaft. Es gab die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden. Dabei liegt Hessen bundesweit an der Spitze. Es gab Streichungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Wenn man das alles umrechnet, kommt man

teilweise auf Einkommenseinbußen von 17 %. Für Mitarbeiter, die im mittleren Dienst oder in mittleren Vergütungsgruppen tätig sind, ist dies ein Signal gewesen. Offensichtlich schätzt diese Landesregierung ihre eigene Klientel, ihre eigenen Mitarbeiter nicht. Das demotiviert. Das war auch mit ein Grund für die Wahlentscheidung am 27. Januar. So geht man nicht mit der wichtigsten Ressource, nämlich seinen Mitarbeitern, um.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr amtierender Innenminister Bouffier, das Ergebnis, das Sie zu verantworten haben, ist eine Zweiklassengesellschaft in Hessen. Für die einen Mitarbeiter gilt noch der alte BAT im Rahmen der Besitzstandswahrung mit 38,5 Wochenstunden. Für Mitarbeiter, die nach Juli 2004 eingestellt wurden, haben Sie die 42-Stunden-Woche eingeführt. Wenn Mitarbeiter einzelvertragliche Regelungen geändert haben, beispielsweise die Erhöhung der Wochenarbeitszeit aus persönlichen Gründen, oder bei Eingruppierungen im Rahmen von Bewährungsaufstiegen, mussten die Mitarbeiter einen neuen Vertrag unterschreiben, auch mit 42 Stunden. 20.000 Einzelverträge sind geändert worden. Wir haben in den Verwaltungen völlig unterschiedliche Regelungen. Das dient nicht dem Betriebsfrieden, um es freundlich zu formulieren. Das ist ganz klar eine Schlechterstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir wollen mit unserer Parlamentsinitiative sehr früh deutlich machen, dass eine kundenorientierte und gut motivierte Mitarbeiterschaft die entsprechenden Rahmenbedingungen braucht.

Wir haben jetzt Tarifverhandlungen auf vielen Ebenen. Nach Jahren der Einbußen ist es notwendig, dass auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben; denn auch sie sind von Teuerungsraten, etwa bei der Energieversorgung, betroffen. Es ist ein Gebot der Redlichkeit, aber auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, dass sich das Land Hessen als Arbeitgeber dieser Verantwortung stellt, statt sich ihr zu entziehen. Deswegen muss das dringend korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Tagen von den Versuchen der Landesregierung gehört, in sich zu gehen. Es gibt neue Werbeagenturen. Aber man darf nicht nur das Plakat austauschen, sondern man muss auch im Kopf bereit sein, falsche Weichenstellungen zu korrigieren.

Herr Innenminister, die Beratung über unseren Antrag wird eine weitere Nagelprobe sein. So oft können Sie sich gar nicht verbiegen, dass Sie alles korrigieren, was Sie falsch gemacht haben. Verehrter Herr Innenminister Bouffier, deswegen sind wir sehr gespannt auf das, was Sie sagen. Das, was Sie auf die ersten Reaktionen hin gemacht haben –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Ja, Herr Koch, es ist schon interessant, dass Sie glauben, die Mitarbeiter der Landesverwaltung würden all das vergessen, was Sie mit ihnen gemacht haben. Vor den letzten Wahlen haben Sie versprochen, es gebe keine Sonderopfer. Dann haben Sie unverdienterweise die Wahl gewonnen. Aber jetzt haben Sie es doppelt und dreifach zurück-

bekommen. Das ist die ausgleichende Gerechtigkeit an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit tut gelegentlich weh, aber wenn man sie so zitieren kann, ist das eine schöne Geschichte.

Meine Damen und Herren, Ihre ersten Reaktionen glichen dem alten pawlowschen Reflex. Nun wollen wir uns in diesem Landtag besonders lieb haben und anders miteinander umgehen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir bei der Nennung der Zahlen redlich bleiben. Wir haben bei der Vorstellung gesagt –

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Herr Rentsch, ich habe Herrn Hahn ausdrücklich nicht gemeint, obwohl ich auch dazu etwas sagen könnte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zu den ersten Reaktionen auf unseren Antrag. Wir wollen nämlich, dass der Tarifvertrag für die Beschäftigten voll übernommen wird. Wir wollen keine 2,4 % Einkommenserhöhung, per Gesetz festgelegt, und keinen Eingriff in die Tarifautonomie, sondern die 2,9 % Einkommenssteigerungen, die in den Tarifverträgen enthalten sind, sollen übernommen werden. Das würde für die etwa 50.000 Tarifbeschäftigten Mehrausgaben in Höhe von rund 8 Millionen € ausmachen. Dabei geht es nur um die Erhöhung von 0,5 Prozentpunkten.

Herr Kollege Beuth, da Sie durchaus ein kluger Kopf sind: Sie haben gleich gesagt, das ganze Paket würde 200 Millionen € kosten. Im Gegensatz zu Ihnen können wir nicht auf die Maschinerie der Regierung zurückgreifen, die alle Auswirkungen des Tarifvertrags im Detail ausgerechnet hat.

Nun sind wir im Moment nicht in der TdL. Es braucht seine Zeit, bis das Plenum letztendlich darüber entschieden hat. Wir wollen natürlich in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren. Das muss bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Aber klar ist auch, das kostet das Geld, das Sie den Mitarbeitern in den letzten Jahren vorenthalten haben. Deshalb haben sie einen Anspruch darauf, dass dies schnellstmöglich korrigiert wird, so, wie es auch für andere Bereiche der Landesverwaltung gilt.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist bei den vielen Gesprächen in den letzten Wochen und Monaten eines deutlich geworden – wenn Sie z. B. mit Polizeibeamten und Mitarbeitern der Verwaltungen geredet haben –: Die leisten eine gute Arbeit, wie wir alle bei vielen Anlässen bestätigen. Aber dann haben die Mitarbeiter auch ein Recht darauf, dass sie ordentlich bezahlt werden.

In Deutschland gibt es eine seit vielen Jahren bewährte Tradition: Arbeitgeber und Gewerkschaften handeln im Rahmen von Tarifverträgen Tarifierhöhungen und Arbeitsbedingungen aus. Es gibt keinen sachlichen Grund, daran etwas zu ändern. Per Gesetz Tarifierhöhungen festzulegen kam zuletzt in der Weimarer Republik im Rahmen der Notverordnungen vor. Das muss aufhören.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Daher ist es notwendig, dass Hessen in die Solidargemeinschaft zurückkehrt, so, wie es der Bund, die kommunale Ebene und 14 von 16 Bundesländern machen.

Deswegen ist es schon interessant, dass die Landesregierung in dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP aufgefordert wird, möglichst schnell einen Tarifabschluss für das Land Hessen zu erreichen. Ich frage Sie: Wer hat Sie denn bisher daran gehindert, das auf einem ordentlichen Weg zu machen? Kein Mensch im Hessischen Landtag hat Sie daran gehindert. Sie selbst haben, ohne ordentliche Tarifverhandlungen zu führen, immer gesagt: Das machen wir nicht; wir legen fest, was ein ordentlicher Tarifvertrag ist.

Deswegen ist unser Antrag richtig, konsequent und notwendig. Natürlich kostet das Geld – das Geld des Steuerzahlers, der einen Anspruch darauf hat, dass die Mitarbeiter gut motiviert sind. Die Personalressource ist nämlich die wichtigste Ressource, die die Landesverwaltung hat.

Ich will auch noch etwas zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sagen. Ich will gern ergänzen, was Herr Kollege Al-Wazir schon heute Morgen gesagt hat. Sie haben in Ihrem Antrag weiter gehende Forderungen gestellt. Wir können natürlich – so redlich sollten wir miteinander und mit den Beschäftigten umgehen – nicht alle Fehlentscheidungen der Landesregierung in den letzten neun Jahren, auch was den öffentlichen Dienst betrifft, von heute auf morgen korrigieren. Das ist schlicht und ergreifend nicht in Ordnung.

Wir beginnen mit kleinen Schritten. Wir wollen zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder. Wir sagen: weg von der 42-Stunden-Woche. – Dann müssen wir in weiteren Gesprächen mit den Vertretern der Gewerkschaften und mit den Personalräten darüber diskutieren. Außerdem müssen in den Haushalten die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Aber das ist ein stufenweises Vorgehen, und ich glaube, wir sollten redlich darüber diskutieren. An der Stelle ein Wolkenkuckucksheim auszurufen, halte ich für nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist das, was wir heute mit dem Dringlichen Antrag vorlegen, der erste Schritt, um die Personalpolitik der letzten Jahre – wir haben sie immer als eine „Personalpolitik nach Gutsherrenart“ bezeichnet – zu korrigieren.

Ich glaube, eine moderne Personalpolitik und eine moderne Führung sehen anders aus. Zum öffentlichen Dienstrecht gehört noch eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes. All das gehört zu einer modernen Verwaltung.

Herr Kollege Beuth, deswegen sind Ihre astronomischen hohen Zahlen und der Hinweis darauf, was das alles kosten würde, schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar; denn wir setzen nicht alle Elemente des Tarifvertrags sofort um. Wir haben April. Die parlamentarischen Beratungen laufen, und diese Mittel kann man gegebenenfalls im Nachtragshaushalt bereitstellen. Bei einer seriösen Planung, wenn Sie sich dem Tarifvertrag angeschlossen hätten, hätten Sie die Summen nämlich auch zur Verfügung stellen müssen. Das ist relativ einfach, relativ klar.

Deshalb wird auch dieser Antrag die Nagelprobe nicht bestehen, ob Sie nach dem Motto von Trappatoni „Ich habe verstanden“ agieren oder ob Sie weiter nach dem Motto „Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in der Landesverwaltung sind eine Masse, mit der man manövrieren kann“ verfahren.

Nein, das war der falsche Weg. Wir korrigieren diesen Weg.

Ich finde, einem solchen Antrag kann man nur zustimmen. Wir werden in den entsprechenden Ausschüssen darüber beraten. Dann geht es um die harten Fakten. Wir sind sehr gespannt, wie die CDU reagiert. Ich finde, wenn das, was in dem Antrag steht, umgesetzt wird, ist das ein guter Tag für die Mitarbeiter der Landesverwaltung und ein guter Tag im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung. Somit haben letztendlich alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen etwas davon. Mitarbeiter, die mehr Geld bekommen, können dieses Geld wiederum in den Wirtschaftskreislauf einbringen. Auch volkswirtschaftlich ist das eine vernünftige Sache. Ich glaube, deswegen kann man einem solchen Ansinnen letztendlich nur zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Das Wort hat Herr Kollege Beuth für die CDU-Fraktion.

#### **Peter Beuth (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, lassen Sie mich damit beginnen, dass Sie gesagt haben, es gehe darum, in den Köpfen falsche Weichenstellungen zu korrigieren. Ich denke, es ist in den letzten Tagen deutlich geworden, dass wir bereit sind, die eine oder andere Position zu überdenken.

Aber dass in den Köpfen falsche Weichenstellungen zu korrigieren sind, gilt möglicherweise auch für innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Ich möchte gleich in wenigen Strichen skizzieren, was ich damit meine.

Die Nummer, die Sie und die Kollegen von der LINKEN hier vorgetragen haben, nämlich „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, wird nicht funktionieren. Ich will Ihnen in ein paar Sätzen und anhand einiger Rechnungen vortragen, was ich damit meine.

Selbstverständlich müssen die Beschäftigten des Landes Hessen an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes beteiligt werden. Darüber gibt es im Prinzip keinen Streit. Wir haben in vielen Bereichen sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: nicht nur bei der Polizei und nicht nur bei den Lehrerinnen und Lehrern, sondern weit darüber hinaus. Wir alle wissen das und sind sehr dankbar dafür. Viele Erfolge, die das Land erzielt hat, sind nur zustande gekommen, weil wir solch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, das ist ein relativ unstrittiger Punkt. Strittig wird es, wenn es um die Frage geht: Was ist eine verantwortliche Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes? Wir haben gerade in diesen Tagen eine Verbesserung der Einkommenssituation für die Beschäftigten des Landes in der Größenordnung von 2,4 % beim linearen Tarif zu verzeichnen. Insgesamt haben wir im vergangenen Herbst eine Steigerung der Einkommen um 3,1 % erreicht.

Herr Kollege Rudolph, warum haben wir das, was wir jetzt in unserem Antrag vorschlagen, nämlich mit den Gewerkschaften sozusagen über einen eigenen Hessianer Tarif zu verhandeln, bisher nicht machen können?

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Man muss die Diskussionen, die wir in diesem Haus geführt haben, gelegentlich einmal zur Kenntnis nehmen und sich irgendeines – vielleicht auch auswärtigen – Sachverständigen bedienen. Die Frage der Meistbegünstigungsklausel hat uns bis Anfang dieses Jahres daran gehindert, eine solche Veränderung herbeizuführen.

(Günter Rudolph (SPD): Die muss doch weg!)

Deswegen ist es klug und richtig, dass über solche Fragen aktuell bereits verhandelt wird und dass diese Verhandlungen fortgesetzt werden, damit man am Ende im Lande Hessen mit den Gewerkschaften zu einem Hessianer Tarif kommt.

Wir haben den Austritt aus der TdL im Jahr 2004 machen müssen, weil wir zum einen – das haben Sie zu Recht gesagt – im Land Hessen in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation waren. Zum anderen haben wir damit – das ist das, was wir mit der Föderalismusreform erreicht haben – aber die Chance, einen eigenen Hessianer Tarif für unser Bundesland zu bekommen.

Meine Damen und Herren, nicht nur Hessen ist aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgetreten. Ich finde, diesen Hinweis hätten Sie noch ein bisschen konkreter geben können, damit auch die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE zumindest erkennen, dass wir wissen, dass das rot-rote Berlin ebenfalls aus der TdL ausgetreten ist. Insofern will ich das hier zumindest noch einmal erwähnt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Die haben einen eigenen Tarifvertrag!)

Meine Damen und Herren, wir bleiben bei dem Ziel, dass wir die Flexibilität, die wir mit der Föderalismusreform erreicht haben, auch nutzen wollen. Dem dient der Antrag, den wir gemeinsam mit der FDP eingebracht haben. Wir wollen einen verantwortlichen Ausgleich der Interessen zwischen den Beschäftigten und dem Landeshaushalt. Herr Kollege Dr. Wilken, wenn wir vom Landeshaushalt reden, dann sind wir keine Landeshaushaltsvertreter, wie ich das heute Morgen aufgegriffen habe, sondern wenn wir von dem Landeshaushalt und der Verschuldung dieses Landes reden, dann reden wir von den Lasten, die wir zukünftigen Generationen aufbürden. Darüber muss sich dieses Haus auch im Klaren sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Dr. Wilken, ich greife noch einmal das auf, was Sie gesagt haben, weil mich das ziemlich beeindruckt hat: „Verschuldung erhöhen, um eine gerechte Politik zu machen“. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Für wen wollen Sie eine gerechte Politik machen? Sagen Sie mir bitte, welche Gerechtigkeit Sie meinen. Was soll ich meinen Kindern Katharina und Maximilian heute Abend oder morgen früh erklären? Welche Gerechtigkeit meinen Sie, wenn Sie davon sprechen, dass Sie den Landeshaushalt über Gebühr belasten wollen?

(Beifall der Abg. Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Was haben Sie bei dem Haushalt 2007 erzählt? – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Meine Damen und Herren, Herr Rudolph, ich finde, es ist klug, wenn wir uns darauf verständigen, dass wir für die Beratung dieses Antrags seriöse Rechnungen zugrunde legen. Die CDU-Fraktion wird einen Berichts Antrag in den Innenausschuss einbringen, damit wir alle gemeinsam



darauf schauen können, welche Auswirkungen Ihr Ansinnen am Ende hat.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich rede nicht nur von den Kosten. Ich rede auch nicht nur über die Arbeitszeitregelung und die organisatorischen Auswirkungen bei der Lehre und der Polizei. Ich rede auch über die Frage, was ist, wenn wir in die TdL zurückkehren, ob wir dann die entsprechenden Veränderungen auch für die Beamten übernehmen werden. Auch diese Frage finde ich außerordentlich spannend. Jetzt überlegen Sie bitte, und seien Sie mir nicht böse, wenn ich Sie freundlich und direkt anspreche: Herr Kollege Rudolph, Sie glauben doch bitte nicht im Ernst, wir würden die schwierige Situation,

(Günter Rudolph (SPD): Die Sie selbst provoziert haben!)

die wir zweifellos mit den Beamtinnen und Beamten und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes im Land Hessen hatten, wegen 8 Millionen € auslösen. Ich bitte Sie: Rechnen Sie einmal nach. 8 Millionen € für 150.000 Mitarbeiter. Ich habe das vorhin nachgerechnet. Das sind 53,33 €.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben auch für 13 Millionen € ein Schloss gekauft! – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Ich glaube, das zeigt, dass Ihre Rechnung, die Sie hier aufgezeigt haben, völlig danebenliegt, dass sie völlig danebenliegen muss. Das hätte Ihnen leicht auffallen können. Nein, meine Damen und Herren, wir sprechen hier von einer Größenordnung von 70 Millionen € für das Jahr 2008, und wir sprechen von Kosten für das Jahr 2009 von knapp 35 Millionen € nur für die Tarifbeschäftigten. Jetzt wollen wir die Arbeitszeit vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle gegenrechnen. Ich freue mich auf spannende Diskussionen, wenn wir einen Stellenüberhang bei den Tarifbeschäftigten von – wer weiß – zwischen 400 und 500 Mitarbeitern haben werden. Es wird eine spannende Diskussion, wie wir diese Frage auflösen wollen.

Sie haben immer erklärt, die Beamtenbesoldung, das Beamtenrecht folge dem Tarifrecht.

(Günter Rudolph (SPD): Vom Grundsatz!)

Das heißt, wir werden nicht nur für unsere gut 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tarifbereich, sondern auch für die Beamtinnen und Beamten eine solche Regelung herbeiführen müssen. Ich finde, auch über diese Frage muss man noch einmal detailliert nachdenken. Das führt zu Mehrbelastungen, die weitaus höher sind und die man leicht nachrechnen kann. Wenn man 50.000 tarifliche Mitarbeiter und etwa 100.000 Beamtinnen und Beamte hat, dann müsste doch relativ leicht eingängig sein, dass das eine Höherbelastung in nennenswertem Umfang zur Folge hat. Wir reden für die Jahre 2008 und 2009 von einer Größenordnung von 150 Millionen € nur für die Verbesserung des Tarifs.

Darüber hinaus haben wir aber auch Veränderungen der Arbeitszeit. Wenn wir die Arbeitszeit der TdL zugrunde legen, haben wir eine Größenordnung von 2.600 Stellen zu schultern. Wenn wir das in Geld umrechnen, sind das wiederum 117 Millionen €. Meine Damen und Herren, bei dieser Rechnung kommen wir leicht und überschlägig – Herr Kollege Rudolph, auch Ihnen hätte auffallen müssen, dass die 8 Millionen € in keiner Weise eine realistische Zahl sind –

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

auf über 200 Millionen € für das Jahr 2008 und auf eine ähnliche Größenordnung für das Jahr 2009.

Lieber Herr Kollege Rudolph, jetzt gibt es das Spielchen im Hessischen Landtag, dass wir uns darüber unterhalten müssen und wollen, wo diese Summen herkommen sollen. Dazu bitte ich um vernünftige Vorschläge.

Es geht noch darüber hinaus. Sie haben uns hier den Antrag vorgelegt, dass wir in die TdL zurückkehren sollen. Die Auswirkungen, die das Ganze für die Finanzen, aber auch auf rechtlichem Gebiet hat, haben Sie in keiner Weise bedacht. Auch das will ich hier noch einmal kurz anstoßen. Ich stelle die Frage: Was ist mit den bereits erreichten hessenspezifischen tariflichen Regelungen, z. B. für die Ärzte? Wie werden wir dort reagieren? Was ist mit vergangenen Leistungen? Ich rede im Moment nur davon, dass wir möglicherweise zur Mitte dieses Jahres in die TdL zurückkehren sollten, und rechne Ihnen vor, was das bedeutet. Was ist mit den Leistungen aus den Jahren 2005 und 2006? Wie wollen Sie das schultern?

Nein, Herr Kollege Rudolph, ich bin sehr dafür, dass wir mit einem neuen Stil arbeiten. Die Tatsache, dass man auf die Bitte einer Fraktion, eine vertiefte Diskussion im Ausschuss zu führen, noch nicht einmal die Traute hat, sich dieser Diskussion im Ausschuss zu stellen, wie wir das eben gehört haben,

(Norbert Schmitt (SPD): Das müssen ausgerechnet Sie sagen – nach den letzten fünf Jahren! Das ist toll! – Weitere Zurufe von der SPD)

spricht nicht für diesen neuen Stil. Meine Damen und Herren, ich finde, dass wir uns im Sinne des neuen Stils über all diese Fragen miteinander unterhalten müssen. Ein dreizeiliger Text, wie Sie ihn hier vorgelegt haben, ist sicherlich nicht geeignet, um anständig, vernünftig und verantwortungsbewusst zum einen mit den Beschäftigten dieses Landes, zum anderen aber auch mit dem Haushalt unseres Landes umzugehen.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Beuth, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Peter Beuth (CDU):**

Ich komme sofort zum Schluss. – Meine Damen und Herren, Herr Al-Wazir hat heute Morgen in der Generaldebatte bei der Regierungserklärung erklärt: „Wir wollen einen fairen Umgang mit den Bediensteten.“ Ja, das ist richtig. Das wollen wir auch.

(Günter Rudolph (SPD): Warum haben Sie es nicht gemacht?)

Wir wollen einen fairen und verantwortlichen Umgang mit den Bediensteten. Wir wollen aber auch einen fairen und verantwortlichen Umgang mit den künftigen Generationen, die die Schecks, die wir heute ausstellen, irgendwann einmal bezahlen müssen. Insofern bitte ich Sie darum, dass wir die Fragen im Ausschuss noch einmal sehr offen und engagiert vertieft diskutieren. Ich glaube, das ist dem Thema angemessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Beuth. – Das Wort hat der Kollege Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Al-Wazir hat heute in seinem Beitrag den Satz gebraucht, es genüge nicht, ein Plakat hochzuhalten, sondern man müsse auch für Lösungen sorgen. Ich habe kein Plakat mitgebracht, aber den Aufruf vom 18. November 2003,

(Der Redner hält eine Unterlage hoch.)

als in Wiesbaden 45.000 Demonstranten

(Peter Beuth (CDU): 25.000!)

gegen die „Operation unsichere Zukunft“ demonstriert hatten – eine Größenordnung, die diese Stadt noch nie gesehen hat. Gewerkschaften, soziale Verbände, kirchliche Einrichtungen und Sozialorganisationen demonstrierten gemeinsam gegen den Sozialabbau. Dazu gehörte auch der Austritt aus der TdL. Die Überschrift dieses Aufrufs lautet: „Sparen schafft neue Armut – stoppt die hessische Kahlschlagpolitik“.

Mit der Initiative der Hessischen Landesregierung seinerzeit wurde die hessische Bevölkerung in eine „Operation düstere Zukunft“ geführt. 1 Milliarde € sollte durch dieses Programm eingespart werden – auf dem Rücken von Frauen und Mädchen, von Arbeitslosen und Behinderten, von Obdachlosen, Drogenkranken und vor allem auf dem Rücken aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Statt die Arbeitslosigkeit zu verringern, wurde sie durch diese „Operation düstere Zukunft“ verschärft. Nicht nur zahlreiche soziale Projekte wurden durch Kürzung der Landeszuschüsse gefährdet. Erklärtes Ziel der Landesregierung war und ist es auch, 7.500 Arbeitsplätze im Landesdienst abzubauen. 5.000 davon hat sie schon umgesetzt.

Um dies reibungslos umsetzen zu können, mussten natürlich auch die Mitbestimmungsrechte der Personalräte eingeschränkt werden. Um dies umsetzen zu können, erklärte die Landesregierung des Weiteren zum 1. April 2004, also vor über vier Jahren, den Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und setzte die Arbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden hoch. Herr Wagner – er ist leider nicht da –, die Tarifautonomie ist ein Grundrecht der deutschen Verfassung und wurde damit gerade von denen verletzt, die sie stets an anderer Stelle als Argument zur Verhinderung z. B. von gesetzlichen Mindestlöhnen ins Feld führen.

Mit unserem Antrag zur Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie zur Regelung gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte wollen wir den Beschäftigten des Landes Hessen nur das zurückgeben, was ihnen in düsterer Vorzeit geraubt wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die gleichen Tarif- und Arbeitsbedingungen herstellen, wie sie in 14 anderen Bundesländern gelten.

Der CDU-Antrag ist ein Sonderweg, den wir ablehnen, den im Übrigen auch die Gewerkschaften bisher abgelehnt haben.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Deswegen ist es ein Plagiat, ihn hier einzubringen in dem Wissen, dass mit den Gewerkschaften in Hessen kein Sonderweg für die Tarifbeschäftigten möglich ist.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Wir wollen, dass die Löhne und Gehälter in freien Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und öffentlichen Arbeitgebern vereinbart werden. Es reicht eben nicht, wie Ende 2007 durch ein Gesetz nach Gutsherrenart die Bedingungen einseitig festzulegen. Das ist unserer Meinung nach eine eklatante Verletzung der Tarifautonomie und damit auch eines Grundrechts in unserer Verfassung.

Noch dazu sind die Leistungen an die Beschäftigten durch dieses Gesetz ein ganzes Stück geringer ausgefallen als durch den Ende 2006 ausgehandelten Tarifvertrag; das hat Kollege Rudolph schon ausgeführt. Sowohl was die zeitliche Lage angeht, nämlich zum 1. April statt zum 1. Januar, als auch was die Höhe der „Tariferhöhungen“, die keine sind, angeht, ist dies eine Schlechterstellung.

Herr Beuth, ich frage Sie an dieser Stelle: Was kann denn das reiche Hessen nicht, was andere, ärmere Bundesländer können? Das müssen Sie mir einmal erklären.

(Beifall bei der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Berlin! – Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben heute Morgen nicht zugehört!)

– Zu Berlin sage ich Ihnen auch gleich etwas. Der Fall liegt ganz anders. Das Bundesland Berlin hat unter der Regierung Diepgen entschieden, dass die Beschäftigten im Ostteil das gleiche Einkommen erhalten sollen wie im Westteil, weil sie die Differenzierung nicht eingesehen haben. Daraufhin sind sie aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgeschlossen worden. Das ist ein ganz anderer Vorgang. Erkundigen Sie sich bitte einmal, bevor Sie hier falsche Informationen verbreiten.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Das hat mit PDS oder LINKEN an der Regierung überhaupt nichts zu tun, das liegt in einer CDU-Regierung begründet. Im Übrigen hat das Land Berlin trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Tarifvertrag abgeschlossen, der in Teilen besser ist als der, der derzeit in Hessen gilt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hessen zahlt es über den Länderfinanzausgleich!)

Wir wollen, dass der tariflose Zustand in Hessen umgehend beendet wird. Wir wollen, dass die Beschäftigten entsprechend anderen Bundesländern beteiligt werden. Wenn der Herr Ministerpräsident heute Kosten von 230 Millionen € genannt hat, so mag ich das gar nicht bestreiten.

(Minister Volker Bouffier: Ah!)

– Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Bouffier.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommen wir zur Finanzierung!)

Wenn ich das hochrechne, dann heißt das doch, dass innerhalb von vier Jahren den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch diese Maßnahme 1 Milliarde € aus der Tasche gezogen wurde. Auch das ist das Thema.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern gibt es eine Verantwortung für die neue Mehrheit hier, endlich Gerechtigkeit auch gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes walten zu lassen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie ziehen es dem Steuerzahler aus der Tasche!)

Wir wollen mit unserem Antrag, dass die Arbeitszeit im Rahmen der Überleitungsregelungen so geregelt wird, wie sie auch im kommunalen Bereich ist. Es ist nicht einzusehen, weshalb Landesbeschäftigte 42 Stunden arbeiten sollen und Kommunalbeschäftigte nach Tarifvertrag 39 Stunden.

All dies ist nach § 6 TV-L im Rahmen von Überleitungsverhandlungen mit den hessischen Gewerkschaften zu verhandeln. Dazu gibt es meines Wissens die entsprechende Bereitschaft, diese Überleitungstarifverhandlungen zu führen. Das sind keine separaten, eigenständigen Tarifverhandlungen. In diesen Überleitungstarifverhandlungen können auch all die speziellen Regelungen noch mit geregelt werden, die für Hessen gelten, z. B. die für die Universitätsklinik Frankfurt, wo es in der Tat notwendig ist, noch einmal eigenständig darauf zu schauen und das zu vereinbaren.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil aber nach unserem Verständnis das hessische Beamtenrecht dem Tarifrecht folgen muss, sollen auch die Arbeitszeitregelungen der Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich verringert werden, damit auch diejenigen, die in den Verwaltungen, z. B. bei Feuerwehr, Polizei und im Justizvollzug, für die Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger sorgen, wieder angemessene Arbeitsbedingungen erhalten.

Meine Damen und Herren, damit die Landesregierung unverzüglich mit der Umsetzung beginnen kann, überreiche ich Ihnen, Herr Minister Bouffier – ich habe ja gesagt, ich komme gleich zu Ihnen –, einen Tariftext. Dann können Sie gleich damit anfangen.

(Beifall bei der LINKEN – Der Redner überreicht Minister Volker Bouffier einen Text.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Erneuter Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Jetzt noch dem Finanzminister das Buch überreichen!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. Das war die erste Rede des neuen Kollegen. Auch Ihnen darf ich im Namen des Hauses herzlichen Glückwunsch aussprechen.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat sich Herr Kollege Beuth zu einer Kurzintervention gemeldet. Zwei Minuten Redezeit.

#### **Peter Beuth (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Antwort auf die Frage nicht schuldig bleiben. Herr Kollege Schaus, wir können im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit die Bediensteten des Landes an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen. Ich glaube, Sie haben nicht richtig zugehört. Jedenfalls mit den Sprechblasen, die Sie vorgetragen haben, werden Sie nicht erreichen, dass die Bediensteten des Landes Hessen ent-

sprechende Einkommensverbesserungen haben werden. Das Prinzip „Freibier für alle“ funktioniert auf der Grundlage eines existierenden Haushalts gerade nicht. An dieser Stelle haben Sie sich gleich mit Ihrer ersten Rede sehr schön entlarvt.

Herr Kollege Schaus, ich habe eben nur von den etwas mehr als 200 Millionen € gesprochen, die das auf der Basis des existierenden TV-L 2008 und 2009 pro Jahr kostet. Jetzt unterstellen Sie einmal, die Veränderungen für den Bund und die Kommunen würden von der TdL übernommen werden, also noch einmal die Größenordnung von 8 % obendrauf; dann sind wir noch einmal bei 500 Millionen €. Herr Kollege Schaus, dann sind wir insgesamt bei einer Dreiviertelmilliarde. Das sind nun einmal auch in einem hessischen Haushalt, auch bei unserer besonderen Leistungsfähigkeit, keine Peanuts. Was Sie an dieser Stelle vortragen, ist unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie mir noch einen letzten Punkt auf der Basis Ihres Antrags erlauben: Der ist natürlich auch unseriös und nicht vernünftig recherchiert, Herr Kollege Schaus. Sie müssen sich überlegen, wenn wir in die TdL eintreten, dann war es das. Dann sind wir im Rahmen der TdL sozusagen gebunden. TdL und Kommunen haben im Übrigen auch unterschiedliche Arbeitszeiten. Auch das sollten Sie eigentlich wissen, wenn Sie hier ans Rednerpult treten.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen: 2.600 Stellen für die Beamtinnen und Beamten, wenn am Ende die Besoldung dem Tarifrecht folgt. 2.600 Beamtinnen und Beamte, ein Großteil Lehrerinnen und Lehrer. Ich frage mich, wie Sie die Unterrichtsversorgung aufrechterhalten wollen – das müssen Sie hier beantworten –, wenn eine entsprechende Zahl von Lehrerinnen und Lehrern nicht mehr an Bord in den Schulen ist. Sie müssen auch die Frage beantworten, wie wir bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit dieser Frage umgehen sollen. Denn Sie sollten wissen, wenn Sie ans Rednerpult treten, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte drei Jahre brauchen, bis sie ausgebildet sind. Wenn wir also den Mehrbedarf decken müssen, werden wir dafür eine gewisse Zeit brauchen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Beuth, kommen Sie bitte zum Schluss. Die Zeit für die Kurzintervention ist zu Ende.

#### **Peter Beuth (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Mit der Wiederholung der billigen Propaganda werden Sie hier nicht weiterkommen. „Freibier für alle“ zieht im Hessischen Landtag nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Beuth. – Nun hat sich die Frau Kollegin Öztürk für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

#### **Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun debattieren wir

ziemlich heftig über ein Thema, das uns allen gar nicht neu ist und das meines Wissens in den letzten Landtagsdebatten öfter vorgekommen ist. Wenn man heute den verschiedenen Argumenten zuhört, möchte man meinen, man hat neue Rezepte auf den Tisch gebracht. Dem scheint mir aber nicht so zu sein. Man ist immer noch in den Lagern verhaftet, in denen man auch vorher war. Schade für die Bediensteten, die wahrscheinlich sehr aufgeregt heute der Debatte zuhören.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat den Austritt des Landes aus der Tarifgemeinschaft der Länder, der TdL, von Anfang an kritisiert. Die Rückkehr in die TdL war und ist eine Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Daher finden wir die Debatte heute auch richtig und wichtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden mir nachsehen, dass ich mich in meinen Argumenten teilweise Herrn Rudolph anschließen werde, teilweise vielleicht auch dem einen oder anderen. Mir scheint die desaströse Personalpolitik der hessischen Koch-Regierung so schlimm gewesen zu sein, dass man manche Argumente ständig und immer wieder wiederholen muss. Es ist desaströs gewesen, es bleibt anscheinend so. Ihr Antrag scheint mir eher ein Schaufensterantrag zu sein, leider. Eigentlich wäre heute die Chance gewesen, es anders und richtig zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dabei habe ich gehofft, dass der Austritt aus der TdL inzwischen auch von der Landesregierung als Fehler eingesehen wird.

(Ministerpräsident Roland Koch: Was?)

Denn im Rahmen des Wahlkampfes haben wir gesehen, dass das sehr viel Unmut bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erzeugt hat und auch dieses Wahldesaster vom 27. Januar mitverantwortet hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum haben die GRÜNEN so wenig bekommen?)

Eine Lohnerhöhung per Gesetz, das haben wir heute erfahren, gab es zuletzt in der Weimarer Republik. Ich weiß nicht, ob das etwas ist, was man unter moderner hessischer Politik versteht. Ich verstehe es auf jeden Fall nicht darunter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Die anderen dürfen auch klatschen, wenn sie nicht in die Weimarer Republik zurückwollen. – Nach Gutsherrenart sollte man keine Personalpolitik betreiben.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben in einer ummantelten Debatte, die angeblich moderne Personalpolitik war, ganz gezielt die Arbeitszeit auf 42 Stunden erhöht, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld gestrichen, und das alles, ohne auch nur einmal mit den Betroffenen geredet zu haben. Hier wurde die Tarifautonomie ausgehebelt und per Gesetz beschlossen, was die Landesregierung als angemessene Tarifierhöhung betrachtet. Es wurde nicht mit den Verantwortlichen vernünftig darüber diskutiert. Das finden wir nicht richtig. Wir möchten zurück in die TdL. Wir möchten keinen Sonderweg für Hessen gehen; denn ich denke, in anderen Ländern gab es gute Beispiele.

Denen kann man folgen, statt immer Sonderwege zu gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das Ergebnis dieser Tarifverhandlungen, wie sie genannt werden, hat zur Folge gehabt, dass die hessischen Angestellten statt 2,9 % mehr, wie im TVöD vereinbart, nur 2,4 % mehr bekommen haben. Außerdem ist dieses Geld zum 1. April ausgezahlt worden und nicht zum 1. Januar. Wer einen Vertrag mit 42 Stunden Wochenarbeitszeit hat, muss diese nach wie vor leisten. Ist das ein Ergebnis, das wir als modern betrachten? Die Frage soll daher gestellt werden.

Ich würde es eher als ein Demotivationsprogramm in der Geschichte Hessens bezeichnen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren auch ziemlich sauer, das möchte ich so locker sagen. Die Quittung dafür hat man erhalten, wie wir bereits erwähnt haben. Aber anscheinend hat man noch nicht die Konsequenzen daraus gezogen.

Nun ist die Chance da, mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen. Wir hätten heute die Chance gehabt, einen gemeinsamen Antrag zu stellen – wer weiß – oder zumindest ein Signal in die richtige Richtung zu geben. Stattdessen stehen wir hier, und die Landesregierung setzt auf Konfrontation. Wir wollen in die TdL hinein, und wir wollen auf jeden Fall in Zukunft nicht nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Beratungen vollziehen, sondern auch mit den zugehörigen Gewerkschaften und Vertretern, die das mit ihren Aufgaben zu vollziehen haben.

Die Personalpolitik der CDU hat zur Folge gehabt, wie wir bereits heute erwähnt haben, dass über 1.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen, die ausgelaufen sind, nicht mehr besetzt wurden und dass auch bei der Polizei Ende dieses Jahres über 900 Beschäftigte weniger arbeiten werden als zu Beginn der zweiten Kochschen Amtszeit. Das scheint auch nicht das richtige Signal zu sein. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung haben seit 2003, seit dem Beschluss zur „Operation düstere Zukunft“, eine deutliche Steigerung ihrer Arbeitsbelastung erfahren müssen. Auch hier müsste Abhilfe geschaffen werden.

Dann gab es noch das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz. Wir begrüßen, dass die hessischen Beamtinnen und Beamten wieder an der Einkommensentwicklung teilhaben sollen. Trotzdem bleibt unsere grundsätzliche Kritik, wie diese Vereinbarung zustande gekommen ist. Auch die Frage, was vereinbart wurde, bleibt heute immer noch sehr kritikwürdig.

Sieben Monate vor der Landtagswahl in Hessen hat die CDU lediglich vorgehabt, 97.000 Beamte und 57.000 Versorgungsempfänger nach Jahren der Konfrontation vor der Wahl endlich friedlich zu stimmen, um die Stimmen noch zu erhalten. Aber diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wer den Beamten 12,5 % Gehaltseinbußen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ zumutet, der darf nicht glauben, dass eine Anpassung der Bezüge diese tarifpolitische Amokfahrt der vergangenen Jahre vergessen macht. So schnell vergessen die Beamtinnen und Beamten diese Amokfahrt nicht. Die Quittung haben wir erhalten.

ten, und heute stehen wir hier und wollen es angeblich besser machen.

Das Wie – ich hatte es bereits erwähnt – ist ebenfalls zu kritisieren, weil in der Vereinbarung nur mit dem Beamtenbund verhandelt wurde und nicht mit der Gewerkschaft der Polizei, nicht mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und nicht mit ver.di. Außerdem ist das Ergebnis weit hinter den modernen Ansätzen im TVöD und im TV-L zurückgeblieben.

Ich nenne hier nur ein paar Stichworte wie Leistungs-komponente, Flexibilisierung der Arbeitszeit, strukturelle Veränderungen z. B. bei der Bezahlung, beim Aufstieg oder beim Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft. Heute Morgen haben wir gesagt, dass wir die Wechselmöglichkeit in die Privatwirtschaft begrüßen – den Rahmen dafür wollen wir aber nicht schaffen. Sehr komisch.

Auf der ganzen Linie sind die Stichworte, die ich hier erwähnt habe, nicht in Erfüllung gegangen, sondern Fehlanzeige. Heute haben wir, wie gesagt, die Chance, neue Wege zu gehen, aber diese Chance ist vertan.

Ich möchte hier kurz meinen Vorgänger Jürgen Frömmrich nennen. Er hat nicht umsonst das Agieren der Landesregierung und der damaligen Mehrheit in diesem Haus zu Recht als fortgesetzte Beratungsresistenz bezeichnet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Jürgen, du hast recht gehabt. – Noch ein paar Schlagwörter: Austritt aus der TdL, Verhandlungen im Beamtenbereich nur mit dem Beamtenbund, ohne DGB-Gewerkschaften, Einkommensverbesserungen im Tarifbereich per Gesetz und ohne Verhandlungen. Das alles sind Beispiele dafür, wie wenig Sie von Arbeitnehmerrechten halten. Die Quittung für diese mittelalterliche Politik haben Sie bereits erhalten. Ich erwähne das noch einmal. Ich denke, das muss man immer wieder erwähnen. Denn ansonsten bringt das Verwirrung. Die Luftschlösser werden nicht von uns gebaut. Die Sprechblasen, die von Ihrer Seite produziert werden, muss man entkräften.

Vielleicht scheren Sie sich endlich um die Stellungnahmen der Juristen zu Ihren Gesetzentwürfen, um die Argumente der Gewerkschaften sowie des Beamtenbundes und um unsere Einwände. Das sollten Sie tun. Was haben wir heute Morgen und am Samstag gehört? Man möchte in der neuen Legislaturperiode endlich mit gemeinsamen Beschlüssen voranschreiten, keinen Stillstand haben, sondern das Land voranbringen. Heute haben Sie die Möglichkeit dazu. Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es selbstverständlich, dass Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten nicht per Gesetz verordnet werden, sondern dass darüber unter den Tarifparteien verhandelt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Deshalb wollen wir, dass Sie der Aufforderung durch den Landtag Folge leisten. Es müsste jetzt für die geschäftsführende Landesregierung wichtig sein, alle Beteiligten mitzunehmen. Anhand des vorliegenden Antrags der SPD könnte die geschäftsführende Landesregierung jetzt zeigen, ob sie wirklich bereit ist, dem Willen des Landtags zu folgen. Aber auch sonst darf der Mehrheitswille des Landtags nicht als ein unverbindlicher Wunsch aufgefasst werden. Das kann nicht in Ordnung sein. Dem wollen wir entgegenwirken.

Was den Antrag der Fraktion DIE LINKE betrifft, möchte ich kurz erwähnen, dass im Kern das Gleiche beabsichtigt wird wie im SPD-Antrag, nämlich die Wiederherstellung einer Tarifbindung für die Beschäftigten des Landes. Allerdings ist in diesem Antrag zwar sehr viel gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Er ist überfrachtet. Sie wollen im gleichen Schritt die Arbeitszeitordnung für die hessischen Beamtinnen und Beamten an den TV-L anpassen und die aus dem TVöD des Bundes und der Kommunen für die hessischen Kommunen festgeschriebene Arbeitszeit auf die Landesbediensteten übertragen. Der Satz ist so lang, weil auch Ihr Antrag überfrachtet ist. Das kann so nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist zu viel auf einmal. Ich glaube, mit diesen Absichten kommen wir so schnell nicht hin. Auch die GRÜNEN wollen, dass die Beamtinnen und Beamten nur 40 Wochenstunden arbeiten; aber um mit den Versäumnissen in der Personalpolitik der letzten Jahre endlich aufzuräumen, brauchen wir einen zeitlichen Vorlauf, brauchen wir einen Stufenplan. Das geht nicht von heute auf morgen, denn wenn wir die Wochenarbeitszeit zurückführen, brauchen wir sowohl im Schulbereich als auch bei der Polizei massiv neue Stellen, neues Personal. Dieses Personal ist nicht auf der Straße zu finden. Es muss erst ausgebildet werden. Von daher gesehen kann man nicht einfach von heute auf morgen die Arbeitszeit verkürzen, sondern wir brauchen einen sinnvollen Stufenplan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Öztürk, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

**Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich wusste, dass es beim ersten Mal mit der Redezeit nicht klappen würde.

(Heiterkeit)

Meinen Ausführungen haben Sie entnommen: Wir begrüßen den Antrag der SPD-Fraktion und möchte hier die Möglichkeit, diesen Weg gemeinsam zu gehen, noch einmal unterstützen. Wir werben für den SPD-Antrag. Stimmen Sie ihm zu. Weitere Schritte in der partnerschaftlichen Personalpolitik des Landes Hessen sollten wir auch künftig gemeinsam gehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns noch viel Erfolg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Öztürk. Das war Ihre erste Rede in diesem Parlament. Den herzlichen Glückwunsch des gesamten Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren fort. Das Wort hat Herr Kollege Greilich für die FDP-Fraktion.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich kann ein Stück weit an meine Vorrednerin, Frau Kollegin Öztürk, anknüpfen, die zweimal darauf hingewiesen hat, welchen Zustand wir derzeit in Hessen haben. In der Tat sollten wir uns auf die Festlegung des Weges konzentrieren, wie wir von dem Zustand wegkommen, dass Tarifpolitik per Gesetz gemacht wird. Das war in der Tat eine bedenkliche Entscheidung. Die FDP-Fraktion hat das schon in der 16. Legislaturperiode entsprechend deutlich formuliert. Das, was damals durchgezogen worden ist, bewegte sich hart an der Grenze, wenn nicht jenseits der Grenze des verfassungsmäßig Zulässigen.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Eigentlich war sie überschritten!)

– Herr Kollege Rudolph, darüber streiten bekanntlich die Fachleute. Ich bin als Jurist etwas vorsichtiger mit solchen pauschalen Verurteilungen.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe „eigentlich“ gesagt! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Rudolph ist kein Jurist!)

Ich stelle einfach fest: Wir bewegten uns an der Grenze. Das sollten wir so zur Kenntnis nehmen. Das Entscheidende ist, dass wir hier einen Weg aus dieser Art der Tarifpolitik finden müssen.

Hierzu will ich in aller Kürze drei Punkte ansprechen. Der erste Punkt betrifft den Inhalt der Anträge der SPD-Fraktion und letztlich auch der Fraktion DIE LINKE, der, wie richtigerweise bemerkt wurde, etwas überfrachtet ist. In beiden Anträgen finden wir folgende Kernaussage, über die wir uns unterhalten müssen und die Gegenstand der Auseinandersetzung ist: Wollen wir zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder? Sie haben ganz klar formuliert, dass Sie das wollen. Meine Damen und Herren, wir wollen nicht, dass wir wieder die starren Strukturen aufbauen, die wir endlich aufgebrochen haben. Wir wollen nicht zurück zu den verstaubten, althergebrachten Grundsätzen des geheiligten Einheitstarifvertrags, die Sie immer wie eine Monstranz vor sich hertragen, ohne sie klar zu formulieren, sondern wir wollen flexible Lösungen. Wir wollen der jeweiligen Situation angemessene, maßgeschneiderte Lösungen.

(Beifall bei der FDP)

Es nützt auch nichts, mit Sprüchen daherzukommen, die zwar wie hehre Worte klingen, sich aber letztlich als Allgemeinplätze entlarven, z. B. der Spruch „gleiches Geld für gleiche Arbeit“.

(Zurufe von der SPD)

Das sind nämlich nur Umschreibungen für den Einheitsbrei, den Sie uns hier anrichten wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, anschauen, sehen Sie, dass es örtlich gewisse Unterschiede gibt. Ich empfehle einmal eine Reise von Flensburg nach Oberammergau oder von Cottbus nach Aachen. Da werden Sie feststellen, dass die Lebensverhältnisse unterschiedlich sind, dass unter anderem die Lebenshaltungskosten deutlich unterschiedlich sind, dass die Finanzkraft der jeweiligen Regionen höchst unterschiedlich ist. Deshalb: Nein, wir wollen nicht zurück

zum Einheitsbrei, wir wollen weg von den ausgetrampelten Pfaden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, hin zu individuellen und passgenauen Lösungen.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Auch das sind Allgemeinplätze!)

Weil wir Flexibilität statt starrer Strukturen wollen, werden wir diesen Anträgen nicht zustimmen können.

Erlauben Sie mir zweitens einen kurzen Exkurs. Wir wollen neben dem Tarifrecht das damit verknüpfte Beamtenrecht modernisieren. Der Antrag der LINKEN läuft einfach darauf hinaus, den Tarifvertrag letztlich wieder auf das Hessische Beamtengesetz zu überwälzen. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung die Notwendigkeit angesprochen, das Beamtenrecht zu modernisieren, ein Beamtenrecht für die Zukunft zu schaffen. Ich kann dem nur zustimmen, insbesondere der Bemerkung, dass es sicherlich nicht richtig sein kann, dass es heißt: einmal Beamter, immer Beamter, einmal außerhalb des öffentlichen Dienstes tätig, immer außerhalb des öffentlichen Dienstes tätig. – Wenn wir einen modernen öffentlichen Dienst haben wollen, wenn wir ein modernes Berufsbeamtenrecht haben wollen, müssen wir Durchlässigkeit schaffen. Der Anfang einer solchen Modernisierung ist, dass wir zunächst einmal flexible Modelle für die Arbeitszeit wie auch für eine leistungsgerechte und leistungsfördernde Besoldung schaffen. Das ist sehr viel mehr als das, was heute möglich ist. Auch hier ist es schlichtweg ein falsches Signal, den Tarifvertrag ohne Weiteres dem Beamtenrecht überzustülpen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will einen dritten Punkt ansprechen. Das, was wir heute in dieser Debatte erleben – nach einer Diskussion, die teilweise schon in diese Richtung ging –, ist ein Beispiel für unseriösen Umgang mit Steuergeldern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Kollege Rudolph hat uns schon im Vorfeld dieser Debatte glauben machen wollen, das Ganze sei mit gut 8 Millionen € zu finanzieren. Das kommt vielleicht hin, wenn man nur die reine Tarifierhebung berechnet. Es kommt aber natürlich nicht hin, wenn man auch die Verlängerung der Arbeitszeit einrechnet und wenn man hinsichtlich der Rücknahme der Verlängerung der Arbeitszeit daran denkt, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst erledigt werden muss. Das heißt, wir brauchen zusätzliche Stellen. Ob das 70 Millionen € oder 80 Millionen € kostet, sei dahingestellt. Tatsache ist, es kostet eine erhebliche Menge Geld. Die Gesamtkosten, die für den Fall der Überwälzung des Tarifvertrags auf die Beamtenbesoldung im Raum stehen, 128,6 Millionen € – ich nehme an, die Zahl stammt aus dem Innenministerium –, mögen stimmen oder nicht stimmen. Hierbei ist es schon fast egal, ob wir über 100 Millionen €, 125 Millionen €, 175 Millionen € oder 200 Millionen € reden.

Tatsache ist – und das ist das Entscheidende, Frau Ypsilanti –, dieses Geld ist nicht da. Wir wissen aus dem Wahlkampf, dass Sie gern nicht vorhandenes Geld ausgeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber mit uns können Sie das nicht machen. Das ist einer der Gründe, warum Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir für eine Zusammenarbeit mit Ihnen nicht zur Verfügung stehen. Das Wegdiskutieren dieses Finanzproblems ist einfach nicht seriös, und da machen wir nicht mit.

Ich will dazu sagen, das, was Rot-Rot in dem Zusammenhang zu bieten hat, entbehrt nicht einer gewissen Scheinheiligkeit. Herr Kollege Schaus hat auf das Beispiel Berlin verwiesen. Herr Beuth hat kurz darauf erwidert. Ich will mir die Bemerkung erlauben, Berlin ist zwar nicht aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten,

(Michael Boddenberg (CDU): Auch nicht wieder eingetreten!)

aber es hat, soweit ich weiß, dort, seit wir eine rot-rote Regierung in Berlin haben, keine Bemühungen gegeben, wieder in die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder zurückzukehren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nur das Land Hessen wollen Sie mit dieser Art Politik beglücken, während man in Berlin unter Herrn Wowereit noch für die Jahre 2005 bis 2009 Kürzungen in der Größenordnung zwischen 8 und 12 % festschreibt, je nachdem, in welchen Gruppen man nachschaut. Das soll wohl nur in Berlin richtig sein. Hier meinen Sie, Sie könnten das Geld, das andere angespart haben, verbraten.

Deshalb unser Antrag, den wir gemeinsam mit der CDU formuliert und eingebracht haben. Wir wollen einen attraktiven, flexiblen und zukunftsfähigen Tarifvertrag, der auf die Angestellten und Arbeiter des Landes Hessen zugeschnitten ist. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, mit unserem Antrag die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wieder an den Tisch zu holen, die Verhandlungen fortzusetzen und möglichst schnell einen Tarifabschluss für das Land Hessen zu erreichen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte als Neuling in diesem Haus eine abschließende Bemerkung. Der schonende Umgang mit Ressourcen – damit spreche ich die Kollegen aus der GRÜNEN-Fraktion an – hat auch etwas mit dem schonenden Umgang mit Finanzressourcen zu tun. Das, was ich heute in dieser Sitzung erleben durfte oder erleben musste – da bin ich mir noch nicht so ganz sicher –, ist das schlichte Gegenteil. Wenn wir das finanzielle Resümee des heutigen Tages ziehen, dann haben Sie locker an einem Tag eine Viertelmilliarde Euro oder mehr verbraten.

(Michael Boddenberg (CDU): Das reicht nicht!)

– Einigen wir uns auf mindestens eine Viertelmilliarde Euro. – Das fing an mit den Studiengebühren, locker einmal gut 100 Millionen € pro Jahr, wo die Luftnummer der Finanzierung eben noch in einem Wunschgebilde steckt. Mir wird schlecht, wenn ich das so sagen darf, wenn ich diese Zahlen auf ein Jahr oder eine volle Legislaturperiode hochrechne. Ich kann nur sagen: Meine Damen und Herren Kollegen, kommen Sie zur Besinnung. Machen Sie bitte nicht weiter Schulden auf Kosten meiner Kinder und, wie ich annehme, auch Ihrer Kinder.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Rudolph zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Kurzintervention zu den Schulden?)

– In meiner Buchhaltung steht, dass Sie in der 12. Legislaturperiode schon einmal Abgeordneter waren und bereits geredet haben. Ist das nicht wahr?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Geredet nicht, aber Abgeordneter gewesen – schweigende Mehrheit!)

– Entschuldigung. Dann habe ich falsche Informationen. Dann beglückwünschen wir selbstverständlich auch Sie gerne zu Ihrer ersten Rede.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Greilich, sehen Sie, Sie machen die Tradition von Herrn Hahn weiter. Sie werfen anderen Worthülsen vor und beschimpfen diejenigen, die eine klare Position haben, um das einmal relativ deutlich zu sagen. Man kann die Position vertreten. Aber dann sagen Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Landesverwaltung: Wir haben kein Geld, es gibt keine Einkommenserhöhung.

Dann sagen Sie das, und reden Sie nicht darum herum. Das ist doch die Quintessenz. Glauben Sie denn, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinen Anspruch auf angemessene Einkommenserhöhungen? Seit 2004 haben Sie daran gearbeitet.

Herr Beuth, Ihre Rede war so, als ob die CDU noch 50 % der Stimmen hätte. Das ist vorbei. Nehmen Sie das bitte endlich einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Worum geht es? Sie malen hier Horrorgemälde. Unser Antrag geht in die parlamentarischen Beratungen. Wir wissen gar nicht, zu welchem Zeitpunkt, wenn der Wille des Parlaments umgesetzt wird, die Rückkehr in die TdL möglich ist. Daraus ergeben sich die entsprechenden Kosten. Ich habe für die SPD sehr deutlich gemacht, es geht nicht alles auf einmal. Aber wenn Sie schon so schlaue Reden halten: Wo war denn die FDP, als wir Hunderte von Millionen Euro für SAP ausgegeben haben? Wo waren Sie denn,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wer hat das angefangen? – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

als es darum ging, zu sagen, ob das Geld sinnvoll ausgegeben wurde? – Herr Greilich, deswegen sage ich ganz deutlich: Bitte an die eigene Nase fassen, darauf gucken, welchen Anteil die FDP in den vergangenen Jahren gehabt hat. – Klar ist aber auch eine Botschaft der letzten Jahre: Reden Sie einmal mit Personalräten, reden Sie einmal mit Mitarbeitern. Das sind Beschäftigte in BAT VI b, alleinerziehend, die jeden Euro brauchen. Machen Sie es deshalb nicht so en passant auf diese sehr populistische Art.

Ich glaube schon, eine Mehrheit des Hauses nimmt die Mehrheit der Interessen der Landesbediensteten, aber auch die der Bevölkerung in diesem Punkt sehr ernst und wahr. Deswegen ist der Antrag gut. Wir werden ihn parlamentarisch beraten und dann entscheiden, welche Wege wir gehen, wenn feststeht, wie viel das kostet.

Eines geht nicht – hier Sonntagsreden halten und sagen: Das kostet Geld, das haben wir nicht. – Das haben die

Mitarbeiter nicht verdient. Dann müssen wir schauen, welche anderen Ausgaben wir nicht tätigen können.

(Michael Boddenberg (CDU): Dazu hätten wir gerne einen Satz gehört!)

– Herr Boddenberg, dann gehen wir doch einmal durch, wie Sie den Personalkörper in vielen Bereichen aufgebläht haben. Dann reden wir einmal über die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit. Dann reden wir einmal über SAP und Nachfolgeprojekte. Und Sie werden feststellen, da gibt es Millionenbeträge, die sinnvoller verwendet werden können.

(Michael Boddenberg (CDU): Zurück zur Lochkarte!)

Wir stellen uns der Diskussion. Ihre Reaktion zeigt mir, Sie haben nichts gelernt. Das ist nicht mein Problem. Wir werden das ändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Bouffier das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Lieber Kollege Rudolph, bei dem ersten Redebeitrag hatte ich den Eindruck, nachdem wir jetzt alle Freunde sind, wären Sie ein bisschen in Sorge, dass die klare Freund-Feind-Kennung nicht mehr stimmt. Ich darf Sie jetzt erlösen. Wir sind darüber durchaus unterschiedlicher Meinung – auch heute.

(Beifall der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Michael Boddenberg (CDU))

Außerdem können wir die alten Schlachten alle wieder führen. Aber ein paar Dinge bleiben schon wahr. Wenn Sie die SAP-Entscheidung ansprechen, dann gehört dazu, die Entscheidung für SAP war eine der letzten Entscheidungen der Regierung Eichel, der Regierung von Rot-Grün.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach nee! – Reinhard Kahl (SPD): Für die Hochschulen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP – Gegenrufe von der SPD)

Ich selbst war damals dabei, wie die nach der Landtagswahl 1999 sozusagen noch in den letzten Tagen befindliche Regierung Eichel/von Plottnitz – oder wie immer Sie das bezeichnen wollen –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Starzacher! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie damals dagegen?)

den damaligen designierten Ministerpräsidenten Roland Koch und den designierten Finanzminister Karlheinz Weimar – übrigens waren auch Ruth Wagner und andere dabei – gebeten hat, unverzüglich, bevor wir im Amt waren, die Verträge mit SAP ausdrücklich politisch mit zu billigen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist falsch! – Weiterer Widerspruch von der SPD – Clemens Reif (CDU): Da kriegt der Schmitt Kopfschmerzen!)

Das haben wir getan, und die Entscheidung war auch richtig. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir können über Einzelheiten immer diskutieren. Aber wenn Sie den Kollegen der FDP, jetzt allemal einem Kollegen, der die Jungferrede gehalten hat, als Einziges entgegenhalten, das wären alles nur Sprechblasen, dann müssen Sie sich gefallen lassen, dass ich hier nicht durchgehen lasse, dass Sie behaupten, SAP sei eine alleinige Erfindung von uns. Es war Ihre Entscheidung, und das bleibt auch so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das einmal zum Auftakt.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU und der FDP)

Zweite Bemerkung. Ich bin ausdrücklich der Auffassung, dass der Austritt aus der TdL richtig war. Ich bin auch heute noch dieser Auffassung. Wir haben im Wesentlichen drei Gründe gehabt. Man kann das unterschiedlich bewerten. Aber ich will Ihnen ausdrücklich sagen, warum wir das getan haben. Wir hatten in der vergangenen Periode des Öfteren darüber diskutiert. Aber nun haben wir eine neue Legislaturperiode, und deshalb bitte ich, mir nachzusehen, wenn es für den einen oder anderen eine neue Nachricht ist und für den einen oder anderen nicht.

Es waren drei Gründe. Wenn man weiß, dass kein Posten des Landeshaushaltes so umfänglich wie der der Personalkosten ist, dann muss man irgendeine Antwort dazu geben, wie man damit umgehen will. Das war unter Rot-Grün auch so. Ich erinnere mich an ein Papier des früheren Chefs der Staatskanzlei,

(Günter Rudolph (SPD): Guter Mann!)

den Sie alle kennen, der einmal erklärt hat, 20.000 Stellen müssten in Hessen abgebaut werden – das war der Kollege Suchan –, weil Sie vor dem gleichen Problem standen. Wenn der mit Abstand größte Ausgabenposten die Personalkosten sind und die Länder sich hierbei vollkommen von Bund und Kommunen unterscheiden, ist allein deshalb – Herr Kollege Schaus, Sie wissen das aus Ihrer Tarifarbeit – eine automatische Kopplung zwischen Bund und Ländern grob daneben.

Ich will Ihnen das an zwei einfachen Beispielen erläutern.

Der Bund hat einen Personalkostenanteil von knapp 9 %. Dann kann ich als Bund 8 % obendrauf legen, das merke ich kaum.

Die Länder haben einen Personalkostenanteil zwischen 40 und 50 %, die Kommunen – als Kommunalminister weiß ich das ganz genau – im Minimum 15 %, wenn sie sehr stark belastet sind, Ende 20 %. Denn nur die Länder haben die Lehrer, die Polizei, die Justiz- und die Finanzbeamten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist nicht neu!)

Für die Länder stellt sich das Problem der Personalkosten weitaus stärker und dramatischer als für alle anderen. Das bestreitet ernsthaft niemand, der die Thematik kennt. Hier gilt der alte Satz: Vertiefte Sachkenntnis verhindert die fröhliche Debatte.

Meine Damen und Herren, der Kollege Beuth hat ein paar Zahlen genannt.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))



Aber bevor ich zu den Zahlen komme, möchte ich darlegen, warum wir das getan haben. Im Wesentlichen hatten wir drei Gründe.

Zum einen waren wir der Überzeugung, dass wir bei den Personalkosten Einhalt gebieten müssen. Wir haben den Bediensteten des Landes Hessen eine Menge zugemutet, das ist wahr. Wahrscheinlich hat die jetzt geschäftsführende und früher amtierende Landesregierung bei der Landtagswahl dafür auch bezahlt.

Aber ich kann es niemandem ersparen, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Die Fakten sind nun einmal so, dass wir die Beschäftigten damals bei der „Aktion sichere Zukunft“ um einen Konsolidierungsbeitrag gebeten und sie dazu herangezogen haben. Das stimmt.

(Petra Fuhrmann (SPD): „Düstere Zukunft“!)

Lieber Herr van Ooyen, dieser Konsolidierungsbeitrag für Menschen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben, ist aber drastisch niedriger als beispielsweise der Konsolidierungsbeitrag, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Firma Opel dafür bezahlt haben, dass sie ihren Arbeitsplatz behalten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Dann sollen wir hier über Schaufensteranträge diskutieren: „Wir wollen zurück!“ und „Gerechte Arbeit!“ – Wir werden sehen, ob die auch nur die erste Debatte überstehen.

Ich war sehr froh, als der Kollege Al-Wazir heute Morgen in der Generalaussprache als Erster gesagt hat, natürlich müssen wir dieses Thema in Strukturen und in Stufen angehen.

(Günter Rudolph (SPD): Das haben wir auch gesagt!)

Jetzt nur ein ganz kleiner Hinweis: In die TdL können Sie nur entweder eintreten oder nicht eintreten – Sie können mit der TdL aber nicht vereinbaren, nur Teile zu übernehmen.

(Widerspruch des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Und ganz nebenbei: Sie können dort auch nicht einfach eintreten. In die TdL werden Sie durch Mitgliederbeschluss aufgenommen, und die nehmen uns nur dann auf, selbst wenn wir wollten, wenn wir das gesamte Tarifwerk der TdL übernehmen.

Herr Kollege Rudolph, dann kommen wir auch zu den Zahlen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deshalb sind die Dinge nicht ganz so einfach, wie man sich das politisch wünscht.

Dieser Konsolidierungsbeitrag war in der Tat eine schwere Entscheidung. Aber er war notwendig. Ich habe alle Reden heute genau verfolgt: Wer an keiner einzigen Stelle gesagt hat, wie er das finanzieren will,

(Nicola Beer (FDP): Ja! – Günter Rudolph (SPD): Sie haben nichts gelernt!)

der muss doch wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass eine Landesregierung – egal, ob geschäftsführend oder nicht geschäftsführend – nicht blind dem Wunsch des Parlaments folgen kann, verehrte Frau Kollegin Öztürk, sondern dass wir wenigstens zurückfragen dürfen: Wenn ihr

das wollt, dann macht doch bitte an irgendeiner Stelle einen Vorschlag, wie wenigstens Teile des Unternehmens finanziert werden können. – Daran fehlt es.

(Beifall bei der CDU)

Ich lasse das im Ausschuss nicht durchgehen. Ich bin ja hoffnungsfroh, dass wir vielleicht im Ausschuss Neues hören.

Mir liegen alle Pressemeldungen von Ihnen vor. Die sind zum Teil über zwei Monate alt. In diesen zwei Monaten hatten Sie jede Chance, irgendeine Bemerkung dazu zu machen, wie es denn gehen soll. – Der erste Punkt war der Konsolidierungsbeitrag.

Der zweite Punkt ist, dass es – und da hat Hessen eine besondere Situation – aus Sicht des Landes Hessen nicht klug ist, sich auf Dauer in einer Tarifgemeinschaft aufzuhalten, in der der kleinste gemeinsame Nenner notabene das ist, was man findet.

Der Ministerpräsident hat uns heute Morgen vorgetragen, dass kein Land so viel für die anderen Länder leistet wie Hessen. Die Ausgaben, die andere fröhlich beschließen,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

bezahlen zu einem guten Teil wir.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schaus, das fand ich besonders bemerkenswert.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich verstehe Ihr Problem: Rot-Rot in Berlin. Der Kollege Sarazzin verhandelt gerade mit Ihnen.

Wenn Sie Berlin als Musterbeispiel darstellen, dann sage ich Ihnen, ich möchte keine Politik machen – und zwar völlig egal, wer dafür die Verantwortung getragen hat –, bei der ein Land wie Berlin über 50 Milliarden € Schulden hat und hinten und vorne nicht weiß, was es überhaupt noch machen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie haben 10 Milliarden € Schulden gemacht!)

Wenn Sie dann noch mit hinzunehmen, dass allein Hessen mehr als alle anderen an Berlin zahlt – –

(Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir heute Morgen schon einmal gehört!)

– Lieber Herr Schmitt, Ihnen muss man manches mehrfach sagen, damit Sie beginnen, darüber nachzudenken.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen hat Hessen ein Interesse daran, seine Interessenlage individuell zu verhandeln.

Damit bin ich beim Punkt „verhandeln“. Wir hatten nie die Absicht, das durch Gesetz zu lösen.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber der Ministerpräsident hat sich für seine Zahlungen in den Länderfinanzausgleich feiern lassen!)

Wir wollen für die hessischen Beschäftigten mit Tarifverträgen hessenspezifische Lösungen. Meine Damen und Herren, das ist uns im Übrigen auch gelungen. Vielleicht haben Sie es vergessen.

Hessen war das einzige Land in Deutschland, das im letzten Jahr ohne einen einzigen Streiktag mit seinen im Landesdienst beschäftigten Ärzten einen Tarifvertrag abgeschlossen hat – unter meiner Führung. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die wochenlangen Demonstrationen der Ärzte in allen anderen Bundesländern. Das hat die Krankenhäuser jede Menge Geld gekostet, und dann hat man einen Tarifvertrag abgeschlossen – übrigens wie auch bei den Kommunen –, der sehr teuer war.

Was ist anschließend bei den kommunalen Krankenhaus-trägern in Hessen wie in den anderen Bundesländern geschehen? Man hat einen teuren Tarifvertrag abgeschlossen und anschließend erklärt, man könne ihn nicht bezahlen, und unmittelbar danach hat man Nottarifverträge verkündet. Herr Schaus, Sie wissen es: Genau so ist es.

Ich halte es für falsch, den Menschen etwas vorzumachen und ihnen anschließend zu sagen: Wir können das nicht erfüllen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deshalb war es für uns ein großer Erfolg, dass dort, wo hessische Ärzte im Landesdienst sind, nicht nur kein Streik stattgefunden hat, sondern dass wir auch zu einer einvernehmlichen Regelung gekommen sind.

In gleicher Weise habe ich im vergangenen Jahr mit ver.di verhandelt, mit dem Beamtenbund und allen anderen. Bis zum Schluss des vergangenen Jahres haben wir auf Spitzenebene verhandelt. Kollege Beuth hat bereits dargestellt – Meistbegünstigungsklausel und anderes –, warum es da nicht weiterging. Aber ich habe Ihnen in diesem Hause – nicht in diesem, sondern im alten Hause – schon einmal dargelegt,

(Norbert Schmitt (SPD): An gleicher Stelle!)

und insofern kann ich den Antrag von CDU und FDP nur aufnehmen, dass die Gespräche mit den Gewerkschaften zu keiner Zeit unterbrochen waren.

Wir haben am 06.12.2007 und kurz nach der Landtagswahl am 06.02.2008 mit ver.di und allen anderen verhandelt. Bereits im März habe ich der ver.di-Bundesspitze schriftlich den Vorschlag unterbreitet, weiterzumachen. Ich bin guter Hoffnung, dass wir Anfang Mai – der genaue Termin steht noch nicht fest – wieder beginnen werden, einen Tarifvertrag für die hessischen Beschäftigten zu verhandeln. Das ist unser Ziel.

Warum haben wir im letzten Jahr ein Gesetz verabschiedet – jetzt jenseits aller verfassungsrechtlichen Fragen? Das muss sich jeder einmal klarmachen. Ich kann einen Tarifvertrag nur dann abschließen, wenn ich einen Partner habe. Da der Partner aber sagt, er unterschreibt nichts, und zwar völlig unabhängig davon, was du willst – und das ist das Problem der FDP; die Gewerkschaften hätten nur eine Übernahme in die TdL unterschrieben,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

das aber wollen wir nicht –, standen wir vor der Frage: Wenn wir nicht durch Gesetz oder durch einzelvertragliche Abmachung unseren Mitarbeitern eine Zuwendung geben, bekommen die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen gar keine Verbesserung. Aus diesem Grunde haben wir das getan.

(Widerspruch des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Das kann man auch anders sehen, aber das war der Grund.

Deshalb, Frau Kollegin Öztürk: Wir haben nicht nur die 2,4 % zum 1. April dieses Jahres mehr, sondern wir haben im vergangenen Jahr auch Einmalzahlungen von beachtlicher Höhe geleistet. Das ist der dritte Punkt, weshalb ich nach wie vor der Auffassung bin, dass eine eigene Tarifgestaltung sinnvoller ist.

Meine Damen und Herren, bei einer linearen Erhöhung besteht immer das Problem, dass Sie unabhängig von der wirtschaftlichen Situation im Land auf Dauer ständig steigende Personalkosten haben. Denn die lineare Erhöhung schreibt sich fort, unabhängig davon, ob die Steuereinnahmen gut oder schlecht sind. Deshalb waren wir der Auffassung, wir müssten ein anderes, ein intelligenteres System anwenden: moderate lineare Erhöhungen und dann, wenn es in der Kasse verantwortbar ist, durch Einmalzahlungen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich bin nach wie vor der Auffassung, es ist klüger, nicht dauerhaft hohe Kosten zu schaffen mit der Folge, dass man immer weniger Spielraum für andere Dinge hat, mit der weiteren Folge, dass man anschließend wieder Stellen abbauen muss, sondern ein Instrumentarium zu haben, das breiter angelegt ist. Das war der entscheidende Grund, warum wir aus der TdL ausgetreten sind. Ich halte das nach wie vor für die richtige Entscheidung.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, gestatten Sie mir den freundlichen Hinweis, dass die für die Fraktionen vereinbarte Redezeit bereits abgelaufen ist.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, ich werde mich sehr konzentrieren. Wir werden im Ausschuss Gelegenheit haben, das alles noch etwas tiefer zu diskutieren.

Gestatten Sie mir in einer abschließenden Bemerkung nur einige wenige Zahlen, damit Sie wissen, woher die Diskrepanz zwischen Ihrem und unserem Vortrag kommt.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe nur eine Zahl genannt!)

Wenn ich nur den Tarifbereich nehme, dann haben wir für das Jahr 2008 nach Auskunft der Tarifreferate netto 70,3 Millionen € mehr. Wie kommt das? Das kommt einmal durch den höheren Tariflohn. Das kommt zum anderen aber auch – das haben Sie übersehen – durch Überleitungskosten in die Entgelttabelle, durch Überleitungskosten des Strukturausgleichs beim Tarifvertrag. Das kommt unter anderem auch dadurch, dass die Einmalzahlungen anders ausgefallen sind. Das kommt unter anderem auch dadurch, dass Sie, wenn Sie in die TdL eintreten, andere Entscheidungen, die dort getroffen wurden, natürlich mit übernehmen müssen. Dann sind Sie nur im Tarifbereich schon über 70 Millionen €.

Der Korrektheit halber will ich sagen, weil es bisher nicht erwähnt wurde: Da ist auch der Tarifvertrag Waldarbeiter mit drin, den wir dann natürlich auch übernehmen müssen.

(Günter Rudolph (SPD): Da haben Sie etwas gelernt!)

Meine Damen und Herren, dann schauen Sie weiter, nachdem Sie alle gesagt haben, Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht: Nur die Vergütungsregelung des Tarifrechts bedeutet in diesem Jahr 108,3 Millionen € netto mehr. Wenn Sie dann auch noch auf die Idee mit der 40-Stunden-Woche kommen – ich habe die Presseerklärungen alle hier, der Kollege Beuth hat schon darauf hingewiesen –, dann bedeutet das: Wenn Sie das umrechnen und dafür wieder Menschen einstellen, brauchen Sie noch einmal 117 Millionen €. Diese Größenordnungen sind so gewaltig – sie sind vor allem dauerhaft, sie sind nicht einmalig, sie kommen jedes Jahr wieder, und in der Dynamik des Tarifgeschäfts haben Sie das Problem, dass sie nicht weniger werden –, dass niemand ernsthaft behaupten kann, es würde genügen, hier politische Symbolik oder Dankeschuld für Wahlkampfhilfe abzuleisten.

Ich verstehe das alles sehr wohl. Aber ich bleibe dabei, und ich wollte nur an einigen Zahlen die Dimension deutlich machen: Wenn Sie das tatsächlich wollten, dann müssen Sie eine Idee haben, wie Sie auf einen Schlag rund 1.500 Lehrer finden, wie Sie sofort rund 500 Polizeibeamte finden und bezahlen, um nur einmal zwei Bereiche zu nennen.

(Günter Rudolph (SPD): Wer hat denn das gesagt, Herr Bouffier?)

– Herr Kollege Rudolph, ich erwähne das deshalb, weil es nicht nur Ihren Antrag gibt, sondern auch den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Da Sie sonst als Brüder im Geiste marschieren – so habe ich gelernt –,

(Günter Rudolph (SPD): Eueueu!)

will ich Ihnen noch eines sagen. Ich habe gelesen, wir sollen jetzt doch auch die weitere tarifliche Vereinbarung übernehmen. Alles das, was ich eben an Zahlen vorgetragen habe, ist entweder Stand vorher oder Stand jetzt. Wenn jetzt noch etwas dazukommen soll, die berühmten 8 %, macht das für Hessen noch einmal rund 500 Millionen € aus.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wahnsinn!)

Das können Sie relativ einfach rechnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die TdL verhandelt doch selbst!)

– Ich habe die Pressemeldungen von gestern gelesen

(Günter Rudolph (SPD): Von wem?)

– z. B. vom Beamtenbund; die anderen haben das schon früher gefordert –, und darin steht, wir sollen die Bundesvereinbarung übernehmen, wir sollen auf 40 Stunden gehen, und wir sollen die 8 % auch noch übernehmen; die kämen noch obendrauf. Das heißt im Klartext, jeder, der sich ein bisschen mit diesen Dingen beschäftigt, kommt zu dem Ergebnis, wir reden hier über außerordentlich gewaltige Finanzauswirkungen.

(Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Ich prophezeie Ihnen, Sie werden von uns detailliert alle Unterlagen bekommen, damit Sie es bis aufs Komma nachrechnen können. Dann werden Sie sehen: Das, was Sie den Menschen an Eindruck vermittelt haben, geht so einfach nicht. Es geht schon gar nicht, solange ich nicht an einer einzigen Stelle höre, wie man das finanzieren will.

Herr van Ooyen hat irgendwo zu Protokoll gesagt, in der Presse nachzulesen – es ist jedenfalls Ihnen zugeschrieben worden –, für solche Fragen müsse man eben auch mehr Schulden machen. Das ist wenigstens überhaupt eine Auskunft. Ich halte sie für die falsche.

(Axel Wintermeyer (CDU): Unverantwortlich! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Einnahmen!)

Ich halte es im Übrigen auch aus einem anderen Grund für falsch. Heute Morgen in der Generaldebatte haben alle Redner erklärt, die Dienstrechtsreform sei in der Tat eine schwierige Frage, der wir uns gemeinsam widmen wollen. Nach der Föderalismusreform sind wir dafür verantwortlich. Dort haben alle gesagt, wir müssen als Hessen unseren Gestaltungsraum nutzen und müssen versuchen, da etwas Gescheites zu erreichen. Jetzt frage ich Sie einmal: Welchen Sinn macht es denn, auf der einen Seite ein eigenständiges Beamtenrecht zu kreieren und auf der anderen Seite zu fordern, dass das Beamtenrecht einer bundeseinheitlichen Tarifwelt folgen müsse? Das passt überhaupt nicht zusammen.

Meine Damen, meine Herren, ich will es aus Zeitgründen dabei belassen. Seien Sie versichert, die Landesregierung wird sich weder obstruktiv noch versessen mit diesem Parlament auseinandersetzen. Ich will mich ausdrücklich auch dazu bekennen, wenn wir alle gemeinsam einen guten Stil pflegen wollen, dass auch ich mich darum bemühe. Aber eines können Sie von niemandem verlangen: dass Sie als Minister gegenüber den Landesbediensteten auftreten und ihnen sagen: „Passt auf, wir beschließen fröhlich, dass alles wunderbar erfüllt wird“, ohne dass mir irgendeiner gesagt hat, wie es gehen soll.

Eine Landesregierung, egal ob geschäftsführend oder anders, ist immer gut beraten, den Wunsch des Parlaments nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern nach Möglichkeit auch umzusetzen. Umgekehrt wird man dann allerdings von einem Parlament auch erwarten dürfen, dass es Vorschläge macht, wie das realistisch gehen soll. Daran fehlt es bis zur Stunde allenthalben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Innenminister. – Nun hat sich Herr Kollege Al-Wazir für die GRÜNEN noch einmal zu Wort gemeldet. Mögliche Redezeit ist siebeneinhalb Minuten, ich betone aber das „mögliche“ hierbei.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bouffier, irgendwie habe ich das Gefühl, das war jetzt noch ein Redebeitrag aus der alten Wahlperiode.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich habe mir die ganze Zeit überlegt: Wie kommt denn Herr Bouffier auf alle diese Zahlen? Es wurde ja immer mehr, je länger Sie geredet haben – bis mir klar wurde, dass Sie den Antrag der Linkspartei und die Presseerklärung des Beamtenbundes zusammengerechnet haben. Dann kommen Sie auf solche Zahlen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Minister Volker Bouffier: Nein, der SPD!)

Das wäre ungefähr so, wie wenn Sie die Forderungen der Senioren-Union, des VdK und von Oskar Lafontaine zum Maßstab für die Rentenerhöhung machen würden.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da können Sie sicher sein, das würden wir nie mitmachen.

Insofern nur ganz kurz, weil Sie es angesprochen haben: SAP/NVS. Es war eine Entscheidung – in diesem Fall, nehme ich an, wird es eher ein Gespräch gewesen sein – zwischen Eichel und Starzacher. Wenn Ruth Wagner dabei war, hat es sicherlich etwas damit zu tun, dass das Pilotprojekt SAP/NVS in der Endphase von Rot-Grün ein Pilotprojekt im Bereich Wissenschaft und Kunst war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Sie können sicher sein, dass der Kollege von Plottnitz nicht dabei war; denn er lässt sich E-Mails bis heute ausdrucken.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Horst Klee (CDU): Guter Mann!)

Ich weise nur darauf hin, dass die Entscheidung, das auf alle Bereiche auszudehnen, eine Entscheidung der Regierung der 15. Wahlperiode war und Finanzminister Weimar in der Pressekonferenz gesagt hat, der Deckel ist 100 Millionen DM. Ich sage nur: Schön wärs gewesen.

Was die Kosten dessen angeht, was hier debattiert wurde – Stichwort: Rückkehr in die TdL –, habe ich heute Morgen schon gesagt, wir werden sicherlich nicht alles sofort wirkungsgleich in allen Bereichen machen können; das ist völlig klar.

Herr Bouffier, Sie sollten Ihre Rolle – wie hat es Ihr geschäftsführender Ministerpräsident gesagt? – als freundlicher Helfer des Parlaments wahrnehmen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir sind gespannt darauf, wie Sie im Innenausschuss freundlicher Helfer des Parlaments sind. Wir werden sehen, in welchen Bereichen wir welche Ausgaben haben, und dann werden wir auch sehen, in welche Bereiche wir wann was übertragen können. Das politische Ziel von unserer Seite aus ist völlig klar. Wir haben immer schon, auch schon vor der Wahl und auch im Gespräch mit den Gewerkschaften, gesagt – ich erinnere mich beispielsweise an ein Gespräch mit der GEW –, dass die wirkungsgleiche Übertragung vom ersten Tag an bei den Beamten sicherlich nicht geht. Erstens geht es nicht aus finanziellen Gründen, und zweitens, selbst wenn wir das Geld hätten, könnten wir den Ersatzbedarf gar nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt für Lehrerinnen und Lehrer decken. Wir lassen insofern ein bisschen die Luft raus und führen im Innenausschuss eine Debatte über die Frage, was wie viel kostet und was geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Das Wort hat Herr Kollege Kahl für die SPD-Fraktion.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, Ihre Bemerkung zu SAP kann so nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben. Herr Kollege Al-Wazir hat schon darauf hingewiesen: Uns in die Verantwortung zu nehmen für die Einführung von SAP ist ein Versuch, der aber gescheitert ist, weil es nicht den Tatsachen entspricht.

(Beifall bei der SPD)

In der Übergangszeit zwischen der Regierung Eichel und der Regierung Koch gab es eine einzige Verabredung, das war die Einführung von SAP an den Hochschulen – nicht mehr und nicht weniger. Die Entscheidung, SAP flächendeckend in der Landesverwaltung einzuführen, ist alleine Ihre Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb ist es auch Ihre alleinige Verantwortung, dass die Kosten für die Einführung von SAP von 50 Millionen € auf 850 Millionen € gestiegen sind. Das ist die Realität. Ich sage dazu noch Folgendes: Für das Millionengrab SAP sind Sie verantwortlich. Bis zum heutigen Tag hat kein Abgeordneter erkannt oder erkennen können, dass wir mehr Transparenz erreicht haben. Das Geld ist in den Sand gesetzt worden, es gibt aber keine effektive Verbesserung. Das liegt in Ihrer Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kahl. – Das Wort hat Herr Kollege Beuth für die CDU-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Werdet ihr nach Redezeit bezahlt?)

#### **Peter Beuth (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Al-Wazir, Herr Kollege Kahl, das Thema SAP und NVS ist hier vergossene Milch. Wir rüsten völlig ab. Das Thema SAP hilft uns in der Debatte um die TdL kein bisschen weiter. Ich will aber noch eines sagen, und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Das Zahlenbeispiel ist wunderbar, und ich unterstelle einmal die Richtigkeit der Zahlen. Herr Kollege Kahl hat gerade eben von einer Steigerung von 50 Millionen € auf 850 Millionen € für den Bereich SAP/NVS über einen Zeitraum von neuneneinhalb Jahren gesprochen.

Jetzt will ich Ihnen die Herausforderungen dieser Debatte, die wir eben geführt haben, bevor Sie sich zu SAP und NVS geäußert haben, nennen: Da geht es um 850 Millionen €, nicht ganz, es geht um 750 Millionen €; nehmen wir die Studienbeiträge, die wir vorhin besprochen haben, von 120 Millionen € gerade noch mit drauf, dann sind wir exakt bei diesem Betrag für ein Jahr und nicht für neun oder zehn Jahre.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem bei der TdL, über das wir miteinander reden müssen, wenn wir über die Übernahme sprechen. Das ist etwas, was wir im Ausschuss noch sehr tief miteinander beraten müssen. Da sehen Sie dann einmal die Dimensionen, über die Sie sich hier unterhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Beuth. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 16 zur weiteren Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 9:**

#### **Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige – Drucks. 17/22 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Erste Wortmeldung, Frau Kollegin Schott für DIE LINKE.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 7. Februar dieses Jahres dürfen junge afghanische Männer ohne familiäre Bindung in ihr Heimatland abgeschoben werden. In anderen Bundesländern wird die Lage in Afghanistan durchaus anders bewertet, deswegen wird nicht abgeschoben.

Aus der Sicht der LINKEN ist nicht nachzuvollziehen, warum die Bundesregierung den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan in den verschiedensten Organisationsformen wie zum Beispiel Enduring Freedom oder ISAF beschließt und regelmäßig verlängert und dazu begründet, die Bundeswehr solle im Auftrag der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Wahrung der Menschenrechte und der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit unterstützen, solange afghanische Sicherheitskräfte dazu noch nicht in der Lage seien. Ziel sei, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgehe, in einem sicheren Umfeld arbeiten könnten.

Andererseits kommt der Hessische Verwaltungsgerichtshof zu dem Ergebnis, es sei angesichts seines Lebensalters und seiner Arbeitsfähigkeit nicht überwiegend wahrscheinlich, oder gar sicher, dass der Kläger deshalb dort sein Leben verlieren oder schwerste Beeinträchtigungen sonstiger wichtiger Rechtsgüter erleiden dürfte. – Ich finde diese Formulierung zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Gleichzeitig erklärt das Auswärtige Amt, dass es dringend von Reisen nach Afghanistan abrät.

Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein. Trotz Präsenz der internationalen Schutztruppe ISAF kann es landesweit zu Attentaten kommen. Die Sicherheitskräfte der Regierung

sind nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. In ganz Afghanistan besteht das Risiko, Opfer einer Entführung zu werden. In der Hauptstadt Kabul können Überfälle und Entführungen auch tagsüber nicht ausgeschlossen werden. Im übrigen Land bestehen teilweise noch deutlich höhere Sicherheitsrisiken. Allen Deutschen vor Ort wird zu größter Vorsicht geraten. Dies gilt besonders für Überlandfahrten, die auch in vergleichsweise ruhigen Landesteilen nur im Konvoi, nach Möglichkeit bewacht, und mit ortskundiger Begleitung durchgeführt werden sollten. Die Sicherheitslage auf der Strecke muss zeitnah zur Fahrt sorgfältig abgeklärt werden. Es wird davor gewarnt, auf unsicheren Plätzen zu übernachten. In weiten Teilen besteht keine medizinische Versorgung.

Es kann wohl kaum davon ausgegangen werden, dass sich die Sicherheitslage nach der Nationalität der Betroffenen richtet. Ergo sind Afghanen genauso gefährdet wie Deutsche. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass das Pro-Kopf-Einkommen bei ungefähr 335 US-Dollar liegt. Davon kann man auch in Afghanistan nicht wirklich leben. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt nicht einmal 50 Jahre. Das ist eine der niedrigsten der Welt.

Die Bundesregierung erklärt:

Uns ist bewusst, dass die Zerstörungen eines Vierteljahrhunderts Krieg und Bürgerkrieg nicht innerhalb kürzester Zeit geheilt werden. Der Wiederaufbau verlangt einen langen Atem, daher ist der weitere Einsatz von Bundeswehr, Polizei und Entwicklungshelfern notwendig.

Weiter heißt es:

Die Bundeswehr wirkt durch ihre deutliche, für jedermann sichtbare Präsenz. Während der Patrouillen werden zivile Lagebilder erstellt. Sie trägt zur Einschätzung der Sicherheitslage und zur Organisation der Wiederaufbauprojekte bei. Für 2008 hat der Bundestag eine Verdreifachung der Mittel auf knapp 36 Millionen € verabschiedet. Wir werden bleiben, bis sichergestellt ist, dass Afghanistan aus eigener Kraft für Frieden und Sicherheit für seine Bevölkerung sorgen kann und nicht wieder zu einem Land wird, aus dem uns Gefahr droht.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ersichtlich, warum Menschen afghanischer Herkunft zugemutet werden kann, in ihr Heimatland zurückgeschickt zu werden. Dem Wiederaufbau des Landes ist es ebenfalls in keiner Weise dienlich, da die Situation beispielsweise in Kabul jetzt nicht mehr zu bewältigen ist.

Amnesty International weist darauf hin, dass seit Ende 2001 die Zahl der Einwohner Kabuls von 900.000 auf mehr als vier Millionen angestiegen ist. Vielen Stadtgebieten droht der Kollaps. Der enorme Bevölkerungszuwachs hat zu einem akuten Mangel an Wohnraum und zur Bildung großer Slumviertel geführt.

Wir fordern daher, die Sicherheit aller hier lebenden Menschen aus Afghanistan zu gewährleisten – wir reden hier von ein paar Hundert Menschen, nicht von Tausenden – und zu diesem Zeitpunkt niemanden auszuweisen.

Ich bitte deshalb alle Abgeordneten, unserem Antrag auf einen Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Auch hierbei handelte es sich um die erste Rede einer Kollegin. Herzlichen Glückwunsch des Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Bellino von der CDU-Fraktion.

**Holger Bellino (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! DIE LINKE beantragt, abweichend von dem gültigen IMK-Beschluss, eine generelle Bleiberechtsregelung und, übergangsweise, für Hessen einen Abschiebestopp.

Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag mit seinen zwei Teilbereichen nicht folgen und schließt sich damit – Sie können sich sicher alle daran erinnern – der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestags an.

Wir verschließen dabei nicht die Augen vor der Situation in einem Land, das sich nach 23 Jahren Bürgerkrieg bzw. kriegerischer Auseinandersetzungen in einer Phase des Wiederaufbaus befindet. Wir verkennen auch nicht die regionalen Unterschiede bezüglich der Entwicklung des Landes und der Versorgung sowie der Sicherheitslage in einzelnen Landesteilen.

Wir bedenken auch die besondere Schutzwürdigkeit einzelner Personengruppen, beispielsweise Alleinerziehender, alleinstehender Frauen und Familien mit Kindern. In dem bereits zitierten IMK-Beschluss werden gerade die Bedingungen geregelt, die erfüllt sein müssen, um gemäß § 23 des Aufenthaltsgesetzes die entsprechenden Aufenthaltserlaubnisse bzw. Aufenthaltstitel zu erteilen. Er schützt damit auch die eben skizzierten Personengruppen.

Wir wissen allerdings, dass das Auswärtige Amt, das zuständige Bundesamt, aber auch unser Ministerium und die nachgelagerten Behörden die Lage in und um Afghanistan permanent beobachten und auf Veränderungen sehr sensibel reagieren. Sie erstatten Meldung, wenn sich, beispielsweise aus humanitären Gründen, an der Abschieberegulierung etwas ändern muss.

Wir wissen auch, dass bei den Personen, die zurückgeführt werden können, sehr sensible Einzelfallprüfungen vorgenommen werden. Jeder einzelne Fall wird gesondert betrachtet, und für jeden einzelnen Fall wird entschieden, ob eine Rückführung zu vertreten ist oder nicht. So sind auch die – im positiven Sinne – niedrigen Fallzahlen zu erklären. In Deutschland gab es im vergangenen Jahr 79 Rückführungen. Der Grundsatz der Individualität der Betrachtung und der Entscheidung gilt auch für den Petitionsausschuss und die Härtefallkommission.

Hinzu kommt, dass im Februar 2008 der VGH in seinem Urteil festgestellt hat, dass die Rückführung der nicht durch den IMK-Beschluss geschützten Personen zu bestätigen und insofern auch in Ordnung ist.

Wir bedenken auch, dass seit 2002 mindestens 5 Millionen Menschen sogar freiwillig nach Afghanistan zurückgekehrt sind. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir, wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft keine Massenabschiebungen erleben werden.

Wir sind sicher, dass alle Verantwortlichen – in Berlin, in Wiesbaden oder sonst wo – auch in Zukunft die Situation in Afghanistan beobachten und sensibel reagieren werden und dass die Einzelfallprüfungen nach wie vor entscheidend dafür sind, ob eine Rückführung zu verantworten ist oder nicht. Wir sind der Überzeugung, dass die jetzige Regelung, die auch gerichtlich abgesichert ist, vertretbar und richtig ist. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Nächster Redner ist Herr Kollege Weiß von der SPD-Fraktion.

**Marius Weiß (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin der Fraktion DIE LINKE dankbar dafür, dass sie im Sinne der Menschen aus Afghanistan, die in unserem Bundesland leben, einen sofortigen Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige beantragt hat.

Eigentlich hatte ich auch vor, der Fraktion DIE LINKE für die Mühe zu danken, die sie sich beim Zusammentragen der ausführlichen Begründung dieses Antrags gemacht hat. Diesen Dank muss ich allerdings an Herrn Rechtsanwalt Selbert aus Kassel weiterleiten, der bereits am 21. Februar einen Appell für einen Abschiebestopp geschrieben hat, den Sie in Ihrer Begründung 1 : 1 übernommen haben.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Aber ein guter Einfall ist eben wie ein Hahn am Morgen: Andere Hähne krähen gleich mit. – Das ist jedoch gar nicht schlimm, und ich werde mich davor hüten, das zu veralbern; denn das, worüber wir hier reden, ist zu ernst.

Es geht um das Schicksal von Menschen. Es geht nicht um einen Betrag von 500 € pro Semester oder um den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder. Es geht ganz konkret um die Frage von Leben und körperlicher Unversehrtheit, also um die höchsten Rechtsgüter, die wir kennen.

(Beifall bei der SPD)

Dies sage ich ganz besonders an die Adresse der neuen Abgeordneten gerichtet, die, wie ich, noch nicht mit Entscheidungen von solcher Tragweite befasst waren. Ihre Entscheidung hier und jetzt betrifft ganz konkret Menschen – z. B. Familien – in ihrer Existenz.

Frau Kollegin Schott hat auf die Einschätzung des Auswärtigen Amtes hingewiesen: landesweite Gefahr von Attentaten, keine Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, Gefahr von Entführungen, landesweit keine medizinische Versorgung.

In dem Antragstext ist auf § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes hingewiesen worden. Für diejenigen im Haus, die ihn nicht kennen, möchte ich ihn gern zitieren:

... darf ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist.

Die allgemeine Sicherheitslage in Afghanistan lässt es aus humanitären Gründen im Moment nicht zu, Afghanen ohne Aufenthaltstitel in ihr Heimatland abzuschicken. Besonders Frauen und Mädchen müssen dort in ständiger Angst vor Belästigungen, Vergewaltigungen oder Verschleppungen leben und können so gut wie nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. Das ist die einhellige Meinung der Flüchtlingsorganisationen und des UNHCR.

Auch eine freie Religionsausübung ist praktisch nicht möglich. Afghanische Hindus und Sikhs werden diskriminiert und verfolgt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, bei einem Übertritt zum Christentum muss man sogar mit der Todesstrafe rechnen, wie wir beim Konvertitenprozess um Abdul Rahman im letzten Jahr erleben mussten. Die Empörung über diesen Prozess war so groß, dass sogar die Vizefraktionschefin der FDP im Bundestag, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, einen befristeten generellen Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige gefordert hat.

Die Dringlichkeit eines solchen Abschiebestopps ist spätestens seit dem 7. Februar dieses Jahres gegeben. In dem Urteil des Hessischen VGH von diesem Tag, das bereits von meinen beiden Vorrednern erwähnt wurde, heißt es ausdrücklich – das ist auch in dem Begründungstext abgedruckt –:

Angesichts des Lebensalters und der Arbeitsfähigkeit des Klägers ist es nicht überwiegend wahrscheinlich, dass er wegen seiner wirtschaftlichen oder sozialen Situation sein Leben in Afghanistan verliert.

Angesichts des Lebensalters sei es nicht überwiegend wahrscheinlich, das Leben zu verlieren. Frau Kollegin Schott hat das Wort „zynisch“ verwendet. Mir fallen noch ganz andere Worte ein. Aber Sie haben es damit sehr gut getroffen.

Ich persönlich halte dieses Urteil für unerträglich. Da die Gefahr droht, dass die hessischen Verwaltungsgerichte dieser Linie des VGH folgen, ist es nur konsequent, wenn wir heute einen generellen Abschiebestopp beschließen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion appellieren, sich diesem Antrag anzuschließen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihren Kollegen in Hamburg, die zusammen mit der GAL, der Grün-Alternativen Liste, nicht nur – was sehr vernünftig war – ein längeres gemeinsames Lernen an den Schulen durchgesetzt haben, sondern sich mit ihr auch, wie es in den Koalitionsvereinbarungen gerade festgestellt worden ist, auf einen sofortigen Abschiebestopp für alle afghanischen Flüchtlinge verständigt haben. So die CDU Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. Auch hier war es die erste Rede in diesem Parlament. Auch Ihnen vom ganzen Haus herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Öztürk für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil es hier oben so schön ist, bin ich heute schon zum zweiten Mal da. Wie der Herr Kollege Weiß bemerkt hat: Was in Hamburg möglich ist, ist anscheinend in Hessen noch lange nicht möglich. – Ich habe keine Ahnung, woran das liegen mag. Wir machen den Versuch, dass die CDU heute mitgeht.

Es geht um Menschenrechte. Wir haben heute noch einen anderen Antrag. Ob wir den heute diskutieren werden, weiß ich nicht. Es geht um Tibet. Das heißt, Menschenrechte sind diesem Hause wichtig. Wir möchten nicht unterscheiden, sondern Menschenrechte sind Menschenrechte, auch in Afghanistan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Die Fraktion DIE LINKE spricht das Thema an, das wir bereits im Petitionsausschuss oder auch in der Härtefallkommission in der vergangenen Legislaturperiode oft behandelt haben. Es geht um den Erlass aus dem Juli 2005, der den schönen Titel „Bleiberechtsregelung für afghanische Staatsangehörige sowie Rückführung afghanischer Staatsangehöriger“ trägt. Im Zuge der Umsetzung dieses Erlasses wurden vermehrt vor allem alleinstehende männliche afghanische Staatsangehörige zurückgeführt, wie es harmlos klingend heißt. Dahinter verbergen sich allerdings oft dramatische Situationen. Denn die Lage in Afghanistan hat sich nach wie vor nicht verbessert. Sie ist nach wie vor unsicher. Daher sind wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Meinung, dass man in dieses Land nicht abschieben kann und nicht abschieben sollte. Wir haben in der letzten Legislaturperiode mehrmals im Petitionsausschuss abgelehnte Petitionen von afghanischen Staatsangehörigen aus dem Abstimmungsblock herausgenommen und im Plenum getrennt abgestimmt, um hier unsere abweichenden Voten gemeinsam mit der SPD deutlich zu machen. Herr Kollege Bellino, daran möchte ich noch einmal kurz erinnern.

Ich wollte kurz erwähnen, dass es im Danesch-Gutachten den einen oder anderen Hinweis gibt. Ohne auf diese weiter einzugehen, möchte ich kurz auf die Reise von Herrn Bouffier eingehen. Im Interview mit dem „Gießener Anzeiger“ berichtete er von seiner Reise im November 2006 und meinte: „Wohl alle haben die Aufgabe und deren Dauer erheblich unterschätzt,“ – die Aufgabe in Afghanistan –, „denn Armut, Analphabetentum, Korruption und Seilschaften, aber auch Teile überholter Traditionen erschweren die Befriedung und Stabilisierung des Landes.“

(Minister Volker Bouffier: Stimmt!)

Herr Minister Bouffier, leider müssen wir feststellen, dass dies heute immer noch der Fall ist. An der Situation hat sich nichts verändert. Deswegen möchten wir den Abschiebestopp.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Allein in der ersten Märzwoche gab es vier Selbstmordanschläge, im Februar wurden allein in der Provinz Kandahar mehr als 100 Menschen durch Selbstmordattentate getötet. Seit Anfang 2007 sind in Afghanistan bei Kämpfen und Anschlägen über 6.500 Zivilisten und Armeeangehörige ums Leben gekommen. Analysten weisen darauf hin, dass nur ein Teil der Anschläge den Taliban oder religiös fundamentalistischen Gruppen ähnlicher Art zuzurechnen ist. Allein das World Food Programm unterstützt

7,3 Millionen Menschen in Afghanistan, die sich nicht selbst versorgen können. In diesem Land herrschen neben Unsicherheit auch Armut und Hungersnot. 2,5 Millionen Afghanen erleiden Hunger. Aufgrund dessen wollen wir nicht, dass in dieses Land abgeschoben wird. Das erwähne ich hier noch einmal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich möchte auch kurz auf die Situation von Abschiebungsfällen eingehen, die Familien betreffen. Ohne familiäre Bindung werden die Betroffenen angesichts der Sicherheits- und Versorgungslage in Afghanistan großen Risiken ausgesetzt. Wir wissen alle, dass, wenn in diesen Ländern bestimmte Strukturen herrschen würden, wenn Verwandte Unterstützung leisten könnten, die abgeschobenen Personen einigermaßen sicher wären. Doch das ist oft nicht der Fall. Deswegen möchte ich daran erinnern, dass die Innenministerkonferenz in der nächsten Woche unbedingt noch einmal ihre Beschlusslage zur Rückführung afghanischer Flüchtlinge überdenken muss, und bitte heute auch die anderen Kollegen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, sich dem Antrag der LINKS-Fraktion anzuschließen. Wie gesagt: Es geht um Menschenrechte. Hier möchten wir keine Unterscheidung machen. Wenn dieser Antrag beschlossen würde, wäre das ein wichtiges Signal in die richtige Richtung. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Öztürk. – Jetzt hat Herr Kollege Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schott, Sie haben heute ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt, mit dem sich der Hessische Landtag und die zuständigen Ausschüsse in den letzten fünf Jahren sehr intensiv beschäftigt haben. Sie haben ein wenig den Eindruck vermittelt, als ob das hier kein Thema gewesen sei. Aber der Petitionsausschuss sowie die Härtefallkommission haben in den letzten fünf Jahren über viele Schicksale von Afghanen, die in ihr Heimatland zurückgeführt werden sollten und sollen, diskutiert und unterschiedlich entschieden. Ich sage Ihnen: Ich weiß, dass dieses Thema ein sehr sensibles Thema ist. Der Kollege Weiß hat auf Frau Leutheusser-Schnarrenberger hingewiesen, die für die FDP vor einiger Zeit – Herr Kollege Weiß, das ist allerdings schon etwas her; das sollte man dazusagen – einen Abschiebestopp gefordert hat.

Ich denke, es ist wichtig, dass sich der Landtag intensiv mit dem Thema Afghanistan beschäftigt. Ich will Ihnen zunächst einmal sagen: Die Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission haben in diesen Fällen in einer sicherlich sehr kontroversen Diskussion, aber immer nach bestem Wissen und Gewissen entschieden, wenn es um die Frage der Rückführung ging. Ich sage Ihnen auch, dass wir es uns in diesen Fragen nicht leicht gemacht haben. Aber wenn wir über die Frage diskutieren, wie wir mit Afghanistan umgehen und wie es in Afghanistan weitergeht, muss man aus meiner Sicht zunächst einmal eine Grundsatzfrage beantworten, nämlich die Grundsatzfrage: Werden die militärischen Einheiten, die wir zurzeit in Afghanistan haben, das Land wieder auf-

bauen, oder kann dieses Land nur durch eine starke Zivilbevölkerung wieder zu einer friedlichen Situation zurückgeführt werden?

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen ganz offen: Ich glaube nicht, dass Afghanistan in den nächsten Jahren in irgendeiner Form den Frieden erlangen kann, wenn in diesem Land nur das Militär regiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss es das Ziel sein, erstens die Zivilbevölkerung auch nach Afghanistan zurückzuführen und zum Zweiten diese Menschen auf dem zivilen Weg zu stärken und genau das zu machen, was sie gefordert haben: nicht das Militär zu stärken, sondern die Zivilbevölkerung. Beide Fragen müssen beantwortet werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich glaube, dass die Bundesrepublik z. B. bei dem Thema Ex-Jugoslawien einen großen Fehler gemacht hat, viele dieser Menschen, die in einer Bürgerkriegssituation nach Deutschland gekommen sind, lange Zeit hierzubehalten und sie nicht zurückzuführen. Denn wer leistet die Aufbauarbeit in deren Heimatland, in Jugoslawien oder jetzt in Afghanistan?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Bundeswehr!)

Es sind doch eben nicht die Soldaten der verschiedenen Länder, sondern es ist die Zivilbevölkerung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, um diese geht es.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Kollege van Ooyen, wenn Sie sich die Fälle anschauen, um die es bei der Rückführung ging, stellen Sie fest, dass es immer junge Männer gewesen sind, die arbeitsfähig waren, die in einer Lebenssituation waren, wo sie keine Angehörigen hier hatten. Da haben die Gerichte in vielen Fällen einer Rückführung zugestimmt. Ich glaube, das sind genau diese Männer, die Afghanistan jetzt braucht, die das Land mit aufbauen – und nicht die Alten und Schwachen, die zurückgeblieben sind. Die können diese Arbeit nicht leisten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe für jeden Verständnis, der hierbleiben will, der den Unterschied zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik kennengelernt hat. Ich glaube, das müssen wir nicht diskutieren. Aber wir müssen als Bundesland eine klare Entscheidung treffen, wie wir mit diesen Menschen umgehen. Die Antwort der FDP ist – wie auch der Kollege Bellino es für die CDU angekündigt hat – so gewesen, dass wir im Petitionsausschuss und in der Härtefallkommission jeden Fall einzeln und separat abgewogen haben. In vielen Fällen haben wir gesagt: Ja, wir wollen diese Menschen hierbehalten, möglicherweise weil sie krank waren oder weil es um die familiäre Situation ging. Da haben wir gesagt: Ja, wir lassen sie hier. – Herr van Ooyen, ich sage Ihnen aber auch: Wir werden es nicht zulassen, dass in Hessen Menschen zurückbleiben, die dieses Land und seine Gutmütigkeit ausnutzen. Das haben wir in vielen Fällen auch gehabt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)



Das gab es nicht nur im Sozialbereich, sondern auch in vielen Bereichen des Strafrechts. Denn wir haben es bei vielen dieser Afghanen, die zurückgeführt worden sind, eben nicht mit Waisenknaben zu tun, sondern mit Leuten, die es faustdick hinter den Ohren haben. Auch das gehört zu einer Politik, die auf der einen Seite humanitär ist, auf der anderen Seite aber diesen Menschen auch klare Grenzen aufzeigt. Denn bei der Gastgeberfunktion, die dieses Land in den letzten Jahren in großer Zahl ausgeübt hat und weiter ausübt – das wissen wir, wenn Sie den Bürgerkrieg in Jugoslawien oder Afghanistan nehmen –, muss man auch ganz klar sagen: Wir lassen es nicht zu, dass diese Gastfreundschaft ausgenutzt wird.

Deshalb glaubt die FDP, dass ein genereller Abschiebestopp an dieser Stelle nicht weiterhilft. Wir haben einen Mechanismus, eben den Petitionsausschuss und die Härtefallkommission, die jeden Fall sehr aufwendig abwägt und schaut, welche Schicksale dahinterstecken. Aber ich glaube nicht, dass wir erstens den Betroffenen und zweitens unserem Land und unserer Bevölkerung etwas Gutes tun, wenn wir generell einen Abschiebestopp für alle Menschen geben, die aus Afghanistan kommen. Damit verfehlen wir das Ziel, das Land wieder aufzubauen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Aber wir würden auch bewirken, dass unsere Gastfreundschaft in anderen Ländern missinterpretiert wird. Das wird es mit der FDP nicht geben, und deshalb werden wir den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Nun hat sich Herr Kollege Bellino noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Bellino, Sie haben noch eine Minute und 27 Sekunden Redezeit.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Frau Präsidentin, das ist fast wie eine Kurzintervention. Ich brauche die Redezeit vielleicht nicht, aber ich möchte noch einmal auf das angesprochene Hamburger Verhältnis zu sprechen kommen.

Wir halten es durchaus für interessant, was sich in Hamburg zurzeit zwischen der GAL und der CDU anbahnt und auch umgesetzt wird. Das sollte man ruhig weiter beobachten. Aber man täuscht sich, wenn man darauf hinweist, dass dort ein genereller Abschiebestopp vereinbart worden sei. Dem ist nicht so. Es hat zwar in der einen oder anderen Zeitung so gestanden, das ist aber verkürzt wiedergegeben worden. Man hat sich dort darauf verständigt, dass man bei Familien mit Kindern einen vorübergehenden Abschiebestopp angehen will. Darum geht es, und darüber brauchen wir in Hessen gar nicht zu sprechen; denn das machen wir hier sowieso nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das haben wir in der vergangenen Periode nicht gemacht, und ich bin der festen Überzeugung, dass wir dies auch in Zukunft nicht machen werden.

Abschließend bin ich Herrn Rentsch sehr dankbar, da er noch einmal auf die Arbeit im Petitionsausschuss und in der Härtefallkommission hingewiesen hat und deutlich gemacht hat, dass wir uns in diesen Fällen, über die wir uns unterhalten haben, bei diesen arbeitsfähigen, in der Regel auch ordentlich ausgebildeten jungen Männern

auch noch jeden einzelnen Fall angeschaut haben: Können wir dies, wollen wir dies? Wenn Sie in die Protokolle einsteigen, werden Sie sehen, dass wir uns sehr häufig aus humanitären Gründen auch zugunsten des Petenten ausgesprochen haben. Dabei wird es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Bellino. – Herr Minister Bouffier hat das Wort für die Landesregierung.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich will mich den Bemerkungen der Kollegen Bellino und Rentsch anschließen. Ich halte es nicht für richtig, hier einen allgemeinen Abschiebestopp zu erlassen. Die Faktenlage ist so: Den gibt es in keinem einzigen Land, aus wohl-erwogenen Gründen.

Ich glaube, es war Frau Öztürk, die von meiner Reise nach Kabul in anderem Zusammenhang berichtet hat. Ich stehe da zu jedem Wort. Weil das so ist, sind die hessischen Ausländerbehörden außerordentlich sensibel im Umgang mit diesem Thema.

In Hessen sind im vergangenen Jahr genau 29 afghanische Staatsbürger zurückgebracht worden – 29 Einzelfälle, die anhand der Rechtsprechung und der Beschlusslage der Innenministerkonferenz geprüft wurden. Wir haben schon vor Jahren gesagt, mit uns braucht niemand darüber zu diskutieren, ob wir Kinder oder Familien dorthin zurückführen; das tun wir nicht. Wir wollen aber auch in Zukunft die Möglichkeit bewahren, z. B. alleinstehende Männer, Straftäter und insbesondere Gefährder, also Menschen, von denen die zuständigen Behörden der Überzeugung sind, dass sie in diesem Land eine Gefahr darstellen, zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, ich bin erstaunt – nein, ich bin nicht erstaunt, ich bin ein bisschen betrübt darüber, dass die SPD-Landtagsfraktion hier nicht der SPD-Bundestagsfraktion folgt, die nicht weniger intensiv, wie alle anderen auch, um diese Themen ringt. Denn es geht in der Tat um Menschen. Ich verstehe nicht, warum wir uns nicht die Chance erhalten – gerade wenn wir so sensibel mit dem Thema umgehen –, in Einzelfällen, insbesondere in denjenigen Einzelfällen, wo die Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland so ist, dass wir sagen, einen solchen Menschen möchten wir hier nicht haben, und wenn es nach Prüfung des Einzelfalls verantwortet werden kann, ihn nach Afghanistan zurückzuschicken, warum wir dies generell ausschließen sollen.

Ich habe ein bisschen den Verdacht, der Antrag der LINKEN hat etwas mit ihrer Afghanistanpolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Natürlich!)

– Sie nicken. – Denn das, was hier mit großem Tremolo vorgetragen wurde, gilt für weite Teile der Welt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war kein Tremolo!)

– Doch, dort schon. – Da ich das nun schon seit vielen Jahren verantworte, habe ich mir auch diesen Fall sehr genau angesehen, von dem die Rechtsanwältin und jetzige Abgeordnete spricht.

Meine Damen und Herren, eines geht nicht. Wir können nicht Entscheidungen der obersten Gerichte, wenn sie politisch passen, hier feiern und, wenn sie der einen oder anderen Seite des Hauses nicht passen, einen Aufruf des Landtags am Ende mit neuer Mehrheit beschließen. Ich frage Sie allen Ernstes: Wollen Sie nach der Entscheidung des obersten hessischen Verwaltungsgerichts, die aufgrund einer Vorentscheidung des Bundesamtes in Zirndorf ergangen ist – das ist keine hessische Behörde – und die sich genau mit diesem Fall beschäftigt, als Hessischer Landtag ein Signal an dieses oberste hessische Verwaltungsgericht geben, wie ich es hier gehört habe? Wollen das allen Ernstes alle SPD-Abgeordneten? Wollen das die GRÜNEN tatsächlich? Ist das Ihre Botschaft, nachdem ein Gericht in einem konkreten Fall nach sorgfältigster Prüfung beschlossen hat: „Wir halten dies so für richtig“?

Da mag man persönlich anderer Meinung sein. Aber es macht einen gewaltigen Unterschied, Herr Dr. Spies, ob der Hessische Landtag als erste Gewalt der dritten Gewalt mitteilt: „Das passt uns nicht“. Wenn Sie das tatsächlich hier einführen wollen, dann sollten Sie es tun. Aber das hat es im Hessischen Landtag noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie das tun wollen, dann tun Sie es. Es ist eine konkrete Entscheidung. Es ist ein klassischer Eingriff der ersten Gewalt in die Unabhängigkeit der dritten Gewalt.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Nein. Sie merken jetzt, wohin Sie sich begeben haben. – Ich frage Sie als Minister und Exekutive. Wenn ich Ihrem Wunsch folgen würde, dann müsste ich die hessischen Ausländerbehörden anweisen, eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zu missachten. Genau darum geht es.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Völliger Unsinn!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Das werde ich nicht tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wir leben in einem Rechtsstaat!)

Was hier passiert, ist bisher jedenfalls etwas Neues.

(Norbert Schmitt (SPD): Glauben Sie selbst, was Sie da erzählen?)

Heute geht es um Afghanistan, morgen geht es um irgendwas anderes.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Innenminister, entschuldigen Sie kurz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Jürgens?

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Nein.

(Norbert Schmitt (SPD): Souverän, Freund und Helfer!)

Es ist eine Entscheidung, die die Landesregierung und der zuständige Minister selbst treffen müssen. Da hilft mir auch kein Landtagsbeschluss – genauso wenig, wie er mir in menschlich schwierigen Fragen hilft. Das muss ich selbst verantworten, und ich tue das wie die anderen Kol-

legen in der Innenministerkonferenz seit Jahren. Aber ich sage Ihnen in aller Offenheit: Ich würde es sehr bedauern, wenn der Hessische Landtag tatsächlich dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof einen solchen Beschluss servierte. Ich kann das nicht verhindern, vielleicht haben Sie dafür die Mehrheit. Ich werde dem nicht folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Innenminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige, Drucks. 17/22, an den Innenausschuss zu überweisen. – Frau Kollegin Schott, zur Geschäftsordnung.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ich beantrage, dass wir jetzt über den Antrag abstimmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist auch neu! – Unruhe bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Es ist vorgeschlagen, über den Antrag sofort abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wer diesem Dringlichen Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, es ist vorgeschlagen, **Tagesordnungspunkt 11:**

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – Drucks. 17/29 –**

**und Tagesordnungspunkt 14:**

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – Drucks. 17/33 –**

von der Tagesordnung abzusetzen und auf das nächste Plenum zu verschieben. Besteht hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden soll **Tagesordnungspunkt 15:**

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Bevölkerung in Tibet – Drucks. 17/34 –**

Auch dieser soll abgesetzt und im nächsten Plenum behandelt werden. – Auch hiergegen sehe ich keinen Widerspruch.

Dann sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich darf noch einmal die Kolleginnen und Kollegen, die das betrifft, darauf hinweisen, dass sich im Anschluss der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss in Sitzungsraum 510 W trifft.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.42 Uhr)